Mittwoch, 4. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 103 - 18. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Warschau gegen Forderung des Papstes

rtr/AP, Warschau

Die polnische Führung hat sich gestern öffentlich gegen die Forderung von Papst Johannes Paul II. gestellt, zum Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche in seinem Heimatland eine Amnestie für politische Häftlinge zu erlassen. Regierungssprecher Jerzy Urban sagte auf einer Pressekonferenz in Warschau, es gebe keine Grundlage für einen legalen Akt der Amnestie „und gegenwärtig schlägt die Regierung nicht vor, eine solche Maßnahme zu ergreifen". Der Sprecher bestätigte, daß der Papst in einem Brief an die polnische Führung um eine solche Amnestie gebeten hat. Am vergangenen Freitag hatte es in Kirchenkreisen geheißen, wenn die Bitte des Papstes nicht erfüllt werde, werde Johannes Paul II. das Thema bei seinen Gesprächen mit der polnischen Regierung und bei den geplanten Großveranstaltungen während seiner Visite zur Sprache bringen. Der polnische Minister für Religionsangelegenheiten, Adam Lopatka, sagte gestern, die jüngsten Unruhen stellten den Besuch des Papstes – zwischen dem 16. und 23. Juni – nicht in Frage.

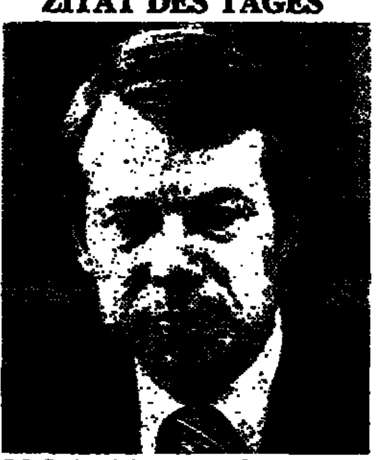
WIRTSCHAFT

Reuter wirbt für Engagement in Berlin

PETER WEERTZ, Berlin

Das Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, hat zum Nachdenken darüber aufgefordert, ob man nicht im Rahmen der derzeitigen Strukturen in Berlin so viele Arbeitsplätze schaffen müsse, wie es die gegenwärtige Bevölkerungzahl erfordere. Denn Gesundschrumpfen bedeute in Berlin in Wirklichkeit krank zu werden. Der Sohn des früheren Regierenden Bürgermeisters der Stadt warb in einer Feierstunde aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der *Daimler-Benz-Niederlassung* für ein stärkeres Engagement in der Stadt: „Es lohnt sich, in Berlin nicht nur einen Koffer zum Einkaufen, sondern auch ein Unternehmen zu haben." Aber es sei auch leider ein Teil der Realitäten, die man bisher nicht nachhaltig habe verändern können, daß es an diesem Bewußtsein fehle. Die Sicherung der Fundamente Berlins ließe sich mit dem herkömmlichen Verständnis von Berlin-Förderung allein nicht schaffen. Reuter nannte das eigene Unternehmen als Beispiel für ein „Engagement in dieser Stadt mit voller Haftung und ohne inneren Vorbehalt".

ZITAT DES TAGES



„Seit Monaten bewegt uns die Sorge, daß ein wirtschaftspolitischer Kurs, den wir alle bejahen, versandet. Wir fordern die Regierung deshalb zu hohem Ehrgeiz auf."

Professor Hans-Jürgen Schmahl, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg (Seite 4)
FOTO: EGON STEINER/DPA

Neue U-Boot-Suche

rtr, Sundvall

Nach der norwegischen Marine fahnden jetzt auch schwedische Kriegsschiffe wieder nach fremden U-Booten, die in den Hoheitsgewässern des Landes operieren sollen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Stockholm teilte gestern mit, man sei fest davon überzeugt, daß sich vor dem nordschwedischen Hafen Sundvall ein oder mehrere U-Boote aufhalten. Nach Berichten von Anwohnern, die ein U-Boot gesichtet haben wollen, hätte auch die Marine Erkenntnisse gewonnen, daß sich in der Region ein fremdes Unterwasserfahrzeug aufhalte. Auch um den Gullmarsfjord an der Westküste sei die Suche nach einem fremden U-Boot aufgenommen worden.

Verhandlungen in Wien

dpa, Wien

Im Bundeskanzleramt in Wien sind gestern formelle Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition zwischen der Sozialistischen Partei (SPÖ) und der liberalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) aufgenommen worden. Die SPÖ hatte bei den Wahlen am 24. April nach 13 Jahren ihre absolute Mehrheit verloren, war aber *stärkste Partei* geblieben.

Honecker in Moskau

dpa, Moskau

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow hat gestern den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker im Kreml empfangen. An der ersten Gesprächsrunde nahmen noch nach einer Meldung der Agentur Tass Politbüromitglieder und Minister beider Seiten teil. Namen wurden nicht genannt. Honecker ist der erste Parteichef des Ostblocks, der nach dem Begräbnis von Staats- und Parteichef Leonid Breschnew von Andropow empfangen wird.

Benzin wieder teurer

AP, Hamburg

Zwei Wochen nach der jüngsten Preiserhöhung werden die Benzinpreise in der Bundesrepublik wieder angehoben. Den Anfang machte diesmal die Deutsche BP. Wie ein Konzernsprecher gestern in Hamburg mitteilte, ist bei BP Normal- und Superkraftstoff um zwei Pfennig und Diesel um einen Pfennig bundesweit teurer geworden. Die Esso AG will sich nach eigenen Angaben der Preissteigerung in gleicher Höhe im Verlauf dieser Woche anschließen. Shell und Texaco haben noch keine Preisbeschlüsse gefaßt. Sie wollen die Marktentwicklung abwarten.

Bayern erhöht Beitrag

rtr, München

Bayern will seinen Beitrag zur Fertigstellung des Schnellen Brüters in Kalkar um das Doppelte erhöhen. Wie ein Regierungssprecher gestern mitteilte, beschloß das Kabinett, daß der Zuschuß der Bayernwerk AG auf 106 Millionen Mark aufgestockt wird. Bayern ist Mehrheitsaktionär des Unternehmens. Für die Fertigstellung des Brüters sprächen nach Ansicht der Landesregierung „technologische und industriepolitische Interessen" zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kraftwerks-Industrie, sagte der Sprecher. Die Verdoppelung der Finanzierungszusage geht auf eine Forderung des Bundesforschungsministeriums zurück.

Mehr Zuversicht

Mk. Bonn

Handwerks-Präsident Paul Schnitker ist optimistisch, daß die von der Wirtschaft zugesagten *30 000 zusätzlichen* Ausbildungsplätze in diesem Jahr auch bereitgestellt werden. Allein im Handwerk steige die Zahl der Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr um 10 000, wenn nur jeder Platz, der in diesem Jahr durch die Beendigung einer 1980 begonnenen Lehre frei wird, wieder besetzt wird. Möglicherweise könnten es allein im Bereich des Handwerks *30 000 Lehrstellen* werden. Da sich in diesem Bereich wirtschaftliche Zuversicht wieder breitmache, werde die Ausbildungsbereitschaft nicht erlahmen. Seite 9

Kursverluste

DW. Frankfurt

Am Aktienmarkt gaben die Kurse gestern stark nach. WELT-Aktienindex 137,1 (140,4). Der Rentenmarkt war weiter schwach. Dollar-Mittelkurs 2,4571 (2,4670) Mark. Goldpreis je Feinunze 431,00 (Freitag 429,25) Dollar.

WETTER

Leichter Regen

DW. Essen

Im Norden und Westen überwiegend bewölkt und weitgehend niederschlagsfrei. In den übrigen Gebieten in der zweiten Tageshälfte leichter Regen. Temperaturen zwischen 15 Grad im Norden und 18 Grad im Süden. In der Nacht Werte zwischen 10 und 6 Grad.

Heute in der WELT

Bonn erwartet keine Vereisung in den Beziehungen zur „DDR"

Ost-Berlin lenkt ein und droht zugleich / 158 Herztote im vergangenen Jahr

hrk/DW. **Bonn/Berlin**

Die Bonner Koalition sieht durch die jüngsten Signale aus Ost-Berlin ihre Einschätzung bestätigt, daß die Absage des Honecker-Besuches nicht als Auftakt zu einer Vereisung des innerdeutschen Klimas führen werde. Volker Rühe, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertrauter von Bundeskanzler Kohl, nannte es bemerkenswert, daß die „DDR" zwar auf ihre Verankerung im östlichen Bündnis verweise, aber überall dort Spielraum sehe, „wo es sich darum handelt, dem Frieden zu dienen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu fördern".

Ost-Berlin hatte sich gestern durch einen ganzseitigen Kommentar in der SED-Zeitung „Neues Deutschland" bemüht, die Absage des Besuchs von Erich Honecker zu entschärfen. Es wurde versichert, daß die deutsch-deutschen Beziehungen fortgesetzt werden sollten. In dem offenbar mit Bedacht parallel zur Abreise Honeckers nach Moskau – und einen Tag vor der Regierungserklärung Kanzler Kohls – veröffentlichten Artikel erinnert die „DDR"-Füh*rung allerdings zugleich an ihre* Druckhebel und an das Störpotential gegenüber West-Berlin.

In dem abwechselnd aggressiv und bemüht verbindlich gehaltenen Kommentar mit der Schlagzeile „Zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" werden „Feindseligkeiten" gegenüber der „DDR" beklagt. „Es steht vieles auf dem Spiel, wenn jetzt eine Wende im Zeichen der Feindseligkeit gegen die DDR betrieben wird." Ost-Berlin wirft Kohl vor, er habe „die Dinge treiben lassen", und deshalb seien „Scharfmacher wie Strauß und Springer" zum Zuge gekommen, „die einen Scherbenhaufen anrichteten".

Die „DDR" stehe jedoch „nicht als Prügelknabe für Entspannungsfeinde zur Verfügung, auch nicht für koalitionsinterne Rangeleien in Bonn". Ost-Berlin sei auch nicht „erpreßbar". Warnend und zugleich mit drohendem Unterton heißt es zu den Vorwürfen bezüglich der Transitpraxis der „DDR"-Behörden: „Bis jetzt gibt es nur Stichkontrollen, und es ist unschwer zu verstehen, daß die Einführung von gründlichen Kontrollen sowohl den Transitverkehr als auch den Besucherverkehr erheblich stören würde." Die „DDR" habe bisher davon abgesehen „und will es auch in Zukunft nicht tun".

SEITE 4:
Die SED will den Faden nicht reißen lassen

Als Hemmnisse für den weiteren Ausbau der Beziehungen führen die Autoren den alten Geraer Kata*log Honeckers mit der Forderung* nach Anerkennung der Elbe-Grenze, der Umwandlung der Vertretungen und anderer Probleme auf. Zum ersten Mal verwendet die „DDR" in diesem Zusammenhang nicht den Begriff der „Staatsbürgerschaft", sondern spricht davon, über die „Respektierung der Staatsangehörigkeit" verhandeln zu wollen. Im übrigen handele es sich bei diesen Fragen auch nicht um „Maximalforderungen, wie gelegentlich behauptet wird".

MANFRED SCHELL/rtr, **Bonn**

Auf den Transitstrecken oder bei Reisen in die „DDR" sind im vergangenen Jahr 158 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland an Herztod gestorben. Diese Zahl hat jetzt das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen genannt, das sich dabei auf Angaben der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin stützte.

Ein Sprecher der Vertretung sagte der WELT, aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen – in der Regel handelt es sich dabei um offizielle Benachrichtigungen der „DDR" – gebe es keine Anzeichen dafür, daß Todesfälle im Zusammenhang mit Schikanen oder Vernehmungen durch „DDR"-Behörden eingetreten seien. Todesfälle mit solchen Umständen seien erst in diesem Jahr bekannt geworden. Im vergangenen Jahr sind 2,2 Millionen Personen aus der Bundesrepublik Deutschland in die „DDR" gefahren. 19,5 Millionen haben die Transitstrecken von und nach Berlin benutzt. Bei Umfragen haben mehr als 90 Prozent erklärt, sie hätten Angst vor Repressionen, wenn sie in die „DDR" reisen oder auf den Transitstrecken fahren.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1983 sind 62 westdeutsche Besucher der „DDR" dort ums Leben gekommen. 43 davon erlagen einem Herzversagen.

Die „DDR" hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres rund 16 000 „DDR"-Einwohnern Sondergenehmigungen zu Besuchen in dringenden Familienangelegenheiten in der Bundesrepublik erteilt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten rund 6900 „DDR"-Einwohner reisen können.

DER KOMMENTAR

Gesinnungsethik

THOMAS KIELINGER

Die Optimisten werden es vorziehen, aus dem Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe die positiven Seiten herauszulesen. In der Tat: Der Brief hebt klar und deutlich die Pflicht des Staates hervor, die Gesellschaft zu verteidigen; er bestätigt das Recht von Regierungen, Gewalt als Mittel der letzten Zuflucht anzuwenden; er akzeptiert – mit dem Heiligen Vater als Zeugen – Abschreckung „im Rahmen strikter moralischer Eingrenzungen".

Der Hirtenbrief tut sogar mehr als das: Er macht deutlich, daß sich das bischöfliche Wort zur nuklearen Frage nicht als eine Äußerung im Rahmen des kirchlichen Lehramtes (des Magisteriums) versteht, für die Gläubigen keine Verpflichtung mit sich bringt, danach zu handeln. Die Gefahr einer Spaltung des katholischen Kirchenvolkes in den USA wäre auch groß, sollte die Verbindlichkeit eines solches Hirtenbriefes überdehnt werden.

Gleichwohl besitzt das Wort der Bischöfe große Macht; denn es interpretiert für die Gläubigen des Landes moralische Grundsätze auf eine das Gewissen informierende – wenn auch nicht bindende – Weise. Und hier geschieht Schaden, bei aller Bedingtheit des Schreibens.

Indem sich die Prälaten über die Konzeption gegenwärtiger Verteidigungsdoktrinen hinwegheben, die – wie etwa der mögliche Ersteinsatz von Nuklearwaffen seitens der NATO – seit über dreißig Jahren den Frieden in Europa bewahrt haben, enthüllen sie eine Grundeinstellung, die so apodiktisch wie politikfeindlich ist. Gekleidet in die Terminologie reiner „Gesinnungsethik", verrät das absolute Nein zum Gebrauch von Atomwaffen eine Abkehr von der Welt des politisch-praktischen Handelns, die man nur als eine Form geistigen Isolationismus bezeichnen kann. Wohlweislich haben sich die deutschen Bischöfe von dergleichen Fallstricken freigehalten.

Vergeblich zitierte in Chicago Bischof Hannan aus New Orleans aus dem Schreiben Kardinal Höffners an die amerikanischen Mitbrüder, daß Situationen der Landesverteidigung denkbar seien, in denen, so Höffner, „ich nicht wagen kann, nein zu sagen" zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Die Bischöfe der USA wollten nicht auf „Situationen" schauen, sondern auf das Ding an sich, die Atomwaffe. Ihr Verdikt ist grundsätzlich und als solches für die durch und durch moralische Aufgabe der Verteidigung keine Hilfe.

US-Bischöfe verschärfen Hirtenbrief

Stopp der Atomrüstung verlangt / Uneingeschränktes Nein zur NATO-Strategie

THOMAS KIELINGER, **Chicago**

Die katholischen Bischöfe der USA haben auf ihrer Jahrestagung in Chicago neue, schärfere gegen die Atomrüstung gerichtete Positionen bezogen. Der zur Diskussion stehende dritte Textentwurf eines geplanten Hirtenwortes über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter wurde an entsprechenden Stellen durch mehrere Zusatzanträge verändert. So stellen sich die Bischöfe jetzt doch entschieden auf die Seite der amerikanischen „Freeze"-Befürworter.

Sie sprechen sich eindeutig gegen den „moralisch nicht akzeptierbaren" Erstgebrauch von Atomwaffen aus, mit der kategorischen Formulierung, wie sie in einem früheren Textentwurf bereits einmal enthalten war: „Nichtnukleare Angriffe durch einen anderen Staat müssen mit anderen als nuklearen Mitteln zurückgewiesen werden."

Die Tagung in Chicago ging ge*stern abend zu Ende, ohne daß bei* Redaktionsschluß schon die endgültige Fassung des Hirtenbriefes mit Sicherheit feststellbar war. Sicher ist nur, daß die Zusatzanträge, über die zu Anfang abgestimmt wurde, Eingang in das endgültige Dokument finden werden. Die Bischöfe wollen keine weitere Tagung mehr dieser Thematik widmen. Vielmehr soll die von ihnen beauftragte Sonderkommission nach den Empfehlungen des Chicagoer Treffens einen endgültigen Text ausarbeiten, der dann als offizieller Hirtenbrief in die pastorale Arbeit eingeht.

Um die kontroversen Fragen eines nuklearen „Freeze" und des Ersteinsatzes von Atomwaffen kam es in Chicago noch einmal zu heftigen Diskussionen. Als Schlichter trat der Leiter der Textkommission, Kardinal Joseph Bernardin von Chicago, auf. Ihm gelang es, einige noch viel weitergehende Zusatzanträge, die auf einseitige Abrüstung und die Stär*kung pazifistischer Lehren abzielten*, abzuwehren.

Die „Freeze"-Debatte entzündete sich an der Formulierung des vorliegenden Textentwurfs, in dem lediglich nach einer „Eindämmung", nicht nach einem „Stopp" von Produktion und Erprobung von Nuklearwaffen gerufen wurde. Die Mehrheit der Bischöfe fanden diese sprachliche Fassung ungenügend; es wurde nach größerer Entschiedenheit gesucht, auch wenn in einer neuen Fußnote eingefügt wurde, daß man mit der Unterstützung eines atomaren „Freeze" nicht für „diesen oder jenen Entwurf mit ähnlichen politischen Zielen" optiere. Diese Einschränkung jedoch ist lediglich kosmetisch – das neue bischöfliche Votum wird durchaus als Grundkonsens mit der landesweiten „Freeze"-Bewegung aufgefaßt. Damit hat sich die katholische Hierarchie der USA schneller zum „Freeze"

● Fortsetzung Seite 8

Mertes geht auf Distanz

KNA, Bonn

Eine Verurteilung bestimmter Teile der NATO-Abschreckungsstrategie durch die katholischen Bischöfe der USA hat nach den Worten von Staatsminister Alois Mertes (CDU) „keine Verbindlichkeit für Politiker und Soldaten katholischen Glaubens". Die US-Bischöfe hätten „keine Legitimation, diejenigen Katholiken auf die Sündenbank zu setzten, die nach bestem Wissen und Gewissen beispielsweise die Beibehaltung der Option des defensiven Ersteinsatzes taktischer Kernwaffen zur Sicherung des Friedens für ethisch geboten halten", sagte Mertes.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf meinte, *der Hirtenbrief mache* „die Argumentationslast für die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses sehr viel größer". Das Bischofsvotum werfe neue Fragen an die stragetische Konzeption der NATO auf.

Dohnanyi droht HEW

Kernkraftwerks-Entscheidungen werden überprüft

UWE BAHNSEN, Hamburg

Massive Kritik am Vorstand der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) hat gestern der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) geäußert. Er warf dem Vorstand des Unternehmens vor, daß es nicht eine den Interessen der Hansestadt und ihrer Stromverbraucher entsprechende Geschäftspolitik betreibe. Dies gelte sowohl für die grundlegenden Investitionsentscheidungen wie für die Tarifstruktur.

Der Regierungschef vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß die Investitionsentscheidungen für die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel *nachgeprüft werden und die dafür* Verantwortlichen auch ermittelt werden müßten. Der Senat habe sich auf seiner planmäßigen Sitzung am Dienstag auch mit der Neubesetzung des HEW-Aufsichtsrates befaßt, die auf der HEW-Hauptversammlung am 23. Juni stattfinden soll.

Der Bürgermeister bekräftigte in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit der Landesregierung, als Mehrheitsaktionär (72,8 Prozent der Aktienkapitals) Persönlichkeiten in den Aufsichtsrat zu entsenden, die zwar nicht bedingungs- und kritiklos den energiepolitischen Positionen des Senats folgen, wohl aber energiepolitisch „in die gleiche Richtung denken wie wir". Ausdrücklich erwähnte Dohnanyi auch die scharfe Kritik der SPD-Bürgerschaftsfraktion an dem jüngsten Tariferhöhungsantrag der HEW. Falls das Unternehmen nicht mehr Rücksicht auf die *tarifpolitischen Vorstellungen der* Fraktion nehme, könnten die SPD-Abgeordneten im Hamburger Landesparlament eine möglicherweise noch restriktivere Haltung gegenüber Tariferhöhungsanträgen einnehmen, drohte er an.

Shultz vor Durchbruch in Nahost?

„Große Fortschritte" bei Gesprächen über Abkommen zwischen Israel und Libanon

AFP/rtr/AP, Beirut

US-Außenminister George Shultz hofft, bis Ende dieser Woche ein Abkommen über den Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon zu erreichen. Wie Shultz gestern vor der Presse mitteilte, seien seit Beginn seiner Pendelmission im Nahen Osten vor einer Woche „große Fortschritte erzielt" worden.

Shultz traf gestern in Beirut zum dritten Mal mit Präsident Gemayel zusammen. In der Nacht zuvor hatte er noch mit dem israelischen Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Arens in Jerusalem konferiert. Auch Israel hat inzwischen bestätigt, daß bei seinen Gesprächen Fortschritte erzielt worden seien. Es sei „gute Arbeit" geleistet worden. Besonders in der Frage der Präsenz der UNO-Friedenstruppen in Südlibanon, der israelisch-libanesischen Überwachungsgremien und des Handels sei man vorangekommen. Israel hat bisher noch nie in so klarer Form von Fortschritten bei den Verhandlungen gesprochen. Ungeklärt bleibt nach Angaben von Ministerpräsident Begin noch der Status des in Südlibanon mit Israel zusammenarbeitenden Milizenführers Haddad sowie die Frage des Abzugs der syrischen Truppen. Syrien hatte noch am Montagabend mit dem Verbleib seiner Truppen in Libanon gedroht, falls Israel seine dort erzielten Vorteile behalte.

Shultz wurde gestern in Beirut vom libanesischen Außenminister Elie Salem über die Gespräche unterrichtet, die dieser am Vortag mit der syrischen Führung in Damaskus führte. Syriens Präsident Assad hatte bei dieser Gelegenheit seine Unterstützung für die libanesischen Verhandlungsziele bekräftigt.

In Damaskus wurde PLO-Chef Arafat gestern von Assad empfangen. Arafat hielt sich in der syrischen Hauptstadt zu Beratungen mit der politischen Führung der PLO auf.

Auch Shultz will noch in dieser Woche nach Damaskus reisen, bevor er zu einer OECD-Konferenz nach Paris fliegt. Einen weiteren Aufenthalt im Nahen Osten vor seiner Rückkehr nach Washington hält er nach eigenen Angaben nicht für ausgeschlossen.

Der libanesische Verteidigungsminister befürchtet, daß es bei einem Scheitern der Verhandlungen des amerikanischen Außenministers zu einem Krieg zwischen Israel und Syrien kommen könnte. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP sagte Issam Chury: „Das Tor zum Frieden (in Nahost) sind der Frieden und die Stabilität Libanons."

Streit zwischen Sowjetunion und Rumänien

rtr/cgs. Moskau

Eine für Ende Mai geplante Gipfelkonferenz des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist offensichtlich wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und Rumänien „auf unbestimmte Zeit" verschoben worden. Vermutlich wird die Konferenz, wie aus osteuropäischen Kreisen bekannt wurde, jetzt nicht vor September stattfinden können.

Als Hauptursache für das Nichtzustandekommen des Treffens wurde Rumäniens Forderung nach wesentlichen wirtschaftlichen Zugeständnissen – unter anderem größere Öllieferungen – genannt. Moskau, so hieß es, habe sich beharrlich geweigert, überhaupt die rumänischen Wünsche zu diskutieren. Die Regierung in Bukarest habe ferner ein „Nahrungsmittelprogramm" des RGW verlangt, das Rumänien die Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten aus Bündnisländern ermöglicht, um die Lebensmittelknappheit zu dämpfen. Diese Aufforderung ist vor allem an die Adresse Ungarns gerichtet, das Lebensmittel lieber gegen harte Devisen nach Westeuropa exportiert.

Der rumänisch-sowjetische Streit ist der sichtbarste, aber nicht der einzige Konflikt innerhalb der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Ungarn beklagen sich seit langem, daß der RGW zu bürokratisch orientiert sei. Die Tschechen kritisieren mangelnde Effizienz bei den multilateralen Mechanismen. Die Polen fühlen sich von den „Bruderländern" im Stich gelassen. Die Sowjets wiederum wollen nicht nur Lieferant billiger Rohstoffe für die kleineren RGW-Mitglieder sein.

Narjes sieht Europa am Scheideweg

DW, Osnabrück

Bundeskanzler Helmut Kohl ist nach Ansicht des deutschen EG-Kommissars Karl-Heinz Narjes zum „Hoffnungsträger in Europa" geworden. Die Blicke und Erwartungen „fast aller Europäer in allen Staaten" richteten sich auf die Gipfelkonferenz der Regierungschefs im Juni in Stuttgart und „Kohls Fähigkeit, die etwas weniger entscheidungsfreudigen Kollegen und anderen Mitgliedsstaaten zu einem Sprung nach vorn zu bewegen".

Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung" nannte Narjes als konkrete Ziele für die Stuttgarter Konferenz am 6. und 7. Juni unter anderem, „daß wir bei den handelspolitischen Schwierigkeiten, die wir mit den Amerikanern und Japanern haben, zu einer einheitlichen Linie kommen". Außerdem gehe es um konkrete Fortschritte beim Grenzabbau innerhalb der Gemeinschaft, um „grünes Licht" für die restlichen Beitrittsverhandlungen mit Spanien und um eine Einigung über den finanziellen Beitrag Großbritanniens, so daß man „*nicht jedes Jahr sich neu* verzankt". Letztendlich müsse im Bereich des Binnenmarktes der Kampf gegen den Protektionismus vorankommen.

Der Erfolg der Stuttgarter Konferenz „steht auf Spitze und Kopf", sagte Narjes. Aber wenn von der Europäischen Gemeinschaft nur noch eine Zollunion übrigbleibe, dann sei sie nicht mehr lebensfähig. Noch habe die Gemeinschaft, selbst in den letzten „drei Jahren wirtschaftlicher Krise", immer gehalten. Aber: „Wir stehen auf dem Deich und schmeißen mit Sandsäcken."

Seite 2: Eurokratie

Walesa: Die Regierung muß jetzt mit uns sprechen

Polizei umstellt die Danziger Lenin-Werft

AP/rtr/DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat nach den Demonstrationen vom 1. Mai die Regierung in Warschau eindringlich aufgefordert, jetzt das Gespräch mit der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" zu suchen.

„Natürlich können wir die Wirtschaft nicht mit Demonstrationen verbessern", sagte Walesa in Danzig, „aber man muß uns endlich zur Kenntnis nehmen und endlich mit uns reden und nicht mit PRON (Patriotische Bewegung zur nationalen Wiedergeburt) oder den neuen Gewerkschaften, die politische Leichen sind." Ein so sichtbares Zeichen wie die Demonstrationen sollte die Warschauer Führung zum Nachdenken bringen. Wenn sie nicht verhandeln wolle, zwinge sie die Menschen dazu, „mit denselben Methoden zu kämpfen, die sie anwendet". Er selbst, versicherte Walesa, sei nicht für eine solche Entwicklung, aber sie finde immer mehr Befürworter.

Der Beichtvater des Arbeiterführers, Henryk Jankowski, ist gestern von den Danziger Medien scharf angegriffen worden. „Er war es, der mit seinen Andeutungen, Anspielungen und mit seinem Spiel mit den primitivsten Gefühlen die Unruhen in den Straßen angestiftet hat", schrieb die Zeitung „Glos Wybrzeza". Diese Attacke nährte Vermutungen, die polnischen Behörden bereiteten in absehbarer Zeit einen neuen Schlag gegen Walesa vor.

Die Danziger Leninwerft, auf der 1980 die Gewerkschaft „Solidarität" entstanden war, wurde gestern von Bereitschaftspolizei umstellt. Damit wollte die Regierung offenbar verhindern, daß es aus Anlaß des Verfassungstages zu nicht erwünschten Versammlungen oder Kundgebungen kommt.

Bei den schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten im Krakauer Industrievorort Nowa Huta hatte es einen Toten gegeben. Ryszard Smagur, so sein Name, soll von einer Tränengasbombe am Hals getroffen worden sein.

Weder das polnische Fernsehen noch der Rundfunk berichteten am Montagabend über die Vorfälle und deren Folgen. In den Abendnachrichten wurde lediglich eine Meldung verlesen, daß die Gerichte bereits am Montag im Schnellverfahren erste Urteile gefällt hätten.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Konsensfähig

Von Herbert Kremp

An den sechs Punkten der bayerischen CSU zur Deutschlandpolitik hat die FDP sicherem Vernehmen nach nichts auszusetzen. „Auf dieser Ebene wird gearbeitet", lautet die Auskunft einen Tag vor der Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Auch die CSU signalisiert vor dem Bonner Ereignis eine „ruhigere Phase" der Diskussion. Bayern sei ohnehin der „Nabel der Welt", merkt Ministerpräsident Strauß ironisch an. Alles sieht so aus, als wolle das Koalitionslager in letzter Minute den umstrittenen Gegenstand in Watte packen und mit Konsens verschnüren.

Ob der Versuch von Erfolg gekrönt wird, kann sich erst in der Aussprache des Bundestages zeigen. Bundeskanzler Kohl hat die Auseinandersetzung zwischen CSU und FDP mit wachsendem Ärger verfolgt und am vergangenen Sonntag in einer ungewöhnlichen Kanzelabkündigung für „unnötig und schädlich" erklärt. Er registrierte die Belastung für die an zahlreichen Fronten operierende Koalition, und er spürte auch, daß der Opposition ein Stoff geliefert worden ist, der den auseinanderstrebenden Flügeln als Kitt dienen kann. Immerhin bot ihm der emotionalisierte Streit Gelegenheit, seine Autorität als Regierungschef zum Ausdruck zu bringen. Seine Position ist „oben", das wird die Erklärung heute ausweisen.

Was die Sache selbst, die Deutschlandpolitik betrifft, verschleiern Begriffe wie „Kontinuität" und „Wende" mehr, als sie offenbaren. Kontinuität ist ein semantisches Signal nach außen, kann aber doch nicht bedeuten, daß mit den Ostverträgen die nationalstaatliche Geschichte beendet und der sowjetische Nachkriegs-Besitz anerkannt wäre. Ein derartiges Mißverständnis muß die Regierung vermeiden. Das setzt geistigen Wandel, ein sicheres Geschichtsverständnis und berechenbare Festigkeit gegenüber Ost-Berlin voraus. Diese Kernpunkte, die sich auch im CSU-Programm für die Deutschlandpolitik wiederfinden, sind konsensfähig. Das sollten die Politiker der Koalition betonen.

Eurokratie

Von Paul Spree

Lang ist es her, daß eine begeisterte Jugend Schlagbäume einriß, längst reitet die junge Europa nicht mehr auf einem feurigen Stier. Bürokratie und Stagnation, Verschleiß und manchmal Perspektivenlosigkeit haben die Europa ergriffen. Wenn von der Idee nur eine Zollunion übrig bliebe, meinte der deutsche EG-Kommissar Narjes, dann sei die Gemeinschaft nicht mehr lebensfähig.

Zum „Europa der Bürger", ergänzte Walter Scheel gestern, sei es noch ein weiter Weg. Heute bevölkern noch Heerscharen von Zöllnern die Binnengrenzen der Gemeinschaft. Eine üppige Eurokratie setzt finanzielle Maßstäbe, die ihre Mitglieder in die Unsolidität treiben. Wie ein Buschfeuer breiten sich Protektionismus und Verkrustung aus, ein „neuer Merkantilismus" sei in der EG ausgebrochen, kritisiert Otto Wolff von Amerongen in Frankfurt. Die ungelösten Probleme im Innern verschärfen den Konflikt nach außen, so den Streit mit den USA oder Japan.

Europa wird nicht auf Festreden oder Gipfelkonferenzen geschmiedet. Auch ist es beileibe nicht so, als sei die Verkrustung zwanghaft über uns gekommen. Die Probleme, die Europa heute hat, sind hausgemacht: wuchernde Bürokratien, Entscheidungsschwäche, Reglementierungswut, Dirigismus, Furcht vor dem unpopulären Rotstift und den freien Kräften der Märkte.

Wer auf „die da in Brüssel" schimpft, sollte besser Gewissenserforschung betreiben. Eine Gemeinschaft kann nicht besser sein als die Summe ihrer Mitglieder. Der Einigungsgedanke wird nicht gefördert, sondern beschädigt, wenn man die Gemeinschaftskasse zu stürmen versucht und die eigenen ungelösten Probleme den Nachbarn vor die Türe kehrt. Europa beginnt zu Hause. „Wir stehen allerdings auf dem Deich und werfen mit Sandsäcken", meint Narjes. Europa sollte sich diesen Sand nicht in die Augen streuen.

Papandreous Drohgebärden

Von Evangelos Antonaros

Haben die griechisch-amerikanischen Beziehungen, die seit geraumer Zeit in einer Dauerkrise stecken, einen Tiefststand erreicht, oder ist die Unterbrechung der Stützpunktverhandlungen nur ein Bluff Papandreous? Das Manöver könnte ihm dazu dienen, von der schlechten Wirtschaftslage abzulenken und den – wie westliche Diplomaten glauben – bereits vereinbarten Vertragstext den Griechen ohne innenpolitische Turbulenzen beizubringen.

Fest steht, daß keine solide Vertrauensbasis zwischen Athen und Washington mehr existiert. Dies gilt auch dann, wenn der mit nationalem Pathos redende Regierungschef letzten Endes das Abkommen doch unterzeichnet. Wenn er nun von den Amerikanern ultimativ ein „Enddatum" für die Entfernung der US-Stützpunkte verlangt, so zeigt das schließlich nicht gerade von seiner Westfreundlichkeit. Mag sein, daß Papandreou längerfristig betrachtet den Bruch mit dem Westen nicht wünscht. Aber im Lande der Hellenen wird seit Jahren ein Antiamerikanismus genährt, der nicht von heute auf morgen beseitigt werden kann. Es ist bekannterweise eine beliebte Taktik aller Regierungen Griechenlands – dazu zählten auch Papandreous konservative Vorgänger –, Unzulänglichkeiten im eigenen Land den westlichen Alliierten in die Schuhe zu schieben.

Freilich: Einen Teil der Verantwortung für die Probleme mit Griechenland tragen die Amerikaner in der Tat. So ist es ganz bestimmt kein diplomatisches Meisterstück gewesen, daß der US-Staatssekretär Burt vor dem Weiterflug nach Athen ausgerechnet in Ankara den seit Jahren praktizierten Proporzschlüssel für die US-Militärhilfe als „absurd" bezeichnete. Die Reaktion Athens war denn auch vehement. Die Griechen sprechen jetzt von amerikanischer Parteinahme. Mangelndes Fingerspitzengefühl Burts war es auf jeden Fall.

Alles in allem: Viele Griechen wünschen die Schließung der Basen nicht. Aber mit seiner Forderung nach einer „vertraglichen Regelung der Stabilität in der Ägäis" hat Papandreou wichtige Verbündete – nicht nur die Kommunisten, auch Athens Konservative stehen voll hinter ihm.



„Keine Transit-Prozedur, Bruder Martin gehört zu unserem PR-Team!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Gedränge im letzten Netz

Von Peter Gillies

Mehr als zwei Millionen Menschen empfangen Sozialhilfe. Rund 17 Milliarden Mark werden in diesem Jahr für sie aufgewendet, gut fünfmal soviel wie noch vor einem Jahrzehnt. Mit steigendem Wohlstand hat die Bedürftigkeit nicht – wie man noch in den sechziger Jahren glaubte – abgenommen, sie ist gewachsen. Eine soziale wie finanzielle Zeitbombe, deren Tikken in Öffentlichkeit und Politik kaum wahrgenommen wird.

Die Ausgaben für das „letzte soziale Netz" sind explodiert: 1970 wendete jeder Einwohner rund 54 Mark für Sozialhilfe auf, 1981 waren es bereits 240 Mark, wie die Bundesbank berichtet. Der Ausgabenanstieg war doppelt so hoch wie der des Bruttosozialprodukts. Rund ein Drittel der Ausgaben dient dazu, den in Not Geratenen ein Minimum an Lebensunterhalt zu sichern. Der Löwenanteil finanziert Hilfe in besonderen Lebenslagen, vor allem Kranken- und Altenhilfe, Pflegefälle, Eingliederung für Behinderte.

Unbemerkt hat sich die Sozialhilfe zu einer vierten, eigenständigen Versorgungsstufe entwikkelt (neben Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, für die allerdings Beiträge zu zahlen sind). Die Städte und Gemeinden werden mit der Dynamik dieser Kosten kaum noch fertig. Sie befürchten einen Kollaps ihrer Haushalte, wenn auch jene noch zum Sozialamt finden sollten, die zwar einen Anspruch hätten, ihn aber nicht geltend machen (oder dies nicht wollen).

Das Gedränge im „letzten Netz" hat natürlich konjunkturelle Gründe, aber auch strukturelle. In Zeiten zäher Arbeitslosigkeit ist mancher Erwerbslose rasch beim Sozialamt. Dies zumal, wenn Bund und Länder Sozialleistungen kürzen und straffen (von BAföG bis Wohngeld) und die Last „nach unten", an die Gemeinden, weiterreichen.

Gravierender sind jedoch die konjunkturunabhängigen Faktoren. Einige davon seien genannt: Seit dem Bundessozialhilfegesetz 1962 predigten die Regierungen den Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, was viele als Ermunterung mißverstanden; die Zahl der ausländischen Hilfeempfänger schwoll stark an; die Pflegekosten in Altenheimen entwikkelten sich derart dynamisch, daß selbst Rentner mit vielleicht 1500 Mark monatlich rasch ein Sozialfall wurden, denn die Pflegekosten liegen zwischen 1500 und 4000 Mark.

Im ländlichen Raum wird weit seltener Sozialhilfe in Anspruch genommen als in den Städten, was vielerlei Ursachen haben mag, sicherlich auch die Erosion der Familienbande. Besondere Sorge muß der steigende Anteil von Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter machen (ihr Anteil hat sich um ein Drittel auf 40 Prozent erhöht). Je 30 Prozent sind Kinder und Jugendliche sowie Alte.

Ziel der Sozialhilfe ist die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens, aber auch die ständige Ermahnung zur Selbsthilfe. Beides wird immer weniger erreicht. *Die Verzerrungen sind* teilweise skandalös. Ein Beispiel des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: Ein Ehepaar mit drei Kindern erhält vom Sozialamt monatlich 2402 Mark (einschließlich aller Zuschläge). Ein Arbeiter im öffentlichen Dienst (Gruppe IV, *Endstufe*) einschließlich Kinder- und Wohngeld dagegen nur 2326,10 Mark. Der Aktive, der auch Steuern und Sozialabgaben entrichtet, erhält mithin 75,90 Mark weniger. Vor allem niedrige Lohn- und Besoldungsgruppen sind so nahe an der *Sozialhilfe, daß sie sich* die Frage stellen, ob Arbeit noch lohnt.

Andererseits sind die Regelsätze für Alleinstehende so niedrig, daß die Armutsgrenze sichtbar wird. Eine generelle Kürzung verbietet sich also, wie der Rotstift allein noch nie eine treffsichere Sozialpolitik darstellte. Zweitens sollte erwogen werden, das kostenintensive Pflegerisiko durch eine Versicherung abzudecken.



Hilfe vom Sozialamt oder Wann werden die Kommunen kollabieren? FOTO: KLAUS MEHNER

Ein Ansatzpunkt wäre ferner, die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger für öffentliche Arbeiten einzuspannen. Was hindert eine Gemeinde daran, junge Leute dazu anzuhalten, älteren Pflegefällen die Wohnung zu putzen, einzukaufen und Besorgungen zu machen? Sie würden einerseits an Arbeit gewöhnt, andererseits erübrigte sich die „Abschiebung" älterer Menschen in die sehr teure Heimpflege.

Die Heranziehung zu öffentlichen Diensten und Arbeiten ist nicht ehrenrührig, sondern dient vor allem den Sozialhilfeempfängern selbst. Experten berichten, daß allein die Ankündigung, man werde künftig eine Arbeitsleistung verlangen, die Zahl der Antragsteller auf Sozialhilfe um die Hälfte schrumpfen ließ.

Wenn sich ein ergrautes Semester mangels BAföG ins letzte Netz plumpsen läßt, wäre es fair und geboten, die Sozialhilfe als Darlehen zu zahlen. Nicht zu verstehen ist ferner, daß der Eigentümer eines Hauses im Wert von 300 000 Mark Sozialhilfe erhält. Auch die unterhaltspflichtigen Familienmitglieder sollten stärker herangezogen werden. Als besonders unerträglich wird es empfunden, wenn selbst junge Leute offen bekennen, sie hätten nicht die Absicht zu arbeiten. Schließlich gebe es einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Wenn jedoch das letzte Netz nicht Ausnahme bleibt, sondern zur einkalkulierten Regel wird, kollabiert das Sicherungssystem.

Eine Fülle von Änderungen und Straffungen ist nötig, um die Eigenvorsorge zu stärken, die Subsidiarität stärker bei den Hilfeempfängern zu verankern. Pauschale Streichmanöver sind so töricht wie die Verschiebung der Lasten von einem auf den anderen Träger. Die Zeitbombe ist nur zu entschärfen, wenn alle Stufen der sozialen Sicherung miteinander synchronisiert werden. Würde dies weiter verschleppt, gefährdete eine Gesellschaft durch Unvermögen oder Feigheit den sozialen Frieden – und die Solidarität mit denen, die im Schatten stehen.

IM GESPRÄCH Christian Zschaber

Sanieren und konzipieren

Von Udo Mantel

Sollte er demnächst Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium werden, dann trifft der 41jährige Christian Zschaber in Staatssekretär Hans Tietmeyer einen alten Mitstreiter wieder, den er schon aus den Anfängen seiner politischen Arbeit kennt. Nach dem Examen als Diplom-Volkswirt an der Münsteraner Uni 1969 organisierte er nämlich in der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung wirtschaftspolitische Seminare, an denen auch Tietmeyer – damals noch einfacher Ministerialbeamter im Wirtschaftsministerium – als Referent mitwirkte. Und auch andere heute bekannte Unionspolitiker wie der Stuttgarter Fraktionschef Erwin Teufel hat er in der Akademie als Lernende kennengelernt.



Wechsel in die Administration: Christian Zschaber FOTO: W. BREYER

Seit jenem Anfang hat Zschaber immer auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie für die Union gearbeitet. Sei es im Bundesfachausschuß Energie und Umwelt in den Jahren 1974 bis 1978 oder beim Vorbereiten des wirtschaftspolitischen Teils des CDU-Grundsatzprogramms von 1976. Zschaber erinnert sich noch lebhaft an die *turbulenten Zeiten, als bei der* Abstimmung über den Vorsitz im Bundesfachausschuß Energie und Umwelt der heutige Forschungsminister Heinz Riesenhuber den damaligen CDU-Abgeordneten und späteren Grünen Herbert Gruhl erst in einer Stichwahl schlagen konnte.

So wie es das ansonsten nur in den Vereinigten Staaten gibt, wo der Wechsel zwischen Instituten und der staatlichen Administration als das Normale gilt, ging Zschaber 1978 in das Kieler Wirtschaftsministerium und leitete dort die Unterabteilung Energiepolitik. In Kiel formulierte er 1980 das energiepolitische Programm Schleswig-Holsteins und lieferte wirtschaftspolitische Grundsatzpapiere für Gerhard Stoltenberg. Der Kieler Landeschef war wohl davon angetan, weil er Zschaber in seine Staatskanzlei holen wollte. Aber dessen Ressortchef, Jürgen Westphal, legte sich quer.

Im März 1981 übernahm Zschaber dann die Geschäftsführung im CDU-Wirtschaftsrat, damals schon war das einst einflußreiche Gremium im Niedergang begriffen. Der neue Mann schaffte es immerhin, der in finanzielle Nöte geratenen CDU-Organisation ein Sanierungskonzept zu verpassen, mit dem der Schuldenstand von 4,1 auf jetzt nur noch 2,1 Millionen Mark reduziert worden ist.

Von diesem Posten aus sind einige von Christian Zschabers Vorgängern zu politisch einflußreichen Ämtern gelangt. Der vorletzte Amtsinhaber, Heimo George, ist heute Bundestagsabgeordneter und hat gute Aussichten, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium als Nachfolger von Heinz Franke zu werden, wenn dieser den Chef der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl ablöst. Und der direkte Vorgänger, Johann Dietrich Hellwege, amtiert heute als Staatssekretär in Birgit Breuels Wirtschaftsministerium in Hannover. Wenn Zschaber nunmehr in Stoltenbergs engere Umgebung rückt und mit der Abteilung VIII betraut wird (industrielle Bundesvermögen) so ist dies also nicht einmal ein ungewöhnlicher Sprung für einen Geschäftsführer des Wirtschaftsrates. Und dieser ist ein Experte, der im Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Politik handfeste, praktische Erfahrungen gesammelt hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Für die meisten deutschen Blätter steht das Wirtschaftsgutachten im Vordergrund

Rhein-Zeitung

Es mag durchaus seine Berechtigung haben, daß die wissenschaftlichen Institute die Idealkurve der Wende *aufzeichnen, indem sie* rigoros die Förderung der privaten Investitionskraft verlangen, und sei es zum Preise einer starken Drosselung der Sozialleistungen. Die „Koalition der Mitte" ist auch nach diesem Gesetz angetreten. Doch in den Koalitionsverhandlungen zeigten sich bereits die Schwierigkeiten des Wendemanövers. Die dürften sich in den nächsten Monaten zur großen Bewährungsprobe der CDU/CSU-FDP-Regierung auswachsen. Wenn Kanzler Kohl und sein Kabinett allzu zögerlich ans Werk gehen, könnten sie bald ihr Vertrauenska*pital in der wendebereiten Bevöl*kerung verspielen. **(Koblenz)**

BADISCHE ZEITUNG

So recht glücklich kann mit diesem Frühjahrsgutachten eigentlich niemand werden. Die Bundesregierung nicht, weil die Wissenschaftler ihr wenige Tage vor der Regierungserklärung eine inkonsequente Politik vorwerfen. Die große Wende habe nicht stattgefunden. Die Opposition nicht, weil das, was statt dessen gefordert wird, nämlich Steuer- und Subventionsabbau und Kürzungen bei den Sozialabgaben, von ihr keinesfalls akzeptiert werden kann. Die Wirtschaft nicht, weil die Skepsis über die Dauer des beginnenden Aufschwungs nicht gerade zu optimistischen Zukunftsentscheidungen anregt. Und die Arbeitnehmer schon gar nicht, weil vom Abbau der Arbeitslosigkeit in dem Gutachten nirgends die Rede ist. **(Freiburg)**

Schwarzwälder Bote

Wer Politik machen muß in diesen Tagen, begibt sich zwangsläufig auf eine riskante Gratwanderung. Die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen, daß es diesen Grat gibt und daß man auch hinüberkommen kann: Aber eine Garantie für das Erreichen sicheren Bodens mögen sie nicht geben. Das können sie auch nicht, weil, so ihr Gutachten, die Bedingungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung noch nicht erfüllt sind. Besserung ja, aber noch keine vollständige Heilung von der Rezession, Talfahrt oder Stagnation. **(Oberndorf)**

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt merkt zur Diskussion um die sogenannten Hitler-Tagebücher an:

Der Zeitgenosse ... wird sich alsbald beruhigen. Sein Hitlerbild ist längst fixiert; er wird es weder übermalen noch tiefer (oder höher) hängen. Bequemt er sich, seinen gesunden Menschenverstand anzukurbeln, dann fragt er sich allerdings, wie es dieser famose und so überbelichtet ins Bild geratene Reporter Heidemann wohl angestellt haben mag, unter dem scharfen Blick der DDR-Behörden sein gewinnträchtiges Spielchen zu spielen und so entschlossen daran festzuhalten, daß von einer Fälschung doch, bitte sehr, *nicht die Rede* sein könnte. Und er schließt messerscharf, mißtrauisch aus guten Gründen, daß das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit da zumindest angeordnet haben könnte, irgendwo irgendeinmal eine Weile die Augen zuzudrücken".

Militärische Sicherheit – die erste Dimension der Politik

Spanien will als ehrlicher Makler das politische Gewicht Lateinamerikas verstärken / Von Rolf Görtz

In Madrid debattierten Spitzenpolitiker und Intellektuelle aus Spanien, Portugal und 19 Staaten Südamerikas unter dem Motto „Ibero-Amerika – ein Treffen in Demokratie". Hinter diesem Titel steckt ein ehrgeiziger Plan der Regierung Felipe González, der seinen Anstoß in der Sozialistischen Internationale bekommen haben mag, der aber längst vorgezeichneten Bahnen der Geschichte folgt: Die politische Aktivierung Ibero-Amerikas in der Form eines losen Verbundsystems, wie es etwa die angelsächsische Welt darstellt. González, *der gegenwärtig Bonn besucht*, erklärte in einem Interview der WELT, daß die ibero-amerikanische Welt – und dazu gehören in diesem Zusammenhang Spanien und Portugal – über mehr Gemeinsamkeiten verfüge als die angelsächsische Welt –, daß sie aber im großen Konzert weltpolitischer Entscheidungen dennoch kein Gewicht besitze. Das Ziel seien die Neutralität und Blockfreiheit Lateinamerikas.

Als Beispiel für eine künftige Gewichtung mag die Konferenz der Außenminister Panamas, Mexikos, Venezuelas und Kolumbiens auf der Insel Contadora dienen. Sie wollen verhindern, daß Mittelamerika zum Szenarium einer weltpolitischen Auseinandersetzung im Stile Vietnams wird. Ausgelöst wurde die Bewegung durch den Versuch Moskaus, das sowjetisch-kommunistische Satellitensystem auf den Isthmus zwischen Nord- und Südamerika auszudehnen. Ein Versuch, dem logischerweise die Reaktion der USA in El Salvador und Honduras folgte. Die Vereinigten Staaten handeln hier im *wohlverstandenen Eigeninteresse* ihrer Selbstverteidigung. Und sie werden auch so lange an dieser Praxis festhalten müssen, wie sich in Lateinamerika keine regionale Eigeninitiative bildet.

Contadora nun ist der Anfang zu einer solchen Initiative. Zusammen mit anderen Staaten wollen die vier Gründer dieser losen „Organisation" einen Aktionsblock schaffen, der die Unabhängigkeit der Region festigen und wahren soll. Spanien trug wesentlich zu dieser Konferenz bei; zu ihrer Idee und zu ihrer Ausführung, indem es u. a. seinen diplomatischen Apparat in den beteiligten Ländern für die Vorbereitung zur Verfügung stellte.

Genau das meinte auch der spanische König Juan Carlos, als er 1976 in Cartagena de las Indias *(Kolumbien)* Spanien und die Staaten Ibero-Amerikas aufforderte, der „Realität äußerer Bedrohungen und Aggressionen" gemeinsam entgegenzutreten. „Konflikte müssen wir zusammen lösen." Das bedeutet natürlich nicht, daß die neue politische Initiative nun jede Revolution und jeden Militärputsch – ob von rechts oder links – verbindern könne. Das entscheidende Kriterium bleibt vielmehr der Mißbrauch durch eine fremde Macht, bleibt der Satellitenstatus als mögliches Ergebnis einer gewaltsamen Veränderung.

Spanien möchte in diesem Konzept nun nicht etwa nur eine bloße Mittlerrolle übernehmen – das würde dem Eingeständnis gleichkommen, ein Außenseiter zu sein. Spanien will Europa und Amerika zugleich sein, blutsmäßig und gefühlsmäßig eng mit den ibero-amerikanischen Schwesternationen verbunden. Die Bezeichnung der „madre patria" gehört deshalb auch längst der Vergangenheit an. Allerdings Gewicht im ibero-amerikani*schen Konzert erhält Spanien* erst vor dem Hintergrund einer Mitgliedschaft im atlantisch-europäischen Bündnissystem; dem der González-Besuch in Bonn nicht zuletzt gilt.

Die atlantischen Dimensionen in diesem Konzept kann Portugal in enger Zusammenarbeit mit Brasilien und Angola ausbauen. So laufen denn die Linien der von Felipe González zitierten Gemeinsamkeit zwischen Europa, Südamerika und Westafrika quer über den Südatlantik. Auch sie nützen der Neutralität und Blockfreiheit der ibero-amerikanischen Welt.

Seit die sowjetische Flotte sich im Süd- und Mittelatlantik ausdehnt und auf den Kanarischen Inseln sowie in Luanda über einen logistischen Hintergrund verfügt, erwarten Staatsmänner *in den südamerikanischen Anrai*nerstaaten immer wieder die Ausdehnung des NATO-Bereiches auf den Südatlantik. Da dies nicht geschah, entwickelten sie schon vor vielen Jahren ein eigenes System, das ihrer Sicherheit dient und nur insofern ihr politisches Gewicht verstärkt. Bilateral operieren die Marinen Kolumbiens, Venezuelas, Brasiliens und Argentiniens zusammen mit Verbänden der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Mitglieder. Auch deutsche U-Boote und Fregatten beteiligen sich daran. Gewiß, dieses atlantische Konzept wurde durch den Falkland-Krieg ganz empfindlich geschwächt. Es wiederherzustellen könnte Spanien einen wertvollen Beitrag leisten. Die militärische Sicherheit aber – der spanische Außenminister nannte sie die „erste Dimension der Politik" – ist eine Voraussetzung gerade für Neutralität und Blockfreiheit von politischer und kultureller Autonomie, wie sie sich die Madrider Konferenz auf ihre Fahnen geschrieben hat.

istian Zschaber

nzipieren



ER ANDERE

DIE PRESSE

Politik

Mai in Paris – das bedeutet Unruhe und Demonstrationen

Von A. GRAF KAGENECK

Von einem Wonnemonat Mai kann vorerst in Frankreich keine Rede sein. Das Frühjahr ist kalt, der Frühling verspätet. Wolken jagen vor dem steifen Nordostwind am Eiffelturm vorbei. Regenschauer peitschen über die Seine und lassen sie nicht in ihr Bett zurückkehren, die Trikoloren auf dem Grand Palais und dem Quai d'Orsay knattern im Wind wie Maschinenpistolensalven. Die Menschen schlagen den Mantelkragen hoch und ziehen die Köpfe ein.

Das tun sie auch wegen der politischen Großwetterlage. Wann war der Monat Mai in diesem Jahrhundert schon mal ein Wonnemonat? Im Mai 1936 kam die Volksfront, im Mai 1940 kamen Hitlers Panzer, im Mai 1958 kam de Gaulle, und zehn Jahre später kamen die Studenten. Wer das damals miterlebt hat, dem steckt der Schrecken noch heute in den Knochen. Das begann mit dem unfreiwilligen Bad eines Ministers im Schwimmbecken der Universität von Nanterre, den ein gewisser Daniel Cohn-Bendit ins Wasser geschubst hatte, und endete mit der Flucht des Generals de Gaulle nach Baden-Baden. Dazwischen lagen die größten Aufmärsche, die Paris je seit der Kommune von 1871 erlebt, lag die außergewöhnlichste „Kulturrevolution", deren sich je ein westliches Land bedient hatte.

Was wird nun kommen, 15 Jahre später? Ein neuer Mai, ein Mai „andersherum", wie man in den Straßen munkelt und in den Zeitungsspalten spekuliert? Andersherum, weil diesmal nicht die linken, sondern die rechten Studenten demonstrieren? Frankreich hat heute eine Linksregierung. Die überwiegende Mehrzahl junger Leute, die einen Studienplatz erwischt haben, sind in einem hoch entwickelten Land „links" gedrillt, wenn sie nicht als „doof" gelten wollen. Wieso also sollten die Studenten streiken und manifestieren, wenn die Mehrzahl von ihnen endlich die Regierung hat, die sie sich seit Jahren erträumt hatten?

Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Der Tatbestand ist folgender: Seit dem 15. Februar boykottieren Frankreichs 140 000 Medizinstudenten die Hörsäle. Ihre Aktion wird unterstützt und multipliziert durch einen bisher einmaligen Streik von rund 10 000 Ärzten des Landes. Beider Protest liegen Reformen des (kommunistischen) Gesundheits- und des (sozialistischen) Erziehungsministers zugrunde, die einen Abbau gewisser Privilegien der Ärzteschaft und eine schärfere Selektion der Prüflinge für die Abschluß-Examen mit sich bringen sollen. Getreu ihrem ideologischen Kredo, will die Linke das Gesundheitswesen in Frankreich mehr in wohlfahrtstaatliche Hände legen und einen nivellierten Ärztestand zu einem Beamtenstand machen. Hoffnungen der zuständigen Minister, die Revolte der „Herren im weißen Mantel" werde von selbst in sich zusammenbrechen, haben sich bisher nicht erfüllt.

In den übrigen Fakultäten brodelt es seit März ebenfalls. Vor allem die Juristen und Wirtschaftswissenschaftler meutern gegen die neue Examensordnung, die ihnen den Weg zum Abschluß-Diplom erheblich erschwert. Die Regierung hat ein Gesetz vorbereitet, das den dritten und letzten Studien-Zyklus reformiert und ihm ein neues Examen vorschaltet, an dem, so der Vorwurf der Studenten, viele scheitern sollen. Die Regierung spricht von „Modernisierung, Demokratisierung der Studien, ihrer Anpassung an die Umwelt". Der Hintergrund ist klar: Der immer größer werdende Strom von Akademikern, die keinen Arbeitsplatz mehr finden, muß gestoppt werden, wenn man sich nicht einem wachsenden Heer von arbeitslosen Diplomierten gegenübersehen will. Ihr Reformgesetz soll am 25. Mai vor die Nationalversammlung. Es ist seit 18 Monaten in Vorbereitung und in großen Zügen längst bekannt. Das Näherrücken des parlamentarischen Termins macht die Studenten nervös. Sie gehen auf die Straße.

Natürlich wissen die jungen Leute in Jeans und Turnschuhen, daß kein Land um eine Regelung der Frage herumkommt, wie man Akademikerschwemme und Arbeitsmarkt in Übereinstimmung bringen kann. Sie sind die unfreiwilligen Opfer zweier gesellschaftlicher Errungenschaften, die man gerade in Frankreich in den Nachkriegsjahren als einen Sieg an den Fronten der Demokratie gefeiert hat: des Baby-Booms und der Demokratisierung des Bildungswesens. Aber gerade das revoltiert sie. Warum hat der Staat nicht rechtzeitig vorgesorgt? Warum hat gerade eine Linksregierung keine andere Antwort auf das Problem parat als die Selektion, verhaßtes Medikament der Rechten?

Hier unterscheidet sich die keimende Protestbewegung grundsätzlich von der des Mai 1968. Damals hatte eine verwöhnte Generation in einem wirtschaftlich florierenden Frankreich „die Schnauze voll" von einer Universität, in der die „Mandarine" herrschten, von einer Gesellschaft, die noch in Kategorien der Vorkriegszeit dachte. Sie waren erbittert über eine Regierung, die glaubte, die Akademiker-Schwemme „räumlich" lösen zu können, indem sie die Universität so ließ, wie Richelieu sie begründet hatte, von einer Regierungspartei, die die Stiefel eines Generals leckte. Einige intelligente Wirrköpfe organisierten Hörsaal-Ulks, und das genügte als Funke, um einen immensen Brand zu entfachen. Die Dinge uferten dann vollends aus, als sich auch die Arbeiter, mit der deflationären Politik des Generals de Gaulle nicht einverstanden, dem zunächst mit Belustigung und Widerwillen verfolgten Rabbatz der Studenten anschlossen. Frankreich brannte lichterloh, und das Regime des Giganten de Gaulle ging in die Knie, ehe es in der Existenzangst der bürgerlichen Schichten die Kraft zum Aufbäumen und zu einer letzten Glanzperiode fand.

Dennoch ist damals der Wandel des Mai 1981 (wieder ein Mai!) vorbereitet worden. Giscards liberale Tändelei mit längst fälligen Reformen war nur ein Zwischenspiel. Nun hat Frankreich, nun haben die Studenten ihre Linksregierung. Aber sie streiken wieder; und keineswegs nur die Rechts-Opponenten, wenngleich sie bei den ersten großen Unruhen in der vergangenen Woche die Speerspitze der Demonstranten bildeten. Auch die kommunistisch-trotzkistische „Nationale Union der Studenten Frankreichs" veranstaltete einen Umzug, und in anderen Städten, wie Marseille und Toulouse, marschierten sozialistische und gaullistische Juristen Arm in Arm hinter Spruchbändern, auf denen die Verschiebung des Reformgesetzes verlangt wurde. Nur die streng kommunistische „Nationale Union studentischer Solidarität" enthält sich bisher jeder Aktion, gewiß auf Weisungen einer Partei, die vorläufig auf Gedeih und Verderb den Kurs der Solidarität der Regierungskoalition beibehält.

Das entbindet ihre Anhänger nicht von den Sorgen, die hinter dem studentischen Mai 1983 stehen. Sorgen vor der ungewissen Zukunft, Sorgen vor dem sozialen Abstieg, Sorgen, die man mit der älteren Generation teilt, die vielfach den Glauben an einen Erfolg des sozialistischen Experiments verloren hat. Die Regierung und die ihr hörigen Medien verdächtigen die Rechts-Opposition, das Linksregime mit Hilfe der Studenten aus den Angeln heben zu wollen, nachdem es politisch über die Urnen der Gemeindewahlen im März nicht gegangen ist. Diesen Verdacht können die Gaullisten und Giscardisten in Ruhe zurückweisen. Das Aufbegehren der Universitäten hat alle Züge des Spontanen. Es nährt sich aus vielen Strömen; und es ist sehr die Frage, ob es in einem Umfeld, das von Mißmut und Verbitterung der Arbeiter über die Regierung der Austerity und des Kaufkraftverlustes gekennzeichnet ist, nicht wiederum Auslöser größerer Bewegungen werden kann. Wie dem auch sei: Die nächste große Demonstration, das nächste Rendezvous der Studenten mit der Polizei, ist auf morgen angesetzt.

Wochenlang tobte im Mai 1968 die Rebellion Pariser Studenten und Arbeiter gegen die Politik de Gaulles. FOTO: STUDIO X

Herdecke, eine Kommune am Rande des Ruhrgebiets, darf ein Stück deutscher Geschichte schreiben. Am 2. Mai öffnete hier, am Gemeinnützigen Gemeinschaftskrankenhaus Witten/Herdecke, die jüngste Universität der Bundesrepublik, die erste zugleich in freier Trägerschaft, ihre Pforten. 26 Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin nahmen ihr Studium auf. Die Universität stellt den Anspruch, eine geistige Elite heranzubilden. Ist sie anders als andere?



In Herdecke ist der „Professor" nicht Respektperson qua Amt. Auch nach der Vorlesung diskutiert Dr. Konrad Schily, Vorstandsvorsitzender des Universitätsvereins, mit den Studenten. FOTO: WINDECK/POLY PRESS

Für jeden Studenten einen Arzt

Von PETER JENTSCH

Spectabilis Uwe", meldet sich Dr. med. Konrad Schily, Vorstandsvorsitzender des Universitätsvereins Witten/Herdecke, Neurologe und, ach ja, ein Bruder des Bundestagsabgeordneten der Grünen, während des Einführungsseminars zu Wort. Die derart despektierlich geduzte Spektabilität Professor Dr. Uwe Stave, Gründungsdekan der ersten freien Universität der Bundesrepublik, lächelt: „Bitte, Konrad."

Den Studenten, Durchschnittsalter 24 Jahre, verschlägt's nicht die Sprache. Wen wundert's? Der Ton ist locker, als sich die Professoren ihren Studenten vorstellen. Und das Durchschnittsalter des „Lehrkörpers" läßt durchaus auf seine früheren Apo-Aktivitäten schließen. „Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren"? Unter den Professorenkitteln von Herdecke weht – um im Bild zu bleiben – eher ein frischer Wind.

Das merkt man bereits an den Kriterien, die der Universitätsverein in freier Trägerschaft Witten/Herdecke der Auswahl seiner Studenten zugrunde legte. Hier studiert nicht die „Numerus-clausus-Elite" der Nation, hier werden Mediziner ausgebildet, die sich durch Berufspraktika in Krankenhäusern bereits bewährt haben.

Von 6000 Bewerbern der am 13. Juli 1982 nach langen Kämpfen staatlich anerkannten Universität (die WELT berichtete) kamen 1200 in ein Vorauswahlverfahren. Davon durften sich schließlich 100 Studenten und Studentinnen zu einem persönlichen Gespräch vorstellen. 26 erhielten schließlich den begehrten Studienplatz und nahmen ihr Studium am vergangenen Montag auf. Voraussetzung waren unter anderem neben dem Abitur die Beherrschung mindestens einer Fremdsprache, philosophische Grundkenntnisse und ein Berufspraktikum, zum Beispiel als Krankenpfleger.

Die 26 Studentinnen und Studenten erfüllen diese Voraussetzungen. Damit ist klar, warum der Universitätsverein sie auswählte. Warum aber entschieden sie sich für Herdecke?

Martina Siuda (22) wählte den Studienplatz in Herdecke, obwohl sie nach sechs vergeblichen Anläufen gerade von der ZVS in Dortmund einen Medizinstudienplatz an einer staatlichen Hochschule erhalten hatte. „Der normale Unibetrieb", sagt sie, „läuft mir zuwider. Hier werde ich intensiver als an den normalen Universitäten auf meinen Beruf vorbereitet und ganzheitlich ausgebildet. Das war für mich der entscheidende Grund."

Eckart Böcker (26), der nach seinem Abitur sechs Jahre lang in der Krankenpflege tätig war, verzichtete auf seinen ZVS-Studienplatz und wählte Herdecke mit dem Argument: „Hier wird der Patient nicht zum Objekt, zum Fall degradiert. Hier wird Humanitas großgeschrieben."

Klaus Rentrop aus Bonn, Sohn eines FDP-Bundestagsabgeordneten und ebenfalls im Besitz eines ZVS-Studienplatzes, liebäugelt mit der anthroposophischen Zielrichtung des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke, um das die Universität aufgebaut ist. „Ich verspreche mir viel vom Praxisbezug meiner hiesigen Ausbildung", sagt Klaus. „Bei unserer geringen Studentenzahl werde ich oft genug Gelegenheit haben, mit Patienten in Berührung zu kommen."

Dieser Meinung ist auch Reinhard Friedrich (26), der seinen Zivildienst in einer Hamburger Klinik (Herzchirurgie) ableistete. Da er von der ZVS bisher keinen Studienplatz erhielt, machte er eine Ausbildung als Krankenpflegehelfer.

Erst Krankenschwester, dann Medizinstudentin

Ulrike Terhorst (27), die ihr Abitur 1977 machte, sich aber nie um einen Studienplatz bewarb, sondern sich zur Krankenschwester ausbilden ließ und in diesem Beruf dann drei Jahre arbeitete, entschied sich aufgrund der geringen Studentenzahl für die freie Uni. „Mit 300 Kommilitonen im Hörsaal zu sitzen und mit 25 Studenten kaum Notiz nehmen zu können vom Patienten – unter solchen Prämissen hätte ich kein Studium aufgenommen. Hier in Herdecke gehöre ich vom ersten Tag an zur Klinik und lerne praktisches ärztliches Handeln."

Eben das ist eine der Intentionen der freien Universität. Einer ihrer Initiatoren, Priv.-Dozent Dr. Gerhard Kienle, beschrieb unlängst gegenüber der WELT das Ziel der Hochschule so: „Die Berücksichtigung der Handlungsweise des Arztes als persönliche Hilfeleistung zieht die Notwendigkeit nach sich, durch das Studium Situationen herzustellen, in denen der künftige Arzt lernt, die Probleme der Kranken in ihrer natürlichen Komplexität zu lernen. Um die begrifflichen Grundlagen und Voraussetzungen der medizinischen Theorien, Konzepte und Hypothesen und ihre Begründung durch Erkenntnisvorgänge durchschauen zu können, ist die Vertrautheit mit den Grundlagen der abendländischen Geistesentwicklung mitsamt der Erkenntnistheorie und den Entwicklungsbedingungen der Naturwissenschaft erforderlich."

Kienle und seine Kollegen in Herdecke stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Seit langem bereits kritisieren Ärzteverbände und auch die Bundesärztekammer die geltende Approbationsordnung. Der Vorsitzende des Ausschusses Approbationsordnung der Bundesärztekammer und Chef des Marburger Bundes, Dr. Jörg Hoppe, wirft der Approbationsordnung „Praxis- und Patientenferne" vor. Im Verlauf der Ausbildung und durch die schriftliche Prüfung mit vorgegebenen Antworten (multiple choice) lernten „die Studenten nur Krankheiten behandeln – nicht kranke Menschen".

In Herdecke will man deshalb ein Studium gewährleisten, das zwar der gültigen Approbationsordnung entspricht (die Staatsprüfungen werden vom Landesprüfungsamt Nordrhein-Westfalen durchgeführt), das mit seinem Lehrangebot aber oberhalb der für den EG-Bereich gültigen Norm von 5500 Stunden liegt.

Dieses Studium soll den künftigen Arzt darauf vorbereiten, die Würde des Menschen zu erkennen, erfolgreich persönliche Hilfe zu leisten und selbständige Urteilskraft zu entwickeln. Dabei soll etwa im Fach medizinische Psychologie die Beobachtung des Kranken und die Erhebung der sozial-medizinischen Vorgeschichte so erlernt werden, daß der Kranke sich verstanden und akzeptiert findet. Im vorklinischen Teil der Ausbildung sollen die Studenten lernen, alle Schritte des diagnostischen und therapeutischen Vorgehens bewußt zu reflektieren. Im klinischen Teil schließlich soll der Student durch die Betreuung von Patienten unter Aufsicht des verantwortlichen Arztes den Anforderungen ausgesetzt werden, denen er später im Umgang mit den Kranken begegnet.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist die Zahl der Studenten zunächst auf 26 begrenzt. Sie erhalten in Trimestern (und nicht in Semestern) eine fächerübergreifende Ausbildung. Jedem Studenten wird dabei für die ärztliche Praxis auf den Krankenstationen ein Arzt zur Verfügung stehen. In einem „Studium fundamentale" wird die Ausbildung auch auf philosophische und wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse ausgedehnt.

Studentenaustausch ist Teil des Programms

Zur Zeit hat Herdecke genügend praktische Probleme. Denn die Universität und ihre notwendigen Einrichtungen befinden sich im Aufbau. Erst ab September stehen den Studenten die Gebäude für die Anatomie und die Physiologie zur Verfügung. Bis dahin werden die entsprechenden Seminare an anderen Universitäten abgehalten (Physiologie in Marburg).

Aus dieser Not macht Herdecke übrigens eine Tugend. Die Universität will von ihrem gesellschaftlichen Verständnis her international sein. Schily: „Zum Lehrprogramm wird ein Austausch der Studenten mit anderen namhaften Universitäten gehören. Wir wollen es zur Gewohnheit machen, gewisse Praktika auch im Ausland durchzuführen, und zwar auch in der jeweiligen Landessprache." Das dient auch dem Ziel, daß sich alle Absolventen dieser Universität neben ihrer Muttersprache in zwei weiteren Landessprachen verständigen können.

Bis dahin freilich ist der Weg noch weit. Daß ihn die Studenten ohne BAföG-Anspruch auch finanziell bestehen, auch dafür sorgt Herdecke. Freiwillig können die Studenten in der Küche des Krankenhauses etwa zwischen 18 und 22 Uhr Gemüse putzen. „Im Jahr", so schätzt Schily, „kann da für die Gemeinschaftskasse der Studenten schon ein sechsstelliger Betrag zusammenkommen. Aus diesem Fonds könnte finanziell schwachen Studenten geholfen werden."

Hannover: Neues Rundfunkgesetz vorgelegt

epd/DW. **Hannover**

Die niedersächsische Landesregierung hat den neuen Entwurf eines Landesrundfunkgesetzes dem Parlament zugeleitet. Die ursprüngliche Regierungsvorlage, die im Herbst als Diskussionsbasis veröffentlicht und auf verfassungsrechtliche Bedenken gestoßen war, ist in zahlreichen Punkten umgeschrieben worden. Die wichtigsten Änderungen wurden bei der rechtlichen Konstruktion des Landesrundfunkausschusses vorgenommen, der nunmehr als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet werden soll, sowie bei der Regelung des Verfahrens zur Lizenzvergabe.

Die Landesregierung bleibt zwar für die Erteilung der Sendelizenz zuständig, was einen Teil der verfassungsrechtlichen Bedenken ausgelöst hat, doch soll der Landesrundfunkausschuß, der nach den bisherigen Vorstellungen nur „gehört" werden sollte, mehr Mitwirkungsrechte erhalten: Die Regierung will nach dem neuen Paragraphen 3 dem Rundfunkausschuß alle Anträge zusammen mit einem eigenen Vorschlag „zur Entscheidung über die Auswahl" vorlegen.

Im neuen Paragraph 21 wird festgelegt, daß der Landesrundfunkausschuß, dessen Organisationsform nach dem alten Entwurf unbestimmt blieb, als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet wird. Die Kosten der Anstalt wird das Land tragen. Hauptaufgabe des Gremiums, ist die Kontrolle der späteren privaten Hörfunk- und Fernsehprogramme. Die Landesregierung behält sich das Recht vor, an den Sitzungen des Gremiums mit einem Vertreter, der jederzeit gehört werden muß, teilzunehmen.

Der überarbeitete Entwurf enthält folgende weitere Änderungen gegenüber der alten Vorlage: Die Lizenzen sollen auf zehn statt bisher acht Jahre vergeben werden. Die auf die Zeitungsverleger zugeschnittene Bestimmung, bisherige Leistungen und Tätigkeiten im Medienbereich müßten bei der Lizenzvergabe berücksichtigt werden, ist gestrichen worden; dafür findet sich im Paragraph 5 die Bestimmung, der Antragsteller müsse „erwarten lassen, daß er in der Lage ist, ein Programm zu veranstalten, das professionellen Ansprüchen genügt". Die alte Vorschrift, Pornographie dürfe nicht gesendet werden, ist erweitert worden. Im Paragraphen 9 heißt es jetzt, neben Pornographie dürfen auch keine Sendungen ausgestrahlt werden, die die Gewalttätigkeit in grausamer Weise schildern oder zum Rassenhaß aufstacheln.

Im übrigen bleibt es dabei, daß die Privatsender, die jeweils nur eine Hörfunk- und Fernsehlizenz erhalten sollen, landesweit senden müssen.

Honorar-Grenzen für Ärzte

AP, **Kassel**

Bei Ärzten kann nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts auf eine unwirtschaftliche Verordnungsweise geschlossen werden, wenn sie bei der Behandlung von Krankenkassenpatienten die durchschnittlichen Aufwendungen von vergleichbaren anderen Ärzten in einem offensichtlichen Mißverhältnis überschreiten. Zu diesem Ergebnis kam das Bundessozialgericht in zwei Prozessen eines Facharztes für Urologie aus Berlin, der mehrere Jahre lang bei den Laboruntersuchungen den Aufwand seiner Berufskollegen teilweise um mehr als 800 Prozent überschritten hatte. Außerdem verschrieb er den Patienten um 117 Prozent mehr Medikamente.

Sein Honorar für die Behandlung von Krankenkassenpatienten wurde deshalb um insgesamt 12 500 Mark gekürzt. Der Arzt wandte dagegen ein, aufgrund von Spezialkenntnissen benötige er auch höhere Aufwendungen. Das Bundessozialgericht wies jedoch die Klage gegen die Honorarkürzung ab und begründete dies mit dem krassen Mißverhältnis der Verordnungsweise (Aktenzeichen: 6 RKO 13/80 und 14/80).

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Wende bedeutet, das Richtige durchzusetzen

PETER GILLIES, **Bonn**

Die barsche und grundsätzliche Kritik der Wirtschaftsforschungsinstitute an der Bundesregierung ist von der Sorge getragen, daß die neue Koalition in Bonn die Chance der Wende verspielt und so die Wähler enttäuscht. „Wir fordern deshalb zu nichts anderem als zu hohem Ehrgeiz auf", erläuterte Professor Hans-Jürgen Schmahl, Hamburg, das Frühjahrsgutachten und fügt hinzu: „Wir sind vom bisherigen Kurs enttäuscht."

Zwei Passagen in dem Gutachten (vgl. WELT vom 3. Mai) verdeutlichen die Mahnung führender Wirtschaftsinstitute:

„In der Wirtschaftspolitik wurde zwar eine grundlegende Wende versprochen; der bisher verfolgte Kurs läßt es jedoch an Klarheit, Konsequenz und damit an Glaubwürdigkeit fehlen, er gewährleistet noch keine nachhaltige Aufwärtsentwicklung."

Ferner: „Alles in allem sind die Bedingungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung, in dem die Beschäftigung nachhaltig steigt, noch nicht erfüllt. Werden die wirtschaftspolitischen Weichen nicht entschiedener als bisher gestellt, wird man befürchten müssen, daß die wirtschaftliche Erholung schon im nächsten Jahr wieder ins Stocken gerät."

Gehen die fünf führenden Institute mit dieser Regierung kritischer ins Gericht als mit den verflossenen? Keineswegs, meint Professor Schmahl, Mitverfasser des Gutachtens und stellvertretender Präsident des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg. Man habe sich „genauso kritisch" wie früher geäußert. Aber: „Ich nehme das Wort von der Wende ernst; wenn wir jetzt nicht das Nötige sagen, fordern und auch durchsetzen, dann nie."

Er will die Mahnung des Gutachtens als „Kritik von Wohlmeinenden" verstanden wissen. Sie seien jedoch enttäuscht von den vielen Fehlentscheidungen. Das „Hin und Her" um die Zwangsanleihe, die Erhöhung des Staatsanteils durch Aufstockung der Mehrwertsteuer und der Sozialabgaben zielten in die falsche Richtung.

Damit vergrößere der Staat seinen Einfluß auf die Wirtschaft, statt Leistungsbereitschaft, Motivation und private Initiative anzuregen. Die Grenzbelastung bei den Steuern (die Steuerlast für die zusätzlich verdiente Mark) zu erhöhen, sei genau das Gegenteil dessen, was heute nötig wäre. Gleiches gelte für die Taktik bei Sozialausgaben, sich durch Verschiebung der Lasten heute Luft zu schaffen und damit künftige Belastungen und Gefahren zu erhöhen.

„Wir wollen die Perspektiven deutlich machen", meint Schmahl. Es sei ein „Sündenfall", ständig neue Subventionen auszuschütten oder anzukündigen (Stahl, Werften), statt die bestehenden abzubauen (Kohle, Landwirtschaft). Sind die Gutachter mit ihren dezidierten Vorschlägen zu rigoros und deshalb unpolitisch? „Diesen Vorwurf hören wir immer wieder", sagt Schmahl. „Wir fordern nichts anderes als die Verwirklichung dessen, was die Koalitionsparteien jahrelang gefordert haben und die Regierung versprochen hat." Es sei unredlich, Wissenschaftler zu kritisieren, die viel fordern; geboten sei, gegen Regierungen Stellung zu nehmen, die viel versprechen.

Es sei das Problem von heute, die unpopulären Maßnahmen anzupacken, die Wirtschaft umzustrukturieren und bürokratische Zwänge abzubauen. Viele Jahre sei man die Dinge nicht angegangen mit der Behauptung, sie seien „politisch nicht machbar". Aber das als richtig Erkannte auch durchzusetzen, „das ist ja gerade die Logik der Wende, die Legitimation der neuen Regierung". Das gelte auch dann, wenn es unpopulär sein sollte. „Seit Monaten bewegt uns die Sorge, daß ein Kurs, den wir alle bejahen, versandet", gibt der Wissenschaftler die Meinung der Mehrheit der Institute wieder. Die Wirtschaftsgeschichte „zeige viele Beispiele, wo sich Änderungen plötzlich durchsetzen ließen, die vorher niemand für „politisch machbar" gehalten habe. Der augenblickliche Druck auf die Kassen begünstige vernünftige Lösungen.

Die deutsche Wirtschaftspolitik stehe „vor einer ganz entscheidenden Probe". Wenn sie jetzt nicht die Herausforderung aufnehme, „dann ist es mit der Wende nichts gewesen", sagt Schmahl. Lassen ihn die ablehnenden Stellungnahmen resignieren? „Noch nicht", entgegnet er, aber wenn die Mahnungen verpufften, sei eine „große Resignation" nicht zu vermeiden.

Für „besonders gefährlich" hält der Wirtschaftswissenschaftler die Erwartung, „mit ein bißchen Aufschwung sind alle Probleme gelöst". Teile der Wirtschaft, aber auch manche Politiker unterstellten dies insgeheim, was nicht unbedingt ein Zeichen von Feigheit sei. Die nicht abreißende Diskussion über die Umverteilung der Arbeit sei ein Symptom dafür.

Von den beiden Gefahren, „grausame" Sparmaßnahmen gleich am Anfang einer Legislaturperiode vorzunehmen oder aber mit dem Aufschwung alle Probleme für gelöst zu betrachten, hält Schmahl die zweite für die gefährlichere. Das „Lambsdorff-Papier", das letztlich zum Regierungswechsel führte, sei zwar ein Maximalkatalog. Aber an ihm müsse sich eine vernünftige marktwirtschaftliche Politik orientieren, wenn sie einen selbsttragenden Aufschwung wolle. Schmahl glaubt Grund für die Annahme zu haben, „daß unsere Botschaft in Bonn verstanden wurde".

Die SED will den Faden nicht reißen lassen

Bemerkenswerte Gedanken im „Neuen Deutschland" zum innerdeutschen Verhältnis und zur Absage Honeckers

HANS-R. KARUTZ

Was die SED-Führung gestern in ihrem „Neuen Deutschland" auf 846 Zeilen einer kompletten Seite ausbreitete, lehrt fünferlei:

1. Ost-Berlin will die Besuchsabsage Erich Honeckers entdramatisieren. Erstmals ist davon die Rede, daß ZK-Abteilungsleiter Professor Herbert Häber am vergangenen Donnerstag im Gespräch mit Staatssekretär Hans Otto Bräutigam eben nicht nur die Absage mitteilte, sondern darlegte, daß Ost-Berlin „an der Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD weiterhin interessiert" sei.

2. Die „DDR" hat, so räumen die Autoren der von mindestens zwei – wenn nicht mehr – Federn im Agitprop-Büro des SED-Zentralkomitees gefertigten Ausarbeitung ein, im Hinblick auf die sowjetische Dominanz auch in der Deutschland-Politik nur ein begrenztes eigenes Terrain, darin jedoch „Spielraum". Anders als ein deutlicher Fingerzeig auf den großen Bruder in Moskau sind zwei Passagen sonst nicht zu interpretieren. Es heißt, die „DDR" sei in den zurückliegenden Monaten gegenüber Bonn „bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen". Folglich sind sie auch für die angeblich in allen Belangen souveräne „DDR" begrenzt. „Spielraum", so heißt es an anderer Stelle, habe Ost-Berlin immer dort, wo dies der „Zusammenarbeit zwischen den Staaten förderlich" sei.

3. Ost-Berlin zeigt sich von Bundeskanzler Kohl zwar enttäuscht, weil er die Dinge angeblich habe „treiben lassen", setzt aber offensichtlich auf ihn und seine Politik. Dabei richtet sich Ost-Berlin ganz offenkundig schon jetzt auf einen längeren Regierungszeitraum Kohls über die nächsten vier Jahre hinaus ein.

4. Die „DDR" verpackt in den auf den ersten Blick von Verbalinjurien und versteckten Drohungen überfrachteten Beitrag neue Gesprächsangebote. Der Geraer Förderungskatalog Honeckers, nach der Zwangsumtausch-Verdoppelung im Herbst 1980 aufgestellt und die politische Vereisung nach dem Sieg der „Solidarität" in Polen demonstrierend, gerinnt zu einer „Reihe von Fragen, die bis jetzt nicht geklärt wurden".

DIE ANALYSE

Es ist plötzlich nicht mehr von der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der „DDR", sondern von der „Respektierung der Staatsangehörigkeit" die Rede. Was immer damit gemeint sei – im kommunistischen Machtbereich bedeuten Neuformulierungen in der Regel auch neue Inhalte.

5. Ost-Berlin setzt aus wirtschaftspolitischen Gründen angesichts der mit immer höheren „DDR"-Exportlasten erkauften sowjetischen Rohstofflieferungen eindeutig auf Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Die Formulierung, für die „DDR" gelte das abgeschlossene Vertragssystem „einschließlich des Kommuniqués vom Werbellinsee", spricht für sich.

Im gemeinsamen Papier vom 13. Dezember 1981 stand nämlich von Honecker und Helmut Schmidt vereinbart: „Beide Seiten sind bestrebt, die im gegenseitigen Interesse liegende wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit langfristig zu entwickeln, zu erleichtern und zu vertiefen." Der „DDR" schwebt weiterhin ein Kooperationsvertrag über 25 Jahre nach dem Muster des deutsch-sowjetischen Vertrages zwischen Bonn und Moskau vor, bei dem die SED auf langfristige Zusagen bauen könnte, die die unter schwerem Druck befindliche „DDR"-Wirtschaft auch dringend benötigt.

Der aggressive Teil der Bestandsaufnahme der jüngsten Verhärtung im innerdeutschen Verhältnis bestimmt in einem häufig regelrecht lamentierenden und sich selbst bemitleidenden Ton den ersten Teil der Ausarbeitung im „Neuen Deutschland". Selbst hier gelingt es der SED jedoch nur mühsam, aus der politischen Defensive herauszugelangen, in die sie sich unversehens durch den weiterhin keineswegs restlos geklärten Todesfall Rudolf Burkert und den Tod von Heinz Moldenhauer gedrängt sieht.

Zur eigenen Rechtfertigung zieht das Blatt sogar die 260 in den vergangenen 30 Monaten in der Bundesrepublik verstorbenen „DDR"-Rentner heran. Diese aufgrund der Ostberliner Reisebestimmungen logischerweise stets älteren Besucher sind nun aber gewiß nicht bei Kontrollen durch Zoll oder Bundesgrenzschutz verstorben.

Welche überkommenen Denkmuster teilweise noch in den Köpfen der SED-Propagandisten vorhanden sein müssen und welcher Mangel an Sensibilität im Umgang mit der jüngsten deutschen Vergangenheit in Ost-Berlin zu beobachten ist, lehrt folgende Passage: „Waren es früher die Juden und die Radfahrer, die an allem schuld waren, so sollen es gegenwärtig die Zöllner und die Volkspolizisten sein ..."

Was die Ostberliner Kommentatoren im operativen Teil ihrer Darstellung formulieren, sollte im Kanzleramt und in der deutsch-alliierten „Fünferrunde" sorgfältig in Augenschein genommen werden. Denn die „DDR" kehrt an drei Stellen ihre Möglichkeit heraus, über den Transit und das Besucherabkommen vor allem auf West-Berlin Druck auszuüben. Jeglicher Versuch einer „Erpressung" werde „nicht zuletzt" für West-Berlin zum Nachteil gereichen. Auch an ihrer Kontrollpraxis will die östliche Seite offenbar nichts ändern.

Im Gegenteil – mit drohendem Unterton heißt es: „Bis jetzt gibt es nur Stichkontrollen, und es ist unschwer zu verstehen, daß die Einführung von gründlichen Kontrollen sowohl den Transitverkehr als auch den Besucherverkehr erheblich stören würde." Auch der Hinweis, man werde „dies auch in Zukunft nicht tun", sollte in Bonn die Zuständigen nicht davon abhalten, nochmals zu betonen, daß sämtliche Folgeverträge des Viermächte-Abkommens nicht der Betrachtungs- und Einschätzungsweise der „DDR" und keineswegs ihrer beliebigen Handhabung unterliegen.

EG-Verkehrsausschuß plädiert für RMD-Kanal

Horst Seefeld (SPD): Wichtig wie Rhein-Rhône-Kanal

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments hält die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals für notwendig und hat dies in einem Bericht an den Ministerrat auch ausdrücklich bekräftigt. Dies geht aus Äußerungen des Ausschußvorsitzenden Horst Seefeld (SPD) vor dem „Frankfurter Presse-Tisch" am Montag abend hervor.

Zu einem einheitlichen verkehrspolitischen Konzept der EG, sagte der Abgeordnete, gehöre der Rhein-Main-Donau-Kanal genauso wie der Rhein-Rhone-Kanal in Frankreich. Beide zusammen ergeben die Verbindung zwischen Schwarzem und Mittelmeer. Diese Auffassung werde auch in einem umfassenden Bericht vertreten, den der deutsche EG-Abgeordnete Hoffmann (CDU) im Auftrag des Verkehrsausschusses verfaßt hat. Der Bericht liegt, vom Ausschuß gebilligt, inzwischen dem EG-Ministerrat vor, der sich allerdings dazu noch nicht geäußert hat.

Seine persönliche Einstellung zum RMD-Kanal ließ Seefeld auf folgende Art durchblicken: Er sei zwar ein persönlicher Freund des früheren SPD-Bundesverkehrsministers Volker Hauff, aber nicht in allen Fragen einer Meinung mit ihm. Wörtlich sagte er: „Ich habe mich als Pressereferent im Bundesverkehrsministerium seinerzeit jahrelang bemüht, den Journalisten den Nutzen und die Notwendigkeit des Kanals deutlich zu machen. Niemand wird es erleben, daß ich mich jetzt selber dementiere."

Scharfe Kritik übte Seefeld am EG-Ministerrat und an der EG-Kommission. Unter den 434 Abgeordneten des Europäischen Parlaments, vor allem unter den 25 im Verkehrsausschuß, herrsche quer durch Nationen und Parteien eine „große Übereinstimmung" darüber, daß Europa eine wirklich gemeinsame Verkehrspolitik brauche und daß die verschiedenen verstreuten Einzelmaßnahmen, die der Ministerrat in Brüssel seit 1958 erlassen habe, keine solche Verkehrspolitik darstellen: „Dem Mann auf der Straße ist es überhaupt nicht zu erklären, warum die Verkehrspolitik nicht an der Spitze der europäischen Einigung steht, warum er immer noch stundenlang an Grenzen warten, sich mit unverständlichen, komplizierten und uneinheitlichen Bestimmungen herumschlagen muß."

Schuld seien offenbar vor allem die nationalen Bürokratien. Jeder einzelne Verkehrsminister gebe im Gespräch zu, daß endlich etwas geschehen müsse. Im Ministerrat aber werde dann der Schwarze Peter von einem zum anderen weitergeschoben. Mit der Untätigkeitsklage, die das EG-Parlament vor einiger Zeit in Sachen Verkehrspolitik vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den Ministerrat erhoben hat, wollen die Abgeordneten – wie Seefeld sagt – zumindest die Verantwortlichkeiten klären. Der seit 1963 geltende Brauch, im Ministerrat hinter verschlossenen Türen nur Beschlüsse zu fassen, die einstimmig zustande kommen, verstoße gegen die geltenden Verträge. Es werde schon ein Erfolg sein, wenn der Gerichtshof dies feststelle.

Im Beamtenbund wächst Kritik an Alfred Krause

Gegner werfen ihm Wohlverhalten vor / Gegenkandidatur angekündigt / DBB-Chef weist die Vorwürfe zurück

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Im Deutschen Beamtenbund (DBB) ist schon ein halbes Jahr vor der Bundesvertreterversammlung im November, auf der der Vorstand neugewählt wird, eine Personaldebatte um den Bundesvorsitzenden entbrannt. Zum ersten Mal wird es dort einen Gegenkandidaten zur Kandidatur des DBB-Vorsitzenden Alfred Krause geben, der sich erneut um das Spitzenamt des Beamtenbundes, das er seit 1959 innehat, bewerben wird. Der gestern auf dem Kongreß der deutschen Steuergewerkschaft (DStG) mit 222 von 225 Delegiertenstimmen als Vorsitzender dieser Gewerkschaft bestätigte Werner Hagedorn will Krause ablösen, um „einen neuen Kurs des DBB" zu steuern.

Aus der Steuergewerkschaft ist, teilweise unterstützt von den Zollbeamten, in den vergangenen Wochen parallel zur Vorbereitung der Hagedorn-Kandidatur Kritik an der Amtsführung des Beamtenbundes-Vorsitzenden geübt worden. So hat ihm Hagedorns Stellvertreter im Vorsitz der Steuergewerkschaft, Erhard Beyer, vorgeworfen, er zeige allzu bereitwilliges Wohlverhalten gegenüber der neuen Regierung.

Hagedorn selbst hat in einem Rundbrief vor zwei Wochen an die Ortsvorsitzenden der Steuergewerkschaft erklärt: „Alle haben in diesen Tagen gespürt, daß alle positiven Erwartungen an die neue Bundesregierung eine Fehleinschätzung waren." Deshalb müsse der Deutsche Beamtenbund als Spitzenorganisation sich auf „unsere gewerkschaftlichen Kräfte besinnen". Beamtenpolitik könne nur der erfolgreich betreiben, der auch Einfluß auf die Tarifpolitik nehme und umgekehrt.

DBB-Vorsitzender Krause wollte die Personaldiskussion zunächst intern führen. Da der DBB inzwischen allerdings in die Schlagzeilen geraten ist, nahm Krause im Gespräch mit der WELT zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung. Er werde auf jeden Fall im Herbst noch einmal für eine letzte vierjährige Amtsperiode kandidieren, sagte Krause, danach allerdings aus Altersgründen Platz für einen Nachfolger machen: „Ich kandidiere, und ich fühle mich auch dazu verpflichtet, weil das maßgebliche Führungsgremium des Deutschen Beamtenbundes, der Bundesvorstand, fast einstimmig meine Kandidatur wieder vorgeschlagen hat." Im Bundesvorstand waren von 30 Stimmen 28 für Krause abgegeben worden, ein Mitglied stimmte gegen ihn, eines enthielt sich der Stimme.

Der DBB-Vorsitzende kündigte an, daß er auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 25. Mai in Braunschweig auch in diesem Gremium eine Abstimmung über seine erneute Kandidatur auf dem Vertretertag in Karlsruhe suchen werde. Das dort zustandekommende Ergebnis werde dann schon weitgehend der zu erwartenden Abstimmung im November entsprechen, weil – anders als im Bundesvorstand – in dem erweiterten Hauptvorstand die Einzelverbände des DBB ein Stimmrecht, gewichtet nach der Zahl der Mitglieder und damit der Vertretertagsdelegierten, hätten.

Auf die Frage der WELT, ob er nun angesichts der Gegenkandidatur – ähnlich wie bei den Industriegewerkschaften – bemüht sein müsse, sich eine Hausmacht zu sammeln, sagte Krause: „Ich habe immer davon abgesehen, weil ich meine Aufgabe durch die ganzen Jahre mit der Notwendigkeit verbunden habe, die verschiedenen Interessen zu integrieren. Und ich bin eigentlich immer sehr zufrieden damit gewesen, daß es mir gelungen ist, auch außerhalb der Organisation, von der ich komme – der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Arbeitnehmer –, Zustimmung zu finden. Diese Zustimmung ist gerade erst in den letzten Wochen bei einer Reihe von Vertretertagen erneut in nachdrücklicher Weise zum Ausdruck gebracht worden. Ich brauchte diese Hausmacht auch nicht zu sammeln, weil mein eigenes Verhältnis zu meiner eigenen Organisation ein jederzeit ungebrochenes war und diese Organisation meine besondere Lage anerkannt hat. Sie hat nicht versucht mich besonders zu vereinnahmen."

Zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, er habe sich von der Basis entfernt, sei zu wenig kämpferisch, trete nicht als Gewerkschafter auf, sagte Krause: „Das sind Meinungen, die sich hier und da bilden, die sich vielleicht auch einmal in einem ganzen Verband bilden." Der DBB-Vorsitzende spielte damit auf die Steuergewerkschaft an. Vor deren Kongreß in Hannover sagte er gestern zu diesem Thema, nach wie vor trete der DBB kompromißlos dafür ein, daß die Spar-Lasten gleichmäßig von allen getragen werden müßten. Jedes einseitige Opfer des öffentlichen Dienstes müsse verhindert werden. „Dies war unsere bisherige Linie und daran werden wir auch in Zukunft festhalten. Es bedarf dazu keiner neuen Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Interessenvertretung."

Zu dem Vorhalt, daß er mit der neuen Regierung nicht hart genug ins Gericht gehe, sagte Krause gegenüber der WELT: „Wir werden erst nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers erkennen können, was dem öffentlichen Dienst tatsächlich zugemutet wird."

Angebot Zimmermanns

Umbesetzungen im Innenministerium und BfV

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat in einem längeren Gespräch mit SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Neubesetzung der Spitze des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln erörtert. Präsident des Amtes wird der bisherige Vizepräsident Heribert Hellenbroich (CDU). Zimmermann hat der SPD den freiwerdenden Posten des Vizepräsidenten angeboten. Favorit der SPD ist zwar der frühere persönliche Referent des SPD-Vorsitzenden Brandt, Klaus-Henning Rosen. Zimmermann soll aber deutlich gemacht haben, daß er Rosen nicht akzeptiert. Stattdessen könnte nach der Überlegung des Bundesinnenministers dieses Amt der bisherige Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, Koch, übernehmen, der dort an der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst (BND) beteiligt ist. Koch ist SPD-Mitglied und soll von seiner jetzigen Aufgabe abgelöst werden, ebenso wie sein Abteilungsleiter, Botschafter Ritzel. Als Nachfolger von Ritzel ist der langjährige Mitarbeiter des früheren Bundesaußenministers Gerhard Schröder, Jung, im Gespräch.

Auch im Bundesinnenministerium wird es weitere wichtige Veränderungen geben. Neuer beamteter Staatssekretär soll als Nachfolger von Günter Hartkopf der bisherige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Franz Kroppenstedt, werden. Neuer Bundesbeauftragter für den Datenschutz und somit Nachfolger von Hans-Peter Bull, wird aller Wahrscheinlichkeit noch der bisherige Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium, Baumann.

dpa/DW. **Bonn**

Innenminister Zimmermann (CSU) hat Außenminister Genscher (FDP) schriftlich um die Lösung eines anderen Personalproblems „im gegenseitigen Einvernehmen" gebeten. Es geht um den FDP-Parteisprecher Herbert Schmülling, der für diese Aufgabe im April 1981 bis Ende 1984 als Ministerialdirigent und stellvertretender Abteilungsleiter im Innenministerium beurlaubt wurde. Zimmermann will diesen hochrangigen Posten nicht für einen prominenten FDP-Vertreter weiter freihalten. Zwar hat Genscher bisher nicht geantwortet, doch wird im Innenministerium die Auffassung vertreten, daß man in einem FDP-Ministerium – zum Beispiel dem Auswärtigen Amt – einen Platz für Schmülling finden könnte, falls dieser in den öffentlichen Dienst zurückkehren wolle.

Pretoria: Paris Verstimmung demonstriert

SAD, Johannesburg

Mit dem demonstrativen Abgang des südafrikanischen Generaladministrators für Namibia, van Niekerk, während der Verleihung des „Südwester-Preises" an den französischen Außenminister Claude Cheysson hat die südafrikanishe Regierung nach eigenen Angaben gegen das französische Verhalten während der Pariser Namibia-Konferenz protestiert. Die Franzosen hatten sich nicht von Drohungen des Swapo-Führers Nujoma distanziert. Der Preis, der für afrikanisch-europäische Zusammenarbeit verliehen wird, wurde von Frankreichs Botschafter in Pretoria, Plaisant, in Lüderitzbucht verliehen. Anlaß war die Hundertjahrfeier des Kaufs des heutigen Lüderitz durch den Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz von einem Hottentotten-Häuptling. Der neue deutsche Botschafter in Südafrika, Carl Lahousen, hatte die Grußbotschaft von Bundespräsident Carstens verlesen, der, wie man in Pretoria lobend hervorhebt, im Einklang mit der amerikanischen Namibia-Politik eine „friedliche und demokratische Entwicklung des Landes zur Unabhängigkeit" herbeiwünschte.

Rußlanddeutscher festgenommen

AP, Frankfurt

In der Sowjetunion ist nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte wieder ein Rußlanddeutscher festgenommen worden, der sich seit März 1980 um eine Ausreise in die Bundesrepublik bemüht hat. Wie die Gesellschaft in Frankfurt unter Berufung auf Informationen aus der UdSSR mitteilte, wurde der 41jährige Kraftfahrer Hans Benner aus der Ortschaft Dschangi-Dscher in der Sowjetrepublik Kirgisien bereits am 7. April unter dem Vorwurf des Diebstahls von 45 Kilogramm Geflügelfleisch festgenommen. Wie es weiter hieß, war dem Kraftfahrer von den sowjetischen Behörden schon vor einigen Monaten nahegelegt worden, seine Ausreisebemühungen aufzugeben. Er habe seinen Verwandten in Bielefeld im Februar brieflich mitgeteilt, daß er eine Festnahme aufgrund einer falschen Anklage befürchte.

Bundestagsdirektor soll aussagen

lam. Lübeck

Bundestagsdirektor Helmut Schellknecht soll im Betrugsprozeß vor einem Lübecker Schöffengericht gegen den früheren Bundestagsabgeordneten Eckehard Eymer als Zeuge aussagen. Das Gericht behielt sich vor, auch Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen zu laden. Es will grundsätzlich geklärt wissen, ob Abgeordnete unter Berufung auf ihr „freies Mandat" Mitarbeiter einstellen und aus Geldern des Bundestages bezahlen können, die über unzureichende Qualifikationen verfügen. Der leitende Oberstaatsanwalt Böttcher: „Hier geht es schließlich um 30 Millionen Mark im Jahr." Denn für die „persönliche Amtsausstattung" stehen den Abgeordneten zusätzlich zu den Diäten (7500 Mark) und der Aufwandsentschädigung (4500 Mark) im Monat rund 5500 Mark zur Verfügung. In dem Prozeß ist Eymer angeklagt, mit einer Friseuse einen Scheinarbeitsvertrag abgeschlossen zu haben. Die Gehaltszahlungen des Bundestages in Höhe von 27 00 Mark flossen – laut Anklage – zu großen Teilen an Eymer zurück.

Im Süden sammelt der Comandante die Brigaden

WERNER THOMAS, Miami

Vor einem Jahr hatte Eden Pastora seinen früheren Freunden, den Sandinisten in Nicaragua, gedroht, er werde sie „mit der Waffe aus ihren Villen und Mercedes-Limousinen" vertreiben, wenn sie den eingeschlagenen Kurs nicht korrigieren würden. Er forderte ein „Ende der marxistischen Experimente". Auch sollten die kubanischen Militär- und Sicherheitsberater verschwinden. Pastora bekundete eine vorübergehende Verhandlungsbereitschaft.

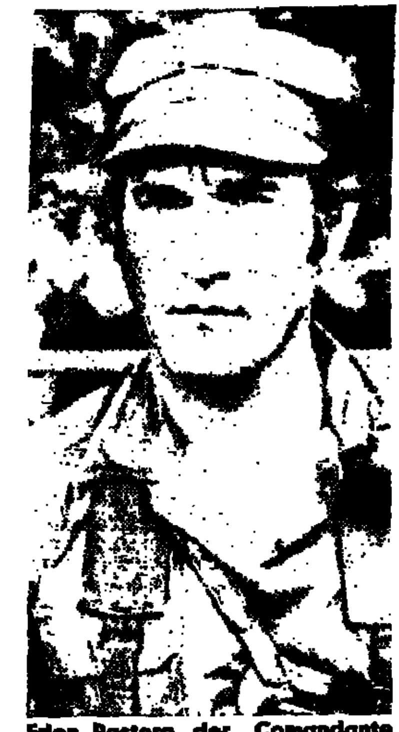
Es ist in der Zwischenzeit weder zu einer Kurskorrektur noch zu Verhandlungen gekommen. Nun kämpft Pastora, der legendäre „Comandante Cero", gegen seine ehemaligen Kampfgefährten.

Seit zwei Wochen existiert in Nicaragua eine Südfront antisandinistischer Brigaden, die unter dem Kommando Pastoras stehen. Vertreter der Pastora-Organisation „Demokratische Revolutionsallianz" (ARDE) in der costaricanischen Hauptstadt San José sprechen von 700 bis 800 Guerrilleros. Diplomatische Beobachter nennen bescheidenere Zahlen: 200 bis 300 Mann. In den letzten Tagen war es bereits zu den ersten Schußgefechten gekommen. Der sandinistische Comandante Roberto Calderon, der militärische Befehlshaber in den Gebieten an der Grenze zu Costa Rica, bestätigte einen Zusammenstoß mit Pastoras Leuten am vergangenen Donnerstag. Zwei Rebellen seien getötet und vierzig gefangengenommen worden, berichtete Calderon. Eigene Verluste habe es nicht gegeben.

Managua reagiert nervös. Das Comandante-Regime verstärkte die Truppen in den südlichen Gebieten, die Order haben, die Rebellenlager aufzuspüren und zu vernichten. Die Regierung Costa Ricas beschuldigte das sandinistische Militär wiederholter Grenzverletzungen und überreichte der nicaraguanischen Botschaft bereits 24 Protestnoten. Die Entspannungsversuche beider Seiten sind bisher jedoch an der unterschiedlichen Einschätzung der Lage gescheitert:

Nach Ansicht der Sandinisten können Pastoras Partisanen mit stillschweigender Billigung costaricanischer Behörden Costa Rica als strategisches Hinterland benützen. Costa Rica bestreitet diese Vorwürfe, betont „strikte Neutralität" und erinnert daran, daß Pastora Ende März aufgefordert worden sei, das Land zu verlassen. Die vorerst letzten Verhandlungen über diese Probleme haben am vergangenen Wochenende stattgefunden, als der Comandante Jaime Wheelock, einer der einflußreichsten sandinistischen Führer San José besuchte. Tatsächlich geben manche Grenzwächter ihre Sympathien für Pastora zu und wünschen ihm Erfolg. Der Major Juan Felix Barrantes, Kommandeur in der Ortschaft Los Chiles, sagt: „Viele Leute hier sind Antisandinisten."

Militärisch befindet sich der „Comandante Cero" jedoch in einer schwierigen Situation. Er kennt diese Probleme bereits aus den Zeiten des Bürgerkrieges Ende der siebziger Jahre, als er die Südfront der sandinistischen Rebellen kommandierte. Im Süden des Landes liegt der Lago de Nicaragua, der größte See Mittelamerikas. Westlich dieses Sees führt ein schmaler Landkorridor nach Norden in Richtung Managua. Die Gebiete am östlichen Ufer sind flach, unwegsam und mit Sümpfen überzogen. Im Bürgerkrieg gegen die Somoza-Diktatur hatten es Pastoras Truppen nicht geschafft, Managua einzunehmen.


Eden Pastora, der „Comandante Cero" FOTO: AP

Der „Comandante Cero" baut jedoch auf seine Popularität und seine Kontakte. Er glaubt, daß er junge Leute in Scharen rekrutieren kann und daß viele Soldaten und Offiziere der sandinistischen Sicherheitskräfte zu ihm desertieren. Er war einmal stellvertretender Verteidigungsminister und Kommandeur der Milizstreitkräfte.

Pastora ist der einzige Volksheld der sandinistischen Revolution gewesen. Die von ihm inszenierte Geiselaktion im Sommer 1978, bei der mehr als 1000 Personen im Nationalpalast Managuas festgenommen wurden, darunter fast alle Parlamentsabgeordneten der Somoza-Ära, verschafften „Cero" einen Haudegenruf. Er hat eine umgängliche, hemdsärmelige Art, die den Leuten gefällt. Spontaner Applaus brandete auf, wenn sich Pastora nach der Machtübernahme der Sandinisten in der Öffentlichkeit zeigte.

Die Sandinisten befürchten nun einen Zweifronten-Krieg. Im Norden kämpfen bereits seit zwei Monaten die Rebellen der „Demokratischen Front Nicaraguas" (FDN) und die Brigaden der Miskito-Indianer, etwa 3000 bis 5000 Mann, die vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt werden.

Pastora, ein erklärter Sozialdemokrat, wollte bisher mit diesen Kampfverbänden nichts zu tun haben, weil in ihren Reihen auch ehemalige Somoza-Soldaten stehen. Anfang des Jahres ist die FDN-Führung jedoch „gesäubert" worden. Adolfo Calero, ein Geschäftsmann, der einmal in Somozas Gefängnissen saß, zählt heute zu den einflußreichsten FDN-Führern. Calero hat sich jetzt in Washington mit Alfonso Robelo getroffen, dem ehemaligen Mitglied der sandinistischen Junta, der jetzt die politischen Aktivitäten der Pastora-Organisation ARDE steuert. Die beiden befreundeten Männer beschlossen bisher keine militärische Zusammenarbeit. Calero erklärte aber: „Uns verbindet das gemeinsame Ziel, das Land vom Kommunismus zu befreien." Und: „Vielleicht gibt es in naher Zukunft ein gemeinsames Kommuniqué." (SAD)

Beim Expräsidenten holen sich die Türken Rat

Die politischen Parteien versuchen sich neu zu formieren / Persönlichkeiten interessieren mehr als Programme

HENK OHNESORGE, Istanbul

Ein kleines Haus im Istanbuler Stadtteil Ciftehavuzlar ist derzeit ein vielbeachteter Angelpunkt der türkischen Politik. Dort lebt der fast 102jährige Celal Bayar, einst Präsident der Republik, zu dem nun alles pilgert, was innerhalb der demokratischen Rechten bis weit in die Mitte hinein politische Aspirationen hat.

Seitdem die Militärregierung unter sehr scharfen Einschränkungen politische Parteien wieder zugelassen und Parlamentswahlen zum 6. November angesetzt hat, versuchen die im September 1980 verbotenen politischen Gruppierungen, sich neu zu formieren – und der immer noch aktive Bayar hat dabei für die Rechte die Rolle des elder statesman übernommen.

„Ihr sollt nicht miteinander wie Hähne kämpfen", ermahnt er die künftigen Parlamentarier und spricht sich für möglichst nur eine konservative Mittelpartei aus, die

- an die Demokratie glaubt und den Kommunismus bekämpft,
- als nationale Partei die Religion nicht für ihre Zwecke mißbraucht und für eine gemischte Wirtschaftsordnung eintritt,
- sich – möglicherweise in einem Mehrparteiensystem – für die Interessen der Türkei und ihrer Menschen einsetzt und die reformistischen Prinzipien Atatürks bejaht.

Diese Vorstellungen entsprechen ungefähr auch denen der noch herrschenden Generale, die nur Parteien zulassen wollen, die sich nicht als kommunistisch, faschistisch, nationalsozialistisch oder islamisch-fundamentalistisch bezeichnen. Auf die 1980 aufgelösten Parteien dürfen sich die neuen Gruppierungen nicht berufen. Kritik an dem, was seit 1980 geschehen ist, ist ausdrücklich untersagt, desgleichen Verbindungen zwischen Parteien einerseits und Gewerkschaften andererseits und Finanzierungen durch staatliche Unternehmen, sonstige öffentliche Einrichtungen und Banken.

Im Augenblick, so scheint es, geht es mehr um Persönlichkeiten als um Programme. Und hier sind es wiederum vier Persönlichkeiten, die im Blickpunkt des Interesses stehen:

- Turgut Sunalp, Jahrgang 1917, nach einer erfolgreichen Karriere in der Armee zuletzt 1976 Kommandeur der Armee in der Ägäis und dann nach seiner Pensionierung Botschafter in Kanada. Sein Handicap: In der Bevölkerung ist der rechtsstehende General nicht sehr bekannt.
- Erdal Inönü, Sohn des verstorbenen zweiten Präsidenten der Republik und Kampfgefährten Atatürks. Der Naturwissenschaftler und einstige Rektor der Middle East Technical University könnte, nachdem seine Familie ihren Widerstand aufgegeben hat, das Oberhaupt einer sozialdemokratischen Gruppierung werden.
- Necdet Calp, Jahrgang 1922. Der Politologe und Jurist, der Gouverneur von Siirt und (zweimal) Izmir war und bis April 1982 als Staatssekretär dem Amt des Premierministers angehörte, wird der demokratischen Linken zugerechnet.
- Turgut Özal, Jahrgang 1927, Absolvent der Technischen Universität Istanbul, will eine eigene Partei gründen. Er war längere Zeit bei der Weltbank tätig, fungierte nach der Machtübernahme des Militärs als stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für Wirtschaft und Finanzen, und trat im Juli 1982 von diesem Amt zurück.

Nach westlichen Maßstäben ist der Spielraum der künftigen Parteien außerordentlich eng gezogen. Abgesehen davon, daß jede Partei das Placet der Militärs braucht, abgesehen davon, daß 242 Spitzenpolitiker vor der Zeit der Militärherrschaft sich zehn Jahre politisch überhaupt nicht, weitere 481 Abgeordnete nur als Mitglieder und möglicherweise als Abgeordnete, nicht aber als Führungskräfte tätig werden dürfen, sorgt eine weitere Bedingung für zusätzliche Einschränkungen: Beamte, Studenten, Militärs und Angehörige der Justiz dürfen überhaupt keiner Partei beitreten, Universitätsprofessoren müssen zuvor ihren Lehrstuhl aufgeben. Und Universitätsprofessoren spielen nach der Ausschaltung der Berufspolitiker naturgemäß jetzt eine große Rolle als Führungskräfte.

Mit gewisser Verblüffung hört man deshalb als Westeuropäer, wie Mehmet Akdemir, Mitglied der Beratenden Versammlung den Artikel 68 der neuen Verfassung versteht: „Die Bildung politischer Parteien sollte nicht mit der Bildung einer Vereinigung verwechselt werden. Politische Parteien sind Organisationen, die von Leuten etabliert werden, die gewisse politische oder soziale Ansichten vertreten. Personen, welche das Land regieren wollen, werden zusammenkommen und politische Parteien gründen. Deshalb sollte das Problem sehr ernst genommen und einige Vorausbedingungen sollten erfüllt werden, während sich die Parteien noch im Gründungsstadium befinden."

Immerhin hat die türkische Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit dem neuen Konzept der künftigen parlamentarisch regierten Türkei zugestimmt. Die Armee, die bisher dreimal (1960, 1971 und 1980) in das politische Leben eingriff, weil entweder die Grundideen des Staatsgründers Atatürk bedroht schienen oder 1980 bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, läßt durch die bisher erkennbare Praxis wenig Zweifel daran, daß die Zukunft das sein wird, was man als „guided democracy" beschreibt.

Mit dem Schall auf U-Boot-Jagd

Aber Salz und Schneeschmelze erschweren die Suche / Fjorde sind ideale Verstecke

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Gewaltig ist der Aufwand, den Ost und West betreiben, um im Ernstfall gegnerischer U-Boote habhaft zu werden. Der Westen führt auf diesem Feld, das in der NATO unter dem Kürzel ASW bekannt ist. Es steht für „Anti-Submarine Warfare", das heißt U-Boot-Jagd.

Aber alle finanziellen Opfer, die sich Jahr für Jahr in den Verteidigungshaushalten niederschlagen, haben es nicht vermocht, eine physikalische Grundregel zu durchbrechen, die der Jagd auf getauchte U-Boote Grenzen setzt: Unter Wasser ist die Ausbreitung elektromagnetischer Wellen unterbrochen, wenn man einmal davon absieht, daß für die Kommunikation nutzbare, extrem lange Wellen obere Wasserschichten durchdringen können. Damit aber kann man keine U-Boote finden, sondern nur operativ führen.

Der Schall ist es, der wegen der Dichte des Mediums im Wasser ideale Ausbreitungsbedingungen findet. Mit ihm sucht man U-Boote. Es gibt aktive und passive Suchverfahren. Beim aktiven Suchen gibt ein Schallsender Signale ab, die von Gegenständen unter Wasser reflektiert werden. Das Verfahren ist exakt, sein Nachteil ist, daß dem Gesuchten klar wird, was sich abspielt: Nach ihm wird gefahndet.

Das passive Suchen horcht nach Eigengeräuschen des gesuchten U-Bootes: Wirft ein Flugzeug sogenannte Sonobojen ins Wasser, die nur passiv suchen, oder taucht ein Hubschrauber ein passiv arbeitendes Sonargerät ins Wasser, weiß der Gesuchte in der Regel nichts von dem nach ihm spürenden Gegner. Moderne U-Boote können allerdings Geräusche tiefliegender Suchmaschinen identifizieren und sind somit gewarnt.

Auf hoher See gibt es mit modernen, zur Perfektion entwickelten Suchverfahren im allgemeinen keine Probleme. In jedem Fall allerdings setzen sie vorzüglich ausgebildete Operateure voraus. Mit Wehrpflichtigen ist da nicht viel zu machen.

Die moderne U-Boot-Jagd ist so weit entwickelt, daß anhand der Geräusch-Signatur eines getauchten U-Bootes dessen Typ identifiziert werden kann. Der Standort sowjetischer U-Boote im Atlantik beispielsweise wird nach Typ und Bewegung in elektronischen Datenbanken gespeichert, die jederzeit an Bord von Suchgruppen und an Land befindlichen Hauptquartieren abgefragt werden können. Das alles aber versagt mehr oder weniger in Fjorden und in Ostsee-Schären.

Die ungestörte Ausbreitung der Schallwellen setzt nämlich eine gleichförmige Zusammensetzung des Wassers voraus. Temperatursprünge in verschiedenen Tiefen wirken wie Spiegel, an denen der Ortungsstrahl entlangläuft und das darunterliegende Ziel verfehlt. Ähnlich verhält es sich mit dem Salzgehalt. Flache Gewässer in Küstengebieten, besonders dann, wenn sie felsig sind, narren die Sucher. Sie sind der Horror der U-Boot-Jagdgruppen.

Die Ostsee, nicht nur in den felsigen Schären Schwedens, ist ein ideales Seegebiet zum Verstecken von U-Booten. Mit Schallortung kann dort nicht viel erreicht werden. Sucher können allenfalls die Störung der normalen, die Erdoberfläche überziehenden Magnetlinien feststellen, wenn ein U-Boot in flachen Gewässern getaucht ist. Deshalb besitzen die für das Operationsgebiet Ostsee gebauten deutschen U-Boote magnetischen Stahl. Was sowjetische U-Boote beim illegalen Eindringen in schwedische Gewässer begünstigte, würde im Ernstfall für die deutschen U-Boote zum Vorteil: Die Sowjets hätten kaum eine Chance, sie zu finden. Ihre Schiffe würden an unerwarteten Stellen vor die acht Torpedorohre dieser gefährlichen Boote laufen.

Norwegens Fjorde, manchmal mehr als hundert Kilometer lang und bis zu 300 Meter tief, sind gleichfalls ideale U-Boot-Verstekke. Im Frühjahr hilft die Schneeschmelze dem sowjetischen U-Boot, das dort unentdeckt zu operieren wünscht. Schmelzwasser und Seewasser gehen nicht sofort eine Mischung ein. Die Schallortung trifft auf den Spiegeleffekt. Außerdem sind die Fjorde felsig. Unter Wasser liegende Felsvorsprünge können den Sonar-Operateur narren. Nur Experten können unterscheiden: Dies ist der Felsen, dies muß ein U-Boot sein.

Wenn wirklich ein sowjetisches U-Boot in den Hardangerfjord eingedrungen ist und die Sporttaucher, die seinen Turm gesehen haben wollen, nicht in Wirklichkeit ein im Fjord schwimmendes Pferd sahen und Alarm schlugen (das ist schon vorgekommen), besteht noch eine Chance, es zu versenken. Voraussetzung dafür ist die politische Entscheidung der norwegischen Regierung, die sicher lieber das U-Boot mit Besatzung intakt erobern würde.

Am Fjordausgang könnte Norwegen U-Boote seiner Klasse 207 stationieren. Diese in der Bundesrepublik Deutschland gebauten Boote sind berühmt wegen ihrer vorzüglichen Horchanlagen. Ein unter Wasser auslaufendes Sowjet-U-Boot würde in diesem schon besser durchmischten Seewasser den sehr gut ausgebildeten norwegischen U-Boot-Fahrern wohl kaum entkommen. (SAD)

Iran: Neue Vorwürfe gegen Kommunisten

AFP/DW. Teheran

Die Beziehungen zwischen Iran und der Sowjetunion verschlechtern sich weiter. Das wurde deutlich, als das Teheraner Fernsehen jetzt zum zweitenmal innerhalb weniger Tage „Geständnisse" verhafteter Spitzenfunktionäre der kommunistischen Tudeh-Partei ausstrahlte, aus denen hervorgeht, daß die Partei den Sowjets systematisch Informationen geliefert hat.

Fünf Mitglieder des Zentralkomitees der iranischen KP berichteten, Einzelheiten über die Lage in Iran seien über ein iranisches Unternehmen der sowjetischen und afghanischen Botschaft in Teheran zugeleitet worden. Hassan Ghaempana, der der Tudeh seit 1957 angehört und viele Jahre in der Sowjetunion im Exil lebte, teilte mit, bei Sitzungen des ZK sei ein sowjetischer Parteifunktionär anwesend gewesen. Dieser habe auch persönlich in die Diskussionen eingegriffen. Der im ZK für Jugendfragen zuständige Kiomar Zarshenass „gestand", er habe „auf den Tag hingearbeitet, an dem das (Khomeini-Regime stürzen" würde.

Am Wochenende hatte der ebenfalls verhaftete Generalsekretär der Tudeh, Kianouri, in einer ähnlichen Fernsehsendung erklärt, seiner Partei sei es gelungen, Mitglieder in wichtige Stellungen in Armee und politischer Führung einzuschleusen. Politische Beobachter gehen davon aus, daß das Teheraner Regime die Tudeh demnächst verbieten wird. Die Spannungen zwischen Iran und der UdSSR haben sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich verschärft. Nach der Verhaftung von Tudeh-Funktionären beschwerte sich das Moskauer Parteiorgan „Prawda", daß in Iran eine regelrechte „Kampagne" gegen Kommunisten entfesselt worden sei.

Engelhard: Das Gesetz wird nur modifiziert

Änderung des Demonstrationsstrafrechts steht bevor

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Bundesjustizministerium sind die Vorbereitungen für eine Novellierung des Demonstrationsstrafrechts und des Kontaktsperregesetzes angelaufen. Eine Überarbeitung war bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP vereinbart worden. Dabei hatten sich beide Seiten darauf verständigt, die von der Union geforderte Änderung des 13 Jahre alten Demonstrationsstrafrechts an die von den Liberalen angestrebte Neufassung des Kontaktsperregesetzes für inhaftierte Terroristen aus dem Jahre 1977 zu koppeln. Damit wurde bei den Beratungen unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl ein Kompromiß gefunden.

Noch unmittelbar nach dem Regierungswechsel im Oktober, kurz nach seinem Dienstantritt als Bundesjustizminister, hatte sich von der FDP zum Beispiel Hans Engelhard gegen eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ausgesprochen. Er hatte dazu auf Expertengespräche und -anhörungen verwiesen. In ihnen sei deutlich geworden, daß mit derartigen Schritten gewalttätige Demonstrationen und Kundgebungen nicht verringert werden könnten.

Dazu wird es nach Ansicht des Ministers mit den von seinem Haus zu erwartenden Vorschlägen zur Reform des Strafgesetzbuchparagraphen 125 auch nicht kommen. Engelhard sieht vielmehr eine „Modifizierung" des Gesetzes aus der sozial-liberalen Koalition. Gleichzeitig geht er davon aus, daß es hier „keine Rückkehr" zu den vor 1970 gültigen Bestimmungen geben wird.

Die Juristen wollen jetzt eine „Anleihe" bei Berlins Polizeipräsident Klaus Hübner machen. Er hatte vorgeschlagen, daß bei gewalttätigen Demonstrationen nicht unbedingt alle Teilnehmer festgenommen werden müssen, die sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht entfernen. Aus polizeitaktischen Gründen soll vielmehr die Möglichkeit geschaffen werden, „räumlich abgrenzbare Teilmengen", aus denen heraus Gewalttaten begangen werden, herauszugreifen.

Das bedeutet, daß bei entsprechender Aufforderung zur Beendigung einer Demonstration auch Unbeteiligte an Gewaltaktionen das Risiko eingehen, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Denn sie seien, so der FDP-Politiker, durch ihre Anwesenheit letztlich eine Art Schutzschild für die Gewalttäter, zumal eine Differenzierung in solchen, meist hektischen Situationen objektiv kaum möglich sei.

Ungeschoren sollen allerdings Festgenommene davonkommen, die aus beruflichen Gründen bei Demonstrationen waren. Das soll zum Beispiel für Polizeibeamte, Sanitäter oder Journalisten gelten. Auch solche Teilnehmer, die sich nachweislich aktiv um einen friedlichen Ablauf bemüht hatten oder sich nicht schnell genug entfernen konnten, sollen straffrei ausgehen.

Betont wird im Bonner Justizministerium, daß die Novellierung nicht zu einem „willkürlichen Vorgehen" führen werde. Deshalb sollen auch über die möglichen polizeilichen Maßnahmen hinaus die Gerichte Anzeigen flexibler behandeln können. So sollen die Richter von einer Verurteilung absehen können, wenn sie nur ein geringes Maß an Schuld feststellen.

Parallel zu den Arbeiten für eine Novelle untersuchen die Juristen entsprechend einem Prüfungsauftrag, ob Strafvorschriften gegen die Vermummung und passive Bewaffnung bei Demonstrationen erforderlich sind und ob Aufrufe zur Teilnahme an verbotenen Versammlungen unter Strafe gestellt werden müssen.

Ebenfalls wie Vorschläge zur Änderung des Paragraphen 125 sollen in Kürze Vorschläge zur Reform des Kontaktsperregesetzes vorgelegt werden. Engelhard ist gegen eine ersatzlose Aufhebung dieses Gesetzes, das während des Entführungsfalls des später von Terroristen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer geschaffen worden war. Denn anderenfalls könnte es bei einem möglichen ähnlichen Fall wieder zu dem damals nicht unumstrittenen Eilverfahren kommen.

In der nunmehr anstehenden Novelle soll verankert werden, daß ein Terrorist während der Kontaktsperre statt seines Verteidigers einen anderen Anwalt erhalten soll. Dieser soll vom für den Haftort zuständigen Landgerichtspräsidenten bestellt werden können.

Personalien

GEBURTSTAG

Zu den markanten Persönlichkeiten der deutschen Verlagslandschaft gehört Dr. **Albrecht Knaus**, der am 5. Mai 70 Jahre alt wird. Der Münchner besaß schon als Bub Sinn für das Ungewöhnliche: Er gehörte zu den Mitgliedern beim „Club der Höhlenbären", einer Schülergruppe, die ihren Stammplatz unter dem Sitz des bayerischen Landtags, dem Maximilianeum, hatte. Knaus absolvierte eine Buchhändlerlehre, studierte Germanistik und Geschichte, Kunstgeschichte und Zeitungswissenschaft und begann 1939 als Lektor bei R. Piper in München. Im Zweiten Weltkrieg schaffte er das Leutnantspatent. Nach Kriegsende ging er wieder zu Piper zurück. Dort blieb er bis 1955 als Cheflektor. Danach wurde er Leiter führender deutscher Verlagshäuser, bei Scherz & Goverts in Stuttgart, bei Ullstein/Propyläen in Berlin und Frankfurt und bei der Droemerschen Verlagsanstalt in München. 1967 bis 1977 war er Verlagsleiter bei Hoffmann und Campe in Hamburg, seit 1973 dort außerdem Mitgesellschafter. An seinem 65. Geburtstag ging er selbst unter die Verleger. Albrecht Knaus ist privat ein Verehrer der Musik von **Richard Wagner**. Der berühmteste Wagner-Bariton seiner Zeit, **Alfred von Bary**, war schließlich sein Taufpate. Über die Linie seiner Mutter ist er mit **Felix Mendelssohn-Bartholdy** verwandt. Zu seinen Lieblingsautoren gehören **Karl Valentin**, den er persönlich kannte, und **Thomas Mann**, mit dem er noch an der Isar spazierenging.

VERANSTALTUNG

Er sei zwar kein bodenständiges Gewächs, aber tief verwurzelt in der rheinischen Landschaft, sagte **Friedhelm Kemna**, der in dieser Woche offiziell als Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers sein Amt übernahm. Die WELT-Leser kennen Kemna seit vielen Jahren. Der gebürtige Dortmunder gehörte seit 1961 der WELT an. Von 1967 bis 1972 hatte er als Südostasien-Korrespondent für die WELT aus Hongkong berichtet. 1978 war er stellvertretender Chefredakteur der WELT geworden. Zu seinen Schwerpunkten gehörte die Berichterstattung aus Berlin. Friedhelm Kemna löst in Bonn jetzt Chefredakteur Dr. **Wilhelm Kümpel** ab. Der Wechsel in der Chefetage wurde im Bonner Presseclub gefeiert. Unter den zahlreichen Gästen waren Bundestagspräsident Dr. **Rainer Barzel** und Bundestagsvizepräsidentin **Annemarie Renger**, die Bundesminister Dr. **Friedrich Zimmermann** und **Hans Engelhard**, die Bundestagsabgeordneten **Alfred Dregger** und **Horst Ehmke** und die beiden WELT-Chefredakteure **Wilfried Hertz-Eichenrode** und Dr. **Herbert Kremp**. Der Verleger des General-Anzeigers, **Hermann Neusser**, verabschiedete in Chefredakteur Kümpel und begrüßte in Nachfolger Kemna zwei Journalisten, die bereits während ihrer Schüler- und Studentenzeit für diese Bonner Lokalzeitung tätig waren. Der General-Anzeiger erscheint im 92. Jahrgang.

EHRUNG

Dominikanerpater **Paul Guntermann** hat von Deutschlands Motorjournalisten den „Goldenen Diesel-Ring" erhalten. Der Pater ist Leiter des „Referats für Verkehrsfragen" der Deutschen Bischofskonferenz. In dem Ring, der jedes Jahr seinen Besitzer wechselt, befindet sich ein Stahlsplitter vom ersten Diesel-Motor der Welt eingearbeitet.

ERNENNUNG

Neuer Bundesrichter am Bundesfinanzhof in München wurde **Peter Hellwig**. Die Urkunde überreichte in Bonn Staatssekretär **Klaus Kinkel** im Bundesjustizministerium. Peter Hellwig, Jahrgang 1933, ist in Leipzig geboren. Der Jurist ging als Finanzassessor in die bayerische Finanzverwaltung. Von 1967 an war er zehn Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesfinanzhof tätig. 1978 wurde er an das Finanzgericht in München versetzt und dort zum Richter ernannt.

GESTORBEN

Der Verleger **Hermann Schulte** starb, wie jetzt bekannt wurde, in der vergangenen Woche in Wetzlar. Schulte wurde 82 Jahre alt. Im deutschen Protestantismus wurde er Wegbereiter moderner evangelistischer Verkündigung. So gehen auf seine Initiative Evangeliumssendungen in Radio Luxemburg zurück. 1959 beteiligte er sich an der Gründung des Evangeliumsrundfunks in Wetzlar und war bis 1971 Vorsitzender der Anstalt. Außerdem gehört er zu den Gründern der Westeuropa-Mission 1974.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kredite für die Folter

„Washington: Bonn soll Hilfe für Nicaragua abbrechen"; WELT vom 25. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Schilderung der Gründe für den Abbruch der Nicaragua-Hilfe wurden zwar die Abkehr der Sandinisten von Demokratie und Blockfreiheit, nicht aber die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch die Revolutionsjunta erwähnt.

Die Kirche und die demokratische Opposition Nicaraguas leiden unter systematischem, staatlich organisiertem Straßenterror, Presse- und Meinungsfreiheit sind quasi abgeschafft. Die dort schon unter Somoza aktive und mittlerweile starken Repressalien ausgesetzte Menschenrechtsorganisation CPDH und die Interamerikanische Menschenrechtskommission berichten u. a. von 8000–10 000 politischen Häftlingen, überfüllten Gefängnissen, Massengräbern, zahllosen Verschwundenen, Folterungen und Erschießungen in den Haftanstalten. Wahrscheinlich 3000–5000 Menschen sind direkt nach der Revolution umgebracht („auf der Flucht erschossen") worden. Die langsame Ausrottung der Indianerstämme Miskito, Sumo und Rama sowie ihre planmäßige Deportation in Arbeitskolonien und Konzentrationslager müßte eigentlich auch den Letzten bei uns aus dem Schlaf rütteln! Wir haben hierüber bereits eine Dokumentation erstellt, eine weitere befindet sich in Vorbereitung.

Je intensiver man sich die traurige nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands bewußt macht, umso unverständlicher muß die Haltung Willy Brandts als Chef der Sozialistischen Internationale erscheinen. Was mag in einem Mann vorgegangen sein, der 1970 in Warschau vor dem Ghetto-Denkmal als Zeichen der Sühne angesichts dort begangener nationalsozialistischer Verbrechen niederkniete, der aber heute eines der unmenschlichsten Regime der Welt (das Nicaragua ähnliche Grausamkeiten – diesmal im Namen der marxistisch-leninistischen Ideologie – begeht) verteidigt, unterstützt und lobt? Jedenfalls aber darf unsere Regierung in Bonn nicht mit leichtfertigen Krediten Mord und Folter subventionieren!

Mit freundlichen Grüßen
Bernward Münster,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.,
Herborn

Zweierlei in einem Topf

„Leserbrief: Sklavenarbeit"; WELT vom 25. April

Seitdem es die deutschen Röhrenlieferungen gegen russisches Erdgas gibt, ist eine Flut von Drucksachen aller Art, vor allem aber Presseveröffentlichungen erschienen, deren Form und Inhalt mir sehr bedenklich erscheinen, da sie an der Sache vorbeigehen und stark gefühlsmäßig beeinflußt sind, wie leider auch der mit „Sklavenarbeit" überschriebene Brief von Dr. Gnauck, von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V. in Frankfurt.

Mir scheint, daß sich eine geistige Verwirrung um den Zankapfel „Röhrenlieferungen – Sklavenarbeit" herausgebildet hat: Es sind doch zwei sehr verschiedene Angelegenheiten, die hierbei in einen Topf geworfen werden, nämlich das Vorhandensein einer Armee von Häftlingen (vielfach politischer Natur) in der Sowjetunion, und zweitens die Verwendung dieser Menschen bei der Verlegung der großen Erdgasleitung von Sibirien ins Herz Europas.

Meine persönlichen – unmaßgeblichen – Erfahrungen in den Jahren nach Kriegsende, in tschechischen Gefängnissen, in russischen Lagern und in englischer Internierung haben in mir die Überzeugung gestärkt, daß es für einen Gefangenen in der nackten Gewalt des Machthabers nichts Besseres gibt, als die angebotene Arbeit (ganz gleich welcher Art) anzunehmen. Das habe ich nicht nur getan, sondern auch meine Leidensgenossen immer und immer wieder dazu aufgerufen. Licht, Luft, Trinkwasser, manchmal größere Essensportionen, geringere Schikanen gegenüber den Arbeitswilligen – das war und ist für einen Menschen in einer solchen hilflosen Lage wichtig zum Überleben. Wer es nicht erlebt hat oder nicht wahrhaben will, den verweise ich auf die unbestechlichen und erschütternden Zeugnisse vieler großer Märtyrer: Frau Buber-Neumann „Als Gefangene bei Stalin und Hitler" und Kopelew „Aufbewahren für alle Zeit" – als Beispiele.

Auf einer ganz anderen Ebene liegt die massenweise Verurteilung politisch oppositioneller Menschen zu Zwangsarbeit und Verbannung, die in Rußland Tradition hat, sie in Verbindung mit der Erdgasleitung zu bringen, halte ich für töricht!

Für mich als Ingenieur ist die Nutzbarmachung des sibirischen Erdgases, seine Überführung durch die mit deutscher Hilfe gebaute große Rohrleitung, zu unserer Nutzung in Deutschland, eine ganz große Tat, die höchste Anerkennung verdient, für alle, die sich darum verdient gemacht haben, seien es die Hüttenarbeiter in Hukkingen oder Dortmund, die Herren in den Chefetagen von Mannesmann und Hoesch oder die russischen Traktorfahrer in der Steppe und ihre Ingenieure in den Baracken oder Planungsbüros – und es sei nicht ein einziger namenloser Zwangsarbeiter vergessen!

Dr. Gunther Schulze,
Biebertal

Pioniere mit Ansprüchen

„Pioniere im Ausland"; WELT vom 22. April

Ich mache immer ganz andere Erfahrungen, als der Schreiber Ihres Artikels berichtet. Wenn ich junge Leute frage, ob sie sich für einen Aufenthalt im Ausland interessieren, dann geht es ihnen nie darum, ob das der Karriere nutzt oder schadet – so clever sind die Jungs ja doch, daß sie genau wissen, daß Auslandserfahrung in jedem Falle ein Pluspunkt ist! – sondern sie stellen mir Gegenfragen, ob

– es in Jakarta auch einen deutschen Kindergarten gäbe,

– ich bereit bin, den Flug Manila–Hongkong–Manila zu bezahlen, falls es in Manila keinen deutschen Zahnarzt gibt,

– das Fernsehen in Indonesien auch bunt ist,

– in Seoul deutsche Filme laufen und

– er seine Freundin auf unsere Kosten mitnehmen kann, damit sie als seine Sekretärin auch ein gutes Gehalt kassieren kann.

Die „beängstigende Unwilligkeit" liegt einfach an der heutigen primitiven Erziehung, wonach das Fernsehen viel wichtiger ist als die Möglichkeit, sich einmal in das Gedankengut eines Asiaten zu vertiefen, und an der allgemeinen Faulheit, eine exotische Sprache zu lernen.

Mein Geheimtip: Holländer und Engländer sind noch echte Pioniere.

Mit freundlichen Grüßen
C. Bürger,
Hamburg 36

Im Zorn wie einst Moses

Auf den tragischen Tod des Bundesbürgers Burkert reagierte F. J. Strauß wie weiland Moses am Berge Sinai, als er die Gesetzestafeln zerschmetterte: mit heiligem Zorn. Da ansonsten landauf, landab über das „routinemäßige" Verhalten der „etablierten" Parteien gejammert wird, da eine grüne Jungfernrednerin ihnen im Bundestag „Erstarrung" vorgeworfen hat, sollte man meinen, es würde bundesweit begrüßt, wenn ein Politiker von Rang aus seinem Herzen keine Mördergrube macht.

Das Gegenteil geschah. Nicht nur Rote und Grüne fielen in die Schimpfkanonade der DDR-Medien ein. Graf Lambsdorff gebärdete sich, als sei er der Vormund des bayerischen Ministerpräsidenten.

Dabei braucht man kein gelernter Psychologe zu sein, um zu erkennen, daß erst recht in der Politik gilt, was jedermann im privaten und geschäftlichen Bereich erfahren kann: Daß Nachgiebigkeit gegenüber einem brutalen und rücksichtslosen Partner zu unerträglichen Verhältnissen führt, während Festigkeit und Konsequenz der fairen Seite immerhin imstande sind, einen passablen Modus vivendi zu schaffen. Wenn die „Kontinuität" bedeuten soll, daß man im Stil der sozial-liberalen Koalition diskret wegschaut und weghört, wenn die Unmenschlichkeit der deutsch-deutschen Grenze immer mehr zunimmt und wenn man Übergriffe wie Kavaliersdelikte behandelt, so werden die Beziehungen dadurch nicht harmonischer, sondern konfliktreicher.

Als Außenminister hätte sich Strauß seine harten Worte wahrscheinlich nicht geleistet. Dem Landesvater aus der „Hauptstadt mit Herz" aber stand es wohl an, ein menschliches Gefühl zu zeigen gegenüber menschlichem Leid, verschuldet durch unmenschliche Verhältnisse.

Hochachtungsvoll
Ilse Bader,
Bayreuth

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ich stelle täglich drei Fragen an mich selbst: War ich in dem, was ich für andere tat, auch wirklich gewissenhaft? War ich meinen Freunden gegenüber vollkommen aufrichtig? Habe ich alle Lehren, die mir zuteil wurden, auch tatsächlich befolgt?"

Konfuzius, chin. Philosoph (551–479 v.Chr.)

Hitler-Tagebücher

„Habe die Ehre, lieber Herr Hitler"; WELT vom 28. April

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihre Auffassung, eine internationale Historikerkommission sollte sich der angeblichen Tagebücher Hitlers annehmen, wird allgemeine Zustimmung finden – aber doch wohl nicht unter Beteiligung deutscher „Zeitgeschichtler", die sich in ihren Publikationen festgelegt und um ihren Ruf als Wissenschaftler zu fürchten haben.

In der WELT vom 6. März 1982 schreibt Professor Hellmut Diwald: „Über unsere Geschichte wurde befunden, als wären Historiker die Vorsitzenden eines Schöffengerichts." Noch in den 60er Jahren stellte ein Abgeordneter betroffen und erbittert fest: „Es ist mit Erfolg gelungen, aus der ganzen deutschen Geschichte ein Verbrecheralbum zu machen." Dieser Abgeordnete hieß Helmut Schmidt. Volkspädagogische Zielsetzungen im Dienst eines politischen Bezugssystems laufen auf Täuschung hinaus, wenn das oberste Gebot der Geschichtsforschung: Sachlichkeit und Wahrheit, ignoriert wird.

In der Diskussion im ZDF war von Volkspädagogik emphatisch die Rede – aber kaum von der Tatsache, daß die Siegermächte es nicht zulassen, daß Heß über seinen Flug nach England befragt wird. Dieses Thema war für die „Zeitgeschichtler" bezeichnenderweise tabu.

Wilhelm Haegert,
Berlin 18

*

Hitlers Tagesbuch, das von der Illustrierten Zeitung „Stern" veröffentlicht worden ist, beweist einen häufigen Rechtschreibungsfehler.

So heißt es am 1. Oktober 1939: „Ciano ist faßt niedergeschlagen ..." Am 10. November 1938 heißt es: „Es geht nicht das unsere Wirtschaft durch einige Hitzköpfe Millionen und aber Millionenwerte vernichtet werden allein schon an Glas." Und am 11. November 1939: „Werde auch das Gefühl nicht los, das Himmler, nachdem ich ihm angedroht habe, ihm wegen der Anschuldigungen in Polen, wegen Mißachtung meiner Befehle vor ein Parteigericht zu stellen, etwas mit zu tun hat."

Aus diesen Proben ist ersichtlich, daß Hitler „das" und „daß" leicht miteinander verwechselt hat. Auch „fast" vertauscht er mit „faßt".

Vielleicht ist es möglich, unter Beachtung dieses häufig gemachten Fehlers die Echtheit von Hitlers Tagebuch festzustellen!

Nach dem Buch von Michael Freund „Deutschland unterm Hakenkreuz", hat Hitler die Judenvernichtung in seinem Testament nicht bereut.

Mit freundlichem Gruß
Elfriede Rittmeister,
Osnabrück

*

Ich habe das Dritte Reich mit Hitler wachen Geistes als erwachsener Mensch – allerdings als Gegner – miterlebt und miterlitten. Wenn jetzt durch den „Stern" nach mehreren Jahrzehnten mit geheimnisvollen Dokumenten die Schreckenszeiten dieses Führers und seiner Kamarilla verharmlost werden sollen, so behaupte ich und viele, die noch am Leben sind, daß diese Verharmlosung eine unglaubliche Lüge ist und für die Nachwelt, speziell für unsere Jugend, total falsche Aspekte aufzeigen wird. Soll das etwa so gewollt sein?

Sind denn „Holocaust", der totale Zusammenbruch nach dem verlorenen Krieg, das zertrümmerte Deutschland keine Aussage? Wer hatte denn die Verantwortung? Adolf Hitler doch! Die vielen Soldatentode derer, die nicht in ihrer Einstellung für das Dritte Reich waren und die dennoch ihr Leben dahingeben mußten, die grausigen Bombenangriffsopfer, das vielschichtige Leid – soll das alles umsonst und eigentlich gar nicht so schlimm gewesen sein?

Thea Schulz, Hamburg 52

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verdacht, daß es sich bei den Hitler-Tagebüchern um eine zumindest teilweise Fälschung handelt, besteht gewiß zu Recht. Der Autor fordert strenge Prüfungskriterien, die ich bei anderen, Deutschland belastenden Dokumenten, bisher allerdings noch nie mit solcher Verve propagieren hörte. Die Sorge des Autors, der bisher veröffentlichte Stoff könne „verformend auf das Geschichtsbild" der Nachkriegsdeutschen einwirken, ist für mich belustigend; wie so manches in diesem geteilten Land. Auch die präventive Unterstellung, Hitler wollte mit seinem Tagebuch, wäre es echt, desinformieren, spricht Bände über des Autors Desinformationsabsichten. Es könnte ja der Verdacht aufkommen, „Hitler war ein normaler Mensch, ein Staatsmann, der mit den Briten Frieden wollte".

Nun, die Briten werden schon wissen, warum sie die Unterlagen über den Englandflug bis zum Jahre 2017, und Hess selbst bis zu seinem Tode unter Verschluß halten!

Was muß ich aber von einem Land denken, dessen Medien und teils auch Politiker jeden Schundfilm, jeden Schmöker willkommen heißen, der, ohne lang mit Echtheitszertifikaten zu fackeln, in irgendeiner Weise deutsche Schuld propagiert? Oft habe ich diese Frage in ähnlicher Form schon gelesen, aber noch nie den Versuch einer Antwort.

Carl Sinn,
Ellwangen

NACHRICHTEN

Steinwurf gefährdet Titel

Turin (sid) – Ein Steinwurf kann Juventus Turin die italienische Fußball-Meisterschaft kosten. Rowdies hatten den Bus von Inter Mailand (3:3) mit Steinen beworfen und dabei Nationalspieler Marini getroffen. Inter Mailand hat beim Verbands-Sportgericht Protest gegen die Wertung des Spiels eingelegt.

Strafe reduziert

Zürich (sid) – Inter Mailand wurde vom Europäischen Fußball-Verband (UEFA) wegen der Zwischenfälle beim Spiel gegen den FC Barcelona (2. März) in zweiter Instanz zu geringerer Strafe verurteilt. Die Geldbuße von 5000 Schweizer Franken wurde gestrichen, das nächste UEFA-Cup-Spiel muß 300 km von Mailand entfernt ausgetragen werden.

Ohne Hussing und Schäfer

München (sid) – In der Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) für die 25. Europameisterschaften in Varna (Bulgarien) fehlen Peter Hussing (34), Werner Schäfer (30) und Manfred Zielonka (22). Hussing sagte aus beruflichen Gründen ab, die beiden anderen fehlen wegen Formschwäche und Gewichtsproblemen.

Neue Rennquintett-Formel

Köln (dpa) – Zum 5. Mal seit 1979 ist die Spielformel für die Pferdewette „Rennquintett" geändert worden: Aus 3 + 4 aus 18 wird bundesweit 2×3 aus 15. Der bisherige Lottoteil des Rennquintetts fällt ersatzlos weg. Vorherzusagen ist eine Dreierwette aus zwei Rennen, in der Regel ein Galopp- und ein Trabrennen.

Zehn Tage Pause

Braunschweig (dpa) – Eintracht Braunschweig muß beim Bundesliga-Spiel am Freitag in Düsseldorf auf Peter Geyer verzichten. Geyer (30) hatte sich am letzten Samstag einen Muskelfaserriß im linken Oberschenkel zugezogen.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Weltmeisterschaften in Tokio, Mannschaftswettbewerbe, Herren, Spiel um Platz 15: Deutschland – UdSSR 5:4. – Einzelergebnisse: Wosik – Owzarow 19:21, 11:21, Böhm – Mazunow 21:10, 21:17, Rebel – Minkevich 21:18, 18:21, 18:21, Böhm – Owzarow 19:21, 16:21, Wosik – Minkevich 13:21, 21:16, 21:14, Rebel – Mazunow 17:21, 21:16, 21:15, Böhm – Minkevich 25:23, 10:21, 21:19, Rebel – Owzarow 21:18, 11:21, 4:21. Wosik – Mazunow 25:23, 22:20.– Finale: China – Schweden 5:1.

Damen, Spiel um Platz 9: Deutschland – Ungarn 0:3. – Einzelergebnisse: Krüger – Szabo 25:23, 16:21, 15:21, Wenzel – Urban 18:21, 16:21, Krüger/Wenzel – Szabo/Urban 12:21, 21:15, 17:21. Finale: China – Japan 3:0.

SEGELN

Admiral's Cup, 4. Wettfahrt über 60 Seemeilen vor Kiel: 1. Outsider (Hansen/Kiel) 14:15,02 Std., 2. Espada (Meler-Kothe/Hamburg) 14:59,09, 3. Sabina (Noack/Berlin) 15:02,53, 4. Container (Schütz/Selters) 15:19,14, 5. Pinta (Illbruck/Leverkusen) 15:19,54, 6. Tina (Friese/Hamburg) 15:29,32, 7. Tai Fun (Hamburger Regattagemeinschaft) 15:37,48. – **Gesamtstand nach vier Wettfahrten**: 1. Outsider 15,25 Punkte, 2. Espada 12,50, 3. Sabina 12,50, 4. Container 12,50, 5. Pinta 10,25, 6. Tina 8,75, 7. Tai Fun 4,75.

FUSSBALL

Erste englische Division, 40. Spieltag: Arsenal – Manchester United 3:0, Birmingham – Brighton 1:1, Everton – Coventry 1:0, Luton – Stoke 0:0, Nottingham – Liverpool 1:0, Sunderland – Watford 2:2, Bromwich – Norwich 1:0. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 81 Punkte, 2. Watford 68/40, 3. Nottingham 65/40, 4. Manchester United 64/38.

TENNIS

WCT-Turnier in Forest Hills/New York (500 000 Dollar), Herren-Einzel: zweite Runde: Dibbs (USA) – Clerc (Argentinien) 7:6, 6:1.

Internationale Meisterschaften von Italien in Perugia (150 000 Dollar), Damen-Einzel, erste Runde: Dries (Deutschland) – Fuchs (USA) 1:6, 6:3, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 454 504,00, 2: 88 151,00, 3: 5590,00, 4: 102,60, 5: 8,50. – **Toto**: Elferwette: Klasse 1: 140 189,40, 2: 1649,20, 3: 80,90. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: 216 354,40, 2: 24 039,30, 3: 5408,80, 4: 68,90, 5: 5,90. – **Rennquintett**: Pferdetoto: Klasse 1: 1337,70, 2: 221,50. – **Pferdelotto**: Klasse 1: 1672,10, 2: 11,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 156 491,10 (ohne Gewähr).

UEFA-CUP

Anderlecht ist Favorit

sid, **Brüssel**

Der RSC Anderlecht und Benfica Lissabon eröffnen heute (20 Uhr) die Serie der Endspiele im Fußball-Europapokal 1982/83, die am 25. Mai im Athener Meister-Spiel Juventus Turin gegen den Hamburger SV gipfelt. Beim Final-Hinspiel um den UEFA-Cup im Brüsseler Heysel-Stadion geht es für zwei junge Erfolgstrainer ums Renommee.

Der Schwede Sven Göran Eriksson, der im Vorjahr mit IFK Göteborg im Finale überraschend den Hamburger SV in die Knie zwang, möchte erneut aus der Außenseiterrolle heraus den großen Wurf schaffen, hat aber gehörigen Respekt vor den Belgiern.

Auf der Gegenseite hat Paul van Himst, ein ehemaliger Star, als Trainer erst ein Spiel verloren. Belgiens Nationaltorwart Jean-Marie Pfaff (FC Bayern München): „Anderlecht ist für mich klarer Favorit und dürfte keine Schwierigkeiten bekommen." Ein Jugoslawe, ein Holländer, ein Spanier und drei Dänen komplettieren das Gerüst aus belgischen Nationalspielern beim RSC Anderlecht.

STANDPUNKT / Gerhard Kießling zieht die Bilanz der Eishockey-Weltmeisterschaft – sein Urteil:

Technik und Taktik, dazu Kraft und Härte – diesen idealen Spielertyp verkörpert die UdSSR noch Jahre

Von GERH. KIESSLING

Es gehörte ja nun wirklich nicht allzuviel Prophetengabe oder Eishockey-Sachverstand dazu, um den 19. Weltmeisterschaftstitel für die UdSSR vorauszusagen. Wenn der Titel auch programmiert war, mit der Bezeichnung „Roboter" oder „Sputniks" sollte allmählich mal Schluß gemacht werden. Das alles hört sich so an, als wenn da jemand auf Knopfdruck reagiert – die Gedanken und Gefühle bleiben ausgespart.

Doch gerade das meiste im Spiel der UdSSR läuft über Gedankenspiele ab, und daß sie mit Herz spielen, haben sie auch gezeigt. Im Laufe des Turniers konnten sie sich sogar steigern, sie gaben stets das, was sie geben mußten. Je nach Verfassung und Können der Gegner schalteten sie um. Sie hätten nicht nur einen noch schnelleren Gang zulegen können, wahrscheinlich sogar drei oder vier. Roboter funktionieren immer gleich, schon der kleinste Fehler macht sie unbrauchbar. Die UdSSR-Maschinerie funktioniert aber auch dann, wenn sie Sand im Getriebe hat, wie beim 1:1 gegen die CSSR. Das zweite Tor, das sie aller WM-Träume beraubt hätte, ließen sie eben nicht zu. Und das ist beileibe nicht eine Sache von Hypnose, des Glücks oder des Zufalls, sondern das hängt einfach mit ihrem Können zusammen. Man könnte gleich ihre zehn besten Spieler plus Torwart Tretjak herausnehmen und hätte gleichzeitig die zwei besten Fünferblocks der Welt.

Die Ursache für die Einmaligkeit des UdSSR-Teams liegt in der körperlichen Ausbildung. Wer durch diese intensive Ausbildung gegangen ist, steht am Ende als fast vollkommener Nationalspieler der UdSSR da. Wenn sie mit dem Bus fahren, sehe ich immer wieder, daß die meisten ein gutes Buch lesen – als Anregung für den Geist. Gymnastische Arbeit und das Betreiben von Ausgleichssportarten wie Tennis, Tischtennis, Volleyball, Fußball oder Rudern läßt sie dann auf dem Eis wie Artisten erscheinen. Nur wer in guter körperlicher Verfassung spielt, kann sich auf dem Eis optimal bewegen. Es kommt nicht auf die körperlichen Verhältnisse an, sondern auf den Zustand. Deshalb bringt auch ein relativ kleiner Spieler wie Makarow eine Spitzenleistung, weil er den robusten Spielern einfach entwischt und sie ihn damit nicht treffen können. Eine vielseitige Beherrschung der Technik und Taktik, dazu die Kraft und Härte – das ist der ideale Spielertyp, wie ihn die UdSSR nun schon seit Jahren verkörpert.



Ein herzliches Dankeschön an den wohl besten Eishockey-Torwart der Welt: Trainer Viktor Tichonow (links) und Vladislaw Tretjak. FOTO: DPA

Nun wird sich jeder fragen: Wie lange wird die Überlegenheit der Sowjets noch anhalten, was kann man tun, um den Giganten vom Sockel zu stoßen? Ich bin der Ansicht, daß sich in den nächsten Jahren an der Dominanz der UdSSR nichts ändern wird. Man kann sie sicherlich zuweilen mal in Verlegenheit bringen, aber der Koloß fällt nicht. Die Spieler der anderen Mannschaften wissen das auch, sie gehen deshalb ohne Komplexe ins Spiel. Auch denken sie nicht im entferntesten daran, den Vorsprung der UdSSR in den nächsten Jahren einholen zu können. Wer das dennoch glauben sollte, ist ein Utopist.

Aber ich meine, wir könnten einiges tun, damit der Abstand verringert wird. Vielleicht verlieren wir dann nicht mehr 0:6 gegen die UdSSR, sondern nur 0:3 oder 0:4, und die Kanadier könnten statt zweimal 2:8 auch Niederlagen mit drei Toren Unterschied schaffen.

Auf das Eishockey in Deutschland übertragen, müßte sich da schon recht viel ändern. Ich bin ein Schüler ihrer Arbeit und habe lange mit den UdSSR-Trainern zusammengearbeitet. Heute arbeiten sie noch intensiver, noch wissenschaftlicher und noch penibler. Die Trainer besitzen die uneingeschränkten Machtbefugnisse – so sollte es bei uns auch sein. Weg mit dem Bürokratismus, statt geredet sollte gearbeitet werden, an der Basis und gemeinsam mit der Nationalmannschaft. Es reicht eben nicht, sich über ein Tor beim Spiel Köln gegen Freiburg zu freuen. Was nach dreimal 20 Minuten unter dem Strich steht, zählt allein. Die Bundesliga-Stars müssen sich umstellen. Wie es gemacht wird, haben ihnen die Spieler aus der UdSSR demonstriert.

Olympia-Turnier

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft spielt beim olympischen Turnier 1984 in Sarajewo in der Gruppe A gegen Weltmeister UdSSR, den WM-Vierten Schweden, A-Gruppen-Absteiger Italien, Polen sowie Gastgeber Jugoslawien. Die B-Gruppe bilden Olympiasieger USA, Vize-Weltmeister CSSR, Kanada, Norwegen, Österreich und Finnland. Nur die beiden Erstplazierten jeder Gruppe spielen um die Medaillen. Die Mannschaft von Xaver Unsinn spielt am Eröffnungstag der Spiele (7. Februar 1984) gegen Jugoslawien.

Abschlußtabelle

Bei der 49. Eishockey-Weltmeisterschaft in der Bundesrepublik Deutschland sind alle Entscheidungen gefallen. Die UdSSR verteidigte ihren Titel und wurde zum 19. Mal Weltmeister. Italien steigt in die B-Gruppe ab. Die Abschlußtabelle.

1. UdSSR	3	2	1	0	13:3	5:1
2. CSSR	3	2	1	0	10:6	5:1
3. Kanada	3	1	0	2	9:14	2:4
4. Schweden	3	0	0	3	2:11	0:6
5. Deutschland	10	5	1	4	31:34	11:9
6. „DDR"	10	3	0	7	29:40	6:14
7. Finnland	10	2	2	6	30:40	6:14
8. Italien	10	1	1	8	16:56	3:17

TENNIS

US-Stars auf Ascheplätzen sehr harmlos

dpa, **Düsseldorf**

Niederlage der USA in der ersten Runde des Davis-Cups gegen Argentinien. Niederlage im ersten Spiel des World Team Cups in Düsseldorf gegen Chile – fast zur gleichen Zeit, als John McEnroe als erster Spieler zum dritten Mal WCT-Weltmeister wurde. Die Diskrepanz zwischen den Einzelleistungen der amerikanischen Tennisspieler und ihrem Abschneiden in den Mannschaftswettbewerben dieses Jahres ist durch nichts besser zu verdeutlichen.

Dabei verfügt kein Land der Welt über so viele Weltklassespieler wie die USA. Doch im Davis-Cup muß man sich gegen den Abstieg mit Irland herumschlagen, und in Düsseldorf bedarf es mindestens eines Sieges über Schweden oder Australien, um die Chance auf die Titelverteidigung noch zu wahren.

Bezeichnend ist, daß diese beiden Niederlagen auf langsamen Sandplätzen zustande kamen, McEnroe aber auf einem schnellen Hallenboden WCT-Weltmeister wurde. Weder Connors noch McEnroe konnten jemals die französischen Meisterschaften in Paris auf Asche gewinnen. Der letzte amerikanische Erfolg liegt rund 30 Jahre zurück. Auch auf Sandplätzen sind die Amerikaner zwar Weltklasse, aber doch nicht Weltspitze.

Die Absage des vermeintlich besten amerikanischen Aschenplatz-Spielers, Gene Mayer, in letzter Minute spielte bei dieser Auftakt-Niederlage in Düsseldorf sicherlich eine Rolle. Ebenso der Umstand, daß die Amerikaner erst am Tage zuvor angereist waren und sich nur kurz eingewöhnen konnten.

Im Grunde aber haben sie sich selbst bezwungen. Denn die kurzfristigen Absagen Mayers könnten inzwischen schon einen Aktenordner füllen. Der Turnierleitung blieb nichts anderes übrig, als mal wieder ein Telegramm zu präsentieren, in dem von „Bedauern" die Rede war.

TISCHTENNIS

Nach der Pleite Korpa in der Kritik

dpa/sid, **Tokio**

Nach dem Debakel der deutschen Tischtennis-Spieler bei den Weltmeisterschaften in Tokio (Platz 15) ist Bundestrainer Istvan Korpa in die Schußlinie geraten. Verbandspräsident Hans-Wilhelm Gäb: „Wir brauchen Persönlichkeiten als Trainer mit Härte, Respekt, Ausstrahlung und Souveränität. Wir haben heute die Quittung für langjährige Versäumnisse in der Trainerausbildung bekommen." Korpa: „Wie weit ich die Schuld am Abstieg trage, ist mir im Moment noch nicht klar. Ich habe die ganze Nacht nach dem Spiel nicht schlafen können und über das Spiel gegrübelt. Ich habe auch an Rücktritt gedacht. Doch ich will weitermachen und kämpfen." Und dann: „Ob ich Bundestrainer bleibe? Im Moment bin ich es noch."

Nach der 4:5-Niederlage gegen das drittklassige Dänemark wurden freilich in Tokio bereits Namen genannt – als Korpa-Nachfolger? Die Rede war von dem Ungarn Zoltan Bercik, dem Jugoslawen Dusan Osmanagic und dem Franzosen Charles Roesch. Hans-Wilhelm Gäb: „Mit schönen Sprüchen ist hier nichts mehr zu reparieren. Ich sehe es durchaus als realistisch an, das Trainer-Team zu verstärken."

Die Spieler nahmen den Sturz in die Zweitklassigkeit emotionslos hin. Ob Auf- oder Abstieg, die Geldquellen bei Vereinen und Firmen sprudeln sowieso munter weiter. Ihr Motto: Geld gibt es auch für Mini-Einsätze. Sportwart Eberhard Schöler dazu: „Es gibt sicher viele Erklärungen, aber keine Entschuldigungen. Die Mannschaft ist zu anfällig, kann einfach keine Entscheidung treffen, wenn sie gefordert wird."

Kein Aufbäumen bei den Spielern, keine Unterstützung vom Trainer, nur Sprüche der Offiziellen – ein Trauerspiel.

FUSSBALL / Das Beispiel VfL Bochum:

Andere haben höhere Schulden, bekommen aber dennoch die Lizenz

BERND WEBER, **Bochum**

Es schien, als habe selbst der Himmel Anteil am Schicksal des VfL Bochum genommen. Er präsentierte sich in unfreundlichem Grau, als Trainer Rolf Schafstall seine Spieler gestern morgen zur Arbeit auf den Platz beorderte. Ständig niedergehender Regen tat ein übriges, um die Stimmung zu drücken. Die Profis übten Doppelpässe, Torschüsse. Doch obwohl die Bochumer den monatelang andauernden Abstiegsstreß hinter sich gebracht haben – der elfte Tabellenplatz, die bisher erreichten 25 Pluspunkte sind eine Garantie für das sportliche Überleben –, die Verkrampfung beim Training war deutlich spürbar. Zu tief saß der Schock, den der DFB-Ligaausschuß mit seinem Lizenzentzug für die kommende Saison (die WELT berichtete gestern darüber) dem Verein versetzt hatte. Mannschaftskapitän Dieter Bast sprach aus, was die meisten dachten: „Wir haben echte Existenzangst."

Schafstall versuchte die Angst zu mindern, indem er vor dem Training eine warnende Rede hielt. Gerade jetzt müßten die Spieler beweisen, daß sie ganze Kerle seien. Sie dürften sich nicht hängenlassen, beim Training nicht und erst recht nicht im Spiel am Samstag beim 1. FC Kaiserslautern. „Das", so Schafstall, „sind wir unseren treuen Fans und auch dem Vereinsvorstand schuldig." Präsident Ottokar Wüst war eigens herbeigeeilt, um „Beruhigungspillen" zu verabreichen. „Ich bin überzeugt davon", meinte er, „daß wir unsere Lizenz letztendlich doch bekommen werden. Auf keinen Fall dürfen wir jetzt in Panik verfallen."

Wüst nahm dann Mannschaftskapitän Dieter Bast und dessen Stellvertreter Michael Lameck zur Seite. Das Präsidium habe solide gearbeitet, erklärte er den beiden – und bot ihnen an, den Beweis dafür zu liefern. Wenn morgen oder übermorgen die schriftliche Begründung für den Lizenzentzug einträfe, dürften sie Einsicht in das Schriftstück nehmen. Mehr noch: Wüst will ihnen die finanzielle Situation klar darlegen.

Daß die Lage mehr als ernst ist, daraus macht Wüst keinen Hehl. „Wir haben etwas mehr als vier Millionen Mark Schulden, und das ist gewiß mehr als reichlich", sagte der Präsident in einem Gespräch mit der WELT. Er bestritt jedoch gleichzeitig sehr vehement, daß diese Summe durch Leichtfertigkeit aufgelaufen sei. Andere, wie der HSV, sind noch höher verschuldet (10 Millionen), doch der Klub besitzt teure Spieler und Immobilien. Wüst: „Wir bestreiten derzeit unser 13. Erstligajahr. Neun Jahre davor haben wir unter völlig unzureichenden Verhältnissen arbeiten müssen." Gemeint ist: Der VfL Bochum spielte in einem viel zu kleinen, nur wenig komfortablen Stadion, in dem – zu einem Zeitpunkt, als die Konkurrenz längst mit einem Durchschnittseintrittspreis von neun bis 14 Mark kalkuliert habe – lediglich 5,36 Mark zu erzielen gewesen wären. Also habe der Klub jede Saison mit einem gewaltigen Minus abgerechnet. Die Hoffnung, daß die Zuschauer sozusagen in Massen in das auf modernstes Maß getrimmte Ruhrstadion strömen würden, habe sich dann auch nicht erfüllt.

Im Klartext: Die Bochumer haben seit Jahren von der Hand in den Mund gelebt. Vor zwei Jahren bekamen sie ihren ersten kräftigen Warnschuß, als der Ligaausschuß schon einmal die Lizenz verweigerte. Im Berufungsverfahren wurde sie dann jedoch wieder erteilt. Unter erheblichen Auflagen: Der VfL Bochum mußte sich durch den Verkauf der besten Spieler entschulden. Der spektakulärste Fall: Jupp Tenhagen wechselte zum Nachbarn Borussia Dortmund. Er heulte damals wie ein Schloßhund, als er in Bochum seine Sachen packte, und er tat es mit dem Satz:



Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos: Ottokar Wüst. FOTO: SVEN SIMON

„Ich weiß, daß es meine Pflicht ist zu gehen, denn nur so kann ich die Gehälter meiner Mannschaftskameraden retten." Doch weder durch den Tenhagen-Transfer noch durch den Verkauf von Jochen Abel zu Schalke 04 waren sie ganz zu retten. Deshalb entschloß sich die Mannschaft vor einem halben Jahr zu einer Aktion, die überall als große Tat gefeiert wurde, die im Grunde aber nur deutlich machte, wie sehr dem VfL das Wasser bis zum Hals stand. Die Spieler, der Trainer und alle Vereinsangestellten verzichteten auf zehn Prozent ihrer Bezüge. Schafstall sagte gestern: „Wir haben wirklich nicht viele Großverdiener. Die Reduzierung der Gehälter hat einzelne sogar erheblich getroffen. Daß dennoch alle in den Spielen voll mitgezogen haben, ist nur auf die besondere Bochumer Mentalität zurückzuführen. Ich habe noch nirgendwo so viele anständige Leute erlebt wie hier." Sicherlich hat Schafstall recht. Andererseits, selbst wenn sich die Spieler gegen das Zehn-Prozent-Minus gewehrt hätten, wären sie kaum daran vorbeigekommen ...

Wie der VfL die derzeitige Situation bereinigen will, ist noch ziemlich unklar. Fest steht, daß sich der Vorstand mit aller Macht gegen den Verkauf seiner Spitzenspieler Bast (der allerdings trotzdem schon bei Bayer Leverkusen im Gespräch ist), Lothar Woelk und Wolfgang Patzke wehren will. Wüst meint: „Wenn wir die Spieler verkaufen müssen, wäre unsere sportliche Überlebenschance gleich Null, der Tod des Klubs wäre programmiert."

Kohl und González über Doppelbeschluß einig

Deutsch-spanische Beziehungen frei von Problemen

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften, die Haltung dieses Landes zum NATO-Doppelbeschluß und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid waren die beherrschenden Themen in einem ersten ausführlichen Meinungsaustausch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe González. Der spanische Regierungschef hält sich seit gestern zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Heute wird er als Gast an der Bundestagssitzung teilnehmen, in der Bundeskanzler Kohl seine Regierungserklärung abgeben wird.

Bundeskanzler Kohl betonte, daß die deutsch-spanischen Beziehungen frei von Problemen seien. Er versicherte, daß die Bundesregierung ihre Präsidentschaft in der EG bis Ende Juni dazu nutzen werde, den Beitrittswunsch Spaniens zu unterstützen. Auch in seiner Regierungserklärung wolle er „sehr deutlich unterstreichen", daß ein Europa ohne Spanien unvollständig sei. Kohl sagte vor Journalisten in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit González, daß er sich mit diesem in der Haltung zum NATO-Doppelbeschluß einig sei. Das gelte ausdrücklich auch für den Verhandlungsteil des Beschlusses, der vorsehe, daß neue Mittelstreckenwaffen stationiert würden, wenn die Verhandlungen in Genf bis zum Herbst nicht zum gewünschten Erfolg führten.

González teilte mit, daß er erst vor einigen Tagen in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan diese der deutschen Position entsprechende Haltung der sozialistischen spanischen Regierung dargelegt habe. Er selbst sei von Anfang an einer der entschiedensten Verfechter der Null-Lösung bei den Genfer Gesprächen gewesen, sagte González. Alles, was zu einer Reduzierung von Atomwaffen in Ost und West beitragen könne, werde auf die entschlossene Unterstützung Spaniens zählen können.

Beide Seiten vereinbarten, daß die deutsch-spanischen Konsultationen in Zukunft regelmäßig stattfinden sollen. Die Aussprache gestern war die erste Begegnung zwischen González und Kohl, seit beide ihre Regierungsämter angetreten haben.

Stillzeit eingegrenzt

Hannover: Richter streichen Freistunde für Lehrerin

dpa, Hannover

Eine hannoversche Lehrerin, die ihren inzwischen dreijährigen Sohn immer noch stillt, kann für das Stillen keine bezahlte Freistunde täglich mehr beanspruchen. Das geht aus zwei Gerichtsentscheidungen (Landesarbeitsgericht und Verwaltungsgericht) in Hannover hervor. Im vergangenen Jahr hatte ein Arbeitsgericht der 30jährigen Lehrerin zugestanden, bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes täglich eine Stunde Dienstbefreiung für das Stillen beanspruchen zu können.

Jetzt hatten sich unabhängig voneinander die zwei Gerichte mit der Frage zu beschäftigen, ob es eine zeitliche Begrenzung für die Stillzeit gebe, obwohl das Mutterschutzgesetz eine solche nicht vorsieht. Sie haben die Frage, was den dreijährigen Max betrifft, mit Ja beantwortet, aber noch nicht darüber entschieden, bis zu welchem Alter ihres Kindes eine Mutter die Freistellung für das Stillen beanspruchen kann.

Das Landesarbeitsgericht, das für den Rechtsstreit nicht mehr zuständig war, weil die Lehrerin inzwischen Beamtin geworden ist, nahm in einem Kostenbeschluß zu dem Problem Stellung: Die Lehrerin habe weder einen Anspruch darauf, ihren Sohn bis zu dessen sechstem Lebensjahr und Beginn der Schulpflicht (so hatte das Arbeitsgericht entschieden) zu stillen, noch bis zum heutigen Tage. Auch zu Beginn des Prozesses, im Oktober 1982 (damals war Max zweieinhalb) hätte das Landesarbeitsgericht der Frau den Freistellungsanspruch nicht zuerkannt.

Ähnlich lautet auch die Begründung des Verwaltungsgerichts auf eine einstweilige Anordnung, die die Lehrerin beantragt hatte, weil sie weiterstillen wollte: In den Gesetzesmaterialien zum Mutterschutzgesetz heiße es sinngemäß, entschied das Gericht, daß Mutter und Kind „einige Zeit nach der Entbindung" geschützt werden sollten. Einige Zeit nach der Entbindung heiße aber jedenfalls nicht drei Jahre lang.

Neuer Botschafter Warschaus

JGG. Bonn

Ein Vertrauter von Partei- und Regierungschef General Jaruzelski wird Polen künftig in Bonn repräsentieren: Tadeusz Olechowski, zur Zeit stellvertretender polnischer Außenminister. Der Botschafterposten in der Bundesrepublik Deutschland ist seit Herbst 1981 vakant.

Olechowski entstammt einer angesehenen polnischen Familie aus Wilna. Nach 1945 wurde er mit seinen Angehörigen von dort vertrieben. Olechowski, Jahrgang 1926, studierte an der ältesten polnischen Universität, der Jagiellonen-Universität in Krakau sowie an der dortigen Handelsakademie. Hier trat er der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) bei. Von 1949 bis 1955 war er im Außenhandelsunternehmen Metalexport tätig, anschließend amtierte er bis 1957 als Chef der polnischen Handelsmission bei der Botschaft seines Landes in Rangun. Danach ging Olechowski als Vizedirektor zu Metalexport zurück, um ein Jahr darauf – 1958 – stellvertretender Abteilungsleiter im Außenhandelsministerium zu werden.

Von 1961 bis 1965 war Olechowski Handelsattaché an der Botschaft seines Landes in Rom, danach bis 1969 stellvertretender Außenhandelsminister. Kurz vor dem Sturz von Parteichef Wladyslaw Gomulka ging der Diplomat für drei Jahre als Botschafter nach Kairo, anschließend wieder nach Paris.

1972 holte ihn der damalige Parteichef Edward Gierek nach Warschau zurück und machte ihn zum Außenhandelsminister. 1974 fiel Olechowski bei Gierek in Ungnade und ging zunächst für zwei Jahre als Botschafter nach Kairo, anschließend wieder nach Paris. Parteichef Stanislaw Kania beorderte ihn im Oktober 1980 von der Seine zurück und machte ihn zum stellvertretenden Außenminister Polens.

An der Stelle Olechowskis wird jetzt der bisherige Abteilungsleiter Ernst Kucza stellvertretender polnischer Außenminister.

Gesagt

„Wer uns eine besondere Liebeserklärung machen will, fährt nach Berlin."

Bundeskanzler Helmut Kohl während eines Essens zu Ehren des spanischen Ministerpräsidenten Felipe González

Weinberger antwortet US-Bischöfen

Er verteidigt die atomare Abschreckung als „Strategie für den Frieden"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat die westliche Strategie der atomaren Abschreckung eine „Strategie für den Frieden" genannt. Ihre Ziele beruhten in vielem auf denselben Prinzipien, die die Kirche achte. Mit diesen Worten hat Weinberger in einer Rede vor der New Yorker Fordham Universität die Gemeinsamkeiten zwischen Regierungspolitik und der katholischen Kirche Amerikas herauszustreichen versucht.

„Unsere nationale Politik und die katholische Lehre sind vereint in ihrer Einstellung gegen den Krieg und für friedliche Konfliktlösungen durch Gespräche", sagte der Minister und fügte unter Hinweis auf den Entwurf des Hirtenbriefs der Bischöfe hinzu: „Gemeinsam sind wir gegen jede Art eines Angriffskrieges." Auch seien Regierung wie Bischöfe der Meinung, daß „jede Nation das Recht und die Pflicht hat, sich gegen ungerechte Aggression zu verteidigen". Die Kirche, so Weinberger, verurteile eine Politik des Gebrauchs von Atomwaffen „zu dem Zweck, Bevölkerungszentren oder vornehmlich zivile Ziele zu zerstören". *Dies sei auch die Meinung* der Regierung. Und schließlich seien sich Kirche wie Regierung einig darin, daß es in einem Atomkrieg keinen Gewinner gebe, vielmehr die Menschheit als Ganzes dann zum Untergang verurteilt wäre.

Weinberger zitierte Papst Johannes Paul II., der darauf hingewiesen habe, daß Christen das Recht und sogar die Pflicht hätten, ihre Existenz und ihre Freiheit mit angemessenen Mitteln gegen einen Angreifer zu verteidigen. Gleichzeitig aber habe der Papst auch mit Blick auf die Atomwaffen hinzugefügt, Krieg sei der barbarischste und am wenigsten erfolgreiche Weg zur Lösung von Konflikten. Dies wüßten die Amerikaner sehr genau, sagte Weinberger. „Wir sind kein kriegslüsternes Volk." Zweimal sei Amerika in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nur sehr zögernd in „fremde Kriege" eingetreten und letztlich nur deshalb, um den moralischen Verpflichtungen gegenüber Freunden und Verbündeten Amerikas nachzukommen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges habe sich Amerika als die reichste und mächtigste Nation wiedergefunden, meinte der Verteidigungsminister weiter. Zudem sei es alleiniger Besitzer der schrecklichsten Waffe gewesen, über die die Menschheit je verfügt habe. Dennoch hätten die USA mit ihrem Atommonopol nicht versucht, die Welt zu kontrollieren. Im Gegenteil, sie hätten den Baruch-Plan vorgelegt, um die Nuklearwaffen einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. „Die Vereinigten Staaten versuchten mit ihrem Reichtum dennoch nicht, ein Weltreich zu errichten, vielmehr halfen sie Freunden und Gegnern gleichermaßen, bei der Wiederherstellung von Demokratie und wirtschaftlichem Wachstum."

Auf die heutige Lage eingehend, sagte Weinberger, die USA hätten in den siebziger Jahren die Entwicklung von Atomwaffen gebremst, um der Sowjetunion nicht das Gefühl zu geben, von einem amerikanischen Erstschlag bedroht zu sein. Moskau habe jedoch nicht entsprechend reagiert, sondern einige neue Interkontinentalraketen speziell zu dem Zweck entwickelt, die US-Silos und B-52-Basen zu zerstören.

Streit bei den Grünen über Diäten

Nehmen Abgeordnete zu viel Geld? / Schily darf zur Regierungserklärung nicht reden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Knapp zwei Monate nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag ist innerhalb der Partei eine Kontroverse über die Einkommen der 28 Abgeordneten und die Zukunft ihres Geschäftsführers Lukas Beckmann entstanden. Der Streit wird aller Voraussicht nach am Wochenende auf der zweitägigen Sitzung des Bundeshauptausschusses in Bonn in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden.

In einem „offenen Brief" an die Fraktion hatte Rainer Trampert für den Parteivorstand unmißverständlich die Diätenbeschlüsse der grünen Parlamentarier kritisiert, die nicht im Einklang mit Beschlüssen der Basis stünden. So hatte der Parteitag in Sindelfingen im Januar als „klare politische Absicht" festgeschrieben, daß Abgeordnete und Nachrücker mit einem Facharbeiterlohn von netto 1950 DM im Monat auskommen sollen. Daneben sollten besondere Aufwendungen zum Beispiel für Unterhaltspflichtige und eine Zweitwohnung in Bonn erstattet werden.

Inzwischen beziehen sowohl die Abgeordneten als auch ihre nach dem Rotationsprinzip festgelegten Nachrücker neben den 1950 DM als Aufwandsentschädigung (für die Abgeordneten steuerfrei) 1500 DM, die Miete für die Zweitwohnung und 500 DM für jeden Familienangehörigen. Das bedeutet, daß ein Nachrücker auf ein monatliches Bruttoeinkommen von gut 7000 DM kommen kann und damit eigentlich zum Beispiel für den „Öko-Fonds" vorgesehene Mittel aus der Fraktion nicht oder kaum fließen können. Um nicht „in einen *politischen Skandal" hineinzurut*schen, forderte deshalb Trampert die Abgeordneten auf: „Verschafft Euch keine Mittel, die über den Facharbeiterlohn hinausgehen."

Auf ihrer gestrigen Sitzung – entgegen den ursprünglichen Ankündigungen wieder einmal nicht öffentlich – wies die Fraktion die Beschuldigung mit Nachdruck von sich, sie habe „die Sindelfinger Beschlüsse irgendwie zu ihren Gunsten verändert". Die Fraktion stehe aber nach wie vor vor dem Problem, die Diätenentscheidungen vom Januar „in die Realität umzusetzen". Jetzt soll versucht werden, mit einer „Prüfungskommission" eine Lösung zu finden.

Gleichzeitig bereiteten sich die Abgeordneten gestern auf die Aussprache über die Regierungserklärung vor. Sie tagten hinter verschlossenen Türen, um vom Inhalt ihrer Antworten nichts vorher bekannt werden zu lassen. Fest steht jedoch bereits, daß einer ihrer drei Sprecher, Otto Schily, nicht als Redner vorgesehen ist. Bei der Abstimmung unterlag er gegen Marieluise Beck-Oberndorf. Sie soll als erste 30 Minuten lang auf Bundeskanzler Helmut Kohl antworten. *Außerdem sollen unter anderem* Gerd Bastian, Petra Kelly und Willi Hoss sprechen.

Allerdings traf Schily gestern mit Ost-Berlins Ständigem Vertreter, Ewald Moldt, zu einem 45minütigen Gespräch zusammen. Dabei erläuterte Moldt ihm die Gründe für die Absage des Besuchs von SED-Chef Erich Honecker.

Auf dem Bundeshauptausschuß wird ein personalpolitischer Streit erwartet. Der Partei-Vorstand hatte sich mehrheitlich für Konsequenzen gegen Beckmann ausgesprochen. Ihm wird Kompetenzmißbrauch vorgeworfen. Deshalb wurde bereits seine Entlassung erwogen.

US-Bischöfe verschärfen Hirtenbrief

● Fortsetzung von Seite 1

durchgerungen als selbst das amerikanische Repräsentantenhaus, in dem ein ähnlicher Antrag bereits seit Wochen unentschieden diskutiert wird.

Mit ihrem uneingeschränkten Nein zur gültigen NATO-Politik des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen bezogen die Bischöfe eine zweite wichtige Position, die sie in Widerstreit mit der amerikanischen Administration und deren europäischen Verbündeten bringen muß. Alle Passagen, die im vorliegenden Entwurf nach nur milder Kritik an der bestehenden Verteidigungsdoktrin aussahen, wurden gestrichen und durch eindeutig ablehnende Formulierungen ersetzt. Wo bisher etwa die Möglichkeit nuklearen Ersteinsatzes als „ein moralisch unakzeptables Risiko" dargestellt wurde, trat jetzt ein kategorisches „Es ist moralisch nicht zu rechtfertigen, nuklearen Krieg in irgendeiner Form zu beginnen". Offensichtlich war die Mehrheit der Versammelten entschlossen, jenseits gültiger politischer Auffassungen eine moralisch verbindliche Grundposition zu beziehen. Erhalten blieb allerdings – gegen den Widerspruch vieler sich progressiv gebender Mitglieder der Bischofskonferenz – ein Exkurs, in dem die für Europa noch immer gültige Doktrin des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen wenigstens beim Namen genannt und einigermaßen breit referiert wird. Der NATO wird „dringend empfohlen", sich rasch zu einer „Nicht-Ersteinsatz-Politik durchzuringen".

Für alle diese Fragen, die nach Aussage des Bischofs Hannan von New Orleans „das katholische Laienvolk potentiell spalten können", hält der Hirtenbrief einen Vorschlag zur Versöhnung bereit: Der Text bekräftigt, daß sich die Stellungnahmen zur aktuellen Politik nicht als kirchliche Lehrmeinung verstehen, sondern lediglich als „moralische Analyse", die der Nachprüfung durch den einzelnen überlassen bleibt. Die Bischöfe, in wohlerwogenem Rekurs auf Einwände aus dem Vatikan, machen mithin deutlich, daß ihre Stellungnahme zur nuklearen Frage nicht das Lehramt der Kirche berührt, sondern eine aktuelle „Anwendung moralischer Grundprinzipien" (Kardinal Bernardin) darstellt. In dieser „Anwendung" aber bleibt die Antwort auf aktuelle nuklearmilitärische Fragen der Gegenwart der Gewissensentscheidung des einzelnen Gläubigen überlassen.

Recht und billig

J. Sch. (Paris) – Der spektakuläre Prozeß, der gestern vor der Strafkammer in Marseille gegen 45 Präsidenten und Direktoren der sieben größten in Frankreich tätigen Mineralölkonzerne eröffnet worden ist, paßt an sich in die rosarote Landschaft. Hatten doch die Sozialisten und mehr noch die Kommunisten, ehe sie die neue Regierung bildeten, den Multis im allgemeinen und denen des Mineralölsektors im besonderen wegen angeblicher übermäßiger Gewinne den Kampf angesagt.

Allerdings dürfte den Richtern die Entscheidung über das zwölf Jahre zurückliegende Delikt keineswegs leichtfallen. Zwar steht fest, daß die bösen Sieben damals den unabhängigen Ölhändler Roger Bodourian aus Marseille fast in den Konkurs getrieben haben, indem sie ihn nicht mehr belieferten, weil er die empfohlenen Preise nicht einhielt. Aber ob sie damit gegen die kartellrechtlichen Bestimmungen verstoßen haben, ist sehr umstritten.

Denn damals wurden in Frankreich wie auch heute noch die Ölproduktenpreise sowie die darauf zulässigen Rabatte behördlich festgesetzt. Außerdem waren die großen Konzerne verpflichtet, kostspielige Ölvorräte aus Sicherheitsgründen anzulegen. Lag deshalb das Ausschalten von Preisbrechern im nationalen Interesse? Diese Frage ist schon unter der letzten Regierung grundsätzlich verneint worden.

Wirtschaftsdelikte sind meist komplizierter als sie erscheinen, vor allem in einem so dirigistischen Land wie Frankreich. Schon die merkantilen Griechen wußten, daß recht und billig zwei verschiedene Begriffe sein können. Deshalb hatten sie Hermes zum Gott des Handels und der Diebe gemacht.

In die richtige Richtung

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Angesichts der gewaltigen Probleme, von denen die einzelnen Länder und die Weltwirtschaft geschüttelt werden, rücken die führenden westlichen Industrienationen enger zusammen. Dieses positive Fazit läßt sich nach den Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der großen „Sieben" und „Fünf" in Washington ziehen. Die Bundesrepublik war durch Gerhard Stoltenberg und Karl Otto Pöhl vertreten. Man hat den Eindruck, daß sich endlich etwas in die richtige Richtung bewegt.

Das gilt zunächst für die Interventionsstudie, die auf dem Wirtschaftsgipfel in Versailles in Auftrag gegeben worden war und sogar zu einer gewissen Annäherung der konträren amerikanischen und französischen Grundposition geführt hat. Das Papier ist ein wichtiges Dokument für künftige Diskussionen. Es basiert auf einer weitgehend gemeinsamen Konzeption und bekräftigt die alte deutsche Philosophie, daß sich durch staatliche Eingriffe am Devisenmarkt zwar Marktbewegungen und erratische Wechselkursschwankungen glätten lassen, grundlegende Trends wie auseinanderklaffende Inflationsraten und Leistungsbilanzen aber so nicht zu korrigieren sind.

Abzuwarten bleibt, wie die Grenzen und Einschränkungen von Frankreichs Staatspräsident Mitterrand letztlich gewertet werden. Er wird das Thema mit Sicherheit in Williamsburg aufgreifen, weil er sich von einer Ausweitung der Interventionen Hilfe für den Franc verspricht. Aus Pariser Sicht dominiert die Politik den fragwürdigen technischen Vollzug. Hinzu kommt, daß US-Finanzminister Regan die empfohlenen Interventionsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt hat. Ob es zu koordinierten Eingriffen kommt, hängt davon ab, ob die USA zu ihrer vor zwei Jahren aufgegebenen pragmatischeren Haltung zurückkehren. Insgesamt signalisiert die Studie jedoch Fortschritt.

Als „noch sehr unterschiedlich" wurde von den Teilnehmern das Konjunkturbild bewertet; große Zufriedenheit herrschte – mit Ausnahme des französischen Lagers – über den gelungenen Abbau der Teuerungsrate. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß Frankreich in ein bis zwei Jahren durch neue starke Inflationsschübe in eine schwierige Lage mit politischen Spannungen geraten kann – mit all den schlimmen Begleiterscheinungen für die EG. Positiv wurden die in den meisten Industriestaaten erkennbaren parallelen Trends in der Wirtschaftspolitik sowie die beginnende wirtschaftliche Belebung in Japan vermerkt.

Aber es gibt noch große Probleme. So haben sich die Minister und Notenbankchefs mit der Frage beschäftigt, wie eine Fortsetzung des Zinssenkungsprozesses zu erreichen ist. Denn der heutige Geldpreis ist noch nicht weit genug gesunken, um die wirtschaftliche Erholung abzusichern und den Entwicklungsländern zu helfen. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die amerikanischen Rekordhaushaltsdefizite „besorgniserregend und von großer weltwirtschaftlicher Bedeutung" sind, zumal sich keine Lösung im Streit zwischen dem Kongreß und der Reagan-Administration abzeichnet. Regan soll die anderen Teilnehmer mit dem Hinweis irritiert haben, die hohen Zinsen seien nicht in Zusammenhang mit den enormen Budget-Fehlbeträgen, sondern mit den in den USA nach wie vor hohen inflationären Erwartungen zu sehen.

Was sich andererseits anbahnt, ist ein massives außenwirtschaftliches Ungleichgewicht, weil Amerika tief ins Defizit rutscht (die Voraussagen für den Fehlbetrag in der US-Leistungsbilanz 1983 wurden jetzt auf etwa 40 Milliarden Dollar erhöht), während Japan seinen Aktivsaldo ausbaut. Darüber muß weiter gesprochen werden, wahrscheinlich auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September. Dann wird auch die Forderung der Dritten Welt nach einer neuen Zuteilung von Sonderziehungsrechten („Papiergold") angepackt. Deutsche Teilnehmer äußerten sich besorgt über die zunehmende Inanspruchnahme des deutschen Kapitalmarktes. Nach dem Urteil von Stoltenberg wird „die Mark bei der Refinanzierung sehr stark in Anspruch genommen – sogar relativ stärker als der Dollar".

Für Stoltenberg überwiegen die Nachteile des „leicht überhöhten" Dollarkurses. Ursache für den festen Dollar bleibt die Realzinsdifferenz gegenüber den USA von drei bis vier Prozent. Das führt vor allem zu kurzfristigen Markanlagen in Dollarpapieren. Diese Problematik wird indes nur leichte Schatten auf den Williamsburg-Gipfel. Laut Stoltenberg wollen die „Sieben" den Erfolg, das heißt, keinen Streit.

MILCHÜBERSCHÜSSE

Mehr als acht Milliarden Mark liegen auf Halde

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Maßnahmen, um die Milchflut in der EG einzudämmen, fordert die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher AgV von den Agrarministern. Im ersten Drittel dieses Jahres habe die EG-Milchproduktion bereits um acht Prozent über der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums gelegen; die Produktion von Butter habe um 20 und die von Milchpulver sogar um 33 Prozent zugenommen. Zum Jahresende dürften 600 000 Tonnen Butter und eine Million Tonnen Milchpulver im Gesamtwert von mehr als acht Milliarden Mark auf Halde liegen, obwohl von beiden Produkten jeweils mehrere hunderttausend Tonnen subventioniert abgesetzt werden. „Milchpulver, erzeugt zum Preis von 3,60 Mark pro Kilo, wird bereits jetzt in riesigen Mengen in die Schweinetröge geleitet, wobei die Steuerzahler drei Mark pro Kilo zuschießen müssen".

Die Strukturkrise dieses Bereichs, für den der Erzeugerstufe in der EG 60 Milliarden Mark im Jahr umgesetzt werden, müsse durch einen Abbau der Überkapazitäten entschärft werden. Nach Ansicht der AgV ist die Mindestforderung ein Einfrieren der Preisgarantien, nachdem diese im letzten Jahr im EG-Durchschnitt noch um elf und in der Bundesrepublik um sieben Prozent heraufgesetzt wurden. Dabei gehe es nicht nur um die „inzwischen unvertretbaren Belastungen" der Verbraucher, der Steuerzahler und der Gesamtwirtschaft, sondern es müßten auch Fehlinvestitionen in der Milchwirtschaft vermieden werden. Falsche Preissignale schadeten der Landwirtschaft auf Dauer mehr, als sie nutzten.

HANDWERK / Präsident Schnitker rechnet mit überdurchschnittlicher Erholung

Die Zahl der Beschäftigten soll um rund zwei Prozent zunehmen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Das deutsche Handwerk rechnet nach dem unerwartet kräftigen Einbruch 1982 in diesem Jahr wieder mit einer überdurchschnittlichen konjunkturellen Erholung. Sogar die Zahl der Beschäftigten dürfte nach Angaben des Handwerks-Präsidenten Paul Schnitker in diesem Bereich steigen. Das Handwerk stelle sich auch in diesem Jahr der Ausbildungs-Herausforderung und werde sich bemühen, mindestens 10 000 Lehrstellen mehr als 1982 zur Verfügung zu stellen.

Präsident Paul Schnitker rechnet für das Handwerk in diesem Jahr mit einem Umsatzplus von nominal 4,5 oder real einem Prozent, also mit höheren Steigerungsraten, als die Bundesregierung und die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die von einem gesamtwirtschaftlichen Zuwachs von Null beziehungsweise 0,5 Prozent ausgehen. Die Zahl der Beschäftigten werde – nicht zuletzt aufgrund der Ankündigung der Bauwirtschaft, 150 000 Arbeitsplätze wieder zu besetzen – um rund zwei Prozent steigen. Die Investitionen dürften um nominal sieben bis acht Prozent zunehmen.

Die Entwicklung verlaufe allerdings differenziert. Die Belebung des Wohnungsbaus werde schon bald die Ausbauhandwerke mitziehen und auf andere Bereiche ausschlagen. Schließlich bestehe auch ein handfester Nachholbedarf an Investitionen, an Maschinen, Werkzeugen und Betriebsausstattungen. Daran könnten vor allem die Handwerksbetriebe, die als Zulieferer der Industrie tätig sind, partizipieren.

All dies spiele sich jedoch vor dem Hintergrund eines der schwierigsten Nachkriegsjahre für das Handwerk ab. „Völlig überraschend", so Schnitker, sei das Handwerk 1982 von der Rezession wesentlich stärker getroffen worden als andere Bereiche der Wirtschaft. So sei der Umsatz des Handwerks nominal um 1,6 oder real um rund fünf Prozent auf 368,9 Milliarden Mark gesunken. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 2,8 Prozent auf 3,973 Millionen. Die Zahl der Handwerksunternehmen habe um 0,6 Prozent auf 492 000 abgenommen. Die Investitionen seien nominal um sieben Prozent auf 13 Milliarden Mark gefallen. Die Zahl der Insolvenzen schnellte um 67,1 Prozent auf 1830 nach oben.

Trotzdem habe das Handwerk in seinen Ausbildungsanstrengungen nicht nachgelassen. 1982 wurden 232 500 Lehrverträge neu abgeschlossen, 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Ausbildungsverträge (erstes bis viertes Lehrjahr) sei nur leicht um 1,2 Prozent auf 666 543 zurückgegangen. Da die Betriebe der wirtschaftlichen Entwicklung wieder zuversichtlicher entgegensähen, würden sie in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachlassen.

Um den 655 000 Bewerbern um Lehrstellen in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, bedürfe es eines Kraftaktes, den das Handwerk auf sich nehmen werde. Schnitker machte folgende Rechnung auf: Da 1980 mit 243 000 Lehrstellen der stärkste Jahrgang überhaupt eine Ausbildung im Handwerk begonnen hat und diese Jugendlichen ihre Lehre jetzt weitgehend beenden, stehen in diesem Jahr bereits 10 000 Ausbildungsplätze mehr als 1982 nur zur Verfügung, wenn lediglich jede Lehrstelle wieder besetzt wird. Da in einigen Bereichen die Ausbildung dreieinhalb Jahre dauert, kämen noch einmal rund 20 000 Plätze hinzu, so daß allein im Handwerk möglicherweise die 30 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze bereitstünden, die dem Bundeskanzler von der Wirtschaft zugesagt wurden. Den Abbau ausbildungshemmender Vorschriften habe der Kanzler zugesagt.

Schnitker betonte, das Handwerk habe stets über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Darin sehe er kein Problem. Überdies habe der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, ihm erklärt, daß die im Handwerk ausgebildeten Arbeitslosen im Durchschnitt innerhalb von drei Wochen wieder vermittelt werden könnten.

AUF EIN WORT

» Die Nachfragebelebung nach Wohnungsbauleistungen birgt erneut die Gefahr für Preisentwicklungen in sich, die dem gerade am Horizont sichtbaren Silberstreifen einer besseren Baukonjunktur abträglich wäre. Wir brauchen mehr Stetigkeit und Bedingungen, die über eine längere Distanz gelten. «

Bernhard Wischmeier, Mitglied der Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Münster FOTO: DIE WELT

HANDELSKAMMERN

Unsicherheit über Wechselkurse

WILHELM HADLER, Brüssel

Widersprüchliche Entwicklungen in der europäischen Wirtschaft hat die diesjährige Umfrage der Ständigen Konferenz der Handelskammern in der EG zutage gebracht: Auf der einen Seite stützen sich die europäischen Firmen immer stärker auf den gemeinsamen Markt, da ihre Exportmöglichkeiten in andere Teile der Welt geringer werden, zugleich klagen sie jedoch auch über zunehmende administrative und technische Handelshemmnisse beim Absatz ihrer Erzeugnisse innerhalb der Gemeinschaft.

Alle Mitgliedskammern sind der Meinung, daß die Tendenz zum „Binnenprotektionismus" in der EG erheblich stärker geworden ist. Dabei stehen Klagen über eine Abschottung der nationalen Märkte, über Subventionen für die eigene Industrie, Diskriminierungen aufgrund technischer Normen sowie Bevorzugungen nationaler Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Vordergrund.

Als störend erweist sich auch zunehmend die mangelnde Wechselkursstabilität in der Gemeinschaft. Fast überall in Europa bezeichnen die Industrie- und Handelskammern die Entwicklung der Wechselkurse als einen „großen Unsicherheitsfaktor".

Die Renationalisierung der Märkte droht nach der Umfrage auch die Position der „Multis" in der EG zu gefährden. So beklagten sich die internationalen Unternehmen, die sich in Irland niedergelassen haben, in diesem Jahr besonders über die von anderen EG-Ländern geforderten Ursprungsnachweise.

VOLKSBANKEN

Kritik am Währungssystem

JAN BRECH, Hamburg

Optimistisch über den weiteren Verlauf der Konjunktur hat sich der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Bernhard Schramm, geäußert. Auf der 20. Bankenwirtschaftlichen Tagung der Volksbanken meinte Schramm, daß der Konjunkturzug „ins Rollen" gekommen sei. Die Bedingungen für eine, wenn auch langsame Erholung der Wirtschaft seien günstig.

Keinen Grund sieht Schramm, von dem auf Verstetigung gerichteten geldpolitischen Kurs abzuweichen und wegen der jüngsten Überschreitung des Geldmengenziels schon jetzt wieder eine restriktive Geldpolitik zu betreiben. Mit ihrer konjunkturstützenden Politik sei die Bundesbank zwar an die stabilitätspolitisch vertretbare Grenze gegangen, doch könne von einer expansiven Geldpolitik keine Rede sein.

Bei der Ausweitung der Geldmenge über das von der Bundesbank festgelegte Ziel hinaus spielten ohnehin Sonderfaktoren eine Rolle. So hätten die sehr spät geänderten Wechselkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) zu hohen Mittelflüssen in die Bundesrepublik geführt.

Schramm wiederholte auf der Tagung in Travemünde seine Kritik am EWS. Es sei unerträglich, daß stabilitätsorientierte Länder wie die Bundesrepublik die inflationistische Politik sozialistisch regierter Länder mitfinanzieren müßten. Auf Dauer werde eine Aufrechterhaltung des EWS zu mehr politischem Schaden führen als seine Auflösung.

LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG / Symposium zum Thema Subventionen

Gefahr für soziale Marktwirtschaft

HEINZ HECK, Bonn

Professor Otmar Issing, Würzburg, sorgte für die richtige Einstimmung zu dem Thema, das die Ludwig-Erhard-Stiftung ihrem gestrigen Symposium gestellt hatte: „Mehr soziale Marktwirtschaft – weniger Subventionswirtschaft". Sie hat sich dabei von der Erkenntnis leiten lassen, daß weder das engagierte Eintreten weitsichtiger Wirtschaftspolitiker noch die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verhindern konnten, „daß das Subventionsgestrüpp weiter gewuchert ist".

Sind Subventionen eine Gefahr für die soziale Marktwirtschaft? Für Issing ist dies „zu allererst eine Frage der Masse der finanziellen Mittel". Jedenfalls neige der politische Mechanismus dazu, diese Masse immer weiter anschwellen zu lassen.

Zwar leiste eine an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientierte Politik relativ stärkeren Widerstand gegen diese Tendenz; auch sie biete jedoch keine Gewähr für dauerhaften Erfolg. Die Wissenschaft müsse ihren Beitrag dadurch leisten, daß sie die mit der Subventionsvergabe „verbundenen Ansprüche kritisch prüft und gegebenenfalls als Mythen entlarvt".

Nach Issing kamen die Praktiker zu Wort, so Manfred Caspari, Generaldirektor für Wettbewerb in der Brüsseler Kommission, und der Kieler Wirtschaftsminister Jürgen Westphal. Die jährliche Brüsseler Agrarpreisrunde ist für Caspari auch eine „Auseinandersetzung um Beihilfen", noch dazu von spektakulären Ausmaßen. Sünder sind alle EG-Mitglieder: nicht eins darunter, „mit dem wir nicht harte Auseinandersetzungen" wegen Subventionen hatten. Mut macht ihm, daß der Europäische Gerichtshof bisher stets die Kommissionsentscheidungen bestätigt habe.

Westphal machte die Schwierigkeiten eines Wirtschaftspolitikers deutlich, der in Krisenbranchen und -regionen handeln muß. In der akuten Krise, so Westphal, sei der Druck von Unternehmern, Gewerkschaften, Zulieferbetrieben und Kommunalpolitikern „enorm". Er verglich den Krisenmanager mit einem Arzt, „der um Nebenwirkungen seiner Medikamente weiß, aber sie dennoch verabreicht, weil er im Augenblick noch keine besseren hat".

Professor Hans Michaelis, Köln, zog für den Energiemarkt ein skeptisch stimmendes Fazit: Die Bemühungen, dem Wettbewerb hier mehr Geltung zu verschaffen, „waren langdauernd und intensiv, hatten bislang aber enttäuschende Ergebnisse".

STEUER-GEWERKSCHAFTSTAG

Vereinfachung für gerechtere Besteuerung gefordert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

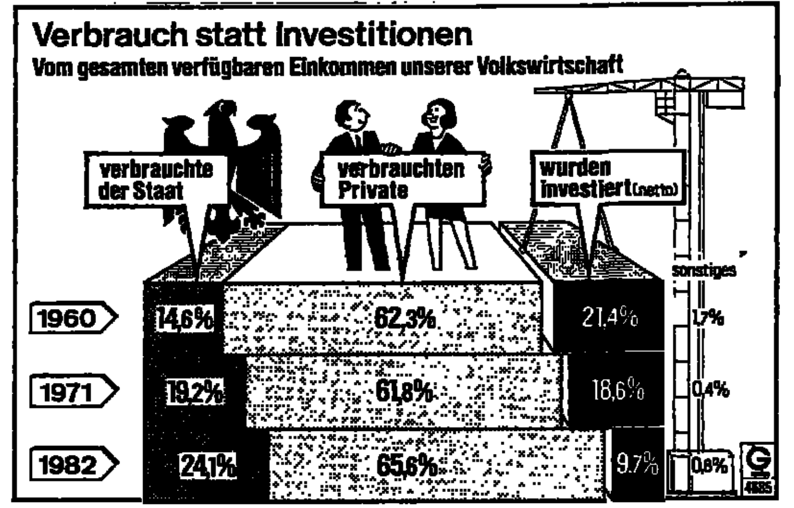
Heftige Kritik an der Steuerpolitik des Bundes üben die Delegierten des 10. Deutschen Steuer-Gewerkschaftstages in Hannover. Werner Hagedorn, Vorsitzender der Steuer-Gewerkschaft, bezeichnete die Steuergesetzgebung als „konzeptionslos und chaotisch". Wesentliche Ursache für die grassierende Schattenwirtschaft und die wachsende Steuerkriminalität sei die völlig unzureichende Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Sie hätten ihre unterschiedlichen Aufgaben nicht koordiniert und „dabei den Finanzföderalismus in eine Krise manövriert".

Im Mittelpunkt der Diskussion auf dem bis heute dauernden Steuergewerkschaftstag steht die Forderung nach einer umfassenden Steuervereinfachung. Besonders wirksam sei der schrittweise Abbau der steuerlichen Vergünstigungen. Dadurch werde die Manövriermasse für eine Neuordnung des Tarifs gewonnen, der die heimlichen Steuererhöhungen durch die progressive Besteuerung von inflationsbedingten nominalen Einkommenszuwächsen abfange und den Durchschnittsverdiener entlaste.

Nachdrücklich setzt sich die Steuer-Gewerkschaft, die die rund 110 000 Beschäftigten der deutschen Steuerbehörden vertritt, für mehr soziale Ausgewogenheit des Steuersystems ein. Die in den beiden letzten Jahren vorgenommenen Änderungen hätten eher das Gegenteil bewirkt, weil „Wirtschaftspolitik mit den Instrumenten der Steuerpolitik" betrieben werde. Hagedorn nannte in diesem Zusammenhang die Ausdehnung des Verlustrücktrags auf zwei Jahre, die Investitionszulage und die Investitionshilfeabgabe. Hier würden „offene und transparente Finanzhilfen des Staates" schneller und effektiver wirken.

Eine Herausforderung für den Rechtsstaat, so die Steuer-Gewerkschaft, sei die Schattenwirtschaft. Schätzungen gingen davon aus, daß über 100 Milliarden Mark, also ein Achtel des Brutto-Sozialprodukts, „an den Finanzämtern vorbei erwirtschaftet werden; dies bedeute endgültige Steuerausfälle von mindestens 30 Milliarden Mark. Die Ursache dafür sei in der „bedrohlichen Unterbesetzung der Betriebsprüfungsstellen" zu sehen. Großbetriebe würden nur noch alle vier Jahre, mittlere Betriebe alle 8,6 Jahre geprüft. Ähnliches gelte für die bundesweit knapp 1000 Steuerfahnder, die der „gigantischen Steuerkriminalität nicht gewachsen" seien. Als direkte Auswirkung einer „funktionsgestörten Steuerverwaltung" werden die Steuerrückstände genannt. Sie erreichten 1982 über 15 Milliarden, nach 3,3 Milliarden im Jahre 1970, 9,9 Milliarden 1975 und 13 Milliarden Mark im Jahre 1980. Die Steuerverwaltung könne ihre Aufgaben nur deshalb noch erfüllen, weil die Erklärungen der Steuerpflichtigen „durchweg ungeprüft übernommen" würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Waren im Jahre 1960 vom gesamten verfügbaren Einkommen unserer Volkswirtschaft noch 21,4 Prozent für den Ausbau und die Modernisierung von Produktionsanlagen und öffentlichen Einrichtungen bestimmt, so ist dieser Anteil bis 1982 auf unter zehn Prozent zusammengeschmolzen. Entsprechend erhöht sich der Anteil der privaten und der öffentlichen Konsumausgaben. Die Kapitalverwendung, so der Vorwurf der Bundesbank, entspricht damit längst nicht mehr den Erfordernissen eines stetigen und arbeitsplatzsichernden Wachstums. QUELLE: GLOBUS

Protektionismus verurteilt

Frankfurt (VWD) – Scharfe Kritik an den auch in der Europäischen Gemeinschaft um sich greifenden protektionistischen Praktiken übte DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen am Dienstag in Frankfurt. Anläßlich des 175jährigen Bestehens der Industrie- und Handelskammer Frankfurt sagte Wolff, keiner unserer großen Handelspartner innerhalb der EG könne sich von den Sünden des Protektionismus freisprechen. Auch die Bundesrepublik sei nicht mehr ganz lupenrein. „Denn da Suventionismus nachweislich eine der schlimmsten Farben des Protektionismus ist, haben wir dort längst unsere Jungfernschaft eingebüßt", meinte Wolff.

„Klare Kursangaben" nötig

Bonn (HH.) – „Ausmaß und Form der Staatsverschuldung stehen noch immer einer weiteren Gesundung des Kapitalmarkts in der Bundesrepublik entgegen", erklärte der Verband Deutscher Hypothekenbanken. Er kritisierte die Bonner Ankündigung, wonach der Bund 1984 seine Neuverschuldung „unter 40 Milliarden Mark" halten wolle, als „eine nicht sehr befriedigende Absichtserklärung". Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl nicht bereits in seiner heutigen Regierungserklärung „klare Kursangaben" mache, sei zu befürchten, daß die notwendige Sanierung – und mit ihr niedrigere Zinsen bei längeren Laufzeiten – erneut auf die lange Bank gerate.

Varta kürzt Dividende

Hannover (VWD) – Die Varta AG schlägt der HV (15. Juni) eine Kürzung der Dividende für 1982 von fünf auf vier DM je 50-DM-Aktie vor. Aus dem Jahresüberschuß von 16,1 (16,4) Millionen Mark werden den freien Rücklagen 7,9 (6,5) Millionen Mark zugeführt, teilt der Varta-Vorstand mit.

Mehr in die „DDR" exportiert

Wiesbaden (rtr) – Die Bundesrepublik Deutschland hat im ersten Quartal dieses Jahres ihre Exporte in die „DDR" und nach Ost-Berlin um 40 Prozent auf 1,913 Milliarden Mark erhöht. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gingen im selben Zeitraum die Importe aus der „DDR" um fünf Prozent auf 1,607 Milliarden Mark zurück. Wie am Dienstag weiter mitgeteilt wurde, stiegen im März die Ausfuhren um 24 Prozent oder 145 Millionen Mark auf 756 Millionen Mark.

Beteiligung bei Teilkasko

Frankfurt (der.) – Im Gegensatz zur Kfz-Haftpflichtversicherung, wo die Schadenshäufigkeit 1982 und auch in den ersten Monaten des Jahres 1983 weiter leicht rückläufig ist, zwingt die Entwicklung im Teilkaskobereich die deutschen Autoversicherer, hier über eine allgemeine Selbstbeteiligung in Höhe von 200 Mark nachzudenken. Dies deutete Hermann Strathus, Vorstandsmitglied der Deutschen Allgemeinen Versicherungs AG, in einem Gespräch mit Journalisten in Frankfurt an. Auch die steigende Zahl von Betrugsfällen spiele dabei eine Rolle.

Diskontsatz erhöht

Amsterdam (rtr) – Die niederländische Zentralbank hat ihre drei wichtigen Zinssätze mit Wirkung vom Dienstag um einen Prozentpunkt angehoben. Wie die Bank mitteilte, wird der Diskontsatz auf 4,5 von bisher 3,5 Prozent angehoben und der mit dem Lombardsatz in der Bundesrepublik vergleichbare Satz, der für den Geldmarkt wichtig ist, steigt auf fünf von vier Prozent. Schließlich werde auch der dritte wichtige offizielle Satz für Solawechsel, auf dem die Kreditzinsen der Banken basieren, von 4,5 auf 5,5 Prozent erhöht.

INGENIEURE

Öffentliche Aufträge fehlen

HEINZ HECK, Bonn

Den deutschen Consulting-Firmen fehlen öffentliche Aufträge aus dem Inland. Das erklärte Jens Schnieders, Vorstandsvorsitzender des Verbands unabhängig beratender Ingenieurfirmen (VUBI), vor der heutigen Jahresversammlung. Allerdings habe sich 1982 das Auslandsgeschäft nicht weiter zu Lasten des Inlandsumsatzes der 145 Mitgliedsfirmen des Verbands entwickelt. Vom Honorarumsatz in Höhe von 2,3 (1,95) Milliarden Mark entfielen 45 Prozent auf das Inlandsgeschäft.

Mit dem Hinweis auf die Zahlungsunfähigkeit Iraks machte Schnieders die ständig steigenden Risiken im Auslandsgeschäft deutlich. Auf Irak entfallen rund fünf Prozent des Auslandsumsatzes der VUBI-Mitglieder, auf Saudi-Arabien 20 Prozent. Angesichts fallender Ölpreise rechnet er auch hier nicht mit steigenden Umsätzen und rät den Mitgliedsfirmen zur Diversifizierung, vor allem in Richtung Asien sowie Argentinien und Brasilien.

Der Verband begrüßt die entwicklungspolitische Orientierung der neuen Bundesregierung, die stärker als ihre Vorgängerin den Beschäftigungseffekt für deutsche Unternehmen bei der Projektauswahl berücksichtige. Schnieders nannte vor allem die verstärkte Mischfinanzierung (also Mischung von Kapitalhilfe und kommerziellen Krediten). Damit würden die Projektvorschlagsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft erhöht.

NEUE HEIMAT

Sanierung durch Ausverkauf

VWD, Hamburg

Die gewerkschaftseigene Unternehmensgruppe Neue Heimat Städtebau (NHS), Hamburg, will in den nächsten Jahren ihre sämtlichen Immobilien in der Bundesrepublik sowie Grundstücke im In- und Ausland verkaufen. Mit den Erlösen in Milliardenhöhe will die NHS nach Auskunft ihres Sprechers *Rolf Bier das in die roten* Zahlen geratene Unternehmen sanieren. Allein 1981 beliefen sich die Verluste der NHS auf rund 562 Mill. DM.

Im Rahmen des Sanierungskonzeptes werde die Neue Heimat sich aber auch von rund zehn Prozent ihrer insgesamt 320 000 Wohnungen in der Bundesrepublik trennen. Verkauft werden sollten die Wohnungen an die Mieter selbst oder an „institutionelle oder private seriöse Kapitalanleger", sagte Bier. Mit einem großen Teil der Erlöse würden neue Wohnungen gebaut.

Nach seinen Worten gibt es keinen „Anlaß zur Panik". Die Neue Heimat habe vor dem Hintergrund der *allgemeinen Wirtschaftsflaute* und der fast „auf Null gebrachten Bautätigkeit in der öffentlichen Bautätigkeit" sicherlich Probleme zu überwinden, die nur als „Durststrecke" *zu bezeichnen seien. Es* könne aber auf keinen Fall von „Notverkäufen" die Rede sein. Wie Bier sagte, sei Ziel des Konzeptes, die NH-Städtebau als „reines Dienstleistungsunternehmen" arbeiten zu lassen, das vor allem Management-Leistungen anbiete.

ENERGIE / WELT-Gespräch mit Ulf Lantzke

Weitere Einsparungen nötig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unmittelbar vor der Jahrestagung des Ministerrates der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird am nächsten Sonntag *der Verwaltungsrat der Internatio*nalen Energieagentur (IEA), welcher 21 von 24 OECD-Staaten angehören, ebenfalls auf Ministerebene in Paris zu einem energiepolitischen Meinungsaustausch zusammentreten. Zum ersten Mal soll dabei in diesem Rahmen das Erdgasproblem unter fachlichen Gesichtspunkten näher geprüft werden.

Das Sekretariat der IEA hat hierzu einen Bericht ausgearbeitet, der zu dem Ergebnis kommt, daß mit fortschreitender Umstrukturierung der Energieversorgung, unter dem Motto „Weg vom Mineralöl", die Erdgasimporte der westlichen Industriestaaten in einer Weise an Bedeutung gewinnen können, die neue Versorgungsrisiken begründen. Angesprochen ist dabei vor allem die Abhängigkeit Westeuropas vom sowjetischen Erdgas.

Von diesem Problem abgesehen, *ist die Energieversorgungslage der* westlichen Industriestaaten gegenwärtig zufriedenstellend, erklärte IEA-Exekutivdirektor Ulf Lantzke in einem Gespräch mit der WELT. *Auch im letzten Jahr hat sich der* Primärenergieverbrauch, besonders aber der Ölverbrauch, weiter vermindert.

Der sich jetzt anbahnende Konjunkturumschwung könnte nach Lantzke die allgemeine Investitionstätigkeit derart beleben, daß darunter die Investitionen im Energie-, insbesondere im Kernenergiebereich leiden, obwohl der Widerstand der Bevölkerung gegen den Atomkraftwerksbau inzwischen seinen Höhepunkt überschritten habe.

Andererseits hält Lantzke die jüngste Ölpreisermäßigung der Opec von 34 auf 29 Dollar je Barrel nicht für geeignet, die Industrie*staaten zu einem weniger sparsa*men Verbrauch zu veranlassen, zumal der Abschlag bisher weitgehend durch die Dollar-Hausse kompensiert worden ist. Ernsthaft beunruhigt müßte man wohl erst dann sein, wenn der Barrel-Preis unter 24 Dollar absinkt. Jedoch dürfte der Umschwung am Weltölmarkt den Opec-Ländern, von de*nen die meisten jetzt* mit Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen haben, vor Augen führen, daß übertriebene Ölpreise nicht in ihrem Interesse liegen. Daß sie daraus die notwendigen Lehren ziehen, hält Lantzke für wahrscheinlich.

Gegen Ende dieses Jahrzehnts könnte es nach Auffassung des IEA-Chefs aber doch zu einer neuen Ölkrise kommen, wenn die Diversifikation in Richtung alternativer Energieträger nicht weiter vorangetrieben wird. Das Ziel müßte darin bestehen, den Ölanteil am Energieverbrauch der OECD-Zone *von gegenwärtig 45 Prozent auf ein* Drittel zu senken. Ein weiteres Drittel müßte die Kohle stellen, während sich den Rest das Erdgas (18 Prozent), die Kernenergie (10 bis 12 Prozent) sowie die Wasserkraft und die neuen Energiequellen teilen.

VOLKSB. WIESBADEN

Rekordzusagen bei Baukrediten

C. DERTINGER, Wiesbaden

Die Hypothekenzinsen könnten zwar wieder um ¼ Prozent sinken, meint Klaus Wallrath, Vorstandsvorsitzender der Wiesbadener Volksbank; aber er rät Bauwilligen ab, darauf zu warten. Gegen Ende des Jahres rechnet er jedenfalls bei konjunktureller Besserung wieder mit einem leichten Zinsanstieg.

Im Kreditgeschäft registriert die fünftgrößte deutsche Volksbank seit Jahresbeginn eine deutliche Belebung, vor allem bei der Baufinanzierung. Das erste Quartal brachte Rekordzusagen, nachdem 1982 mit einer Steigerung des Kreditvolumens um 4,8 Prozent auf gut 1 Mrd. DM kein gutes Kreditjahr war. Sehr zufrieden war die Bank allerdings mit dem nach Wallraths Angaben um 6,3 Prozent gestiegenen Betriebsergebnis, dessen Aufwärtstrend anhält, obwohl die zum Jahresultimo auf 3,69 Prozent gestiegene Zinsspanne inzwischen auf 3,25 Prozent gesunken ist. Vor Rücklagendotierung mit 2,5 (2,2) Mill. DM und wieder 6 Prozent Bardividende auf 16,8 (16,9) Mill. DM Geschäftsguthaben wurden die inneren Reserven deutlich gestärkt.

In diesem Jahr erfreut sich die Bank eines regen Zugangs neuer Mitglieder, deren Kapitaleinzahlungen die Expansion erleichtern. Die Bilanzsumme, die im letzten Jahr um 5,3 Prozent – und damit weniger als im Bundesdurchschnitt – auf knapp 1,5 Mrd. DM gestiegen war, bewegt sich auch jetzt noch auf diesem Niveau.

EHW / Bonusfreude für 4000 Aktionäre

Stahlprognose bleibt düster

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Unerwartet schlägt die Eisen- und *Hüttenwerke* AG (EHW), Köln, ihrer Hauptversammlung am 13. Juni für 1982 zur konstanten Dividende von 8 DM je 100-DM-Aktie auch noch einen Bonus von 4 DM vor. Daran partizipieren bei dieser Zwischenholding für die Montaninteressen des Otto-Wolff-Konzerns etwa 4000 Streubesitzer mit knapp einem Viertel von 88 Mill. DM Aktienkapital. Zugunsten der Bonus-Auskehr wurde aus 13,6 (13) Mill. DM Jahresüberschuß die Dotierung der nun 55 (52) Mill. DM *Rücklagen* gegenüber 1981 halbiert. Es scheine angemessen, so begründet der Vorstand den Bonus-Entschluß, die Aktionäre an der in den letzten Jahren zu hohen *Zinsen möglichen* „Zwischenanlage" der hohen, zumeist bei der Otto Wolff AG angelegten flüssigen Mittel von nun 66,6 (64,5) Mill. DM, die 9,3 (9) Mill. DM Zinsertrag brachten, teilhaben zu lassen. Dies auch deshalb, weil die 1977 erfolgte Rücklagenplünderung um 40 Mill. DM zwecks Bereinigung der saarländischen Stahlbeteiligung (Neunkircher Eisenwerk AG) inzwischen zu mehr als der Hälfte wieder aufgeholt sei.

Von „Zwischenanlage" spricht EHW beim hohen Liquiditätspolster, weil man seit Jahren auf der Suche ist nach einem „krisensicheren neuen unternehmerischen Engagement". Im Umfeld der bisherigen Beteiligungen freilich dürfte das, wenn es einmal gefunden werden sollte, schwerlich liegen. Denn mit Ausnahme der in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführten großen Halbtochter Rasselstein AG, Neuwied, die allein für den von EHW 1982 vereinnahmten Netto-Organschaftsertrag von 7,3 (7,6) Mill. DM sorgte, blieben alle EHW-Beteiligungen 1982 ohne Ertrag.

Die gleichfalls in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführte Stahlwerke Bochum AG schaffte bei einer um 12 Prozent auf 371 000 t gesunkenen Elektro- und Feinblechproduktion aus 504 (531) Mill. DM Umsatz wiederum nur durch ao. Erträge gerade noch einen ausgeglichenen Abschluß. Die 37,5-Prozent-Beteiligung Schraubenfabrik Friedr. Boesner GmbH, Neuwied, blieb bei branchentypisch miserablem Geschäft und ohne nahe Aussicht auf Besserung verlustreich. Die aus der Saarstahl-Neuordnung entstandene 2,2-Prozent-Beteiligung an Luxemburgs Arbed-Stahlkonzern schließlich läßt gleichfalls auf Jahre hinaus keine Rendite erwarten.

Bleibt das Glanzlicht Rasselstein. Hier brachte die mit 1,11 (1,12) Mill. t in 1982 kaum gesunkene Weiß- und Feinblechproduktion aus 1,51 (1,49) Mrd. DM Umsatz einen stabilen Nettogewinn von rund 15 Mill. DM. Bei dieser weitaus größten EHW-Beteiligung wurde das Aktienkapital 1982 zu pari auf 80 (56) und im März 1983 um weitere 26 Mill. DM erhöht. Das jedoch wegen einer neuen Großinvestition (Durchlaufglühe) zur Produktverbesserung und nicht wegen etwa besser gewordener Aussichten im Stahlgeschäft. Diese vielmehr beurteilt EHW für 1983 ähnlich düster wie 1982.

SCHWÄBISCH HALL / Ergebnis 1982 fiel günstig aus – 8,5 Prozent Dividende

Bauspar-Neugeschäft zieht wieder an

W. NEITZEL, Schwäbisch Hall

Beim Bausparen geht es wieder aufwärts. Die dem Genossenschaftssektor zuzurechnende Bausparkasse Schwäbisch Hall AG schloß in den ersten vier Monaten dieses Jahres 148 000 Verträge über 4,6 Mrd. DM Bausparsummen neu ab, das sind gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit Zuwachsraten von 3 bzw. 8 Prozent.

Auch der Geldeingang erhielt positive Impulse: So stiegen in den ersten vier Monaten 1983 die Sparleistungen um 8 Prozent auf 1,8 Mrd. DM, und die Tilgungen erhöhten sich sogar um 20 Prozent auf eine Mrd. DM. Die Bausparer leisteten nach Angaben des Vorstandes wieder häufiger Sonderzahlungen.

Nach diesem guten Start sei die Hoffnung nicht unbegründet, daß sich das Bausparklima in diesem Jahr weiter verbessern werde, heißt es weiter. Die Gründe für den Aufschwung beim Bausparen werden in einer Reihe von Faktoren gesehen: gesunkene Zinsen, relativ günstige Baupreise, zunehmende Geldwertstabilität und der allgemeine Vertrauenszuwachs in der Bevölkerung.

Im Hinblick auf eine Prognose für das Neugeschäft des ganzen Jahres 1983 geht man beim Schwäbisch-Hall-Vorstand davon aus, daß eine Steigerung um 8 bis 10 Prozent „keine fremdartige Größenordnung" sei.

Erneut fordert das Bausparinstitut eine Weichenstellung in der staatlichen Wohnungsbauförderungspolitik. Bedauert wird vor allem die Tatsache, daß die Förderung des Nachsparens immer mehr in den Vordergrund rückt. Während beispielsweise im Jahre 1975 die für das Vorsparen aufgewendeten Mittel von 4,6 Mrd. DM einem Fördervolumen für das Nachsparen von 3,3 Mrd. DM gegenüberstanden, so hat sich die Relation in 1980 umgekehrt: 5,5 Milliarden DM für das Nachsparen und 3,4 Milliarden DM für das Vorsparen. Hier müsse nach Ansicht von Schwäbisch Hall wieder ein Gleichgewicht hergestellt werden.

Nicht zuletzt halte man eine kurzfristige Erhöhung der seit 1975 festgeschriebenen Einkommensgrenzen für die Wohnungsbauprämie für notwendig. Überdies sei in Anbetracht der Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen sicherzustellen, daß der Arbeitnehmer frei wählen könne zwischen Beteiligungssparen und Bausparen.

Im schwierigen Bausparjahr 1982 blieb die Schwäbisch Hall mit einem Rückgang des Neugeschäfts um etwa ein Fünftel im Durchschnitt aller privaten Kassen. Nach den gegen Jahresende 1981 geschaffenen neuen Tarifen (eine Schnell- und eine Langsam-Variante) wurden 42 500 Verträge über 2 Mrd. DM Bausparsumme abgeschlossen, das sind Anteile von 8,6 bzw. 12,5 Prozent am gesamten Neugeschäft.

Die zunehmende Dynamik im Geschäft habe sich bereits im Monat Dezember 1982 bemerkbar gemacht. Durch ein noch effektiveres Verbund-Marketing (89 Prozent des Neugeschäfts wurden in Zusammenarbeit mit Volksbanken und Raiffeisenbanken abgeschlossen) sollen vorhandene Reserven noch stärker mobilisiert werden. Zugeteilt wurden Verträge über 8,8 Mrd. DM, das höchste Volumen in der Branche.

Der Rückgang bei den Baugeldauszahlungen resultiert daraus, daß die Wünsche der Kundschaft nach Zwischenkrediten mehr als im Jahr davor von den Genossenschaftsbanken befriedigt wurden. Einen Trend zur Verlängerung zeigen die Zuteilungsfristen, die mit 46 bzw. 40 Monaten bei 40- bzw. 50prozentiger Soforteinzahlung angegeben werden.

Bei einem auf 810 (711) Mill. DM erhöhten Zinsüberschuß fiel das Ergebnis sehr günstig aus. Der Jahresüberschuß stieg auf 271 (171) Mill. DM. Die Steuerposition erhöhte sich auf 249 (215) Mill. DM.

Die Aktionäre erhalten eine Dividende von wiederum 8,5 Prozent. Aus der Sonderausschüttung von 48,5 Prozent sollen 100 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden. Ende 1982 hatte sich die Eigenmittelquote von 3,86 Prozent auf 4,05 Prozent verbessert.

Schwäbisch Hall	1982	±%
Neugeschäft		
Verträge (Stck.)	493 435	–18,9
Bausparkasse(Mrd.DM)	15,6	–20,8
Vertragsbestand		
Verträge (Mill. Stck.)	4,7	+ 4,3
Bausparkasse(Mrd.DM)	162,9	+ 5,6
Geldeingang (Mrd. DM)	9,8	+ 2,0
dav. Sparleistungen	6,2	– 4,1
Tilgung	2,9	+16,7
Baugeldauszahlungen	8,0	–28,4

Ciba-Geigy mit gutem Ergebnis

VWD, Bonn

Trotz des schwierigen Umfeldes konnte der Ciba-Geigy-Konzern seinen betriebswirtschaftlichen Konzerngewinn 1982 um 19 Prozent auf 622 Mill. sfr steigern. Wie aus dem Geschäftsbericht weiter hervorgeht, stiegen die konzernweiten Verkäufe, in Schweizer Franken konsolidiert, dagegen nur um ein Prozent auf 13,8 Mrd. sfr. Der Cashflow erhöhte sich von 1,34 Mrd. auf 1,46 Mrd. sfr.

Die positive Ertragsentwicklung ist nach Auffassung des Konzerns einerseits auf das überdurchschnittliche Wachstum im Pharma-Bereich und die befriedigenden Ergebnisse beim Agro-Geschäft, andererseits auf die seit 1980 durchgeführten Maßnahmen zur Strukturverbesserung verschiedener Geschäftsbereiche zurückzuführen. Diese betrafen insbesondere die Ilford-Gruppe und die Industrie-Abteilung.

Der Reingewinn der Ciba-Geigy AG erhöhte sich von 147 Mill. auf 165 Mill. sfr. Es wird eine Dividende je Aktie und Partizipationsschein von 28 (25) sfr auf ein Gesamtkapital von 536,4 Mill. sfr vorgeschlagen. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung steigerte sich von 1,076 Mrd. sfr auf 1,175 Mrd. sfr. Rund die Hälfte dieses Aufwandes wurde für die Pharma-Abteilung verwandt.

INTERLEASING DELLO / Ab '84 unter neuem Namen

Auto-Privatleasing rollt

J. BRECH, Hamburg

Die Interleasing Dello, Hamburg, deren Stammkapital von zurzeit 17 Mill. DM 12 Gesellschafter halten und die mit mehr als 100 Autohändlern zusammenarbeitet, wird zu Beginn des nächsten Jahres umstrukturiert. Wie Geschäftsführer Gerhard Kaiser in Hamburg mitteilte, schert die Gesellschaft zum 1. Januar 1984 aus der Dachgesellschaft Interleasing Europa aus und firmiert künftig als Auto Leasing D. Das Stammkapital der GmbH soll in gleichem Zuge unter Beteiligung einer Bank kräftig aufgestockt werden. Die bisherigen vier Gesellschaften in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Augsburg werden in eine Zentralgesellschaft in Hamburg eingebracht.

Kaiser begründete diesen Schritt damit, daß die Gesellschaft künftig das gesamte Bundesgebiet abdekken und regionale Doppelbesetzungen mit anderen Interleasing-Gesellschaften vermeiden soll. Zurzeit gibt es in Stuttgart und München noch zwei andere Interleasing-Gesellschaften. Die süddeutschen Plätze wird Interleasing-Dello ab 1984 mit Niederlassungen unter dem neuen Namen bearbeiten.

Die größte deutsche markenunabhängige Autoleasing-Gesellschaft verfügte Ende März 1983 über einen Fahrzeugbestand von 24 000 Einheiten im Neuwert von rund 400 Mill DM. Der Auftragseingang war im Berichtsjahr 1982 um 11 Prozent oder 9800 Fahrzeuge im Wert von 170 Mill. DM und der Umsatz um 19 Prozent auf 195 Mill. DM gestiegen. In der Bundesrepublik gibt es nach Angaben von Kaiser rund 400 000 Autos, die über das Leasing an den Kunden gebracht worden sind; das entspricht etwa einem Anteil von gut 1 Prozent am Gesamtbestand.

Dieser Anteil steige kontinuierlich. Sensationell bezeichnet Kaiser den Auftragseingang bei Dello in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Er habe sich mit 7600 Einheiten fast verdreifacht, ein Sprung, der vor allem auf das Privatleasing zurückzuführen sei.

NAMEN

Walter F. W. Boeker, Vorsitzender des Vorstandes der Segeberger Volksbank eG, vollendet am 5. Mai sein 60. Lebensjahr.

Johannes Krafft, verantwortlich für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Deutschen Unilever GmbH, Hamburg, vollendet am 5. Mai sein 60. Lebensjahr. Krafft wird Ende 1983 aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Zu seinem Nachfolger ist **Helmuth Barth** ernannt worden.

Jürgen Griesbach scheidet auf eigenen Wunsch per 30. April 83 als Vertriebsleiter Inland der Nordmende Vertriebs-GmbH & Co. OHG aus. Sein Nachfolger wird **Friedel Krawinkel**.

Günther Kirchesch, Vorsitzender des Vorstandes der Boswau + Knauer AG, ist am 31. März ausgeschieden.

Leopold Tröbinger wurde mit Wirkung vom 1. Mai 83 zum Mitglied des Vorstands der Berliner Bank AG, Berlin, ernannt.

Rekorddefizit beim Staatsunternehmen

J. Sch. Paris

Die Verluste der verstaatlichten Unternehmen in Frankreich häufen sich. Am meisten überrascht das Defizit von Thomson-CSF, einer Tochtergesellschaft von Thomson-Brandt. Es erreichte letztes Jahr konsolidiert nicht weniger als 2,1 Mrd. Franc gegenüber dem vor der Nationalisierung entstandenen Vorjahresverlust von 80 Mill. Franc. Dafür verantwortlich gemacht wird von der Verwaltung der Ertragseinbruch im Fernmelde-Anlagenbereich, bei den elektronischen Komponenten und bei den medizinischen Ausrüstungen insbesondere für die Radiologie. Die Thomson-CSF-Holding weist einen Reinverlust von 1,9 Mrd. F aus. Davon entfielen 1,1 Mrd. F auflaufende und 0,8 Mrd. F auf außergewöhnliche Verluste.

Auch die anderen staatlichen Unternehmen sind 1982 tiefer in die roten Zahlen geraten. Gewinne erwirtschafteten von ihnen im wesentlichen nur der Elektrokonzern CGE und der Mineralölkonzern Elf-Aquitaine.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Katharina Hillebrand, Inh. d. Fa. Karl Heinz Hillebrand – Hilka – Ölwehr, Elsdorf; **Berlin:** HEKA Restaurant GmbH, Carl-Schurz-Str.; HEKA Restaurant GmbH, Neue Kantstr.; **Darmstadt:** RECO Edelmetall Betriebsges. mbH; **Duisburg:** Michael Uhde & Co. Ges. f. Zeitarbeit u. Industrieanlagenwartung mbH; **Essen:** Hans Harry Walter Eckner; **Langen:** Friedrich Wilhelm Jost KG, Automaten Großhandel, Import u. Export, Dreieich; **Mosbach:** Glandien & Co. GmbH, Elztal-Auerbach; **Nidda:** PBS-Haustechnik GmbH, Echzell; **Nürnberg:** Noris-Licht GmbH; **Osnabrück:** Strobach u. Co., Bissendorf; **Rottweil:** Udo Stemke, Oberndorf; **Trier:** Johannes Eduard Röder, Bekleidungsingenieur, Inh. d. Fa. Johannes Röder, Uniformen- u. Freizeitkleidung, Perl; **Wuppertal:** Carl Rademacher, Bauunternehmung, Wülfrath.

Anschlußkonkurs eröffnet: Merzig: Multi Fleischhandel GmbH.

Vergleich beantragt: Wuppertal: City-Video-Video-Film-Verleih und -Vertriebs GmbH.

KLÖCKNER-WERKE-HV / „Keine Hinrichtungen ohne Schuldspruch"

Trotz Stahlmisere auf Fortschrittskurs

J. GEHLHOFF, Duisburg

„Es ist nichts endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist." Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow, für Geistreiches allemal gut, zitierte nicht nur dieses Wort Abraham Lincolns, als er den 400 Aktionären in der Hauptversammlung der Klöckner-Werke AG, Duisburg, zur Vorlage des neuen Verlustabschlusses für 1981/82 (30. 9.) die Lage schilderte, in die dieser drittgrößte deutsche Stahlproduzent durch die gegen ihn von der EG-Kommission wegen Produktionsquotenüberschreitung schon bis Mitte 1982 verhängen Bußgelder von 189 Mill. DM geraten ist.

Ein Durchsetzen dieser Bußgelder würde elementare deutsche Verfassungsprinzipien und Grundrechte mißachten und sei deshalb, so versicherte Gienow, nicht zu erwarten – notfalls mit Schutzbegehren bis zu den höchsten deutschen Gerichten. „Hinrichtungen ohne Schuldspruch waren noch nicht einmal im Wilden Westen angängig", vermerkte Gienow zu dieser bislang ohne jegliches Gerichtsurteil gebliebenen Bußgeldaffäre, die gleichwohl den deutschen Stahlproduzentenverband veranlaßte, in Bonn auf Bußgeld-Durchsetzung gegen den Verbandsaußenseiter zu drängen. Und auch dazu ein Zitat: „Dein Konkurrent ist doch nicht ein Feind", habe vor mehr als einer Generation schon John Gary als erfolgreicher Präsident des großen US-Steel-Konzerns gesagt.

Konkreter: Hätte die große Klöckner-Hütte Bremen ihre „wesentlich auf die Vorschläge unserer deutschen Wettbewerber zurückgehende EG-Erdrosselungsquote" respektiert, so hätte dies dort einen Mehrverlust von 500 Mill. DM gebracht – „mit Sicherheit das Aus für ein Unternehmen mit 35 000 Aktionären und ebenso vielen Mitarbeitern".

Jenseits der Bußgeldaffäre sucht Klöckner das Überleben der Bremer Hütte auch durch Kooperationen zu sichern, wie seit Anfang 1983 mit einem Walzvertrag über 240 000 Jato für Belgiens Cockerill-Stahlkonzern. Kooperationsgespräche seien nun auch mit dem Salzgitter-Konzern in Gang gekommen. Doch aller Kooperationsvorteil bleibe weit hinter dem Rationalisierungseffekt zurück, den der von Klöckner allein und vorbehaltlos bejahte Moderatorenvorschlag eines „Ruhr-Gruppe"-Zusammenschlusses Hoesch/Klöckner/Salzgitter bringen könnte.

Andererseits fühle sich Klöckner auch für einen Alleingang, bei dem man eine gut 40prozentige Reduzierung der marktwirksamen (Walzstahl-) Kapazitäten vorgesehen habe, mit entsprechender Staatshilfe (und insgesamt 2,5 Mrd. DM kumuliertem Strukturierungsaufwand) stark genug. Dies um so mehr, als der Fortschrittskurs in den Aufbau von Verarbeitungsaktivitäten (mit schon gut der Hälfte der Gesamtbelegschaft) in moderne (hochofenfreie) Stahltechnologie auch in den Krisenjahren durchgehalten wurde. Die Bereitschaft des großen australischen Rohstoffkonzerns CRA, als zunächst dritten Schritt der mit Klöckner begonnenen Kooperationen auch das neue Wandeldarlehen von 100 Mill. DM bei Zeichnungsverzicht der Aktionäre voll zu übernehmen, wertete Gienow als Beweis, „wie andere unser Können einschätzen und daß wir deshalb nicht allein stehen".

Den für 1982/83 erwarteten Jahresverlust will Klöckner aus den Rücklagen tilgen. Besseres wird ab 1984 erwartet. Bei 75,8 Prozent Präsenz und nach knapper Diskussion wurden Vorstand und Aufsichtsrat gegen nur 0,2 Promille Neinstimmen entlastet.

Kalte Dusche am Aktienmarkt

Verkäufe drückten einige Kurse zweistellig

DW. – Schwächeerscheinungen an der New Yorker Börse und die Wiederanhebung des Diskonts in Holland haben die Stimmung am Aktienmarkt spürbar verschlechtert. Es kam auf breiter Front zu Gewinnmitnahmen, die in zahlreichen Papieren Anfangsverluste auslösten, die über 10 DM hinausgingen. Einige Banken sahen sich veranlaßt, kursstützend einzugreifen, später gab es dann Anlagekäufe institutioneller Stellen, die seit langem darauf gewartet haben, billiger einsteigen zu können. In der zweiten Börsenstunde setzten sich deshalb die Kursrückgänge nicht weiter fort. Auf Basis der Tagestiefstkurse stand schließlich kein Material mehr zur Verfügung.

Einen heilsamen Schock gab es bei den in jüngster Zeit hochfavorisierten Optionsscheinen. Der neue Optionsschein der Deutschen Bank, der am Vortag per Erscheinen noch mit 206 DM gehandelt worden war, notierte jetzt nur noch mit 160 DM. Der Degussa-Optionsschein fiel von 210 DM auf 160 DM zurück. Lebhaft blieb die Nachfrage nach Siemens Bezugsrechten. Sie wurden zwar von 13,25 DM auf 12,90 DM zurückgenommen, lagen bei einem auf 355 DM (359) reduzierten Siemens-Kurs aber immer noch etwas über der rechnerischen Parität. HEW-Aktien sanken um weitere 6,50 DM auf 115 DM als Folge der beabsichtigten Neubesetzung des AR mit weisungsgebundenen Beamten. Am Bankenmarkt fielen BHF-Bank zunächst um 12 DM, konnten sich dann aber um 6 DM erholen.

Düsseldorf: Bilfinger und Berger verminderten sich um 13 DM auf 265,50 DM, Gerresheimer Glas sanken um 4,90 DM auf 100,10 DM und Hochtief fielen um 10 DM auf 515 DM. Küppersbusch erhöhten sich um 10 DM auf 216 DM und Hageda befestigten sich um 5 DM auf 110 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte mußten Verluste bis zu 10 DM pro Aktie hinnehmen. Im Verlauf kam es zu Stabilisierungstendenzen. Siemens-Bezugsrechte blieben mit 11,90 DM nach 13,25 DM unter Parität bei 120 000 Stück Umsatz. Von Nebenwerten notierten Stempel 162 DM (minus 8 DM), VGT bei Doppelplus 100 DM (plus 12 DM), Sinner 395 DM (plus 15 DM)

Hamburg: Am Lokalmarkt setzten HEW den Kursverfall weiter fort. Der Kurs lag bei 114 DM minus 7,50 DM. NWK-Vz. waren bei 169,50 DM minus 5,50 DM. Reichelt wurden mit 85 DM minus 5 DM notiert. Verluste von 15 DM verzeichneten Markt- und Kühlhallen und Orenstein Koppel.

München: Agrob St. verbesserten sich um 3 DM auf 338 DM, und Otto Stumpf St. zogen um 3,30 DM auf 35,50 DM an. Deckel AG sanken um 4 DM auf 110 DM, Flachglas verminderten sich um 8 DM auf 327 DM, und Grünzweig büßten 3 DM auf 188 DM ein.

Berlin: DeTeWe konnten sich um 5 DM verbessern und Koetitzer Leder wurden um 4 DM höher taxiert. Herlitz Stämme schwächten sich um 14,50 DM, Berthold um 9,50 DM. BHF-Bank und Siemens um je 7 DM ab. Rheinmetall gaben um 4 DM, Kempinski um 3 DM, AEG um 2,40 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM nach.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

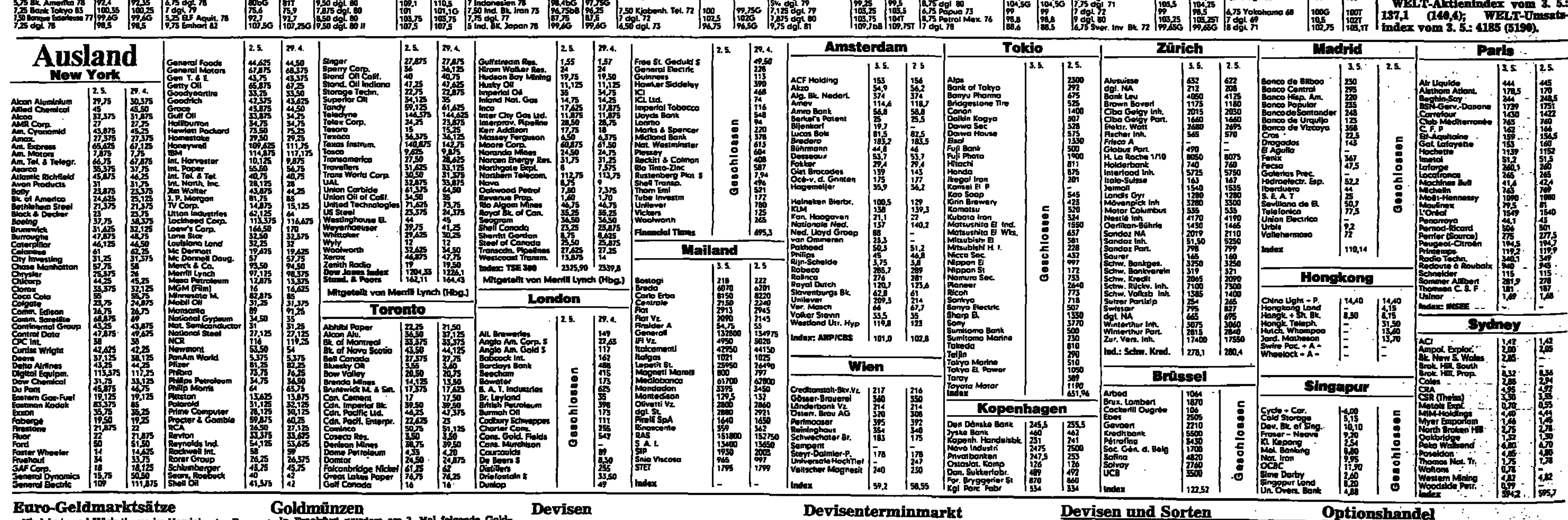
Junge Aktien

3. 5. 83: BMW 330,5; Bavaria 205G; Jute-Spinnerei 150G; Philips Komm. 298; VEW 120; Allianz Versicherung 630; RWE St. 174; RWE Vz. 167; Reag 380; Herlitz St. 272; *Herlitz Vz. 254.*

WELT-Aktienindex vom 3. 5.: 137,1 (140,4); WELT-Umsatzindex vom 3. 5.: 4185 (5190).

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland



Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	4¾–5	4¼–4⅝
3 Monate	8¾–9⅛	4⅞–5⅛	4½–4⅞
6 Monate	8⅞–9¼	5 –5¼	4½–4⅞
12 Monate	9 –9¼	5¼–5½	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,2–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 3. 5.: 4 Prozent; *Lombardsatz: 5 Prozent.*

Ostmarkkurs am 3. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 3. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1335,00	1621,55
10 US-Dollar (Indian) **)	1008,00	1201,32
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	244,00	298,32
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	300,58
20 belgische Franken	185,00	242,95
10 Rubel Tscherwonez	257,00	318,66
2 südafrikanische Rand	242,00	296,06
Krüger Rand, neu	1075,00	1259,95
Maple Leaf	1073,00	1257,69
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	318,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1000,00	1192,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	560,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	146,90

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Erstmals seit dem Realingment löste sich am 3. 5. der Französische Franc deutlich vom oberen Interventionspunkt und notierte nur noch mit 33,225, bei gleichzeitiger kräftiger Erhöhung der Terminabschläge. Der US-Dollar gab ebenfalls nach und erreichte kurzfristig, nachdem die Deutsche Bundesbank im Freiverkehr als Dollar-Verkäufer auftrat, 2,4535, schloß später aber bei 2,4570. Weiter freundlich lag das Britsche Pfund mit 3,881. Dagegen gab der Schweizer Franken um 27 Pfg. auf 118,94 nach. Alle anderen amtlich notierten Währungen wurden ebenfalls etwas *niedriger bewertet. Dollar in: Amsterdam* 2,7620; Brüssel 49,9850; Paris 7,3955; Mailand 1462,95; Wien 17,3070; Zürich 2,0658; Ir. Pfd/DM 3,159; in Pfd/Dollar 1,5795.

Devisenterminmarkt

FF-Depots erweitert, nachdem sich am 3. Mai der Kassakurs erstmals deutlich vom oberen Interventionspunkt löste.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,48/2,38	4,80/4,60
Pfund/Dollar	0,19/0,16	0,48/0,44	0,76/0,71
Pfund/DM	2,50/1,10	5,60/4,20	9,90/8,50
FF/DM	33/17	80/64	176/160

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,00.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,20, Rendite 7,20.

Devisen und Sorten

3. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[1])	2,4531	2,4611	2,4328	2,41	2,00
London[1])	3,874	3,888	3,831	3,80	3,95
Dublin[1])	3,152	3,166	3,083	3,10	3,25
Montreal[3])	2,0020	2,0100	1,9848	1,97	2,06
Amsterd.	88,885	89,105	88,825	88,00	90,00
Zürich	118,840	119,040	118,94	117,50	120,25
Brüssel	5,008	5,028	4,951	4,90	5,12
Paris	33,145	33,305	32,515	32,50	34,50
Kopenh.	28,060	28,180	27,725	27,25	29,25
Oslo	34,620	34,740	33,94	33,75	35,50
Stockh.**)	32,750	32,910	32,35	31,75	33,50
Mailand[2]) **)	1,674	1,684	1,636	1,65	1,74
Wien	14,180	14,220	14,1860	14,11	14,34
Madrid**)	1,793	1,803	1,726	1,71	1,85
Lissabon**)	2,480	2,500	2,185	2,00	2,90
Tokio	1,0350	1,0380	—	0,99	1,06
Helsinki	45,170	45,370	44,21	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,893	2,947	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,1230	2,1430	—	2,07	2,19
Johannesbg.*)	2,2480	2,2670	—	1,86	2,10

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 2. 5.: 716 Optionen, 37 300 (84 600) Aktien, davon 65 Verkaufsoptionen = 3600 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-60/13, 7-70/9, 7-75/7, 7-55/16,50, 10-65/11,50, 10-60/11, 1-70/19,65, Siemens 7-360/20, 7-370/11,20, 10-330/45, 10-350/32, 10-360/20, 10-370/13, 1-380/32, Veba 10-170/12, BASF 7-150/9,40, 7-160/4, 10-150/11, 10-160/8, 1-150/20, 1-160/11,40, Bayer 7-140/8, 7-150/4,50, 10-140/14, 10-150/8,60, 1-140/19, 1-150/9,60, 1-160/6,40, Hoechst 10-140/14,80, 10-150/10, 10-160/5, 10-170/2,20, 1-140/20, 1-160/9, BMW 7-340/22, 7-350/15, VW 7-180/18, 7-190/13, 7-200/5, 10-180/25, 10-190/18, 10-200/12, 10-210/5,10, 1-190/23,80, 1-200/14,40, Commerzbank 7-170/14, 7-180/11, 7-190/8, 7-200/5,40, 10-190/10, 1-180/24, 1-190/21,20, 1-180/30, Deutsche Bank 7-350/17, 7-340/24, 7-330/30, 10-340/36, 1-340/45, Dresdner Bank 7-230/3,40, 7-230/6,40, 7-210/9,50, 7-200/14,40, 7-190/21, 7-180/26, 10-210/20, 10-190/28, 1-210/26, 1-200/33, Hoesch 7-60/3, 7-55/4,90, 7-50/6,90, 10-60/5, 10-55/6,60, 10-50/10, 1-60/9,50, 1-55/9,80, Mannesmann 7-180/8,50, 7-170/10, 10-180/14, 10-170/14,60, Preussag 7-270/13,40, 10-270/20, Thyssen 7-90/3, 7-85/6, 10-85/4,40, 1-80/18, 1-90/9, 1-95/6, 1-85/12, BHF-Bank 7-320/13, Daimler 7-580/30, Degussa 7-320/24, 7-330/19,85, Kloeckner 7-60/3,40, 10-60/5,50, 10-45/9, Schering 10-370/25, VEW 10-140/11, Verkaufsoptionen: AEG 7-55/1,70, 7-60/3,30, 7-65/4,50, 10-60/4, 10-65/1,90, Siemens 7-350/5, 7-360/12, 10-330/4, 10-340/7, 10-350/10, Bayer 10-140/5, VW 10-180/9, 10-190/12,40, Commerzbank 10-170/5,90, Deutsche Bank 7-340/10,20, 10-360/17.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).



BAYERISCHE VEREINSBANK

AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVSEITE

Posten	darunter	DM	DM	DM
1. Kassenbestand				171 959 468,09
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				1 503 979 820,34
3. Postscheckguthaben				26 616 357,57
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere				187 864 940,33
5. Wechsel				519 503 790,70
darunter: a) bundesbankfähig	DM 317 561 520,63			
b) eigene Ziehungen	DM 5 699 455,49			
6. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			1 344 709 707,07	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		835 263 987,58		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		2 349 734 279,25		
bc) vier Jahren oder länger		1 378 850 880,56	4 563 849 147,39	5 908 558 854,46
als Deckung verwendet	DM —,—			
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder			1 706 160 047,35	
b) sonstige			43 650 000,—	1 749 810 047,35
als Deckung verwendet	DM 413 649 944,86			
8. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder		731 113 808,85		
ab) von Kreditinstituten		745 537 950,35		
ac) sonstige		98 402 232,63	1 575 053 991,83	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 1 520 409 219,42			
als Deckung verwendet	DM —,—			
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder		471 390 115,03		
bb) von Kreditinstituten		979 720 835,49		
bc) sonstige		291 129 893,01	1 742 240 843,53	3 317 294 835,36
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 1 210 978 663,02			
als Deckung verwendet	DM —,—			
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile			584 363 665,75	
b) sonstige Wertpapiere			6 751 859,76	591 115 525,51
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen	DM 161 429 027,44			
10. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren			9 679 154 997,17	
b) vier Jahren oder länger			9 490 770 623,89	19 169 925 621,06
darunter: ba) durch Grundpfandrechte gesichert	DM 2 373 850 092,44			
bb) Kommunaldarlehen	DM 1 838 800 814,51			
11. Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger				
a) Hypotheken			8 382 175 996,91	
als Deckung verwendet	DM 6 942 616 790,84			
b) Kommunaldarlehen			16 177 289 966,63	
als Deckung verwendet	DM 15 945 875 119,11			
c) sonstige			8 979 926,24	24 568 445 889,78
darunter: an Kreditinstitute	DM 1 372 123 133,85			
12. Täglich fällige Forderungen im Hypothekenbankgeschäft und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) an Kreditinstitute			10 212 176,89	
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	DM —,—			
als Deckung verwendet	DM 10 000 000,—			
b) an sonstige			193 044 570,46	203 256 747,35
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	DM —,—			
als Deckung verwendet	DM 184 055 625,—			
13. Zinsen für langfristige Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft				
a) anteilige Zinsen			517 268 741,63	
b) nach dem 31. Oktober 1982 und am 2. Januar 1983 fällige Zinsen			73 892 948,85	
c) rückständige Zinsen		1 990 652,62		
Abbuchung		– 1 990 652,62	—,—	591 161 690,48
14. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				93 040 066,73
als Deckung verwendet	DM 47 064 730,78			
15. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				14 446 212,74
16. Beteiligungen				657 398 685,14
darunter: an Kreditinstituten	DM 577 354 213,44			
17. Grundstücke und Gebäude				338 701 697,09
darunter: im Hypothekenbankgeschäft übernommen	DM 1 396 000,—			
auf Gebäude eingetragen als Deckung verwendete Eigentümergrundschulden	DM 12 030 000,—			
18. Betriebs- und Geschäftsausstattung				190 371 489,13
19. Eigene Aktien				—,—
Nennbetrag:	DM —,—			
20. Eigene Schuldverschreibungen				148 866 355,27
Nennbetrag:	DM 158 013 800,—			
21. Sonstige Vermögensgegenstände				47 097 980,99
22. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Unterschiedsbetrag gem. § 156 Abs. 3, S. 2 AktG			93 163 957,31	
b) sonstige			50 628 411,44	143 792 368,75
Summe der Aktiven				60 143 208 444,22
23. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen				954 733 056,28
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden				311 745 093,15

PASSIVSEITE

Posten	darunter	DM	DM	DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			1 568 489 727,83	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		897 871 497,65		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		3 515 214 967,90		
bc) vier Jahren oder länger		2 327 438 895,60	6 740 525 361,15	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 1 473 154 008,18			
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			17 297 503,31	8 326 312 592,29
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig			3 084 298 371,49	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		8 184 660 180,28		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		1 807 950 443,31		
bc) vier Jahren oder länger		2 209 922 617,60	12 202 533 241,19	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 2 177 699 900,32			
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		3 808 859 370,84		
cb) sonstige		2 629 655 930,35	6 438 515 301,19	21 725 346 913,87
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von				
a) bis zu vier Jahren			1 190 117 881,47	
b) mehr als vier Jahren			1 189 459 861,06	2 379 577 742,53
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 815 315 277,73			
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				144 104 395,68
5. Begebene Schuldverschreibungen				
a) Hypothekenpfandbriefe			7 060 959 708,56	
darunter Namenspfandbriefe	DM 1 248 262 608,56			
b) Kommunalschuldverschreibungen			15 434 022 359,24	
darunter Namenskommunalschuldverschreibungen	DM 2 219 276 459,24			
c) sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HBG			307 984 300,—	
d) verloste und gekündigte Stücke			66 538 800,—	22 869 505 167,80
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig oder zurückzunehmen	DM 11 116 469 126,87			
ferner: zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Namenspfandbriefe	DM 149 493 506,76			
und Namenskommunalschuldverschreibungen	DM 255 332 916,94			
6. Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen				162 455 100,—
7. Aufgenommene Darlehen im Hypothekenbankgeschäft mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				
a) bei Kreditinstituten			501 802 818,95	
b) sonstige			201 542 671,35	703 345 490,30
darunter mit Teilhaftung	DM —,—			
vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 376 456 965,96			
8. Täglich fällige Verbindlichkeiten im Hypothekenbankgeschäft und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) gegenüber Kreditinstituten oder sonstigen Kapitalsammelstellen			20 000 000,—	
b) sonstige			—,—	20 000 000,—
darunter mit Teilhaftung	DM —,—			
9. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen im Hypothekenbankgeschäft				
a) anteilige Zinsen			857 350 556,96	
b) fällige Zinsen einschließlich der am 2. Januar 1983 fällig werdenden			119 955 259,79	977 305 816,75
10. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				14 446 212,74
11. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen			280 116 312,—	
b) andere Rückstellungen			140 956 541,11	421 072 853,11
12. Wertberichtigungen				
a) Einzelwertberichtigungen			—,—	
b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigung			—,—	—,—
13. Sonstige Verbindlichkeiten				120 747 392,27
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Abgrenzungsposten nach § 25 HBG			114 678 241,31	
b) sonstige			222 621 786,70	337 300 028,01
15. Sonderposten mit Rücklageanteil				
a) gemäß § 6 b EStG			56 188 363,60	
b) gemäß § 52 Abs. 5 EStG			13 125 799,27	69 314 162,87
16. Grundkapital				
a) Stammaktien			418 700 000,—	
b) Vorzugsaktien			31 300 000,—	450 000 000,-
17. Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage Stand 31. 12. 1981		986 435 576,—		
Einstellung aus Agio		—,—	986 435 576,—	
b) andere Rücklagen Stand 31. 12. 1981		325 000 000,—		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß		20 000 000,—	345 000 000,—	1 331 435 576,—
18. Bilanzgewinn				90 939 000,—
Summe der Passiven				60 143 208 444,22
19. Eigene Ziehungen im Umlauf				1 026 223,35
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet	DM 1 026 223,35			
20. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln				729 588 705,86
21. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen				4 009 815 554,18
22. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind				465 195 816,60
23. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				—,—
24. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz				83 677 100,60
25. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 19 bis 23) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten				664 646 412,67

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1982

AUFWENDUNGEN

Posten	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		2 284 885 516,23*)
2. Zinsen für		
a) Hypothekenpfandbriefe	469 720 686,55	
b) Kommunalschuldverschreibungen	1 189 548 010,58	
c) Sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HBG	18 153 966,70	
d) aufgenommene Darlehen	53 677 620,27	1 731 100 284,10
3. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		15 859 183,93
4. Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekenbankgeschäft		43 198 588,03
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		226 458 898,70
6. Gehälter und Löhne		488 568 938,09
7. Soziale Abgaben		69 074 631,58
8. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		28 614 298,40
9. Sachaufwand für das Bankgeschäft		213 099 365,—
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		65 221 670,62
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		—,—
12. Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	161 767 315,—	
b) sonstige	2 263 695,99	164 031 010,99
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—
14. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		34 258 086,18
15. Sonstige Aufwendungen		27 624 818,74
16. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		—,—
17. Jahresüberschuß		110 939 000,—
Summe der Aufwendungen		5 502 934 290,57

*) Darin auf Grund einer Ausweisänderung enthalten ein Betrag von DM 2 915 299,45, der ohne diese Änderung bei Position 6 der Erträge zu kürzen wäre.

Posten	DM	DM
1. Jahresüberschuß		110 939 000,—
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		—,—
3. Entnahmen aus offenen Rücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—,—	
b) aus anderen Rücklagen	—,—	—,—
4. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	—,—	
b) in andere Rücklagen	20 000 000,—	20 000 000,—
5. Bilanzgewinn		90 939 000,—

Im Geschäftsjahr wurden DM 30 047 788,71 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet. Die in jedem der folgenden 5 Jahre voraussichtlich zu leistenden Zahlungen betragen 106%, 114%, 122%, 130%, 139% der vorgenannten Zahlungen.

ERTRÄGE

Posten	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		2 942 528 255,67
2. Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	235 850 569,44	
b) anderen Wertpapieren	38 748 754,23	
c) Beteiligungen	44 732 058,92	319 331 382,59
3. Zinsen aus		
a) Hypotheken	592 147 072,49	
b) Kommunaldarlehen	1 272 986 584,76	1 865 133 657,25
4. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		209 754 024,19
5. Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekenbankgeschäft		59 387 231,05
6. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		87 495 951,49
7. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		249 035,42
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 6 auszuweisen sind		535 647,18
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		18 519 105,73
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—
11. Jahresfehlbetrag		—,—
Summe der Erträge		5 502 934 290,57

München, den 22. Februar 1983

BAYERISCHE VEREINSBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand
Baur Hackl Köllhofer Pfeiffer
Puhlmann Reimpell Schmidt Schönmann Scholz
Sonntag Strobel Trautner
Diehm (stellv.) Prasch (stellv.)

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

München, den 4. März 1983

DEUTSCHE TREUHAND-GESELLSCHAFT AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Clemm, Wirtschaftsprüfer — Plato, Wirtschaftsprüfer

Dividendenbekanntmachung

– Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 –

Die ordentliche Hauptversammlung vom 29. April 1983 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 von 90 939 000,– DM zur Verteilung eines Vorausgewinnanteils von 1,50 DM je stimmrechtslose Vorzugsaktie im Nennwert von 50,– DM und einer Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM zu verwenden. Gewinnberechtigt sind nom. 418 700 000,– DM Stammaktien und nom. 31 300 000,– DM stimmrechtslose Vorzugsaktien. Die Dividende wird ab 2. Mai 1983 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 44 ausgezahlt.

Zahlstellen sind

die Bayerische Vereinsbank AG in München und Nürnberg sowie ihre sämtlichen Niederlassungen,
ferner die folgenden Kreditinstitute:
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart
Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankfurt am Main
Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Stuttgart
Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München, Stuttgart
Berliner Commerzbank AG, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Commerzbank AG, Düsseldorf, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt am Main, Berlin
Effectenbank-Warburg AG, Frankfurt am Main
Fürst Thurn und Taxis Bank Albert Fürst von Thurn und Taxis, München
Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt am Main
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt am Main
Reuschel & Co., München
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, Frankfurt am Main, Offenbach am Main
Schwäbische Bank AG, Stuttgart
Simonbank AG, Düsseldorf
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, München, Stuttgart
Vereins- und Westbank AG, Hamburg, Hannover
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
Westfalenbank AG, Bochum, Düsseldorf
in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien
Österreichische Länderbank AG, Wien

Nach näherer Maßgabe der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ist mit der Dividende ein anrechenbares oder zu vergütendes Steuerguthaben in Höhe von 5,63 DM je Stammaktie im Nennwert von 50,– DM verbunden.
Die Aktionäre erhalten von den die Dividende auszahlenden Stellen eine Bescheinigung, aus der sich das Steuerguthaben und die abgezogene Kapitalertragsteuer ergeben.
Liegt der Depotbank eine Bescheinigung des Finanzamtes gemäß § 36 b Abs. 2 EStG vor, so zahlt sie die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuerguthaben aus.
München, im Mai 1983 DER VORSTAND

Aufsichtsrat: Dr. Werner Premauer, Vorsitzender; Herbert Betz, stellv. Vorsitzender; Dr. h. c. Rudolf Eberhard, stellv. Vorsitzender; Winfried Göpfert; Heinz-Georg Harbauer; Renate Haunreiter; Gerd Hüttner; Eberhard von Kuenheim; Lothar Kulzer; Dr. Werner Lamby; Helmut Loos; Professor Dr. Reimar Lüst; Erwin Peter; Dr. h. c. Franz Josef Strauß; Johannes Fürst von Thurn und Taxis; Dipl.-Ing. Otto Voisard.
Vorstand: Dr. Rudolf Baur; Dr. Maximilian Hackl; Dr. Dietrich Köllhofer; Dr. Peter Pfeiffer; Dr. Arno Puhlmann; Peter Reimpell; Dr. Albrecht Schmidt; Dr. Hans Günther Schönmann; Dr. Helmut Scholz; Kurt Sonntag; Dr. Richard Trautner; stellv. Hubert Diehm; Dr. Elmar Prasch.

Renten weiter abwärts

Die Erhöhung des Diskont in Holland um einen vollen Punkt hat die Meinungen derjenigen gefestigt, die auch bei uns keinen Zinsspielraum mehr nach unten sehen. Öffentliche Anleihen wurden um 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Die 6 ¾prozentige Bundesobligation Serie 37 wurden zu 97,10 Prozent in den Börsenhandel eingeführt. Am Pfandbriefmarkt wartet man immer noch auf den neuen 8-Prozenter. DM-Auslandsanleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte zurückgenommen.

Bundesanleihen

		3.5.	2.5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4
8 Bund 75 I	6/83	100,2G	100,2G
8¼ dgl. 75	6/83	100,2	100,2G
8 dgl. 75 II	7/83	100,35	100,25
5½ dgl. 78 I	1/84	99,95	99,95
6 dgl. 64 I	1/84	100,15	100,15G
8 dgl. 76 I	2/84	101,8	101,8
7 dgl. 77	3/84	101,2G	101,8G
7½ dgl. 76 II	4/84	101,8	101,8
5 dgl. 78	5/84	99,45	99,45
6 dgl. 78 III	9/84	99,85	99,85
8¼ dgl. 76	9/84	102,95	102,95
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	100
6¼ dgl. 79	1/85	100	100,1
8½ dgl. 73 I	3/85	103,85	103,85
7 dgl. 79	4/85	101,45	101,55
7¼ dgl. 79 II	6/85	101,95	101,95
7¾ dgl. 79 I	7/85	103,15G	103,15
8 dgl. 76 IV	10/85	103,9	103,9
5½ dgl. 78 II	3/86	97,3	97,4
5¼ dgl. 78	5/86	97,15	97,15
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,75	100,85
6½ dgl. 79	1/87	98,45	98,45
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,55	100,6
6¾ dgl. 77	4/87	98,4	98,75
6½ dgl. 77	7/87	97,85	97,85
6 dgl. 77	10/87	96,05	96,3
6 dgl. 78 I	1/88	95,9	95,9
6½ dgl. 78 I	9/88	97,5	97,65
6½ dgl. 78 II	12/88	97,45	97,65
6¾ dgl. 79	1/89	98,7	98,7
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,8G	99,8
10 dgl. 81	4/89	111,45	111,55
7½ dgl. 79 I	6/89	100,35	100,35G
8 dgl. 79 I	7/89	102,65	102,65
8 dgl. 79 II	8/89	102,45	102,55
7½ dgl. 79 II	9/89	100,1	100,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,85	100,65
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,75	100,75
10 dgl. 80	4/90	112,05	112,35
5¾ dgl. 78	5/90	93,75	93,6
8¼ dgl. 80 I	7/90	102,6	102,9
8½ dgl. 80 II	11/90	102,8	103,2
7¾ dgl. 82	11/90	100,2	100,2
9 dgl. 81	2/91	106,9	106,9
10½ dgl. 81	7/91	114	114,8
10¾ dgl. 81	9/91	117,55	117,55
10 dgl. 81 II	12/91	113,4	113,4
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,45	111,6
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,55	112,1
6 dgl. 78 II	3/93	92,65	92,85
9,5 dgl. 82	4/92	110,3	110,3
9 dgl. 82	5/92	107,1	107,45
8½ dgl. 82	8/92	104,15	104,4
9 dgl. 82	8/92	107,2	107,5
8¾ dgl. 82	9/92	105,85	106
7¾ dgl. 83	12/92	100,15	100,35G
7½ dgl. 83	1/93	99	99,2
7½ dgl. 83 II	3/93	99,15	99,3
F 7¾ B Obl.79 S.1	12/84	102,5	102,5
8 dgl. 80 S 2	2/85	103,15	103,15
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	103,4G	103,4G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	105,15	105,15
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,3	104,3
8¼ dgl. 80 S 6	5/85	103,6	103,6
8 dgl. 80 S 7	6/85	103	103
7½ dgl. 80 S 8	8/85	102,2	102,25
8½ dgl. 80 S 9	10/85	103,8	103,85
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	104,8	104,85
9 dgl. 81 S 11	1/86	104,55	104,55
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	106,9	107,05
10 dgl. 81 S.13	3/86	107,15	107,3
9½ dgl. 81 S.14	4/86	106,5	106,55
10 dgl. 81 S.15	4/86	107,8	107,8
10½ dgl. 81 S.16	6/86	109,35	109,5
11 dgl. 81 S.17	8/86	110,55	110,6
10½ dgl. 81 S 18	10/86	109,55	109,6
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,1	108,1
9½ dgl. 81 S 20	11/86	106,85G	106,85
10¼ dgl. 81 S 21	11/86	109,05	109,1G
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,25	108,25
9½ dgl. 81 S.23	12/86	106,8	106,8
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	107,5	107,5
9½ dgl. 82 S.25	3/87	106,65	106,65
9¼ dgl. 82 S 26	4/87	105,85	105,85
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,3	105,5
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103,5	103,65
9½ dgl. 82 S.29	7/87	107,05	107,05
9 dgl. 82 S.30	9/87	105,15	105,2bG
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,25	104,4bG
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,9	102,95
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,85	101,95
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,1	101,1
7½ dgl. 82 S.35	12/87	100,2	100,3
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	99,25	99,25
F 6 dgl. 77	9/87	98,1G	98,1
6 dgl. 78 II	7/88	95,4	95,6
6½ dgl. 77	5/89	96,3	96,5
8 dgl. 79 I	7/89	102,75	102,85
6 dgl. 78 I	2/90	93	93,1
8 dgl. 80 II	7/90	101,95	102,3
9 dgl. 81	3/91	106,9	107,05
10½ dgl. 81	9/91	115,95	116,05G
10¼ dgl. 81	11/1	115,16	115,1
8 dgl. 80 I	2/92	102,2	102,2
10 dgl. 82	2/92	113,8	113,8
9½ dgl. 82	7/92	110,15	110,15
8 dgl. 82	11/92	101,45	101,65
7¾ dgl. 83	1/93	100,6	100,75

Bundesbahn

		3.5.	2.5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6
5½ Bdbahn 58	10/83	100,2G	100,2
10 dgl. 73 II	11/83	102,2	102,25
7½ dgl. 72	2/84	101,35	101,35
8 dgl. 72	9/84	102,45G	102,45
8¼ dgl. 76	9/84	102,9	102,9
6 dgl. 78 III	11/84	99,95	100
6½ dgl. 79	2/85	100,4	100,4
8½ dgl. 73	2/85	103,85	103,85
7 dgl. 77	2/87	99,65	99,65G

Bundespost

		3.5.	2.5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,55G	100,55G
5½ Bdpost 58	10/83	100,35	100,35G
6 dgl. 63 II	7/83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72 II	12/83	101,7	101,7
6½ dgl. 68	6/88	100,05	100,05
8 dgl. 72 I	9/87	102,75	102,75
10 dgl. 81	3/89	111,1	111,2
10¼ dgl. 81	6/89	113	113
8 dgl. 80	3/90	102,2	102,2
7¾ dgl. 80	9/90	101	101
8¾ dgl. 80	12/90	105,55G	105,55
10½ dgl. 81	10/91	116,25	116,25
9¾ dgl. 82	2/92	111,75	112,05
8¾ dgl. 82	6/92	106,05G	106,05G
8½ dgl. 82	10/92	104,05	104,25G
7¾ dgl. 83	2/93	100,7	100,7

Länder – Städte

		3.5.	2.5.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100
8 dgl. 71	83	100,75G	100,75G
6¼ dgl. 78	86	97,75	98G
8¼ dgl. 82	92	101,5	101,75
M 7 Bayern 66	86	100,75G	100,75G
8½ dgl. 67	87	101	101G
6 dgl. 68	85	99,25	99,25
7 dgl. 72	84	101G	101G
7½ dgl. 76	84	101,4G	101,4G
6 dgl. 78	88	94,85	94,85
8¾ dgl. 80	90	104,75	104,75
8¾ dgl. 82	90	105G	105,2G
7½ dgl. 83	93	99,5	99,5
B 8½ Berlin 70	85	102,75G	102,75
8 dgl. 72	85	102,5G	102,5
7½ dgl. 76	84	101,5G	101,5G
7 dgl. 77	85	101,35G	101,35
6½ dgl. 78	88	99,5T	99,4
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,75G	101,75
8 dgl. 72	87	102,5G	102,5G
7½ dgl. 83	93	99G	99
H 8½ Hamburg 70	85	102,9G	102,9G
6¼ dgl. 77	92	96,1G	96,3
8 dgl. 80	92	101	101,7G
9¾ dgl. 82	92	111G	111G
F 8 Hessen 71	86	101,75	101,75
6¼ dgl. 78	88	95,3	95,5
Hn6 Nieders. 69	84	100,15G	100,15G
8½ dgl. 70	85	102G	102,1G
7½ dgl. 72	87	101,2	101,4G
8 dgl. 72	87	102,3G	102,3G
7½ dgl. 79	87	100,5G	100,5
7¾ dgl. 82	92	100T	99,5
D 7½ NRW 71	83	101G	101G
8 dgl. 75	83	100,45bG	100,45bG
7½ dgl. 83	93	98,75bG	98,25bG
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8	100
8 dgl. 71	86	101,5	101,5
F 8½ Saar 70	85	102,25	102,5G
7 dgl. 72	87	99,6	99,5
6 dgl. 78	88	96,6	96,6
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,7G	99,8G
6 dgl. 64 II	84	100	100,1G
7½ dgl. 72	87	101G	101G
8½ dgl. 73	85	103,5	103,5G
D 7 Essen 72	85	101G	101G
D 7½ Köln 71	83	100bG	100G
M 6 München 64	84	100,3G	100,3G
S 6 Stuttgart 63	83	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	101,75G	101,75G
7¾ dgl. 72	87	101,75G	101,75G

Bankschuldverschreib.

	3.5.	2.5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	88	88G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25
F 7½ Bakola Pf 104	101,85G	101,85G
9 dgl. Pf 106	106,5G	106,5G
10 dgl. Pf 108	111,8G	111,8G
7 dgl. KS 132	95,8G	96,8G
8 dgl. KS 155	100,75G	101,5G
9 dgl. KS 169	105,25G	105,25G
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92	92
6 dgl. Pf 20	82,5G	82,5G
6¾ dgl. Pf. 2	95G	96G
7 dgl. Pf 3	96bG	96,5bG
7 dgl. Pf 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7 dgl. KS 19	100bG	100bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	81,5bG	81,5bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	87G	87G
6 dgl. KS 1	89,25G	89,25bG
M 6 Lda. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96	98
6 dgl. IS 17	95,25bG	95,25bG
8½ dgl. KO 49	103,5G	103,5G
8½ dgl. KO 48	103,75G	103,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	102G	102G
9½ dgl. Pf 105	104G	104G
10 dgl. KS 307	104,25G	104,25G
9½ dgl. IS 726	104,5bG	104,75G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	77G	77G
6 dgl. Pf 4	94,5G	94,5G
6½ dgl. Pf 3	89,5bG	89,5bG
6½ dgl. Pf 12	89,25G	89,25bG
7 dgl. Pf 20	101,25G	101,25G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	100,75bG	100,5bG
6 dgl. Pf 34	96,5G	96,5bG
5½ dgl. Pf 37	100G	100G
8 dgl. Pf 51	102,5G	102,5
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	113,5G	113,5G
7 dgl. Pf 80	88,75G	88,75G
7½ dgl. Pf 87	94G	94G
6 dgl. KS 29	81G	81G
7 dgl. KS 30	98,75G	98,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl. Pf 109	83G	83G
6½ dgl. Pf 123	90G	90G
6½ dgl. Pf 141	89G	89G
7 dgl. Pf 143	97G	97G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	101G	101G
9 dgl. KO 217	103G	103G
9 dgl. KO 215	103,5bG	103,5G
9¼ dgl. KO 218	104G	104G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
6 dgl. Pf 84	100,5G	100,5G
8 dgl. KS 139	104,8G	104,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	102,1G	102,1G
9 dgl. Pf 239	104,5G	104,5G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110,2G	110,2G
7 dgl. KS 35	99,75G	99,75G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,85G	92,95T
6 dgl. IS 71	99,95G	99,95
6¼ dgl. IS 73	97,5G	97,9
6¾ dgl. IS 80	100,6	100,6
F 6 Dgz.Dt.Komm. KO 54	85G	85G
6 dgl. KO 48	82G	82G
7 dgl. KO 97	101,3G	101,3
7½ dgl. KO 165	98,25G	98,25G
9 dgl. KO 128	104,05G	104,05G
10 dgl. KO 125	104,1G	104,1G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	99,75G	99,75G
6 dgl. Pf 91	83G	83G
7 dgl. KS 101	101,6G	101,6G
10 dgl. KS 134	105,5G	105,5G
8¾ dgl. KS 140	103,6G	103,6G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	83G	83G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	76G	76G
5½ dgl. Pf 59	83G	83
6 dgl. Pf 162	83G	83G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brf. 482	106G	106G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	100G	100G
8 dgl. Pf 46	101,5G	101,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
8 dgl. Pf 37	100,05G	100,05G
8¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	98,7G	98,7G
6¼ dgl. Pf 76	96,7G	96,7G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,85G	94,85G
6 dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
8½ dgl. Pf 47	104G	104G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	71G	72
5½ dgl. Pf 53	77,5G	80,5G
6 dgl. Pf 79	82G	83
6 dgl. Pf 130	93G	93G
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 168	101,35	101,35G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	91,75G	97,75G
6 dgl. 47	83,5G	83,5
8 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100,6G	100,6G
F 5 Helaba Pf 8	112G	112G
6 dgl. Pf 80	94,2G	94,2G
8 dgl. Pf 70	100,05G	100,05G
8 dgl. Pf 73	102G	102G
4 dgl. KA 5	100G	100G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 46	83,25	83,25G
6½ dgl. Pf 80	91,25	91,25
9 dgl. Pf. 117	100,1	100,1
8 dgl. Pf. 248	102	102
9 dgl. KO 125	101,15	101,15
8 dgl. KO 175	102,6	102,6
9 dgl. KO 259	104,75	104,75
9¾ dgl. KO 262	104,75	104,75
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112,5G	112,5G
5 dgl. Pf 12	72,5T	72,5T
7 dgl. Pf 25	98G	98G
10 dgl. Pf 40	104,5G	104,5G
6 dgl. KO 30	99,75G	99,75G
9¾ dgl. K 84	104,5G	104,5G
F 4½ Lbk Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	89G	89G
6 dgl. Pf 21	100G	100G
7 dgl. Pf 12	93,25G	93,25G
4½ dgl. KO 6	101G	101G
5½ dgl. KO 4	101,75G	101,75G
7½ dgl. KO 80	101,9G	101,9G
8½ dgl. KO 81	102G	102G
S 8 Lkbk. Badw. Pf 3	–	–
8½ dgl. Pf 8	103,5G	103,5G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86,5G	86,5G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8 dgl. KO 3	–	–
8¼ dgl. KS 8	102,75G	102,75G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	85	85
7 dgl. Pf 97	93,75G	93,75G
10 dgl. Pf 32	103G	103G
10 dgl. Pf 33	105,25G	105,25G
6½ dgl. KS 78	99,25G	99,25G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo. Pf 100	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 118	100,25G	100,25G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	103	103
6½ dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	96,2G	96,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8½ dgl. Pf 7	100,15G	100,15G
8 dgl. Pf 10	102,85G	102,85G
9 dgl. KO 53	104,5G	104,5G
7½ dgl. IS 8	101,1G	101,1G
10 dgl. IS 37	104,9G	104,9G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	86,95G	86,95G
8 dgl. Pf 95	83	83
7 dgl. Pf 114	101G	101G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	93,25G	93,25G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	109G	109G
5½ dgl. Pf 109	74G	74G
7 dgl. Pf 125	98G	98G
7 dgl. Pf 128	92G	92G
8 dgl. Pf 177	108,5G	108,5G
9 dgl. Pf 167	102G	102G
6 dgl. KS 77	82G	82G
8½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	106G	106G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	84,5G	84,5G
5½ dgl. Pf 43	84,7G	84,7G
6 dgl. Pf 56	80,75G	80,75G
7 dgl. Pf 61	90,15G	90,15G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 70	102,5G	102,5G
9 dgl. Pf 68	103,9G	103,9G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99G	99G
7½ dgl. Pf 45	101,25G	101,25G
M 6 Südboden Pf 41	90,5G	90,5bG
5½ dgl. Pf 57	78,75G	78,75bG
6½ dgl. Pf 143	96,75G	96,75G
7 dgl. Pf 87	98bG	96,25G
7½ dgl. Pf 104	98,5G	98,5G
7 dgl. KS 49	94,5G	94,5bG
7½ dgl. KS 81	101,5G	101,5G
8 dgl. KS 133	100,75	100,75
8½ dgl. KS 132	103,5G	103,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	107,25G	107,25G
M 5 Vertbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 95	82,5G	82,5G
7 dgl. Pf 100	100,75G	100,75G
D 8 WestLB Pf 350	102,4G	102,4G
6¾ dgl. Pf 403	–	–
9¾ dgl. Pf 1007	108,5G	108,5G
8 dgl. Pf 1015	100,45G	100,45G
7 dgl. KO 558	100,75G	100,75G
6¼ dgl. KS 420	96G	96G
9¼ dgl. KO 1301	106,9G	105,9G
8½ dgl. KS 1278	103,65G	103,65G
8 dgl. IS 1512	101,4G	101,4G
8 dgl. IS 1520	104,7G	104,7G
6½ dgl. IS 679	95,15G	95,15G
7½ dgl. IS 1503	101,65G	101,65G
D 4 Westf. Land. Pf 4	101G	101G
6 dgl. Pf 16	97G	97G
6½ dgl. Pf 19	91G	91G
7 dgl. Pf 20	93,5G	93,5G
D 8¼ Westf Hypo. Pf 550	103,25G	103,25G
9 dgl. Pf 564	105,65G	105,65bG
9¾ dgl. KS 294	105bG	105bG
10 dgl. KS 326	–	–
S 6 Wür Hypo Pf 84	82G	82G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	89,7G	90,2G
7 dgl. Pf 5	101,15G	101,15G
8 dgl. IS 146	–	–

Sonderinstitute

	3.5.	2.5.
D 6 DSLB Pf 28	88,5G	88,5G
6 dgl. Pf 47	84G	84G
7 dgl. Pf 63	93,5G	93,5G
5½ dgl. PF 99	98G	98G
8 dgl. Pf 104	102,5G	102,5G
8 dgl. Pf 165	102,5G	102,5G
5½ dgl. RS 45	98,75bG	98,75bG
6 dgl. RS 73	97,5G	97,5bG
8 dgl. RS 120	103bG	103G
8½ dgl. RS 153	104,5G	104,5G
7 dgl. RS 162	98G	98G
9½ dgl. RS 172	106,5G	106,5G
9 dgl. RS 186	105,5G	106G
10 dgl. RS 193	108G	108G
11¼ dgl. RS 195	111,5G	111,5G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100,5G	100,5G
F 7½ KfW 70	101,1G	101,1
8 dgl. 70	102,1	102,1
8 dgl. 76	101,7	101,8
7¼ dgl. 79	99,9	99,8
10 Kredit 81	112,4	112,4
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	104	104
F 6 Lnw.Rentbk. RS 13	100,15G	100,15G
6 dgl. RS 14	100,25	100,25
6 dgl. RS 15	98G	98G
6 dgl. RS 16	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 18	100	100G
6 dgl. RS 19	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 20	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 21	99,5G	99,5G
6 dgl. RS 26	99,75G	99,75G
7½ dgl. RS 27	101,25G	101,25G
8 dgl. RS 29	100,15	100,15
6½ dgl. RS 60	97,5T	97,5T
7 dgl. 94	97,25T	97,25T
7 dgl. 99	100,85G	100,85G
8 dgl. 101	102,5G	102,5G
7½ dgl. 102	99,75G	99,75G
9½ dgl. 126	106,75G	106,75G
D 7¾ LAG TS 76	101,55G	101,55G
8 dgl. TS 76	103,2G	103,2
6½ dgl. TS 77	98,3	98,3
5½ dgl. 78	93,9	94,5
7 dgl. 79	99,3	99,3

Industrieanleihen

	3.5.	2.5.
F 6 Badenwerk 64	100G	100
6 dgl. 78	95,75	95,6
5 BASF 59	98T	98G
5 Bayernw. 59	98G	98G
F 8 Chem. Hüls 71	101	100,5G
7¾ Cont Gum 71	100,5G	99,5T
6 Dt Texaco 64	99,3G	99,5T
6 Gelsenk 64	99,6G	99,75G
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	97,5G	97,6G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	101,4G	101,7G
7¾ dgl. 71	101,8G	101,8
4½ Harpen 58	1820	1865
6 Hoechst 63	99,5G	99,5G
6 dgl. 64	100,25T	100,25T
6 Hoesch 64	99,6T	99,6
7½ dgl. 71	100,6	100,25G
7½ Karstadt 71	100,5	100,35G
7½ Kaufhof 71	100,35	100,35
7¾ dgl. 71	100,5T	100,6G
7½ dgl. 76	100,6T	100,75T
6 Klöckner W 63	99,75G	99,75G
7½ dgl. 71	100	99,5T
8 dgl. 72	100T	100,25
6 Krupp 64	99,75G	99,75G
6 Linde 64	100T	100,25T
5 Mannesmann 59	98T	98T
6 Moselkraft 63	99G	99G
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	99,3G	99,3
6 dgl. 62	98,2G	98,2G
6 ObDon Krwk. 64	95,8T	96T
5½ Öst.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rat Vdb Stk. 68	98,5T	98,5T
F 5½ Rh Braw 58	98,25G	98,35G
6 dgl. 63	96,75	97T
6 dgl. 65	96,75G	96,75G
5½ RWE 59	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	97T	97
6 dgl. 65	96,75	96,75
7¾ dgl. 71	100,85	100,75
7 dgl. 72	99,5	99,85G
6 Rh.-M.-Don 62	98,25G	98,25G
6½ dgl. 68	100,25G	100,25G
8 Schleswag 71	100,75T	101T
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	100G	100
8 dgl. 72	100,6G	100,6
7½ dgl. 77	99,25G	99,5G
5 Veba 59	98,5T	98,5T
8 VEW 71	100,5G	100,5G
6¾ dgl. 77	97,5T	97,5T
7 VW 72	99,75	100G
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	3.5.	2.5.
F 4¾ AKZO 69	86,5G	86,5G
3½ All Nippon 78	92,5	93,5
3½ Asahi Opt. 78	109,5T	110T
4¾ Canon Inc. 77	337G	337
3½ Cas Comp. 78	210G	210G
5 D Bk Lux 77	99,7G	99,7G
5¾ Daiei Inc. 80	113G	113,5
4½ Fujitsu Lim. 78	425G	425G
5 dgl. 79	286,5G	286,5
5¼ Hoogovens 88	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93	93,25
3½ Jusco Co. 78	94,5T	94,25G
4 Kansai El. 79	100	100,25
6 Konishiroku Pho. 81	114,5	115
6¾ dgl. 82	114G	114,5
6 Komatsu 76	151G	151,75
3½ Korakuen 78	94	94
7½ Kraft Inc. 70	112	113,5
3½ Marudai F 78	93G	93G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	156G	156G
4 dgl. 79	121T	120G
6¼ Mitsub. Ch 76	175G	175G
6,75 Mitsub. H 81	126G	126G
6 dgl. 81	108,1	108,25
6 Nichii Co Ltd 80	113,75G	113,75G
7 Nippon Sh. Gl. 82	116G	117G
3¾ Nippon Sh. 78	159G	158G
3½ Nissan Mot. 78	93,25	93,5
4 Nisshin Steel 78	140G	140G
6½ Océ v d Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	229G	229G
3¾ Omron Tat 79	232G	232G
4¾ Orient Fin 79	231G	231G
3½ Ricoh Comp. 78	138	138
6¼ Rothm Int 72	94,25	94,5
3¾ SankyoElec. 78	98,25G	98,25
3½ Sanyo Elec. 78	172T	172T
3¾ Seiyu Stores 78	95	95,5
6¼ Sekisui 76	158G	158
3½ Stanley 78	99G	99
6 Taiyo Yuden Co. 82	114,75	114G
5 Texaco Int. 66	96,6	96,75
3½ Tok. Elec. 78	290T	290T
4¾ Tok. Sanyo 77	272T	272T
4 Tokyu Land 79	103,5	104T
3½ Trio Kenw. 78	99,7	98,5T
6½ Uny Ltd 79	117G	117,5G

Optionsscheine

	3.5.	2.5.
F 11 BASF 82	40,2	42,5
7¼ Bayer Fin 78	37,25	39
10½ Bayer Fin 82	43	45,5
6¾ Ciba-Geigy 75	895	920
3½ Commerzbk 78	59	62
4½ Dt. Bk Comp 77	145	152,2
10 Hoechst 75	181	190
5¾ dgl. 79	41,5	45
8 Hoechst 83	59	63
7½ Jap.Syn Rubber 82	779	788
Mitsui 82	370	395
7¾ Siemens 83	155,1	161,5
6½ Wells F 73	285	299

Optionsanleihen

	3.5.	2.5.
F 8½ BASF 74 m 0	141,5bG	141,5
8½ BASF 74 o0	101,9	102
M 3½ Stumpf 88 m0	134	135G
M 3½ Stumpf o0	79	78

Währungsanleihen

	3.5.	2.5.
F 8 Brasilien 72	99	99G
6¼ Kopenhagen 72	96,25	95,5T
7,875 Norwegen 78	–	99,5G
9¼ dgl. 79	100,5	100,25T

Optionsanleihen

	3.5.	2.5.
F 3½ ComBk Int 78 m0 DM	117,25G	117,25bG
F 3½ dgl. 78 o0 DM	89G	89
4½ C F DT. Bk 77 m0 $	142T	144
4½ dgl. 77 o0 $	85,7T	84,75
7½ Jap Synth. 82	129,5	129,5G
7½ dgl. 82 o0	100,1	100
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	125T	125G
6½ dgl. 73 o0 DM	96T	96T

Optionsscheine

	3.5.	2.5.
F 8½ BASF 74	53,6	58
Stumpf 78	63bB	60

Wandelanleihen

	3.5.	2.5.
F 5 Bayer 69	101,5	101,7
5 Bay Wa 75	124,5	124,5
H 8 Beiersdorf 82	175	175
F 4½ Commerzbk 78	99,4bG	99,4bG
D 9 Grimes 74	360	345

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	3.5.	2.5.
F 7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	98G	98G
6½ dgl. 86	99,25G	99,25G
7¾ Arbed 83	97,5G	97,5G
7½ dgl. 86	86G	86G
9 dgl. 87	93T	93T
F 6¾ Ardal 89	96,5G	97T
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr 87	104,75G	105,75G
8½ dgl. 87	105,75G	105,75G
F 7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,75G	94,75G
6¼ dgl. 85	94,5	94,5
8¾ dgl. 87	93,25G	93,75G
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	98,75G	98,75G
6 Montanunion 90	94G	94G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
F 6¾ Weltbank 83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99,5G	99,5G
7½ dgl. 87	100,25G	100,25G
7⅞ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,75G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	3.5.	2.5.
F L'Air Liquide	–	150G
D Akzo	48,8	49
F Alcan	72,5	74,2
F Alcoa	78,5	80exD
F Alg. Bk Nedld.	335	330
F All Nippon Air	3,5T	3,5T
F Amax	67,9	69
F Am Cyanamid	107T	112T
D American Expr	161G	164bG
D Am Motors	18,6	19
F Am T & T	165,5	169
F Amro Bank	49	51,2
M Anglo Am. Gold	295	296,9
F Anglo Am.m O	56	53
F dgl. o O	56	56,4
F Arbed	57	57,1
F Asahi Chem	3,25G	3,35
M Atl Richfield	111,8	115,2
H Atlas Copco	41G	40G
M Avon	76,9	79B
F Ball Canada	23	24
F Banco Central	27,4	27,4
F Banco de Bilbao	21,9	21,9
F Banco de Santander	18,3	18,5
F Banco de Vizcaya	32,9	32,9
F Banco Hisp Americ.	20,5	20,5
D Beatrice Foods	66G	69G
D Bell Canada	55,5	55G
F Black & Decker	55,5	58
F Boeing	91,5	93,6
F Bowater	6,9	6,9
D BP	15,4	15,35
M Broken Hill	17,65B	18B
F Bull	14,1bB	14,2
F Can. Pacific	92	94
F Canon	14,7	15
F Casio Comp	13	13
F Caterpillar	114,8	114
D Ch Manhattan	142,5	144,5
F Chrysler	61,5	64
M Citicorp.	108	111
F City Investing	74,5	75G
F Coca-Cola	133	137
D Colgate	57,5	60
F Cons Gold F.	20,5	20,6
D Cont. Group	106G	107G
F Control Data	118,5	125
M CRA	10,7	10,75
M CSR	7,3	7,4B
F Dart & Kraft	183	181
M De Beers Cons.	21,3G	20,9
F Deere Comp	92G	93G
F Diam Shamr	58,5	59,5
M Digital Equipm.	280	290B
M Disney Prod.	195,9	193
M Dome Petroleum	8,95	8,8
D Dow Chemical	78	81,9
D Dresser	45,1	46
F Dunlop	–	–
M East Driel Gold	85	84,5
D East Air Lines	18,5	19
F Eastman Kodak	203	212
F Elf Aquitaine	52,5	53
F Emhart	132G	132G
D Ericsson	–	143G
D Esmark	154G	156G
D Exxon	87,9	88
D Fiat St.	4,8bB	4,9
D dgl. Vz.	3,6bG	3,5T
F Firestone	–	
D Fisons	24bB	24T
M Fluor	54,7	54,9
D Ford	121	127
F Fosecu Minsep	5,5T	5,7T
F Fujitsu	10,2	10,3
F General Electric	266	278,5
F General Mining	65	65
D General Motors	165	170
D Gen. Shopping	578G	580G
M Getty Oil	162,5	166,9
D Gevaert	107T	107T
F Goodyear	80,5	82,9
H Grace	107	108G
D GKN	6exB	6,3T
F Gulf	84	85
F Highveld m St.	13G	13,25
F dgl. o St.	12,7	12,6
F Hitachi	845	840
M Holiday Inns	108	112
F Homestake	73,1	74
D Hoogovens	18,8	19,1
F IBM	280,5	289,5
F ICI	18,1	18,1
M Impala Plat. Hold.	29,6	29,3
M Imperial Oil	69,4	79,7
F Inco	35,8	36,4
F Int. T & T	98,9	100,8
D Istituto Fin.	7,5G	8G
F Italcementi	71	–
F Izumiya	6,5G	6,5G
F Japan Line	2,25	2,2
D Jusco	6,5T	6G
F Kawasaki Kisen	1,7	1,6G
F Kawasaki Steel	1,65bB	1,6T
M Kloof Gold Min	124,8	123,5B
F Komatsu	5,3	5,45
D KLM	–	126,5
F Kubota	3,4G	3,5
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	153	157,5
F Lone Star	82	79G
D LTV	36,75	38
M M.J.M. Hold.	19G	19,3
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,3G	3,3G
F Marudai Food	6,2G	6,2G
D Matsushita El.	16	16
M McDonald's	166,5	–
M Merrill Lynch	240	244,3
F McDonnell D.	138,7	143
D Minnesota M.	203T	209T
D Minolta Camera	5G	5G
F Mitsubishi Chem.	2,65	2,65
F Mitsubishi El.	4,05	3,9
F Mitsui Bk.	4,8	4,7G
F Mitsui & Co	4,2G	4,2G
F Mitsui Engin.	2	2,05
F Mitsui O. S. K.	2,25	2,1G
F Mitsumi El	6,35	6,3
H Mobil Oil	79	79
F Monsanto	218G	222
F Montedison	0,24	0,22
F Murata	20,5G	20,5G
M Nat. Semicond.	75,2	78
D Nat. Westminster	23T	23T
F Nestlé	4950	5000
D Nikko Sec	4,4T	4,3T
F Nippon El.	10,8	10,9
F Nippon Kokan	1,65	1,7
F Nippon Shinpan	8G	8
F Nippon Yusen	2,8	2,85
F Nissan Motor	7,95	7,8
F Nisshin Steel	1,65T	1,66
F Nissho-Iwai	3,20	3,25
F Norsk Hydro	130,5	134,8
F Norton Simon	61G	69,5
H Occ. Petroleum	51,9	52
D Océ v. d Grint	180G	180bG
F Olivetti Vz.	4,75	4,8
F Olympus Optical	12,5	12
H v. Ommeren	21,2	21,5
F [illegible]	13,1	13T
F Pakhoed	46	46,3
M PanAm	13,7	13,9
M Pepsi	94	95
F Pernod-Ricard	180G	180G
F Peugeot	64	66
F Philip Morris	150	160
H Philips	40,2	41,2bG
D Phoenix Ass.	72,5T	72T
F Pirelli	2,75	2,85
M Polaroid	75,8	76,7
M Prime Computer	69,8	75,6
F Procter & G.	148,5	152
D Ramada Inns	19B	–
F Rank Org.	6,6	6,7
F Racob	8	8
F Rio Tinto NA-St	23,5	23,5
H Robeco	255	258
F Rockwell	140	147
H Rolinco	245G	248G
F Rorento	171	165
F Rothmans Int.	4,4	4,2
H Royal Dutch	107,5	110,5
M Rustenberg Plat. Hold	20,2	19,6
F Sanko Steamship	2,9T	2,75
F Sankyo Electric	5,5	5,5G
M Santos	12	12,2B
F Sanyo Elec.	5,4	5,2
F Sanwa Bk	5,3	4,95
M SASOL	9,5	9,5
F Schlumberger	111	112
F Schw. Alum.	740	736
F Schw. Bankverein	330	335
M Sears, Roebuck	97,7	104,8
F Seiyu Stores	6,8	6,85
F Sekisui Prefab.	7,7G	7,7G
F Selected Risk	32G	32G
H Shell T & T	20T	20
D Singer	87,5	89,8
F Snia Viscosa	1,63	–
D Solvay	134T	135T
D Sony Corp.	39,5	40
D Sperry Corp.	89	89,8
F Squibb	122	121G
F Stanley Elec.	5,8G	5,8G
F Steyr-Daimler-P.	25,6	25,7
F Sumitomo Heavy	1,7	1,7
D Sumitomo Metal	1,65G	1,65G
F Sumitomo Shoji	4,8G	4,8
D Sun	93G	93G
M Sunshine Mining	39,5	39,5
F Swissair	980	980exD
F Taisei Kens.	2,6T	2,6T
M Tandy	145,9	152G
F Tenneco	92,1	93
D Texaco	88	88,5
D Thomson-CSF	63,5	65
D Thorn Emi	20T	20T
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	5,7G	5,7G
F Trio Kenwood	6,5B	6,5G
F TRW Inc.	175	173G
D Toray	3,9G	3,6G
D Toshiba	3,5G	3,5G
D UAL	81G	83,5G
H Unilever	184,5	190
F Union Carbide	154	162
D Uniroyal	32,5	34,5
F United Techn.	175,1	178,5
F US Steel	60,5	68,5
M Vaal Reefs Expl.	283,5	278
D Ver.-Stork	59T	62
D Volvo A	–	–
D dgl. Nam B	–	–
F Warner Commun.	68	67
F Warner Lambert	83	83
F Wells Fargo	86	86
M Western Deep L.	154	149,3
M Western Mining	10,45	10,5B
F West.-Utrecht H.	106,5	111
D Xerox Corp.	115,5	119,5



Warenpreise – Termine

Leichte Abschläge verzeichneten die Goldnotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Unverändert bis bruchteilig uneinheitlich wurde Silber bewertet. Etwas fester schloß dagegen Kupfer. Während Kakao geringfügig schwächer aus dem Markt ging, konnte sich Kaffee durchweg verbessern.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2. 5.	29. 4.
Mai	354,00	351,25
Juli	362,00	361,50
Sept.	371,00	370,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	2. 5.	29. 4.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	293,26	215,13
Amber Durum	241,41	239,06

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	118,70	121,00
Juli	122,70	125,00
Sept.	127,00	129,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	97,50	99,90
Juli	96,00	95,30
Sept.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	2. 5.	29. 4.
Mai	155,75	155,75
Juli	160,75	160,75
Sept.	165,75	166,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	318,00	317,50
Juli	319,50	318,25
Sept.	311,00	309,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 5.	29. 4.
Mai	107,50	107,30
Juli	107,45	106,50
Sept.	107,50	107,00

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	2. 5.	29. 4.
Mai	10,15	10,13
Juli	10,41	10,40
Sept.	10,40	10,40
Nov.	10,49	10,47

Reis, geschält, New Orleans ($ cwt)		
Mai	18,60	18,60
Sept.	19,00	19,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	2. 5	29. 4.
Terminkontr. Mai	125,80	124,70
Juli	125,60	124,30
Sept.	123,99	123,10

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1903	1910
Juli	1931	1935
Sept.	1940	1941
Umsatz	2116	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	8,25	7,77
Sept.	8,58	7,98
Nov.	–	8,38
Jan.	9,35	8,68
März	9,79	9,04
Umsatz	73,25	–

Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	2. 5.	28. 4.
	–	7,41

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	2. 5.	29. 4.
Mai	geschl.	1880–1888
Juli	geschl.	1685–1686
Sept.	geschl.	1601–1602
Umsatz	–	3031

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	geschl.	1302–1303
Juli	geschl.	1327–1328
Sept.	geschl.	1329–1330
Umsatz	–	4351

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	geschl.	134,00–134,10
Aug.	geschl.	141,50–141,60
Okt.	geschl.	147,00–147,50
Dez.	geschl.	155,25–155,50
März	geschl.	159,00–160,00
Mai	geschl.	–
Umsatz	–	1734

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	2. 5.	29. 4.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00

Orangensaft New York (c/lb)	2. 5.	29. 4.
Mai	113,85	113,70
Juli	111,40	111,60
Sept.	110,40	110,60
Nov.	106,70	107,10
Jan.	101,50	102,05
Umsatz	500	600

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	2. 5.	29. 4.
Südstaaten fob Werk	26,50	26,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	21,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,62	19,61
Juli	19,82	19,89
Aug.	19,95	20,00
Sept.	20,03	20,15
Okt.	20,18	20,33
Dez.	20,52	20,69
Jan.	20,68	20,66

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,75	22,75

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	16,50	16,75

Talg New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,50	13,50

Schweine Chicago (c/lb)		
April	48,40	49,30
Mai	48,60	49,62
Juli	46,42	47,15

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,80	67,80
Juli	64,60	66,60
Aug.	61,92	63,82

Häute Chicago (c/lb)	2. 5.	29. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	46,50	46,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	636,50	640,00
Juli	653,50	657,50
Aug.	659,75	664,00
Sept.	666,00	670,50
Nov.	678,50	682,50
Jan.	690,50	695,00
März	703,50	708,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	187,90	189,30
Juli	191,40	192,30
Aug.	193,30	194,20
Sept.	195,50	196,00
Okt.	197,50	197,50
Dez.	201,80	202,10
Jan.	203,70	204,30

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	2. 5.	29. 4.
Mai	287,00	287,00
Juli	293,00	293,20
Okt.	303,70	304,00

Kokosöl New York (c/lb)	2. 5.	29. 4.
Westküste fob Werk	27,50	26,75

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3. 5.	2. 5.
jegl. Herk. cif	530,00	525,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	405,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	440,00	437,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
fob Niederl. fob Werk	132,00	123,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	640,00	522,50

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,50	243,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	2. 5.	29. 4.
Mai	[illegible]	71,06
Juli	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	73,30

Kautschuk New York (c/lb) Händlerpreis		
loco RSS-1	57,50	57,25

Wolle London (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	2. 5.	29. 4.
Mai	geschl.	421–432
Aug.	geschl.	442–446
Okt.	geschl.	443–445
Umsatz	–	145

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	2. 5.	29. 4.
Mai	43,50	43,50
Juli	–	–
Okt.	44,40	44,40
Dez.	45,00	45,00
Umsatz	–	11 250
		Tendenz: ruhig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	2. 5.	29. 4.
Mai	565,0–567,0	564,0–565,0
Juli	569,0–590,0	587,0–588,0
Okt.	579,0–581,0	579,0–579,0
Umsatz	58	67

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	2. 5.	29. 4.
East African 3 long	geschl.	670,00
undergraded	geschl.	640,00
Brazilian Type 2	geschl.	–
Brazilian Type 3	geschl.	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	2. 5.	29. 4.
Mai	13 987	14 011
Juni	14 030	14 105

Kautschuk London (p/kg)	2. 5.	29. 4.
Nr. 1 RSS loco	geschl.	73,50–75,50
Juni	geschl.	75,70–76,00
Juli	geschl.	75,30–76,30
Juli-Sept.	geschl.	75,70–75,90
Tendenz: –		

Kautschuk Malaysia [illegible]	2. 5	29. 4.
Nr. 1 RSS [illegible]	geschl.	247,50–248,50
Mai	geschl.	247,50–248,50
[illegible]	geschl.	239,25–243,00
Nr. 2 RSS Mai	geschl.	230,50–231,00
Nr. 3 RSS Mai	geschl.	222,50–223,50
Nr. 4 RSS Mai	geschl.	225,50–225,50
Tendenz: –		

Jute London (£/lgt)	2. 5.	29. 4.
BWC	geschl.	410,00
BWD	geschl.	350,00
BTC	geschl.	390,00
BTD	geschl.	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troy ounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lgt = [illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	3. 5.	29. 4.
Blei: Basis London laufender Monat	104,55–105,17	114,14–111,23
folgender Monat	109,25–109,54	115,03–115,23
Zink: Basis London laufender Monat	178,45–175,55	175,32–175,57
folgender Monat	184,15–184,29	181,16–161,29
Produz.-Preis	184,58	184,66
Reinzinn 99,9%	3597–3723	3572–3709

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 5.	2. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	427,45–429,73	438,05–440,37
Blei in Kabeln	112,75–113,75	119,50–120,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vormaterial	397	367

*Auf der Grundlage der Meldungen von [illegible] und Kupferbezieher

Messingnotierungen

	3. 5.	2. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	357–357	geschl.
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	397–385	geschl.
MS 63	473–435	geschl.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	2. 5.	29. 4.
	geschl.	31,53

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 5.	2. 5.
Leg. 225	305–338	306–308
Leg. 226	305–310	309–310
Leg. 231	340–345	340–345
Leg. 233	351–356	351–356

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 5.	2. 5.
Platin (DM je g)	37,00	35,90
Gold (DM je kg Feingold) Barren-Vkfpr.	34 500	34 300
Rücknahmepr.	33 700	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 470	geschl.
Rücknahmepr.	33 440	geschl.
Verarbeitet	36 180	geschl.
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 200	34 040
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	973,20	geschl.
Rücknahmepr.	939,10	geschl.
Verarbeitet	1016,30	geschl.

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$-Feinunze) London	3. 5.	2. 5.
10.30	431,50	428,50
15.00	433,50	429,25
Zürich mittags	430,75–431,75	427,75–428,50
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	103 000	102 700
Silber (p/Feinunze) London Kasse	787,15	765,25
3 Monate	785,95	784,55
6 Monate	804,90	803,25
12 Monate	843,50	841,25

Platin (£-Feinunze)	2. 5.	29. 4.
London fr. Markt	geschl.	267,65
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	geschl.	78,55

New Yorker Preise	2. 5.	29. 4.
Gold H & H Ankauf	428,50	429,25
Silber H & H Ankauf	1205,00	1185,30
Platin fr. Händlerpr.	415,00–419,00	415,00–418,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	122,50–125,50	121,00–123,00
Produz.-Preis	140,00	140,00

Silber (c/Feinunze)		
Mai	1205,00	1203,00
Juni	1214,50	1214,50
Juli	1225,00	1222,00
Sept.	1245,00	1241,00
Dez.	1269,00	1272,00
Jan.	1291,20	1281,20
März	1300,70	1301,70
Umsatz	18 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2. 5.	29. 4.
Mai	77,65	77,25
Juni	78,15	78,00
Juli	79,00	79,70
Sept.	80,20	79,90
Dez.	82,00	81,70
Jan.	82,50	82,20
März	83,55	83,25
Umsatz	4000	12 500

Londoner Metallbörse

	3. 5.	2. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	851,00–862,00	geschl.
3 Monate	887,00–889,00	geschl.
Blei (£/t) Kasse	270,00–270,50	geschl.
3 Monate	281,00–282,00	geschl.
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1112,5–1113,5	geschl.
3 Monate	1133,0–1133,5	geschl.
abends Kasse	–	geschl.
3 Monate	–	geschl.
(Kupfer-Standard) Kasse	1073,0–1074,0	geschl.
3 Monate	1101,0–1102,0	geschl.
Zink (£/t) Kasse	459,00–460,00	geschl.
3 Monate	473,50–474,00	geschl.
Zinn (£/t) Kasse	8720–8725	geschl.
3 Monate	8690–8700	geschl.
Quecksilber ($/Fl.)	–	geschl.
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	geschl.

F I N A N Z A N Z E I G E N

PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT — 6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.

An der Rheinschanze 1, Telefon 06 21 / 59 97 - 1, Fernschreiber 464 826

Aus dem Jahresabschluß 1982:

Schuldverschreibungen	9.252.7 Mill. DM
Langfristige Darlehen	9.527.9 Mill. DM
Dividende + Bonus	12.50 DM (25%)
Zuweisung zu den Rücklagen	16.1 Mill. DM
Eigenkapital	218.0 Mill. DM
Bilanzsumme	10.344.4 Mill. DM

Die Hauptversammlung vom 2. Mai 1983 hat eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 10 : 1 mit Gewinnberechtigung ab 01. 01. 1983 beschlossen.

Die vollständige Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Aufforderung zur Entgegennahme der Berichtigungsaktien werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Vorstand

Ludwigshafen, 3. Mai 1983

HPbank

Handels- und Privatbank AG

Wir laden hiermit unsere Aktionäre ein zu der am Mittwoch, dem 8. Juni 1983, 11.00 Uhr, im „Merkens-Saal" der Industrie- und Handelskammer zu Köln, Köln, Unter Sachsenhausen 10–26, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

Näheres bitten wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 28 vom 26. 4. 1983 zu entnehmen.

Köln, im Mai 1983 — Der Vorstand

H. MAIHAK AKTIENGESELLSCHAFT

Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik Hamburg 60

– Wertpapier-Kenn-Nr. 655 300 –

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am

Mittwoch, dem 15. Juni 1983, 12.00 Uhr,

im Kasino unseres Hauses, Semperstraße 38, 2000 Hamburg 60, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Wir verweisen außerdem auf unsere Einladung im Bundesanzeiger Nr. 85 vom 5. Mai 1983.

Hamburg, im April 1983 — DER VORSTAND



Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der

Freitag, den 10. Juni 1983, 10.30 Uhr,

in Ingolstadt im Festsaal des Stadttheaters stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Der volle Wortlaut der Einladung wurde im Bundesanzeiger Nr. 82 vom 30. 4. 1983 veröffentlicht.

EISEN- und HÜTTENWERKE

AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Montag, dem 13. Juni 1983, um 11.00 Uhr im Camphausen-Saal der Industrie- und Handelskammer zu Köln stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit den Berichten von Vorstand und Aufsichtsrat
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1982 in Höhe von 10 650 408,– DM mit 10 560 000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 8,– DM und eines Bonus von 4,– DM je Aktie im Nennwert von 100,– DM auf das Grundkapital von 88 Millionen DM zu verwenden und den Restbetrag von 90 408,– DM auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
4. Beschlußfassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1982 eine Vergütung von 144 000,– DM zu beschließen.
5. Neuwahl des Aufsichtsrates
   Die Mandate aller Aufsichtsratsmitglieder enden mit Ablauf der diesjährigen Hauptversammlung; es sind deshalb Neuwahlen erforderlich. Der Aufsichtsrat schlägt vor, die nachstehend genannten Herren zu Mitgliedern des Aufsichtsrates zu wählen: Dr. Karl-Ludwig Bresser, Düsseldorf, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Düsseldorf, Professor Dr. Gunther Hartmann, Köln, Rechtsanwalt; Rudolf Krahe, Köln, Kaufmann, Alfred Freiherr von Oppenheim, Köln, Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Hans-Otto Thierbach, Frankfurt (Main), ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG, Frankfurt, Otto Wolff von Amerongen, Köln, Vorsitzender des Vorstandes der Otto Wolff AG, Köln.
   Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft setzt sich nach § 96 Absatz 1 des Aktiengesetzes nur aus Vertretern der Aktionäre zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die TREUARBEIT Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei der Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken ihre Aktien bis spätestens Montag, den 6. Juni 1983, hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Deutsche Bank AG in Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, München und deren Niederlassungen sowie die Deutsche Bank Berlin AG in Berlin und Deutsche Bank Saar AG in Saarbrücken.
Dresdner Bank AG in Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, München und deren Niederlassungen sowie die Bank für Handel und Industrie AG in Berlin,
Bankhaus Delbrück & Co in Köln, Aachen, Berlin und Hamburg,
Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. in Köln und Frankfurt,
Bankhaus J. H. Stein in Köln,
Bankhaus Trinkaus & Burkhardt in Düsseldorf, Essen und Frankfurt,
Westfalenbank AG in Bochum und Düsseldorf,
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank in München

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank sind die von diesen auszustellenden Bescheinigungen spätestens am Dienstag, dem 7. Juni 1983, bei der Gesellschaft einzureichen.

Köln, den 4. Mai 1983 — DER VORSTAND

Hoechst



Wir laden unsere Aktionäre ein zu der

ordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 14. Juni 1983, 10.00 Uhr,

in der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main-Höchst, Pfaffenwiese.

Tagesordnung

(Kurzfassung)

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts der Hoechst Aktiengesellschaft für 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1982.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.
   Für das Geschäftsjahr 1982 wird vorgeschlagen, eine Dividende von DM 5,50 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auszuschütten.
   Die Steuergutschrift beträgt für den anrechnungsberechtigten inländischen Aktionär DM 3,09 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–. Dividende und Steuerguthaben zusammen belaufen sich damit auf DM 8,59 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–.
3. Entlastung des Vorstands.
4. Entlastung des Aufsichtsrats.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals in Höhe von DM 200.000.000,–.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 84 vom 4. Mai 1983 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung ferner Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Donnerstag, der 9. Juni 1983.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft erhalten mit den üblichen HV-Unterlagen eine Kurzfassung des Geschäftsberichts 1982 zugesandt. Aktionäre, die eine ausführliche Fassung des Geschäftsberichts 1982 wünschen, werden gebeten, sich an unser Finanzwesen/Wertpapierabteilung zu wenden.

Frankfurt am Main, im Mai 1983

Hoechst Aktiengesellschaft



BAVARIA-ST. PAULI-BRAUEREI AG HAMBURG

– Wertpapier-Kenn-Nr. 518 100/518 101 –

Einladung zur zweiundachtzigsten ordentlichen Hauptversammlung

am Freitag, dem 10. Juni 1983, 11.00 Uhr, in den Räumen des ASTRA-Brauhauses der Bavaria-St. Pauli-Brauerei AG Hamburg 4, Hopfenstraße 15 (Eingang Bernhard-Nocht-Straße 111)

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 in Höhe von 1 422 000,- DM wie folgt zu verwenden:

3,– DM Dividende je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf nominal 20 300 000,– DM Grundkapital mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1982	1 218 000,– DM
1,50 DM Dividende je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf nominal 6 800 000,– DM Grundkapital mit halber Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1982 (aus der Mitte 1982 durchgeführten Kapitalerhöhung)	204 000,– DM
	1 422 000,– DM

3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1982 zu erteilen.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimm- und Antragsrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens am 6. Juni 1983 ihre Aktien

in Hamburg bei der
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft,
Commerzbank Aktiengesellschaft,
Deutsche Bank Aktiengesellschaft,

in Berlin bei der
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft,
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft,

bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei der Gesellschaftskasse hinterlegen und bis zum Schluß der Hauptversammlung dort belassen.

Hamburg, im April 1983

Der Vorstand

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Schöner wohnen im eigenen Ferienhaus

In einer Höhenlage von 500–550 m. ü. NN entsteht in Lissendorf an der B 421, Nähe Jünkerath-Hillesheim, eines der schönsten Ferienzentren der Eifel.

Die Bauausführung dieses anspruchsvollen Objektes läßt keine Wünsche offen.

25 verschiedene Haustypen prägen sich in die reizvolle Landschaft ein.

Notarielle Festpreise ab DM 159500,–

für schlüsselfertiges, massiv gebautes Haus, Einbauküche, offenen Kamin, Grundstück, Erschließung.

Besichtigung unserer Musterhäuser
samstags von 14–17 Uhr, sonntags von 11–16 Uhr

oder fordern Sie unseren Prospekt an.

FAMILIENHEIM-BAU-GMBH
St.-Rochus-Weg 37–39, 5140 Erkelenz
Tel. 0 24 31 / 20 55 oder 26 55

MITUNTERNEHMER GESUCHT

Wir produzieren weltweit lang erwartete Decoder für Spezialmärkte (Schiffahrt, Militär, Wirtschaftsdienste etc.). Unsere Produkte sind ausgereift und konkurrenzlos.

Für den Ausbau unserer Produktion (Festaufträge liegen vor) und die internationale Vermarktung bieten wir Beteiligungen ab DM 50 000,– (Gewinnerwartung 1984: 25 %, 1985: 50 %, öffentl. Zuschuß 45 % genehmigt, bis zum Jahr 2000 nur 10 % Ertragssteuern).

FASTNET RADIO
Kajen 2, 2000 Hamburg 11
Tel. 0 40 / 37 22 11, Telex 2 164 553 fast d

Unser Vertriebsbeauftragter, Herr Helmut E. Gruttmann, steht am Montag, 9. 5. 83, in Köln, Hotel Intercontinental (02 21 / 26 51), Dienstag, 10. 5. 83, in Frankfurt, Hotel Intercontinental (06 11 / 23 05 61), Mittwoch, 11. 5. 83, in München, Hotel Holiday Inn (0 89 / 34 09 71), für alle gewünschten Auskünfte und zur Produktpräsentation zu Ihrer Verfügung. Sprechen Sie uns an.

Recht auf Übergebot

Dinant
Domäne Wespin

Grundstück von 87 ha, 97 a, 82 ca
in 5 Parzellen unterteilt, abgedeckt durch zwei private Bebauungspläne. Außergewöhnliche Lage, Nähe der Maas. Ausführliche Pläne und Auskünfte im Büro des Notars.
Definitiver Zuschlag, unter Vorbehalt von Übergebot zum Hauptpreis von bfr. 59 500 000, exkl. Kosten nach PV vom 25. 4. 1983.
Art. 159 des Zivilges.: das Recht höher zu bieten bis 15 Tage nach dem Zuschlag. Der Betrag des Übergebotes beträgt bfr. 250 000.
Notar:
E. Louis Houyet
Avenue Franchet d'Esperey, 12–13, B-5500 Dinant (Belgien).
0 82 / 22 30 04

VSC Ohne Aval SFR ab 500.000,– DM
ab 4,8–5,5%
vermittelt:
VSC Immobilien
Am alten Broich 42 · 4018 Langenfeld
Telefon 0 21 73 / 7 87 46 / 7 88 30

Exklave Büsingen · Zollgebiet Schweiz

5 Eigentumswohnungen in 8-Familien-Haus am Rheinufer, 83–147 m², zu verkaufen, Grdst. 1643 m², exklusive Ausstattung, Schutzraum, Boots- und Badeplatz, Zugang zum ges. Bodensee, Rohbau erstellt.

2 Eigentumswohnungen in 3-Familien-Haus, 94 und 62,5 m², Rheinufergrundstück, ca. 520 m², Garagen, Baubeginn Mai 1983.

1-Familien-Wohnhaus mit Doppelgarage und Schwimmhalle, Grdst. 533 m², Wohnfl. 209 m², Baujahr 1978, beste Ausstattung.

Verkauf und Beratung: BTH-Bautreuhand GmbH + Co., Bahnhofstr. 19, 7700 Singen/Htwl., Tel.: 0 77 31 – 6 60 21.

Warum denn gleich auswandern?

Idyllisches Schmuckstück

Im hügeligen Landschaftsschutzgebiet, umgeben von Wäldern und Feldern, ohne direkte Nachbarn und doch nur 30 Autominuten bis Bremen und 60 bis Hannover: Sehr komfortables Bauernhaus (Fachwerk, 1900), 190 m²/1000 m², Fußbodenheizung (Gas), zus. Kachelofen-Warmluftheizg. f. feste Brennst. und Feldstein-Kamin, 2 Duschbäder/WC, 1 sep. WC. Eig. Trinkwasser, Blumengarten mit gepfl. Wegen und Terrassen, Obstbäume, Wintergarten, Parkplatz. 2fach vergl. Sprossenfenster und 2x3-m-Dielentor. Rundum neue Innenwände. 60 m² Diele und Dachgeschoß mit Holzdecke. Komplett möbliert inkl. Küchenausstattung. – Sie brauchen nur noch Ihre Koffer mitzubringen! Sofort frei od. n. Vereinbarung. Mindestgebot DM 450 000,–. Zuschriften mögl. mit Kapitalnachweis erb. von/an Privat unter R 6156 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Makler

Wir glauben, Ihre Kunden können viel mehr verdienen, indem Sie in unser Konzept investieren.

Einkommensprojektionen wurden durch eine internationale Treuhandfirma vorgenommen. Ihre Kunden können mit einer DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN RENDITE VON ÜBER 100% FÜR DIE ERSTEN 20 JAHRE rechnen. Idealanlage mit Einkommen auf unbestimmte Zeit. Mindesteinlage $ 10 000. Großzügige Kommissionssätze.

Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos, CH 1005 Lausanne (Schweiz), Telex 25 185

Immobilien-Makler
Anlageberater
Versicherungs-Agenturen

bietet erfahrene, ausl. Bauträgergesellsch., die in der BRD ein Organisations- u. Info-Büro unterhält, ein höchst attrakt. und lukrat. ZUSATZ-Geschäft.

Zuschr. mit Tel. bzw. Telex-Angabe von verkaufsref. Personen oder Gesellsch. unter K 6263 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ Nähe Montreux ★ und Ski-Gebiete

STUDIOS	ab SF 62.000
2-Zimmer-APPTS.	ab SF 93.500
5-Zimmer-CHALETS	ab SF 240.000
3½-Zimmer-VILLAS	ab SF 285.000

PC-IMMOBILIER-SA
Tour Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon: (00 41 21) 25 26 11

Eingeführtes
Bauleasingkonzeptions- und Betreuungs-Unternehmen

mit qualifiziertem Management, vorwiegend im gewerbl. Bau spezialisiert, Jahresumsatz 1983/84 ca. 150 Mio. DM, Jahresgewinnerwartung ca. 15 Mio. DM, zu verkaufen. Aufträge, welche vertraulich behandelt werden, unter P 6331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HOLLAND – EGMOND AAN ZEE

z. verk. in Sternappt.-Gebäude, direkt am Meer: Luxusappt. 7. Stock, kpl. möbl., m. Parkettbod., Diele, Wohnzi., elektr. einger. Kü., 2 Schlafzi., Bad, getr. WC, w./k. fl. Wa., Zhzg., Balkon m. Panoramablick auf Nordsee, Strand u. Dünen, Gar., Fahrst., Hausm., DM 179 000,– zzgl. K. Hidma, Bd. Ir. de Vassy 217, NL-1931 CN Egmond a. Zee (Holland), Tel. 00 31 / 22 06 36 78 falls. abw. 00 31 / 40 11 44 37.

Topangebote aus dem Stadtkern Braunschweigs

Aus Beständen unserer Zwangsverwaltung können wir 36 Wohnungen i. d. Gr. von 34–86 m², 1–4 Zi., zum Preis von DM 2400,–/m² mit einer Mietpreisgarantie von DM 10,–/m² anbieten. Dieses Angebot ist in seiner Art z. Z. unübertroffen, weil alle Wohnungen direkt im Stadtkern liegen. Interessenten melden sich bei:

Hekaul Verwaltungsgesellschaft mbH, Bertramstraße 36, 3300 Braunschweig, Tel. 05 31 / 79 73 31

Paderbach/Westerw.

Reiz. freist. 1-Fam.-Hs., umständeh. dringend zu verk.
Tel. 02 11 / 70 38 58

TIME-SHARING

Clubhotel Lutzhof
Kochel a. See (Obb.),
Sauna, Solarium etc.
Walter Tiedemann, Bankkfm.
2171 Stinstedt
Tel. 0 47 56 / 2 87

Europäische Immob.-Tauschzentrale, Immobilien Norbert Rillsager, 6961 Heiligkreuzsteinach, Bussalstr. 8, Tel. 0 72 43 / 2 91 10

Dahme/Ostsee

Einfam.-Hs., 165 m² Wfl., innen u. außen renov., neu möbl., Zhzg, Garage, 700 m² Grdst., 50 m bis z. Strand, *DM 260 000,–*. Tel. 0 40 / 4 20 32 23

TESSIN/SCHWEIZ

Wir verkaufen in SESSA/Malcantone an ruhiger, sonniger Lage
typische Tessiner-Villa
mit 4 Z. und sep. 3-Z.-Wohnung, Grotto, Waschküche, Keller, Doppelgarage, gedeckte und offene Terrasse, gepflegter Garten. Liegenschaft 1625 m². Preis sfr 520 000,–.
Immobiliare Capriasca
6950 Tesserete
Tel. 00 41 / 91 / 91 36 45

Kapitalanlage

Haben Sie ein innerstädtisches Abriß- oder Baugrundstück in guter Lage?

Wollen Sie selbst am Gewinn einer Neubebauung mit Wohn- und Gewerbeflächen teilhaben?

Suchen Sie dafür auch ein steuerlich optimales Konzept?

Dann schreiben Sie uns. Wir sind ein 20 Jahre erfahrenes, solventes Bauträgerunternehmen; wir engagieren uns selbst und bieten Ihnen 50 % Gewinnbeteiligung. Vertraulichkeit wird zugesichert.

Anfragen unter U 6335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

106 m² Maisonette-Eigentumswohnung

Exklusive Ausstattung, Fußbodenheizung, großer Südbalkon. Ruhige Lage in Dorsten-Holsterhausen. Auch interessant für Kapitalanleger, da gute Vermietbarkeit. Keine Maklergebühren. Verkauf direkt vom Bauträger. Inkl. KFZ-Stellplatz DM 253 000,–.
Stewing-Globalbau
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten, Telefon (0 23 62) – 2 01–0 (Herr Menge)

Stilvolle spanische Villa

mit großem Swimmingpool (6×16 m), 2 separaten Apartments, 4 Bädern/WC, exotischem Garten, in Villenviertel von Cala d'Or, Mallorca, wegen Umzug ins Ausland zu verk. Zuschr. erbeten unter 22-115 615 an Publicitas, CH-1001 Lausanne/Schweiz

---

Wir suchen
Aktien-Mehrheit einer AG
börsennotiert oder im Freihandel, mit oder ohne Grundbesitz, gegen Barzahlung. Auch ein sanierungsbedürftiges Unternehmen kommt in Frage.
Eilangebote unter S 6333 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

80 m² Erdgeschoß-Eigentumswohnung

großer Südwest-Balkon, Fußbodenheizung, Edelholztüren, rauminhoch gefließte Bäder, farbige Sanitärobjekte. Kleine Baumaßnahme in einem Dorstener Vorort, bezugsfertig. Kauf vom Bauträger, keine Maklergebühren, inkl. Kfz.-Stellplatz DM 225 000,–.
STEWING-GLOBALBAU
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten
Tel. (0 23 62) 2 01–0 – Herr Menge

Ab 12 550 DM
sind Sie als
Miteigentümer
an einer rasch expandierenden
Schweizer AG
dabei.
Jährliche Netto-Rendite von 12 % und Kapital garantiert.
Ihre Anfrage an Postfach 7526 CH-8023 Zürich wird absolut vertraulich behandelt.

Scheveningen

2 km, Ruhe u. Kom.; renov. Wohnhof, an Parkanl., Wohnzi., m. off. Kamin u. Kü., Schlzi., Du., WC, Zhzg., Pr. ca. hfl 122 500 all in. Vermunt, Javastr. 107, Den Haag (Holland), 00 31 - 70 72 17 34.

Interessengemeinschaft sucht
Altenheim
zu *kaufen/mieten* od. Leibrente. Zuschr. u. Z 6274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Von Privat zu verkaufen in
FLORIDA/USA
schönes Grundstück, 200 000 m², mit eigenem See, gepflegter Baumbestand, parzelliert für 48 Villen, Baubewilligung vorliegend. Auch als Herrschaftssitz geeignet.
Seriöse Interessenten erhalten Auskunft unter Chiffre N 24-300033 an Publicitas, 6901 Lugano/CH.

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

Insel Nordstrand

Kft.-Ferienwhg., Kamin, Schwimmb., Sauna, Meeresbl., VB 110 000,–.
Tel. 0 40 / 22 38 83 ab Mo. 10 Uhr.

Reiheneckhaus, 7840 Müllheim

Schwarzw., Westrand, 1a ruhige, zentrale Lage, 123 m² Wfl., Grdst. 283 m², Bj. 77, von Priv. 345 000 DM.
Zuschriften unter C 6167 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geboten in Tossinen (Schwarzw.): Herrl. gel. Baugrdst., 3000 m², Baupläne vorh., Preis 1,4 Mio. DM. Auch Tausch gegen *Landgut* in Spanien mögl.

Geboten Renditeobjekt a. d. Costa Blanca, App.-Hs. m. eigenem Zugang z. Strand, 27 Appartements, pl. Terrassen u. Garagen, 2,5 Mio. DM.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Produktions- und Lagerhalle
sowie dreigeschossiges
Sechsfamilienhaus
mit angebautem eingeschossigen Bürohaus
in **4618 Kamen**, Edisonstr. 1, in der
Zwangsversteigerung
zu erwerben.

Baujahr: 1972/1974, Grundstück: 5716 m², Wohnfläche: 617 m², gewerbl. Nutzfläche: 2087 m², umbauter Raum: Wohnhaus rd. 2897 m³, Bürohaus rd. 1210 m³, Produktions- und Lagerhalle rd. 10 420 m³.

Verkehrswert: insgesamt DM 2 325 000,–.

Gute Verkehrsanbindung ist durch Bundesstraße und Bundesautobahn gegeben.

Versteigerungstermin beim Amtsgericht in Kamen, Poststr. 1
am 27. Juni 1983, 11.00 Uhr.

Zuschriften erbeten an Erathypothekar unter OF 6338 Anzeigen-Expedition Heinrich Hess, Friesenstr. 35, 5000 Köln 1 oder telefonische Anfrage ab 4. 5. 1983, von 9 bis 16 Uhr unter Köln 02 21 / 57 21 - 4 62.

Köln-City
Ladenlokal, ca. 400 m², auch teilbar, zu vermieten.
Tel. 02 21 / 23 51 41

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

---

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

GESCHÄFTSPARTNER
Einzelpersonen oder Firmen gesucht

Wir produzieren und vertreiben für den westdeutschen Raum ein durch mehrere patentierte Schutzrechte im In- u. Ausland geschütztes *Massenprodukt* auf dem Lager- u. Transportsektor.

Für die Postleitzahlgebiete 1 – 2 – 3 – 6 – 7 suchen wir noch solide Geschäftspartner durch Vergabe von ausschließlichen Lizenzen.

INTERESSENTEN wollen sich bitte mit Kapitalnachweis, 50 000,– bis 100 000,– DM, unter S 6267 melden an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständig machen – viel verdienen

Werden Sie selbständige Franchise-Nehmer (auch nebenberuflich) für erstklassige Produkte, die wir mit großem Erfolg auf dem deutschen Markt eingeführt haben. Schulung und Start kurzfristig möglich. Kein Eigenkapital oder Warenübernahme erforderlich. Kontaktfreudige Damen und Herren, die an einem hohen Verdienst interessiert sind, schreiben bitte an:

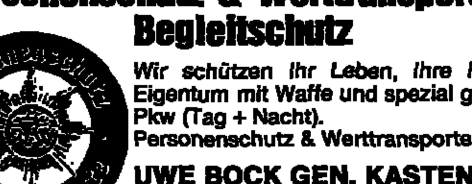
As-Werbung GmbH, Königsteiner Str. 90, 6232 Bad Soden/Taunus

Bei Zuschriften Bezirks-Präferenz angeben.

Ein Markt mit großer Zukunft. Ihre Chance im
Freizeitmarkt

Wir suchen unternehmerisch denkende, selbständige Händler, die mit einem neuen, erfolgreichen Programm (Camping und Caravaning) ihr Geschäft auf eine erweiterte, sichere Basis stellen oder eine neue Zukunft aufbauen wollen.
Fühlen Sie sich angesprochen? Dann nehmen Sie schnell mit uns Kontakt auf. Sie erhalten weitere Informationen über unsere Agentur W + M, Düsseldorfer Str. 92, 4000 Düsseldorf 11. Bitte wenden Sie sich dort an Herrn Schelberg. Sie erreichen ihn unter der Telefon-Nr. 5 55 56.

Personenschutz & Werttransporte, Begleitschutz



Wir schützen Ihr Leben, Ihre Freiheit, Ihr Eigentum mit Waffe und spezial gepanzertem Pkw (Tag + Nacht).
Personenschutz & Werttransporte

UWE BOCK GEN. KASTEN
Ziegelgasse 6, 7452 Hgl.-Owingen
Telefon 0 74 74 / 82 76

Lagerung/Auslieferung interessanter Produkte im Ruhrgebiet

Unternehmen aus dem Bereich Lebensmittel mit technischem Kundendienst baut größere Lagerhalle mit Werkstatt in Dortmund. Wir versorgen Industrie, Handel und Bergbau. Zur weiteren Auslastung bieten wir zuverlässige Lagerung/Auslieferung interessanter Produkte.

ADG, Im Defdahl 321, 4600 Dortmund 1, Tel. 02 31 / 59 54 55

Bundesweit etablierte Vertriebsorganisation

(Direktverkauf) sucht noch geeignetes Produkt (Klein-/*Massen*artikel bevorzugt).

Ausführliche Angebote unter X 6382 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Von Auslandsauftrag wieder erfolgreich zurück:

Ihr Mann für spezielle Aufträge, brisante Transporte und Kfz-Überführung Lkw + Pkw. Erfahr. *Mannschaft f. Konvoi steht kurzfristig* z. Verfüg. Terminvereinbarung f. Gespräche bitte u. P 6309 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftskarriere in USA

beginnt mit neue Beziehungen anzubahnen, neue Geschäfte anzuknüpfen, wertvolle Kontakte zu Kunden, die es werden könnten, zu pflegen. Kostenlose Information (deutsch) von US-Wirtschaftsdiplomaten: KEMKO International, Inc., 2517 Route 35, P. O. Box 158, Manasquan, N. J. 0 87 36, USA. Tel. (2 01) 5 28 – 55 01; Telex: TWX-7-107 236 518; Cable: KEMKO Manasquan, N. J.

Wir befüllen für Sie Ventil- und/oder Klotzbodensäcke (Papier und/oder Kunststoff) mit rieselfähigen bzw. pneumatisch förderbaren Massengütern (keine Lebensmittel). Wir erwarten Ihre Anfrage unter K 6085 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsgesellschaft/ Handelsvertretung

sucht noch Produkte für die Bau*bereiche Rohbau u. Ausbau.*

Angeb. erb. u. PP 4 63 74 WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Generalvertretung

für intern. patent. Faltkinderwagen (Buggy) zu vergeben. Neuartige einmalige Konstruktion. Kapitalbeteiligung erwünscht.

Angeb. u. T 6268 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweizer Firma sucht in Deutschland
Geschäftsleute, Unternehmer, Partner
die sich ein „zweites Bein" oder eine neue Existenz aufbauen wollen. Es handelt sich um den Vertrieb eines in bereits mehreren Ländern erfolgreich verkauften Produktes.
- Vertriebsrechte auch für einzelne Bundesländer möglich.
- Marketing-Unterstützung unsererseits beim Vertriebsaufbau.
- Erforderliches Eigenkapital: 45 000 DM.
- Sehr interessante Gewinnspanne bei raschem Kapitalumschlag.

Für ein persönliches Gespräch schreiben Sie bitte mit Telefon-Nr. an:

DAVICO AG
Handelsunternehmung
Heiligkreuz 34, Postfach 8 50
FL-9490 Vaduz · Telex 77 019

Schweizer Metall- u. Apparatebau-Firma sucht Kontakt

mit deutscher Firma zwecks Zusammenarbeit in Form von Vertretung inklusiv Herstellung, wenn möglich von kleineren Maschinen, Apparaten jeglicher Art etc. Modernst eingerichtete Werkstätten, mit Büro-Organisation und Vertreter-Stab stehen zur Verfügung.

Von ernsthaften Interessenten erwarten wir gerne detaillierte Unterlagen und Angebote.

Ulrich Oppliger AG, Metallbau und Lasertechnik, CH-3400 Burgdorf/Schweiz

---

Wir verpacken und versenden

Ihre Produkte in: Schweiz, Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien.

I V M, Box 110, CH-8042 Zürich
Tel. 01 / 3 63 38 44 oder
Telex 59 140 ivm ch

Immobilien/Finanzierungsfragen in Italien:
Dtsch. Archit. m. besten Geschäftsverb. hilft bei d. Realisierung Ihres Wunsches.
Zuschr. erb. u. PM 46 353 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Suchen Sie Verkaufsbüro/Auslieferungslager Nord?
Wir bieten Auslieferl., verkehrsgü., Hamburg-Randgebiet, Büro, Fahrzeuge, EDV-Fakturierung, Erf., Einsatzfreude u. faire Konditionen.
Zuschr. erb. u. PT 46 339 an WELT-Verlag, Pf., 2000 Hamburg 36.

Vertretungs- Geschäftserweiterung

Selbständig. Handelsvertr. i. Raum Ruhrgeb. sucht Werksvertretung zur Erweiterung des Programms i. spanabhebenden Werkzeugen od. auch f. andere Aufgabengebiete. Seit 1948 selbständig. In der Groß- u. Mittelindustrie bestens eingeführt.
Zuschr. u. K 6239 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64*, 4300 Essen.

Ihr TRAUM-Geschäft mit Reisen!

Arbeiten im eigenen Reise- + Flugbüro
Eigenes Geschäft = Freiheit + Gewinn?

Näheres:

ITR-Reisen
T. 0 71 31 / 8 62 51
T. 0 62 21 / 78 05 55

Vers. Entwicklungsteam
nimmt noch Aufträge an. Folgende Bereiche können abgedeckt werden
Impuls- u. Digitaltechnik
NF- u. HF-Technik
Meß- u. Regeltechnik
Zuschr. erb. u. PZ 45747 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Ing.-Büro H. P. Duwe GmbH sucht für preiswerten **Alkohol-Analyser** Handelsvertreter. **Tel. 0 40 / 35 86 79 und 32 78 29.**

Domizil
oder Zweitadresse
mit Telefonbedienung in der Schweiz.
TBS-Treuhand
CH-3526 Herbligen
Tel. 00 41 31 / 97 16 25

EDV-HARDWARE
Kauf
Miete
Leasing
CHS
☎ 0 61 42 / 5 75 85

Ihre Vertretung in Hamburg, m. Büro u. Lager, Kommissionierung u. Verteilung übernimmt Tel. 0 40 / 22 64 61 / 62

Schlagkräftiges Verkaufsteam

Zentrum Hamburg, sucht zusätzliche Handelsvertretung im **norddeutschen Raum.**
Anfr. u. R 6266 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Beim Handel gut eingef. Kamin- u. Kachelofen-Hersteller sucht zur Erweiterung seines Vertriebsweges stillen od. aktiven Teilhaber.
Zuschr. u. W 62 93 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ausbaufähige Beteiligungsmöglichkeit
an bestehender Hotelanlage in namhaftem Kurort infolge Todesfalls geboten.
Tel. 0 30 / 6 86 61 26

Norwegen-Spezialist
erledigt Export, Marketing, Geschäftsanbahnungen. Wirtschaftsauskünfte und Inkassi in Norwegen.
Ole Brauer
Tel. 0 40 / 46 27 44 oder 47 49 41

Die hervorragende Lage ist Sicherheit für Kapitalanleger

Mit Mehrwertsteuer Option

Bauherrenmodell Studienappartements Universitätsviertel Göttingen

Besonders interessant auch für *leitende Angestellte, angestellte Ärzte,* Geschäftsführer usw., da nur ein geringer Kapitaleinsatz erforderlich ist (bereits ab DM 9215,–). Nutzen auch Sie die hohen Steuervorteile.

Das Angebot auf einen Blick
- Hervorragende Lage im Fußgängerbereich der Universität.
- Die Lage sichert gute Vermietung und Wertbeständigkeit.
- Erforderliches Eigenkapital ab DM 9215,–).
- Mietgarantie 5 Jahre.
- Während der Bauzeit sofort abzugsfähige Werbungskosten von ca. 360% auf das effektiv eingesetzte Barkapital.

TREUKAPITAL GMBH
Heinestraße 7b
8700 Würzburg
Telefon 09 31 / 5 06 83
Telex 68 575

TREUBAU informiert

Kombination Berlin-Beteiligung + Bauherrenmodell – der Ausweg für Lohnsteuerzahler.

Eine Unterbeteiligung von DM 1000,– an einem steuerbegünstigten Bauprojekt in Berlin (§ 14a Berlinförderungsgesetz) eröffnet Ihnen die Möglichkeit des Eintrages eines Freibetrages in der Lohnsteuerkarte 1983. Bei gleichzeitiger Zeichnung unseres Bauherrenmodells Göttingen-Universitätsviertel können Sie die anfallenden Werbungskosten als zusätzlichen Freibetrag in Ihre Lohnsteuerkarte eintragen lassen.

Coupon Ich bitte um ausführliches Informationsmaterial

Name
Straße
PLZ/Ort
Telefon

STELLENGESUCHE

IHR UNTERNEHMEN
vertreibt eine breite Palette
NONFOOD inkl. TEXTIL
Sie sind zu groß, um substantielle Mengen aus der zweiten Hand zu kaufen.
Seit Jahrzehnten kenne ich diesen Markt
FAST WELTWEIT
Wenn das für Sie interessant ist, lassen Sie uns darüber sprechen. Übrigens: Ich bin 59 – na und!
Zuschriften erbeten unter PW 46 265 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wertpapierfachmann

Dipl.-Volkswirt, 41, Prok., ungek., langj. verantwortlich tätig in Vermögens- und Fondsverwaltung, möchte sich in den Raum Hamburg verändern. Angebote unter X 6140 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsbereichsleiter
Dr.-Ing.

42 Jahre, dtsch. Nationalität, mobil, gute englische Sprachkenntnisse.
13jährige Industriepraxis in den Bereichen Glasfaser, Wärmetechnik und Kunststoffverarbeitung (technische Markenartikel), davon 10 Jahre in leitender Position in den Bereichen Entwicklung, Vertrieb, Marketing und Controlling. Entscheidungsfreudig, engagiert und gewohnt, größere Unternehmensbereiche vom Markt her voll verantwortlich zu führen, sucht neue übergreifende Aufgabe mit unternehmerischem Zuschnitt als

Geschäftsführer

eines mittleren Unternehmens oder Geschäftsbereichsleiter eines größeren Unternehmens oder Konzerns.
Kontaktaufnahme erbeten unter N 6308 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-KFM.

33 Jahre, verh., 7 Jahre Berufspraxis in PLANUNG und ORGANISATION eines Industrie- und Handelsunternehmens (6000 MA, 600 Mio.); Projektleiter bereichsübergreifender Themen, Erfahrung in motivierender Führung von 5–10 Teammitgliedern; Schwerpunkte: Einkauf, Materialwirtschaft – Logistik, Finanzbuchhaltung, Controlling, Einfhrg. integrierter dialogorientierter DV-Systeme, sucht neue *Aufgabe auf Stellvertreter- oder* zweiter Führungsebene.
Ang. erb. u. T 6312 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Mathematiker

28, ledig, nicht ortsgebunden, mit Berufserfahrung in graphischer DV sowie mit DB/DC-Systemen (FORTRAN, PASCAL, Assembler; Siemens BS 2000), sucht zum 1. 7. 1983 neuen Arbeitsplatz, evtl. auf einem dieser Gebiete.
Angeb. u. C 6145 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verlagskaufmann / Werbeassistent

28 J., verh., z. Zt. in ungekündigter Stellung bei großem Zeitungsverlag, Erfahrung in Anzeigenverkauf, *sowie* Anzeigenexpedition und -verwaltung, sucht zum 1. Juli interessante, verantwortungsvolle Innendiensttätigkeit in einem Zeitungs- oder Fachzeitschriftenverlag. Kontaktaufnahme bitte unter W 6381 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen.*

Hamburg

Angesprochen ist ein Unternehmen oder General-Konsulat, das Wert darauf legt

- **Veranstaltungen und geschäftliche Besprechungen in erfolgreicher und angenehmer Atmosphäre zu führen.**

Die damit verbundenen organisatorischen Fragen und Aktivitäten zur Verwirklichung Ihrer geschäftlichen Ziele betrachte ich als meine Aufgabe.

Die dafür erforderlichen Eigenschaften sowie langjährige, berufl. Erfahrungen in Großkonzernen sind selbstverständlich.

Perfekte Beherrschung der deutschen, englischen, russischen und tschechischen *Sprache in Wort* und Schrift.
Alter 34 Jahre, ledig, in ungekündigter Stellung.

Ang. erb. u. L 6306 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., 52 J., verh., langj. Erfahrung im *gesamten* kaufm. Bereich des Handels. Schwerpunkte: Finanz- u. Rechnungswesen, Planung u. Controlling, Bilanzen u. EDV, Personal-, Vertrags- u. Rechtswesen, sucht wegen reduzierter Perspektive verantwortungsvolle Tätigkeit in Handel oder Industrie.
Zuschriften erb. u. Y 6317 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

1943 geb.
1959 mittl. Reife/Internat, bis
1962 Kameramann-Ausb., bis
1969 ZDF + Werbung, ab
1970 Aufbau führender Kfz./Zweiradfirmen einschl. Entw. v. Kfz-Zubehörfabrik in GB
1974 *Aufbau/Ltg. E'teilvertr.* führender jap. Marke für Bundesgebiet
1979 Prod.-/Verk.-Chef, 2. GF v. Motorsport GmbH, x-facher WM-Sieger, seit
1981 Aufbau/Manager v. kl. Fahrzeugwerk m. Schwerp.

MARKETING, PRODUKTION, GESAMTVERTRIEB

Interessiert? Auch Ausland, bitte konkret unter S 6311 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Mineralölkaufmann Controlling

42, intern. Konzern-/Auslandserfahrungen:

- Betriebsabrechnung/Berichtswesen
- Wirtschaftlichkeits- u. Versorgungsanalysen
- Marketing-Ergebnisplanung u. -kontrolle

sucht neuen Wirkungskreis (auch Chemie).

Angebote unter W 6315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing / Vertrieb In- und Ausland

Dipl. Volkswirt, breite nationale und internationale Erfahrung in Aufbau, Leitung und zentraler Steuerung von Vertriebsorganisationen / Tochtergesellschaften. Schwerpunkt Markt-Einführung,-Sicherung und -Ausweitung in harten Märkten (Konsum-/Gebrauchsgüter) mit Entwicklung und Durchsetzung von Marketing-Strategien, Finanzierung, Beteiligungen, Lizenzen. Führungsstark, erfolgsorientiert, überzeugender Verhandler (Deutsch/Englisch/Spanisch), flexibel, mobil. Gesucht wird Führungsaufgabe gesamtunternehmerischer Ausrichtung.

Angebote erbeten unter V 6314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirtin (DAV)

Fachr. Außenhandel, Abschl. März 83; 33 Jahre, unabhängig, flexibel; 10 Jahre Berufspraxis im Verkaufsinnendienst mit Kundenkontakt in Industriebetrieb, Messeerfahrung, Organisationsvermögen; Sprachen: Englisch, Französisch; sucht interess. Aufgabe, Schwerpunkt Marketing.

Zuschriften erb. u. W 6271 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Comecon-Experte

Anlagenbau/Fördertechnik, langj. Erfahrungen/Kontakte, techn. Kaufmann, Prokurist, ca. 50, hochkarätig Weltverkauf Maschinen/Fabrikanlagen bis 5 Mio., Englisch vertragssicher, bevorzugt Raum Wuppertal/Ruhrgebiet. Anfragen über Tel.-Nr. 0 23 32 / 35 18, für Verkaufsltg., Vertretung, evtl. Beteiligung.

PRODUKTMANAGEMENT / PROFIT-CENTER DR.-ING., MASCHINENBAU/PRODUKTIONSTECHNIK

35 J., kontaktstark, Vertriebsneigung, Führungserf. Industrie, Organisationstalent, unternehm. denkend, Einfühlungsvermögen, EDV-Erfahrung, Englisch, mit besten Kenntn. aus Entwickl., Konstruktion, Produktion, Robotereinsatz, z. Z. Linienfunktion in Produktion Kunststoff, sucht neue Tätigkeit in Linie mit umfangr. Verantwortung f. Produktmanagement oder Profit-Center.

Zuschr. erb. u. C 6299 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Keine Organisation, keine Abstimmung, keine Zusammenarbeit – nichts

Ausbaufähig, verantwortungsvoll u. vielseitig sollte meine Aufgabe im techn.-kfm.-organisat. Bereich ab 1. 7. 83 sein. Ich: 1947 geboren, z. Z. tätig im Innen- u. Außendienst (Verkauf techn. Organisationssysteme), m. Meisterbriefen (Metallhandwerk) u. Betriebswirt (VWA), bevorzugt: Raum Hamburg.

Zuschr. erb. u. PF 46 366 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

GESCHÄFTSFÜHRER

Dipl.-Ing. (Wi.-Ing.)

34 J., mehrjährige Erfahrung als GmbH-Geschäftsführer im nachweisbar erfolgreichen Aufbau und in der Leitung einer Filialkette im Dienstleistungsbereich, sucht langfristig (Mitte 1984) neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe, evtl. auch tätige Teilhaberschaft.

Angebote erbeten unter Z 6318 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bilanzbuchhalter

mit Organisationserfahrung (belastbare Persönlichkeit), sucht konstruktive, fachbezogene Auslastung.

Angebote erbeten unter M 6307 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder Tel. 0 41 92 / 65 96

Anwalt, Erfahrungen in Verbands- und Wirtschaftsrecht u. a., Sprachkenntnisse, Auslandserfahrung, sucht Syndikustätigkeit oder Partnerschaft in bestehender Anwaltssozietät. Auf Ihren Wunsch können drei Büroräume beschafft werden.

Zuschriften erbeten unter A 63 19 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Chem.

38 J., z. Z. Betriebschemiker in mittlerer Kunstharzfirma, Berufserfahrung in Prod. und techn.-chem. Forschung, ortsungebunden, sucht wegen reduzierter Perspektive neue Aufgabe.

Angeb. u. V 6138 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

29 J., ld., Uni HH, Ex.: gut, Bkkfm., Auslandserf. u. fließ. Sprachkenntnisse durch Praktika und Reisen in engl. u. span. sprech. Länder, Franz. ausbaufähig, sucht interess. Anfangsstellung.

Zuschr. erb. u. X 6316 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

US-Bürger

28, Deutsch fließ., Französisch u. Italienisch lesen/verstehen, akadem. Arbeit internationaler Politik u. Wirtschaft, Erfahrung im intern. Handel, sucht adäquate Tätigkeit – auch in Beratung.

Antworten unter D 6300 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslands-Baustelle gesucht

Bisher tätig in Afrika u. Ostasien

Er: Bau-Ing./Maurermeister im Wasser-, Hoch- u. Industriebau. Umgangssprache Englisch, Französ.-Kenntn.

Sie: Sekretärin/Sachbearbeiterin. Englisch perfekt, Franz.-Kenntn.

Zuschriften erbeten unter W 6139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter

Elektrowerkzeuge, Norddeutschland

Verkaufender Verkaufsleiter sucht zum 1. 10. 83 oder früher in Norddeutschland Führungsposition in mittlerer Herstellerfirma von Werkzeugen für Handel und Gewerbe.

Zuschr. unter H 6150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Produktmanager (26)

2jähr. Praxis in Nahrungsmittelkonzern (Auslandsmärkte), ungek., ortsungeb., mehrere Sem. BWL-Studium in USA; F su. interessante neue Aufgabe. Lernbereitschaft vorh. Ang. erb. u. C 6321 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Küchenspezialist

31 J., aus Industrie, sucht neuen Wirkungskreis als Reisender, PLZ 3 + 4.

Angeb. u. Y 6141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Materialwirtschaft

Dipl.-Kaufm., 33 Jahre, aus 9jähriger Praxis Materialwirtschaft (Stab u. Linie) erworbene solide Kenntnisse des Beschaffungswesens, sucht neue Aufgabe als Leiter Materialwirtschaft.

Zuschriften erb. u. Z 6296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschafterin – Hausdame

50 Jahre, aparte Erscheinung, tierliebend, mit Führerschein, firm in Haus und Küche, in ungekündigter Stelle, sucht Vertrauensposition, wenn möglich bei alleinstehendem Herrn, im Raum Nordrhein-Westfalen, oder einer netten Familie.

Angeb. u. U 6313 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außen- u. Großhandelskaufmann

23 J., ortsungeb., m. gutem kaufm. Abschluß, Kenntnisse i. Kreditoren, Devitoren, Lohnbuchhaltung sowie i. sämtl. anfallenden Aufgaben (wie Steuerabgaben usw.) vorhanden, selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht neues Betätigungsfeld in der Buchhaltung.

Zuschr. unter X 6294 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

29 J., ortsungebunden, gel. Industriekfm., z. Z. Vorstandsassistent einer Baugenossenschaft, sucht bezüglich der Studienschwerpunkte Unternehmensplanung, Recht der Wirtschaft, Organisation, Investition, Marketing und Wirtschaftspolitik einen neuen Wirkungskreis.

Kontaktaufn. erb. unt. K 6305 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierte Kontoristin

32, gepfl. Äußeres, m. Engl.-, Telex- u. Buchh.-Kenntn., wünscht sich v. Berlin nach Hamburg zu veränd. in Steuer-, WP-, Immob.-, Hausverwaltg.-, Architekten- od. Handwerksbranche i. d. Hambg. Bezirken 1, 13, 19, 20, 36, 74.

Tel. 10–17 Uhr 0 40 / 44 92 13 od. ab 18 Uhr 0 40 / 7 32 78 98

Know-how gesucht

Selfmademan, 56 J., m. langj. Erf. i. d. spanabhebenden Fertigung, Betriebsleiter, Ing., Meister i. Masch.-B., su. Wirkungskrs. im In- od. Ausland, Dtsch./Engl./Franz.

Zuschr. erb. u. PT 46 358 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Pharmakaufmann und geprüfter Pharmareferent

aktiv, mit In- u. Auslandserfahrungen in führender Position der Pharmagroßindustrie, sucht neue Führungsaufgabe. Alter 41.

Angeb. u. D 6146 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

Exa. Münster, 28 J., Praxiserfahrung, gute verwaltungsrechtliche Kenntnisse, sucht interessante Tätigkeit in Kammer oder Verband. Zuschriften unter B 6144 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. TH Architektur

33 J., gelernter Zimmerer mit Erfahrung im Innenausbau und Bauelemente-Bereich, sucht Anfangsstelle, bevorzugter Bereich Fertighaus/schlüsselfertiges Bauen.

Angebote unter Y 6383 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Autodidakt

Ich habe den Sinn für Abenteuer noch nicht verloren. In einer Zeit der geistlosen Jobs suche ich die Alternative!

Ich kann in eigener Initiative schnell entscheiden und möchte beim nationalen u. internationalen Geschehen dabeisein wollen!

Haben „Sie" den Job für mich?

Schreiben Sie an:

Mailing-agency
P. O. Box 1267
D-2165 Harsefeld

Deutscher

Angestellter, Außendienst-Erfahrung, bisher schwerpunktmäßig tätig in den Bereichen EDV, Organisation, Schulung, möchte nach Athen umziehen und sucht daher eine Tätigkeit in GRIECHENLAND. Ihre Zuschrift erbitte ich u. Z 6142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Anlagenmonteur und Verfahrenstechniker

sucht erweiterten Wirkungskreis als freier Mitarbeiter im Auslandseinsatz. Mühlenbauer, Stahlhochbau, Süß- und Teigwaren, Parboil Reis- und Hülsenfrucht, Boiler- und Generatorenanlagen. 15 Jahre Auslandserfahrung, speziell West-Afrika.

Anbeg. erb. u. G 6303 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Mitarbeiterin

Kauffrau, 35 J., ledig, mit erfolgreicher langjähriger Auslandserfahrung in den Bereichen Vertrieb, Rechnungswesen, Personal/Verwaltung, perfekt Französisch in Wort/Schrift, sehr gute Englischkenntnisse, engagiert, einsatz- und leistungsbereit, sucht entwicklungsfähige Funktion als Lebensaufgabe, bevorzugter Basisstandort Südwestdeutschland.

Offerten erb. unter A 6143 an WELT-Verlag, Postfach 100 8 64, 4300 Essen

HAMBURG

Betriebswirt (grad.), 39, verh., z. Z. Abt.-Leiter Marketing in der Mineralölwirtschaft, 15jährige Berufserfahrung mit Schwerpunkten Marketing und Controlling, aufgeschlossen für neue Aufgaben, sucht verantwortungsvolle, interessante Tätigkeit.

Angeb. u. H 6260 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kabel und Leitungen WERKSLEITER

39 Jahre, mit praxisorientierten, ausgereiften Kenntnissen in Produktion, Qualitätssicherung und Entwicklung, möchte die umfassenden Erfahrungen, mit dem Ziel unternehmerisch zu handeln, aktiv für die Zukunft eines Unternehmens einsetzen.

Eine erste Kontaktaufnahme bitte unter F 6302 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur (grad.) / Hochbau

43 Jahre, engagiert, führungserfahren, ausgeprägtes kaufmännisches Verständnis, langjährige Erfahrungen in den Bereichen Planung, Budgetierung, Projektierung, Ausschreibung, Bauleitung und -überwachung sowie Abrechnung mit den Schwerpunkten Neu-, Umbau, Instandhaltung im Industrie- und Verwaltungsbau, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.

Zuschr.erb. u. E 6301 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Niederlassungsleiter

42 J., ungek., Industriekaufmann und Fachkaufmann für Marketing, langjährige Erfahrung im Handel mit Edelstahlerzeugnissen und Verkauf erklärungsbed. Produkte, Führung von Außendienstmitarbeitern, Erstellung von Absatzkonzeptionen und Marktanalysen, sucht neue Aufgabe als Niederlassungsleiter oder Verkaufsleiter in Handel oder Industrie.

Zuschr. erb. u. X 6272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Recherche, Archiv, Dokumentation

Dipl.-Politologin, 40 Jahre alt, sucht nach 10jähriger Tätigkeit als Abgeordneten-Assistentin und Referentin neue Aufgabe.

Ang. erb. u. B 6298 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebs- und Unternehmensverfassung Arbeits- und Sozialrecht

Als Volljurist habe ich mich zu einem Spezialisten auf diesen Gebieten in langjähriger Personalarbeit entwickelt.

Ich suche eine ausbaufähige und herausfordernde neue Tätigkeit in Industrie, Handel und Verband oder als Partner einer entsprechend ausgerichteten Anwaltskanzlei.

Angebote unter A 6297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schachtmeister

Tief-, Erd- u. Straßenoberbau, Auslandserfahrung, sucht neuen Wirkungskr. Ausland, nicht Nah-Ost.

Zuschr. u. S 6289 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. Dipl.-Kfm.

sucht Anfangsstellung in Hamburg. Kontaktfreudig und leistungsbereit. Studienschwerpunkt: Betriebs- u. Wirtschaftsinformatik.

Zuschr. erb. u. B 63 20 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Français

militant actif pour l'amitié franco allemande, ayant expériences des échanges franco-allemands, recherche emploi à responsabilité dans un organisme franco-allemand.

Chiffre H 6304 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Industriekaufmann

Abteilungsleiter, Mitte 30, engagiert u. vielseitig, große Erfahrung in allen Aufgaben der Bauwirtschaft, sucht überregional verantwortungsvolle Position.

Zuschr. u. V 6292 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

VERTRIEBSLEITER (Führungsteam)

sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis. Langjährige weltweite Vertriebserfahrung für techn. Investitionsgüter, Kenntnisse und Erfahrung in Management- und Führungstechnik, in der Erarbeitung von Unternehmens- und Vertriebsstrategien.

Mitte 40, Ing. (grad.), verh., Wohnsitz Norddeutschland, mehrsprachig, konzern- und mittelständisch-erfahren, dynamisch, stärkstens belastbar, mobil, weiß Mitarbeiter mitzureißen.

Neue Aufgabe, wenn möglich, als

Geschäftsführer/Vertrieb

soll mich noch stärker herausfordern.

Zuschr. erb. u. R 6310 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, Pfm. 11

Heim-, Schreib- und sonstige Nebenverdienste

auch hauptberuflich!

Tel. 06 11 / 43 94 57 von 9–19 Uhr!

Arzt

(mögl. Nephrologe) für Dialysestation mit evtl. Praxisgestellung für den Großraum Dortmund gesucht.

Angebote erb. unter S 6135 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64
4300 Essen

Wir bieten Ihnen eine selbständige und verantwortungsvolle Tätigkeit mit überdurchschnittlichen Möglichkeiten.

Wir sind ein junges, expandierendes Unternehmen und wollen uns personell verstärken. Wir suchen für unsere Restaurants in den Räumen Düsseldorf, Köln, Nürnberg und Wuppertal

junge Führungskräfte

Für uns ist nicht entscheidend, in welchem Bereich der Wirtschaft Sie bisher Ihre Erfahrungen gesammelt haben.

Wir vermitteln Ihnen während einer gründlichen Ausbildung die notwendigen Fachkenntnisse. Dabei werden Sie auf Ihre neuen Führungsaufgaben systematisch vorbereitet.

Schwerpunkte Ihrer neuen Beschäftigung sind die Führung, Ausbildung und Motivation Ihrer Mitarbeiter.

Durch Ihre selbständige und verantwortungsvolle Tätigkeit beeinflussen Sie maßgeblich die Ergebnisse und das Aussehen des Restaurants.

Wir erwarten Einsatzbereitschaft, ein gepflegtes Äußeres und eine abgeschlossene Berufsausbildung mit guten Zeugnissen.

Wir bieten ein überdurchschnittliches Gehalt und gute Aufstiegsmöglichkeiten.

Wenn Sie diese außergewöhnliche und vielseitige Aufgabe reizt, bewerben Sie sich bitte mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und allen Schulabschluß- und Arbeitszeugnissen.



Bill Collins GmbH & Co. KG
Burgstraße 37
4330 Mülheim/Ruhr-Styrum

MINOLTA

Wir zählen zu den erfolgreichsten Fotokopierautomaten-Herstellern der Welt und suchen ab sofort oder spätestens zum 1. 7. 1983

CREDIT-CONTROLLER/EXPORTABTEILUNG

AUFGABEN: Mahnwesen für unsere ausländischen Fachhandelspartner durchführen, Bonitäts-Bewertung und Kredit-Entscheidungen treffen, Kontenpflege und Kontenüberwachung und Kreditversicherungen kontakten.

VORAUSSETZUNG: Männlich, Alter zwischen 25 und 35 Jahren, Deutsch und Englisch in Wort und Schrift, kaufmännische Ausbildung oder ausreichende Kenntnisse in der Kontokorrent-Buchhaltung oder Erfahrung aus Tätigkeit im internationalen Kreditwesen, schnelle Auffassungsgabe, Führerschein Klasse 3.

WIR BIETEN: Einen sicheren Arbeitsplatz, überdurchschnittliches Einkommen und entsprechende Sozialleistungen.

Interesse? Dann senden Sie uns bitte die üblichen Bewerbungsunterlagen.

Wir antworten sofort.

MINOLTA CAMERA Handelsgesellschaft mbH
Postfach 14 60, 3012 Langenhagen 1
Tel.: (05 11) 77 00-1

Steuerung des Material- und Warenflusses

Wir sind in Europa mit 800 Mitarbeitern in unseren Werken in Berlin, Belgien und Frankreich einer der bedeutendsten Hersteller von Kältekompressoren und Kälteaggregaten. Zur Sicherstellung einer reibungslosen und koordinierten Produktion sowie der gegenseitigen Belieferung der Werke untereinander mit Halb- und Fertigerzeugnissen und der pünktlichen Bedienung unserer Abnehmerschaft in Industrie, Fachhandel und Installationsgewerbe verfügen wir über eine

Hauptabteilung Zentrale Materialwirtschaft

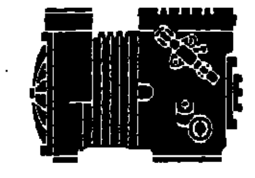
in der folgende Funktionen zusammengefaßt sind:

- Materialdisposition
- Fertigungssteuerung
- Lagerwesen
- Versand

Für die verantwortliche Leitung dieses Bereiches suchen wir einen branchenkundigen Praktiker der EDV-gestützten Organisation, der über fundierte Kenntnisse der Materialwirtschaft und der Logistik verfügt. Für die Teilbereiche seiner Hauptabteilung stehen ihm fachkundige, seit Jahren eingearbeitete Abteilungsleiter zur Seite, so daß er sein Hauptaugenmerk auf die stetige Verbesserung und Optimierung der vorhandenen Systeme richten kann und soll.

Die gesuchte Führungskraft muß über kaufmännische und technische Kenntnisse verfügen; ein Studium als Wirtschaftsingenieur wäre deshalb von Vorteil. Die internationale Aufgabenstellung erfordert die praktische Beherrschung der englischen Sprache; Französisch würde begrüßt. Die Position ist ihrer Bedeutung entsprechend unmittelbar der Geschäftsführung zugeordnet und entsprechend dotiert.

Interessenten im Alter um 35 bis 45 Jahre, die sich dieser komplexen Aufgabe gewachsen fühlen, werden gebeten, sich unter Zusendung vollständiger schriftlicher Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Handschriftprobe, Lichtbild, Zeugnisse, Gehaltswunsch, Eintrittstermin) an unsere Zentrale Personalabteilung zu wenden.



DWM COPELAND GMBH
Eichborndamm 141–187, 1000 Berlin 51
Tel. (0 30) 41 96 261

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn, Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechek

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Boyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.

Eine Auswanderer-Story

Wenn einem alles zu eng wird . . .



Nach Australien auswandern wollen Paul (Hilmar Thate) und Hedi (Katrin Schaake). Noch sind ihre Erwartungen groß. FOTO: KÖVESDI

Weggehen, alles hinter sich lassen, auswandern – das scheint Jahr für Jahr für immer mehr Menschen die einzige Lösung zu sein, auch wenn sie damit den Weg ins Ungewisse gehen. Australien ist eins der glückverheißenden Länder. 130 000 Menschen bewerben sich jährlich bei der Einwanderungsbehörde, doch nur 4500 dürfen dann schließlich auch einreisen.

Hedi und Paul Neumann, gespielt von Kathrin Schaake und Hilmar Thate, haben das begehrte Visum erhalten. In dem Fernsehfilm „Dingo", nach einem Skript

Dingo – ARD, 20.15 Uhr

von Karl-Heinz Willschrei, brechen sie also auf, von Oberbayern nach Australien, ein Ehepaar aus geordneten Verhältnissen, in den besten Jahren. Sie wollen, nachdem die Kinder groß geworden sind, noch einmal etwas schaffen, sich selber fordern.

„Mir wird's zu eng hier." – „Man wird ununterbrochen gegängelt", so erklärt Paul Neumann dem Sohn den Aufbruch. Paul und Hedi landen mit stattlichem Startkapital und der Aussicht auf einen Job tatsächlich in Sydney. Doch die große Wende erweist sich als trügerische Illusion: Paul lernt die Macht der Gewerkschaften kennen, Hedi kann sich nicht an die puritanischen Nachbarinnen in der öden Vorstadt Sydneys anpassen. Und beide beherrschen die Sprache nicht.

Schließlich fahren sie in das Landesinnere, nach Coober Pedy, wo die Erde wie mit Pusteln übersät ist, weil hier nach Opalen geschürft wird. Ihr ganzes Startkapital geben sie für einen Claim, doch das schnelle Geschäft erweist sich als Niete. Man hat sie übers Ohr gehauen. Noch einmal versuchen Paul und Hedi, gegen ihr Schicksal anzurennen. Denn ihren Mißerfolg eingestehen und demütig nach Rückreisegeld bitten, wollen sie nicht. So arbeitet Paul in sengender Hitze am Bau der gigantischen Ölhäfen. Doch nur die Jungen und Robusten halten das aus. Er versucht sich nun als Zutreiber auf einer Schaffarm, Hedi arbeitet dort als Köchin. Schließlich findet er sich am Ende der sozialen Leiter wieder: Er macht Jagd auf Dingos, jene gefürchteten Wildhunde, die in einer Nacht zahllose Schafe reißen. Pauls Anti-Karriere endet tragisch: Er gerät schließlich selbst in eine Dingo-Falle.

Einen spannenden Themen-Film, kein dokumentarisches Fernsehspiel wollte der WDR nach eigener Aussage machen. Die Regisseurin Ilse Hofmann („Winterreise", „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl") arbeitet mit kräftigen Strichen; sie konfrontiert mit Bildern aus dem Alltag Australiens.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

STUDIO

In Fernschreiben an die Intendanten der ARD-Anstalten hat die Aktionsgemeinschaft für Energiesicherung und Kerntechnik e. V. (AEK) gefordert, auf die geplante Übernahme des Fernsehfilms „**Im Zeichen des Kreuzes**" durch die 3. Programme am 16. Mai zu verzichten. Gerade in sensitiven und sensiblen Bereichen der Energiekontroverse sei sachliche und nüchterne Information gefragt und nicht, wie der Regisseur Boldt meinte, „Ängste und Emotionen bewußt zu machen". Die AEK forderte die Intendanten auf, sich dem Beispiel des Bayerischen Rundfunks anzuschließen und den Fernsehbeitrag abzusetzen.

Der Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR), Hans Bausch, wird im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat des SDR den bisherigen Chefredakteur Politik/Hörfunk, **Roderich Klett** (49), zum neuen Programmdirektor Hörfunk bestellen.

*

Einen „World Service" in englischer Sprache, der bewußt den „BBC World Service" nachahmt, sendet Radio Moskau schon seit Ende 1978 ins Ausland. Nun scheint man einen ähnlichen Dienst auch in französischer Sprache aufzubauen: Unter der Bezeichnung „**Radio Moscou International**" ist dieses Programm seit Anfang April über viele Sender und Wellen zu hören. Gesendet wird von drei bis fünf und von 15 bis 20 Uhr mitteleuropäischer Zeit.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.58 Aus dem Bundestag
Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl
anschließend
Luthertag auf der Wartburg
Feier zur Eröffnung der kirchlichen Veranstaltungen zum 500. Geburtstag Martin Luthers
Aufzeichnung des „DDR"-Fernsehens aus Eisenach

ARD

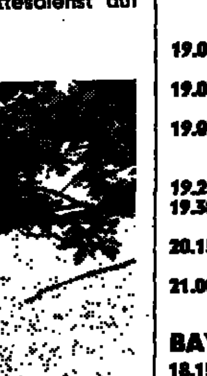
14.00 Aus dem Bundestag
Aussprache über die Regierungserklärung
17.25 Tagesschau
17.30 Luthertag auf der Wartburg
Gottesdienst zur Eröffnung der kirchlichen Veranstaltungen zum 500. Geburtstag Martin Luthers
20.00 Tagesschau
20.15 Dingo
Fernsehfilm von Karl-Heinz Willschrei
22.00 In solcher Gegend erscheint Gott
Lutherstätten in der „DDR"
Ein Filmbericht von Peter Merseburger, Leiter des ARD-Studios in Ost-Berlin
Die wichtigsten Stätten, an denen Luther lernte, lehrte und wirkte, werden vorgestellt. Sie liegen sämtlich im Gebiet der heutigen „DDR". Luther studierte in Erfurt, übersetzte die Bibel auf der Wartburg. *Die Hauptthesen der Reformation formulierte er in Wittenberg.* Die Dokumentation zeigt, wie *ein atheistischer Staat* Luther in seine Traditionspflege einbezieht, und wie die protestantische *„Kirche im Sozialismus"* das Erbe pflegt.
22.30 Tagesthemen
23.00 El Cambio – Machtwechsel in Spanien
Die Bewährungsprobe des Felipe Gonzales
23.45 Tagesschau

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

ZDF

15.10 Enorm in Form
Tele-Aerobic für die Familie
16.00 heute
16.04 Anderland
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Der Muschelräuber
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.53 Rauchende Colts
Der alte Cleavus, Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Der alte Cleavus, Teil 2
19.00 heute
19.30 Der internationale Jugendfilm
Das Leben wartet nicht
Kanad. Spielfilm, 1980
20.15 ZDF Magazin
Themen: Wende bei Steuern und Abgaben notwendig / Fragen an Gerhard Stoltenberg / Schikanen auf Transitstrecke nach drüben
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Krystle kontert
22.10 Heute im Parlament
Regierungserklärung und Debatte
Ausschnitte vom Tage
22.30 Jetzt ist die ganze Erde bedroht
Katholische Kirche und Atomrüstung
Am 3. Mai 1983 werden die nordamerikanischen katholischen Bischöfe ein Hirtenschreiben „zu Krieg und Frieden" verabschieden
23.15 Wer weiß, was Gott will aus den Deutschen machen?
Zum Luther-Festgottesdienst auf der Wartburg 1983
23.40 heute



Auf der Wartburg übersetzte Luther die Bibel. Heute wird dort das Luther-Jahr feierlich eröffnet – Aufzeichnung des „DDR"-Fernsehens aus Eisenach im Anschluß an die Regierungserklärung. FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Man könnte es auch „Mord" nennen . . .
Peter Williams sprach mit Überlebenden der „Titanic", des Passagierschiffes, das im April 1912 sank. Er will beweisen, daß grobe Nachlässigkeit zum Tode von 1522 Menschen führte.
22.15 Sein letztes Kommando
Amerik. Spielfilm, 1941
00.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Gorillas
19.15 Lebensraum Ostsee (5)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
Abschied von Berlin
22.05 Der Film-Club
3 Frauen
US-Spielfilm, 1976
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter . . .
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Antiquitäten in Serie
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Zukunft 2000 (5)
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Tempo '83

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (5)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Reden ist Gold
Talk-Show mit Elke Heidenreich
20.15 Reisewege zur Kunst:
Kos und Rhodos
21.00 El Dorado
Amerik. Spielfilm, 1965

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Zu diesem Leben gehört sehr viel Mut
19.45 Poldark (5)
20.40 Z.E.N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.50 Teleclub
Hazal
Türkischer Spielfilm, 1979
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week

KRITIK

Bayerisches Kunstgewerbe

Wie halt eine bayerische Volksgeschichte läuft: Da ist Kraft drin, da ist Saft dabei, da wandeln sich die Charaktere zu gestanzten Typen, man kennt sie, man liebt sie sogar, denn sie sind allesamt wie beglaubigte Erwartungen, die man an die bajuwarische Bilderscheibe stellt: „**Kampftag**" (ZDF).

Da ist eine kleine Baufirma, sie geht in Konkurs, nur der künftige Teilhaber weiß es nicht. Da sind Frauen im Spiel, „liab" möcht' man sie nennen, aber gerade das wird ihnen zum Verhängnis: Die Männer beuten sie aus, wie halt Machos sind. Zum Schluß, als alle Liebe im Abgrund der Schlechtigkeiten endet, als die Firma ihren Geist aufgibt, als aus der Zehn-Jahres-Feier ein Sauf- und Totschlag-Gelage wird, merkt man, daß das Stück aus der tiefsten Trivialkiste stammt.

Es war nur getarnt, teils durch die blutvollen (und blutverschmierten) Darsteller, teils durch den ambitionierten Autor, der mit viel Sorgfalt Szene um Szene, Einstellung um Einstellung in den Kasten schob, geschmäcklerisch im Detail verweilend, mit einem Tempo, das der Baustelle im Film angemessen war. Aber auch er – Manfred Grunert – verlor, als schließlich bei jedem Schritt und jeder Geste die entsprechende Regieanweisung hindurchschimmerte.

Fazit: Schönes Kunstgewerbe aus Spanplattenverschnitt.

VALENTIN POLCUCH

Kurzweil mit Oppenheimer

Das klingt wie der Titel eines Abenteuerfilms – „**Diamanten-Fieber**" (ZDF) –, doch in Wahrheit war es ein Geschäftsbericht. Der weltweit operierende Diamanten-Konzern De Beers (Südafrika) berichtete gewissermaßen exklusiv darüber, wie 1982 das Geschäft mit Diamanten gelaufen war. Sonst durchaus nüchterne Daten, wie Preise, Förderung, Umsatz, Marktanteile oder Gewinne und Dividenden, wurden locker ins Bild gesetzt. Dem Zuschauer jedenfalls geriet der Beitrag unversehens zur Unterhaltung. Oppenheimer funktionierte mühelos selbst provozierende Fragen zu den Geschäftspraktiken der De-Beers-Gruppe ins Gegenteil um. Der Diamantenmarkt werde manipuliert, die Preise durch künstliche Verknappung des Angebots möglicherweise doch übertrieben hoch gehalten. Diesen herbeigefragten Hintergrund benutzte Oppenheimer überzeugend dazu, darzustellen, wie umsichtig das Diamantengeschäft in Wahrheit geführt wird. Zum Nutzen von Produzenten, Händlern und Verbrauchern. Denn trotz zehnfach höherer Preise als vor 30 Jahren kommen Brillanten heute schließlich schon in Kaufhäusern an die Kunden. Früher war das völlig undenkbar.

Wann eigentlich lernen deutsche Unternehmer, ihre Leistungen genauso überzeugend und selbstbewußt, so farbig und derart unterhaltend zu verkaufen wie Harry F. Oppenheimer? WERNER OBST

Uhrenklau bei Sir David

I. Br. – In Israel wurden ein paar wertvolle Uhren geklaut. Was aus diesem Kriminalfall jedoch ein Politikum macht, ist die Tatsache, daß diese Uhren im „L. A. Mayer Memorial Institut for Islamic Art" aufbewahrt wurden.

Der Londoner „Fonds für moslemische Kunst" appellierte deshalb nicht nur an die Antiquitätenhändler und Auktionäre, bei der Auffindung des Diebesgutes zu helfen, er eilte auch flugs auf das Telegrafenamt. Eine Botschaft schickte er an die Islamische Konferenz in Dschidda, eine andere an die Unesco in Paris. Darin wurde behauptet: „Seit dem Raub Palästinas durch die Israelis ist systematisch eine Aktion mit dem Ziel in Gang gesetzt worden, das moslemische Erbe und die Heiligen Stätten des Islam zu vernichten und zu zerstören." Der Uhrendiebstahl ist in dieser Betrachtungsweise nur ein Mosaikstein dieser Verschwörung gegen die islamische Kultur.

Die Sache hat nur einen Haken. Darauf wies der Leiter des Museums, Dr. Gabriel Moriah, in einem Gespräch mit der WELT hin: „Die Räuber waren ausschließlich in einem Raum, und aus diesem Raum ist nicht ein einziges islamisches Objekt gestohlen worden, sondern ausschließlich die Uhren, rund hundert Stück." Zu ergänzen ist, daß es sich bei den Uhren nicht um Beispiele islamischer Kunst handelt.

Das Institut wurde zwar aus Mitteln und auf Initiative der (inzwischen verstorbenen) Vera Salomon errichtet, um in der israelischen Öffentlichkeit Verständnis und Anerkennung für die hohe Qualität islamischer Kunst zu wecken. Aber in einem gesonderten Raum wurden auch wertvolle Uhren, mechanische Instrumente und Gemälde untergebracht, die von Vera Salomons Vater stammen, einem bedeutenden Fachmann der Uhrenkunde. Seine Schätze sind unter Fachleuten als „Sir David Salomons Sammlung" ein Begriff. Darauf hatten es die Diebe abgesehen, und nicht auf Islamisches, das sie genauso leicht hätten mitnehmen können.

Yves Montands Interview im Figaro-Magazin

Blick von ganz unten

Seit einigen Jahren gehört es in Kreisen der schicken Linken zum guten Ton, sich vom Kommunismus zu distanzieren. Aber das geschieht fast immer auf eine unverbindliche Weise, die keinerlei Konsequenzen mit sich bringt. Man hält an den alten Parolen fest, sagt nur, die Kommunisten hätten sie verraten. Man distanziert sich beflissen von der anderen Hälfte der Bevölkerung, die nie den roten Schlagworten aufgesessen ist. Mit denen will man nichts zu tun haben: Man verhöhnt sie als die „schweigende Mehrheit", man beschimpft sie als „die Rechte". So ist man nicht mitverantwortlich für Afghanistan und bleibt doch ein guter Linker.

Nun hat Frankreichs Star-Chansonnier Yves Montand mit diesem Ritus auf eine Weise gebrochen, die in Frankreich einiges Aufsehen erregt hat. Montand war mit seiner Frau, der Filmschauspielerin Simone Signoret, viele Jahre lang Aushängeschild der KP gewesen. Aus dieser Zeit datieren Anekdötchen wie diese: Wenn die Montands innerhalb ihrer Zelle den Auftrag zum Verteilen der Parteizeitung „L'Humanité" erhielten, schickten sie den Diener damit auf die Straße.

Allerdings: Von Budapest 1956 über Prag 1968 bis zu Afghanistan kühlte sich Montands Liebe zum Großen Bruder schrittweise ab. 1982 tönte er bereits: „Wenn es die Sache der Linken ist, das zu billigen, was die Pinochets von Moskau in Mitteleuropa tun, so kann das nicht die Linke sein." Ein guter Trick, sich mit der Wendung von den „Pinochets von Moskau" gegen den Verdacht zu sichern, kein guter Linker zu sein.

Aber nun hat Montand auf jede Vorsicht verzichtet. Das sieht man schon an der Zeitschrift, der er sein Exklusiv-Interview gab: Es ist das Organ der „schweigenden Mehrheit" Frankreichs, das „Figaro-Magazine". Und Montand greift heftig den Mythos von der „guten Linken" und der „bösen Rechten" an, mit der die Volksfrontlinie in Paris über ihre Mißwirtschaft hinwegzutäuschen sucht.

Gewiß: Von den kleinen Gruppen der Rechtsextremisten will Montand nichts wissen. „Aber ich akzeptiere es nicht mehr, daß man einen großen Teil der Franzosen als ‚Aufrührer' bezeichnet. Oder sie gar ernsthaft dafür hält ..." Jeder Franzose weiß, wer im Volksfront-Jargon mit diesen „Aufrührern" (factieux) gemeint ist: die rechte Hälfte von Frankreich, die 1981 nicht Mitterrand gewählt hat oder, wenn sie es tat, das heute bereut.

Montand sagt auch genau, weshalb er das nicht mehr zulassen will „Ich scheue mich nicht, festzustellen, daß es die Rechte war – nämlich die Gaullisten –, welche in den Jahren 1958 bis 1973 in Frankreich einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung zustande gebracht hat. Die Linke war es nicht." Montand will sich nicht weiterhin dem „betulichen Linkskonformismus" hingeben, der so gefährlich sei, weil er den schlimmsten Gefahren Tür und Tor öffne.

Übrigens gibt Montand offen zu, daß er sich in seiner kommunistischen Zeit sogar in der Auswahl seiner Lieder von der Parteilinie habe bestimmen lassen: „So habe ich beispielsweise ‚C'est si bon!' nicht mehr gesungen, weil es schon zu ‚amerikanisch' wirkte ..." Der Grundfehler sei gewesen, daß man sich von den Kommunisten ein schlechtes Gewissen habe aufreden lassen „wegen der Gewinne, die doch die Frucht unserer Arbeit waren".

Heute findet Montand, daß er das nicht nötig habe: „Schon mit elfeinhalb Jahren mußte ich in der Fabrik arbeiten. Ich weiß, was ein mühsames Leben ist – ich kenne die Sehnsucht nach einem Leben, das zu leben sich lohnt." Doch daraus zieht er heute einen anderen Schluß als früher: „Die Menschen, die so leben, müssen sich auch selber anstrengen, um aus der Lage, in der sie sich befinden, herauszukommen. *Tun sie das nicht, so sind sie auf Gedeih und Verderb den demagogischsten Lösungsvorschlägen, die es nur geben kann, ausgeliefert ...*"

Mit dieser Einsicht ist Montand aus dem Linkskonformismus ausgebrochen. Und man wundert sich nicht, daß er in seinem Interview in sämtliche Fettnäpfchen tritt. So macht er sich lustig über seine früheren Genossen, die zwar mit Reagan hart ins Gericht gehen, aber Andropow mit Samthandschuhen anfassen. Er weist die Gleichstellung von Salvador mit Afghanistan, Polen oder Kuba zurück: „Immerhin kann ich, so schlimm es in Salvador auch stehen mag, mich dorthin begeben und Aufnahmen machen. Versuchen Sie das mal in Kuba oder Afghanistan!" Und den Kollegen, die ihn stets um seine Erfolge beneidet haben, wirft Montand kühl hin: „Gewiß will ich in diesem Land (Frankreich) bleiben, das ich liebe ... Aber wenn Ihr von mir verlangt, daß ich hier investieren soll, so ist es doch ganz normal, daß ich auch einen Gewinn haben möchte. Wozu investiert man denn sonst?" – Das wagt heute anscheinend nur noch einer auszusprechen, der sich von ganz unten heraufgearbeitet hat.

ARMIN MOHLER

Die Darmstädter WB sucht nach neuen Wegen

Melville im Ausverkauf

Die Wissenschaftliche Buchgesellschaft in Darmstadt, die ein Angebot von rund 3300 überwiegend wissenschaftlichen Büchern zum Versand bereithält, ist in letzter Zeit wiederholt ins Gerede gekommen. Das begann im Juli 1982, als die WB in Tübingen einen „Treffpunkt" einrichtete und sich prompt den Zorn der ortsansässigen Buchhändler zuzog.

Seit Jahren praktiziert die Wissenschaftliche Buchgesellschaft ein ebenso einfaches wie kostengünstiges Verfahren, ihre Mitglieder (die Zahl liegt über 100 000) preisgünstig mit der Produktion großer Verlage zu versorgen. Durch Einkleben eines Zettels „Sonderausgabe für die Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt" nämlich können die Mitglieder z. B. Melvilles Romane erwerben, wobei die „Sonderausgabe" sich in nichts von der Ausgabe der „Dünndruck-Bibliothek der Weltliteratur" aus dem Münchener Winkler Verlag unterscheidet.

Abgesehen natürlich vom Preis: Denn der liegt um rund 30 Prozent niedriger. Kein Wunder also, daß sich die Tübinger Buchhändler streng dagegen verwahrt haben, daß die WB ihre Schaufenster mit derartigen Büchern dekoriert, die im Programm der Buchgesellschaft immerhin rund 30 Prozent ausmachen. Die restlichen 70 Prozent sind Eigenproduktionen.

Aber damit nicht genug. Was lange Zeit stillschweigend geduldet wurde (und im Grunde genommen einer Aufhebung des Ladenpreises gleichkam), hat im November 1982 den „Ausschuß für Wettbewerbsfragen" des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels auf den Plan gerufen. Beschlossen wurde, daß die Wissenschaftliche Buchgesellschaft von 1984 an Originalausgaben nicht mehr unter dem Ladenpreis verkaufen darf. Damit ist die „Zettel-Wirtschaft" zu den Akten gelegt.

Inzwischen bemüht man sich in Darmstadt intensiv darum, neue Wege auszukundschaften, damit das Terrain in Zukunft nicht anderen großen Versandbuchhandlungen überlassen werden muß. Denn immerhin verfügt man über einen großen Mitgliederstamm, der im Jahr zwölf Mark als Beitrag zahlt und lediglich zur Abnahme eines Buches (auch Schallplatten, moderne Graphik und Büchermöbel werden von der WB geliefert) verpflichtet ist.

Einen Anreiz besonderer Art stellt hier das moderne wissenschaftliche Antiquariat dar, das die WB inzwischen eingerichtet hat. Wissenschaftliche Bücher, die man schon immer kaufen wollte, werden in Sonderaktionen äußerst preisgünstig angeboten. Diese Praxis scheint nun aber auch auf Sachbücher aller Art ausgedehnt zu werden. Und genau damit rückt die WB doch in die Nähe der allgemeinen Versandbuchhandlungen.

KARL P. APONER

Die Erben der großen flämischen Malertradition – Brüssel dokumentiert „150 Jahre belgische Kunst"

James Ensor und die Blumen des Guten

Von einer belgischen Kunst kann erst seit hundertfünfzig Jahren die Rede sein. Das führt das Königliche Museum der Schönen Künste in Brüssel mit überzeugendem Beweis- und Anschauungsmaterial aus eigenem Besitz vor Augen. Fast vierhundert Gemälde, Skulpturen und Zeichnungen wurden zu dieser großen Sommerausstellung vereinigt, die in der Tat den „vielfältigen Glanz" widerspiegelt, den Emile Verhaeren der belgischen Kunst bescheinigt hat.

Das Land, in seiner Ausdehnung und Einwohnerzahl ungefähr mit Baden-Württemberg zu vergleichen, hat seit je bedeutende Künstler hervorgebracht, einen Rubens, Jordaens und van Dyck, van der Weyden, die Bruegels und viele andere. Sie stammten aus Brüssel, Antwerpen, Tournai oder Löwen (wie Massys), aber sie waren keine Belgier, denn das unabhängige Königreich Belgien gibt es erst seit 1830. Seither sprechen wir Rechtens von einer belgischen Kunst. Sie setzte sich sogleich mit dem pompösen Brüsseler Justizpalast von Joseph Poelaert ein ebenso kurioses wie ehrgeiziges Denkmal.

Die Künstler machten sich zu den ersten Interpreten patriotischer Gefühle; der revolutionäre Elan brachte die belgische Romantik in Schwung, die nationale Begeisterung beflügelte eine neue Historien-Malerei, die mit den Namen Gallait, Bièfve und de Keyser verbunden ist. Ihre Wanderausstellungen entfachten einen Aufruhr samt Gelehrtenstreit in ganz Europa und blieben nicht ohne Einfluß auf die deutsche Historienmalerei. Louis Gallait und Nicaise de Keyser sind, mit kleineren Formaten, hauptsächlich als Porträtisten in der Ausstellung vertreten, desgleichen der ingeniöse Antoine Wiertz und Gustav Wappers, der patriotische Anführer der belgischen Romantiker. Ihr Rang als Historienmaler kommt dabei freilich nicht zur Geltung.



Träumender Arrangeur paradoxer Wirklichkeiten: „Femme au chapeau" (1936) von Paul Delvaux, aus der Brüsseler Ausstellung FOTO: KATALOG

Wer die flämische Tradition kennt, wird über die weitere Entwicklung nicht verwundert sein. Die Erinnerung an die Kleinmeister und Genremaler früherer Jahrhunderte bewirkte eine erneute Hinwendung zum Realismus, der allmählich zur Mäßigung der romantischen Erregtheit beitrug, aber keinem Programm folgte und so sich eine Fülle von Talenten entfalten ließ. Da waren zum Beispiel die Brüder Stevens, von denen der eine, Alfred, die schönen Damen von Paris, der andere, Joseph, nichts als Hunde malte. Damit konnten beide nicht nur Baudelaire begeistern, dessen „Fleurs du Mal" der kongeniale Félicien Rops illustrierte, der uns hier mit zwei realistischen Ölbildern überrascht.

Landschaften (Hippolyte Boulenger), Seestücke (Artan des Saint-Martin), ländliches Genre (Jean Stobbaert), Stilleben und Interieurs (Henri de Braeckeleer), Zeit- und Sozialkritik (Charles Hermans, Charles de Groux) bilden die Themen dieser Malerei, die sich einerseits der heimischen Tradition verpflichtet, andererseits aber offen und empfänglich für ihre Zeit erweist. Nach dem Bauern und Handwerker gewinnt der Arbeiter in seiner Würde und Gefährdung zum erstenmal Gestalt in dem malerischen und bildhauerischen Werk von Constantin Meunier.

Selbstverständlich verliefen die künstlerischen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts in keinem Land isoliert. Belgische Künstler studierten in Düsseldorf und in Paris, sie hielten Verbindung nach Barbizon und Den Haag. Gleichwohl hatte Belgien seine eigene Romantik, seinen eigenen Realismus, und so ist auch der belgische Impressionismus kaum mit dem französischen zu vergleichen, eher schon mit Liebermann oder Corinth, wenn man etwa die Bilder von Courtens, Vogels, Wolvons, van Rysselberghe oder Rik Wouters in Betracht zieht. Wouters freilich und erst recht James Ensor sind dermaßen eigenständige Persönlichkeiten, daß sie sich schwerlich einem verallgemeinernden Stil einordnen lassen.

Ensor, sicher der phänomenalste belgische Maler jener Epoche, ist hier mit sieben Bildern aus verschiedenen Schaffensperioden und zahlreichen Zeichnungen seinem Rang entsprechend würdig vertreten; man spürt seine Einmaligkeit und versteht seinen vielfachen Einfluß auf den (deutschen) Expressionismus. Für den flämischen Expressionismus steht die überragende Gestalt des Malers und Bilderhauers Constant Permeke, der mit vier Gemälden und einer großformatigen Zeichnung eine starke Gruppe von Malern anführt, deren erdhaft-kraftvolle Ausdruckskunst wesentlich von sozialen und zeitkritischen (Laermans, van den Berghe), religiösen (Jakob Smits), symbolistischen (Minne, Woestyne) oder flämisch-primitiven Elementen und Motiven durchsetzt ist.

Merkwürdigerweise fehlt Franz Masereel in Brüssel, wie man auch später bei den Konstruktivisten den bedeutenden Georges Vantongerloo vermißt. Henry van de Velde, wegweisend als universeller Künstler, wird lediglich als pointillistischer Maler mit einem schönen Ölbild vorgestellt.

Die sogenannte Moderne unseres Jahrhunderts fand in Belgien einen von den alten Meistern wohlvorbereiteten Boden vor, auf dem der Surrealismus genauso gut gedeihen konnte wie der abstrakte Expressionismus. René Magritte und Paul Delvaux repräsentieren auf höchstem Niveau die gegensätzlichen Möglichkeiten phantastischer Malerei, Delvaux als träumender, Magritte als bewußter Gestalter und Arrangeur paradoxer Wirklichkeit. Pierre Alechinsky, der als Mitbegründer der Gruppe COBRA (= Copenhagen, Brüssel, Amsterdam) das „BR" vertritt, darf sich zu den wichtigsten Wegbereitern des abstrakten und halbabstrakten Expressionismus zählen lassen, der in Belgien eine weit größere Gefolgschaft hatte, als die Brüsseler Auswahl ahnen läßt.

Die reine, geometrische Abstraktion, einschließlich Konstruktivismus und Pop-art, ist mit Delahaut, de Boock, Flouquet, Joostens, Rets und Leblano zum Beispiel besser vertreten. Unter den Bildhauern empfehlen sich von den Zeitgenossen vor allem die Brüder Reinhoud und Roel D'Hasse, Oscar Jespers, auch Vic Gentils, wenn man den Begriff der Plastik auf die Assemblage erweitert. Belgien hat, das lehrt diese Ausstellung, Wesentliches zur Kunst der letzten anderthalb Jahrhunderte beigetragen. (Bis 30. Juni; Katalog franz. oder fläm., 300 bfr).

EO PLUNIEN

Mrozeks „Truthahn" im Polnischen Theater Kiel

Drei Bauern steigen aus

Dagegen ist beim Matthias eine Ringelnatter in den Borschtsch gefallen, der Matthias hat den Löffel weggelegt und gesagt: ‚Das eß ich nicht'." Originalton aus Slawomir Mrozeks „Der Truthahn", aufgeführt vom Polnischen Theater in Deutschland, Sitz Kiel. Spielort ist ein abgetakeltes Vergnügungslokal namens „Ball Pompös", weit vom Stadtzentrum Kiels entfernt, da, wo mancher Kulturpolitiker jetzt die „in Zusammenarbeit mit der Stadt Kiel" im vorigen Jahr gegründete „Initiative Polnisches Theater" hinhaben möchte und nun Angst bekommt vor den Geistern, die er da rief. Weil das ja unter Umständen bedeuten könnte, daß ihn die gegenwärtigen Machthaber in Polen nicht mehr so freundlich und so oft einladen wie bisher.

Es scheint, es geht ihm wie dem Matthias mit seinem Borschtsch. Denn alle Schauspieler sind aus Polen geflohen. Mit wenig Geld – fast alle Spieler leben von der Sozialhilfe, sind Asylbewerber, entweder mit Aufenthaltsgenehmigung oder einfacher Duldung – aber mit um so mehr Engagement läßt der Regisseur Alexander Berlin hier Theater machen, das unsere oft saturierten Stadttheater das Staunen lehren könnte.

In einem wirkungsvoll gestalteten Bühnenbild aus zusammengenähten Kartoffelsäcken werden eine Schenke und eine Mühle sichtbar, in der sich drei Bauern über ihr elendes Leben unterhalten. Sie haben zu nichts mehr Lust, wissen nicht mehr, was sie sollen, negieren allen Lebenssinn. Die Sinnlosigkeit dieser Existenz quält genauso einen in der Mühle wohnenden Dichter (Henryk Nolewajka) und einen entlaufenen Hauptmann (Tadeusz Galia), und gemeinsam versuchen sie ihre Langeweile zu bekämpfen. Ihre Unlust zu jeglicher Produktivität unter diesen Verhältnissen wird auf eine harte Probe gestellt, als ein attraktives Liebespaar aufkreuzt – auf der Flucht vor dem regierenden Herzog mit seinem Geheimpolizisten. Die Regie hat kurzerhand die Figur des Klausners in die eines Polizisten der berüchtigten polnischen Zomo-Truppe umfunktioniert, die ja bekanntlich die übelsten Verfolger der „Solidarnosc" gewesen sind.

Wie die spannende Handlung weitergeht, soll hier nicht verraten werden. So viel aber schon: Sie ist trotz aller Sprachschwierigkeiten (es wird vorwiegend polnisch gesprochen) spritzig und witzig in Szene gesetzt, dank Slapstick-Einlagen, Pantomime und viel Musik und wird als Tourneeunternehmen trotz der mangelhaften Courage mancher Politiker hoffentlich in vielen Städten unseres Landes zu bewundern sein.

CHRISTIAN OTTO

Nathan Milstein auf Deutschland-Tournee

Verhauchtes Pianissimo

Den Deutschen, soweit sie herzlich-warmem Ausdruck den Vorzug geben vor leicht unterkühlt wirkender Vergeistigung, hat Nathan Milstein eigentlich stets zu vollkommen gespielt. Man nannte sein Spiel erhaben, monumental, kaum jemals hinreißend. Nur wenn es darum ging, die Stimmen einer Bachschen Fuge auseinanderzulegen und wieder zusammenzuführen, war der Tenor der Bewunderer einhellig: Großartiger und klarer hat so schnell niemand die Wunder Bachscher Geigenpolyphonie ausgebreitet.

Der 79jährige tut es seit bald 60 Jahren auf den Konzertpodien der Welt, und noch immer in jener legendären Makellosigkeit, die offenbar auch das Alter fast unangefochten läßt. Wenn man die Augen schließt, hört man Milsteins Bogenwechsel auch heute noch nicht. In der Düsseldorfer Tonhalle eröffnete er eine Tournee durch die Bundesrepublik, die ihn noch in fünf weitere Städte führt, aber zunächst unter einem unglücklichen Aspekt startete. Weil Milsteins Begleiter Georges Pludermacher erkrankte, spielte der Altmeister einen Soloabend.

Doch was dem einen sin Uhl, war den Düsseldorfern die Nachtigall. Was auf den ersten Blick, personalmäßig betrachtet, nur die Hälfte des Versprochenen schien, war auf den zweiten der ganze Milstein mit eben einem Bach-Programm mit nur zwei auflockernden Paganini-Capricen dazwischen anstelle des angekündigten Gemischtwarenladens von Geminiani bis Wieniawski. Die Düsseldorfer Milstein-Freaks jubelten.

Tatsächlich, wenn überhaupt Makellosigkeit möglich ist auf einem Instrument, auf dem man bestenfalls zwei Töne gleichzeitig spielen kann, dem aber ganze Akkordketten aufgegeben sind, dann leistet die dieser fast 80jährige. Die Höhepunkte waren unschwer auszumachen: die Fuge in der g-Moll-Sonate, in die Milstein so meisterlich hinüberleitete. Vor allem aber die überlebensgroße Fuge der C-Dur-Sonate – fabelhaft, mit welcher gelassenen Übersicht und ohne jede Konzentrationspause Milstein mit dieser Mehrstimmigkeit zauberte, als sei die Geige fürs polyphone Spiel prädestiniert.

Milsteins spieltechnisches Können, kein Zweifel, ist eben über diesen immer noch erhaben. Die Hexenkünste, die die Mittelstücke der Paganini-Capricen verlangen, degradiert er fast, auch wenn nicht alles mehr so blitzend kommt, wie man es von ihm kennt. Aber wenn er ein Pianissimo spielt, ja verhaucht, ist sein Bogen immer noch die Ruhe und Leichtigkeit selbst. Am Ende stoppte er den Beifall nicht mit Zugaben, sondern mit dem schlichten Hinweis, er sei jetzt müde. Wer wollte es ihm verdenken?!

DIETER SCHÜREN

Zwischen den Mühlsteinen der Ideologien: Günter Lamprecht als naiver Kraftmaxe in Hennig Stegmüllers Film „Milo Barus" FOTO: DIE WELT

H. Stegmüllers Filmerstling „Milo Barus, der stärkste Mann der Welt"

Viel Kraft, aber nur wenig Hirn

Zweimal vier Jahre trieb er sich in der Welt herum, in Indien, Afrika und Amerika. Als er 1938 zurückkam, heim ins mährische Weidenau, hatte Hitler sein Wort von 1934 eingelöst: Emil Bahr, der sich „Milo Barus, der stärkste Mann der Welt" nannte, erkannte Deutschland nicht wieder und die Menschen seines Dorfes auch nicht. Wo einmal Freundschaft und Nachbarschaft herrschten, waren sie nun von Ideologien besessen. Zwischen deren Mühlsteine geriet der Kraftmaxe prompt.

Henning Stegmüllers Film-Erstling mit dem Text des Zirkusplakats im Titel erzählt davon ausführlich. Denn diesen Milo Barus, den gab es ja wirklich. Hufnägel drehte er zu Korkenziehern, ein lebendes Pferd trug er eine sieben Meter hohe Leiter empor, ein Sportauto stemmte er mit den Füßen.

Aber wie es so geht: Wo viel Kraft ist, da ist oft wenig Hirn. Weil Emil Flugblätter schmuggelt, kommt er ins Zuchthaus. Danach arbeitet er als Kraftfahrer. Einem Mordauftrag der Gestapo entzieht er sich. Als die Russen einmarschieren, wird er Polizeichef und überführt angebliche Nazi-Häuser ins „Eigentum des tschechischen Volkes". Was dieses nicht hindert, den Deutschen Milo Barus zu vertreiben.

In Bayern trifft man ihn wieder, auf dem Jahrmarkt. Und dort trifft ihn auch einer der Enteigneten von Weidenau wieder. Er zeigt ihn an, Bahr wird verhaftet. Wieder frei, setzt er sich ab in die „DDR".

Dort feiert er als Kraftmaxe wieder Triumphe, geht hochgeehrt in Pension, und die „Süddeutsche Zeitung" schreibt einen Artikel über ihn, in dem auch steht, daß Barus politische Witze erzählt. Von volkseigenen „Staatsorganen" bedroht, flieht Bahr zum letztenmal in seinem Leben – in die Bundesrepublik.

Das alles erzählt der Film so hübsch geradeheraus wie die Brüder Grimm ihr Märchen vom Rotkäppchen, mit ein paar Retuschen freilich, die aus der ideologischen Voreingenommenheit des Jungregisseurs stammen. Aus dem Muskelmann möchte Stegmüller auch charakterlich am liebsten den „stärksten Mann der Welt" machen, ja, er tritt sogar ernstlich an, ihn als „Widerständler" zu verklären. Und der war nun Milo Barus sicher nicht.

Daß er sich nie einfach verkaufte, sich nie anpaßte und stets sich selber treu blieb, ein deutscher „Kilroy mit dem goldenen Herzen" wie bei Tennessee Williams, das ist allerdings richtig. Wohl deshalb fand er sich in der Welt, die er vorfand, nicht zurecht. So spielt ihn auch Günter Lamprecht, eigensinnig und einfältig – zu differenzieren ist da nicht viel.

Die Kamera (Paco Joan) fängt idyllische Dorfbilder ein und packende Szenen eines Catcher-Turniers, Zirkusleben und Wirtshaustrubel. Präzis sind Milieu und Menschen geschildert. Und doch – das ist eigentümlich –: Weil der politische Hintergrund ausgeblendet ist, wird der liebevoll anvisierte Vordergrund unscharf.

Nichts ist gewonnen damit, daß Stegmüller „richtige" Artisten engagierte und Menschen, die noch mit Milo Barus „auf Tour" waren. So wie die Story noch nicht den Film macht, so ist Authentizität eben nicht schon die Wahrheit.

KATHRIN BERGMANN

JOURNAL

Ehrendoktorwürde für Sacharow

DW. Bonn

In einer Feierstunde hat das Tel Aviver Weizman-Insititut Andrej Sacharow die Ehrendoktorwürde verliehen. In der Begründung heißt es, daß Sacharow der Doktor der Philosophie honoris causa in Anerkennung seiner Leistungen im Bereich der Physik allgemein, im besonderen seines wichtigen Beitrages zur theoretischen Plasmaphysik und seiner jüngsten Leistungen im Bereich der Elementarteilchenphysik verliehen werde. Zugleich werde mit dieser Auszeichnung Sacharows „furchtloser Kampf gegen die Tyrannei und Unterdrückung der sowjetischen Regierung" gewürdigt. Sacharows Würde und sein Mut gereichten nicht nur ihm selbst, sondern der wissenschaftlichen Gemeinschaft weltweit zur Ehre. Sacharow war bereits in früheren Jahren die Ehrendoktorwürde der Universitäten Tel Aviv und Jerusalem zuerkannt worden.

Wiblinger Festspiele mit „Alexanderfest"

Reg. Ulm

Mit der Oper „Der hochmütige, gestürzte und wieder erhabene Croesus" des Hamburger Barockkomponisten Reinhard Keiser werden am 7. Juli die Wiblinger Festspiele in der Anlage des ehemaligen Benediktinerkonvents in Wiblingen eröffnet. Außer „Festmusiken", Kammerkonzerten, „English Ayres" mit James Bowman, Tänzen und Theaterstücken stehen bis zum 17. Juli zwei Raumkonzerte und Händels „Alexanderfest" auf dem Programm. Als Uraufführungen werden Kompositionen von Peter M. Hamel, Bruno Liberda, Violeta Dinescu und Detlev Müller-Siemens angekündigt. Die Gesamtleitung des jungen Festivals haben Eberhard Kloke und Roland Haas inne.

Zum zweiten Mal: Fotobuchausstellung

DW. Stuttgart

Zum zweiten Mal findet in Stuttgart die Internationale Fotobuch-Ausstellung statt. 400 Verlage aus Europa, Amerika und Japan zeigen rund 1500 Titel. Davon sind etwa zwei Drittel Bildbände, während sich die anderen Bücher mit der Fototechnik befassen. Die Ausstellung ist vom 6. bis zum 29. Mai im Landespavillon Baden-Württemberg zu sehen. Außerdem hat Lindemanns Buchhandlung, die schon die erste Fotobuchausstellung 1980 erarbeitete, einen Katalog mit rund 1400 Titeln zum Thema Fotografie zusammengestellt.

Europarat-Preis für das Aland-Museum

DW. Straßburg

Das Aland-Museum auf den finnischen Aland-Inseln erhielt den diesjährigen Europarat-Museumspreis. Diese Auszeichnung besteht in einer Skulptur von Joan Mirò, die das Museum ein Jahr lang ausstellen kann, sowie einem Betrag von 15 000 Franc. Der Preis wird seit 1977 alljährlich einem Museum zugesprochen, das einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis des kulturellen Erbes Europas geleistet hat.

Bau für schottische Akademie in Glasgow

SAD. Glasgow

Die Königliche Schottische Akademie für Musik und Drama erhält in Glasgow ein neues Haus, für das über 60 Millionen Mark aus Steuermitteln veranschlagt wurden. Es soll in den nächsten vier Jahren realisiert werden. Das neue Akademiegebäude wird dann ein Operntheater und einen großen Konzertsaal besitzen. Akademie-Professor Robin Orr wird zur Einweihung eigens eine Oper komponieren, basierend auf Tom Stoppards Bühnenversion von Nestroys Posse „Einen Jux will er sich machen".

Referate über die Musik im NS-Staat

DW. Köln

Die Kölner Musikhochschule veranstaltet in diesem Sommersemester eine Ringvorlesung über „Aspekte der Musik im NS-Staat". U. a. referieren Alphons Silbermann über „Faktoren des Beitrags der Juden zum deutschen Kulturleben" (19. 5.), Peter Csobadi über „Musikleben in Horthy-Ungarn" (26. 5.), Dietrich Kämper über „Neue Musik im faschistischen Italien" (9. 6.) und Dietrich Schulz-Köln über „Die Nazis und der Jazz" (23. 6.). Ein Abschlußkolloquium ist für den 30. 6. angesetzt.

Naive Maler aus Deutschland in Chicago

DW. Böblingen

Zu der Ausstellung „Naive and Outsider Painting from Germany", die noch bis zum 29. Mai im Museum of Contemporary Art in Chicago zu sehen ist, erschien jetzt ein umfangreicher großformatiger Katalog. Er reproduziert die meisten Werke in Farbe. Zu beziehen ist dieser Katalog, der einen Überblick über die Naive Malerei in Deutschland gibt, direkt vom Museum (23 East Ontario Str.) oder über die Firma Eisenmann in Böblingen (Tübinger Str. 81), die die 123 Bilder von 47 Malern aus ihrer Sammlung zur Verfügung stellte. Der Katalog kostet 19,95 Dollar.

Zweifel am Flucht-Boot für Nazi-Prominenz

WERNER KAHL, Bonn

Noch lukrativer als das sagenhafte Lochness-Ungeheuer lassen sich nach Ansicht von Marinefachleuten jetzt Storys über angebliche Flucht-U-Boote der Nazi-Prominenz vermarkten. Stellungnahmen zu jüngsten Sensationsberichten über ein auf dem Grund der Karibischen See entdecktes „geheimes" deutsches Unterseeboot aus dem Zweiten Weltkrieg reichten gestern von der sechzehneinhalb Zentimeter hohen Schlagzeile „18 tote Nazis drin?" bis zu der skeptischen Bemerkung des Nazi-Jägers Simon Wiesenthal gegenüber der WELT: „Ein Schmetterling im blühenden Seemannsgarn um das Bermudadreieck."

Selbst das britische Verteidigungsministerium sah sich auf Grund der Anfragen zu einer abwiegelnden Äußerung veranlaßt, um den Eindruck zu vermeiden, die britische Regierung werde dem Bootsentdecker bei der Bergung behilflich sein. Nach einem Bericht der Londoner „Times" hatte der 41jährige Amerikaner Roger Miklos vor wenigen Monaten ein in etwa 25 Meter Tiefe liegendes U-Boot von ungewöhnlicher Bauweise entdeckt. Der Bekanntgabe des Fundes schloß der Bergungsunternehmer Vermutungen an, mit dem Boot wollten möglicherweise führende Nazis gegen Ende des Krieges nach Übersee flüchten. Der Fund gab zugleich Spekulationen neue Nahrung, wonach der ehemalige Reichsmarschall Hermann Göring einen Geheimauftrag für den Bau von neun Unterseebooten erteilt habe, mit denen 1945 NS-Funktionäre und Edelmetalle in Sicherheit gebracht werden sollten.

Wast: Es wird kein U-Boot vermißt

Nach Meinung von Miklos, der sich zur Zeit in London aufhält, entdeckte er ein gut erhaltenes Boot der „VIII-C-Klasse". Es sehe jedoch anders aus als seine Vorgänger. Bei der Erkundung des rund 85 Meter langen und etwa 200 Tonnen schweren Bootes konnte Miklos keine Registriernummer finden. Einziges Erkennungszeichen sei eine Messing-Plakette mit der Aufschrift „Hamburg/Deutschland. In Auftrag gegeben 1944".

Der Leiter der amtlichen Wehrmachtsauskunftstelle (Wast) in Berlin erklärte gestern gegenüber der WELT, „es gab kein Boot bei der Kriegsmarine, das eine solche Aufschrift trug". Er äußerte die Vermutung, daß es sich um ein bei Blohm & Voss in Hamburg gebautes Versorgungsboot handeln könnte. Nach den Wast-Unterlagen wird in diesem Gebiet der Karibik auch kein deutsches U-Boot vermißt.

Genaue Angaben über Fundstelle würden helfen

„Es hat keine U-Boote gegeben, die für die Flucht der NS-Größen nach Südamerika vorbereitet waren", versichert auch der Zeitgeschichtler Professor Jürgen Rohwer. Der vor allem als Marinehistoriker bekannte Direktor der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart sagte gegenüber Associated Press, die letzten deutschen Untersee-boote seien Ende 1943/Anfang 1944 in der Karibik gewesen. Nur zwei deutsche U-Boote – U-530 und U-977 – hätten sich bei Kriegsende dem Kapitulationsbefehl widersetzt und seien nach Südamerika gefahren. Sie kamen im Juli 1945 in Argentinien an und wurden an die USA ausgeliefert.

Professor Rohwer fügte hinzu, nur genaue Angaben über die Fundstelle in der Karibik könnten bei der Identifizierung weiterhelfen. „Wenn wir die haben, wissen wir innerhalb einer Stunde, ob es ein deutsches Boot ist, und wenn ja, um welches es sich handelt."

Zweifel an der Naziflucht-Story im Unterseeboot wurden durch die Erklärung Simon Wiesenthals verstärkt. „Der Schatzsucher war schon vor einigen Monaten bei mir", so Wiesenthal. „Ich sollte ihm helfen, eine halbe Million Mark für die Bergung aufzutreiben, aber damals sagte er nichts von toten Nazis, sondern vermutete Gold im Boot."



Vom Stadtkern ist nicht viel übriggeblieben. Gleich nach der Katastrophe begannen die Bewohner mit dem Aufräumen der Trümmer. FOTO: AP



20 Sekunden dauerte das Ende einer Stadt



An allen Ecken und Enden brachen Feuer aus, meldeten Amateurfunker aus der Stadt. Vermutliche Ursache: Auslaufende Öltanks. FOTO: DPA

SAD/AFP/AP, San Francisco

Ein schweres Erdbeben hat in der Nacht zu gestern einen Teil der kalifornischen Stadt Coalinga zerstört. Rund 60 Menschen wurden verletzt, drei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Todesopfer wurden zunächst nicht gemeldet, die Polizei befürchtet aber, daß doch einige Menschen von den Trümmern begraben wurden.

Der Hauptstoß, der 6,5 Grad auf der nach oben offenen Richterskala erreichte und 20 Sekunden dauerte, brachte Hochhäuser in San Francisco und Los Angeles ins Schwanken. Durch den ersten heftigen Erdstoß, der sich Montag nachmittag 16.42 Uhr Ortszeit (1.42 Dienstag MESZ) ereignete, stürzten in der 7000 Einwohner großen Stadt Coalinga – rund 300 Kilometer südostlich von San Francisco – ganze Häuserzeilen ein.

Der Pilot eines Privatflugzeuges, der kurz nach dem Beben die Stadt überflog, berichtete: „Ihr könnt euch das Flammenmeer da unten nicht vorstellen. Das Zentrum ist hinüber. Es sieht wie eine wirkliche Katastrophe aus."

Nach den Seismographen der Universität von Kalifornien in Berkeley lag das Epizentrum des Bebens etwa acht Kilometer außerhalb der Stadt.

Dichte Qualmwolken über dem Katastrophengebiet, aus dem zunächst wegen der weitgehend zerstörten Telefonleitungen nur bruchstückhafte Meldungen kamen, erschwerten die Rettungsarbeiten. Einige der rund tausend Ölfelder in der Umgebung der Stadt brannten, konnten aber inzwischen wieder gelöscht werden.

Nach einem Bericht des 42jährigen Augenzeugen Pat Barber *kam* das Beben „mit einem Ruck, dem rollende Bewegungen folgten. Einige Häuser sind von ihren Fundamenten gerissen worden, andere wie Kartenhäuser zusammengefallen."

Die genauesten Lageberichte stammen von Amateurfunkern. Einer meldete, daß das Krankenhaus geräumt werden mußte. Ein anderer berichtete von immer neuen Bränden.

Nach Ansicht von Wissenschaftlern droht Kalifornien durch die beiden Kontinentalplatten – die „*Pazifik*"- und die „*Nordamerikaplatte*" –, die sich in Nord-Süd-Richtung aneinander vorbeischieben, eines Tages ein verheerendes Beben. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß sich die Katastrophe durch leichtere Beben ankündigen werde. Beim mit 8,3 Grad bisher schwersten Beben und einem anschließenden Brand kamen 1806 in San Francisco mindestens 500 Menschen ums Leben.

Adrett wie immer gibt sich Schotte-Natscheff

In Düsseldorf wird das Verfahren gegen ihn neu verhandelt

WILM HERLYN, Düsseldorf

Sichtlich gelöst und hoffnungsfroh, adrett wie immer, das graue Haar sorgfältig gebürstet, das Rot seines Schlipses abgestimmt auf das Rot des Pullovers – so erschien gestern Günter Maximilian Schotte-Natscheff (40) im Saal L 19 des Düsseldorfer Landgerichts.

Der Grund seiner Zuversicht: Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hatte die Urteile im Prozeß um den wohl schlagzeilenträchtigsten Betrug der deutschen Nachkriegsgeschichte gegen ihn und seinen Komplizen Manfred Vohwinkel aufgehoben. Verfahrensfehler, befanden die obersten Richter.

Denn eigentlich, so Schotte, habe er bei seinem 36-Millionen-Coup anfangs nur die Lücke im Finanzierungssystem der Großhandelskette Metro, in der er als Finanz-Disponent beschäftigt war, aufdecken wollen, und darum erstmals nur 1,9 Millionen Mark abgezweigt.

Die Richter glaubten ihm das – und stellten wegen dieser Summe das Verfahren ein. Aber die Verteidiger jubelten auf, als sie gewahr wurden, daß bei der Strafzumessung – für Schotte fünf Jahre und für Vohwinkel vier Jahre Freiheitsentzug – diese ersten 1,9 Millionen Mark unzulässig wieder auftauchten.

Mit einem an mönchische Litaneien erinnernden Sprechgesang mußten nun gestern die drei Richter der Kammer die mehr als 150 Seiten starke Darstellung des Urteils abwechselnd verlesen.



Hofft auf einen neuen „Millionen-Coup": Maximilian Schotte-Natscheff schreibt an seinen Memoiren. FOTO: DPA

Dabei verkniff sich bei der Personenvernehmung der Vorsitzende Richter Otto Strauß nicht die Bemerkung gegenüber Vohwinkel: „Sie waren also ohne Einkommen – nur das hier" wobei er mit spitzem Finger auf den Berg Akten vor sich zeigte: „Man kann ja schlecht sagen, von Beruf Geldbeschaffer." Der ehemalige Einzelhandelskaufmann diente Schotte-Natscheff nicht nur als Lebensgefährte, sondern auch als Strohmann für die Geldüberweisungen.

Ausgerechnet die straff geführte Handelskette, deren Manager als ausgebuffte Pfennigfuchser gelten, schützte damals ihre Bank-Überweisungen nicht wie üblich mit *einem gesplitteten Code*: Schotte als Finanz-Disponent (Jahres-Bruttoeinkommen: 45 000 Mark) konnte telefonisch der Hausbank – die Westdeutsche Landesbank – die Anweisungssumme nennen und mußte später „nur noch" die Unterschrift seines Chefs fälschen. Den hatte er mehrfach auf diese Lücke aufmerksam gemacht, aber immer nur gesagt bekommen, er habe keine Ahnung.

Als sein Chef dann eine Gehaltserhöhung nicht bewilligte, war Schotte aufs tiefste beleidigt und begann mit der Umleitung des Geldstromes. Die Höhe der Summen schreckten ihn nicht. Denn täglich flossen bis zu 70 Millionen Mark durch seine Hände.

Als Mitte Januar 1981 bei einer außerplanmäßigen Kassenprüfung das Millionen-Loch entdeckt wurde, ließ sich „Millionen-Max" längst schon von der warmen Sonne Südamerikas bräunen. Und da die Polizei nach Ansicht der Metro nicht so recht vorwärts kam, bildete Hansjörg Hereth, rechte Hand von Chef Otto Beisheim, einen Krisenstab und setzte sich mit Privatdetektiven persönlich auf die Spur. Im „Chaco", einem First-Class Hotel in Asuncion/Paraguay, wurde er fündig. Eine Nacht lang machte er Schotte klar, daß seine Chance minimal sei. Schotte gab auf.

In seiner Zelle auf der Ulmer Höh, der Düsseldorfer Strafanstalt, vertreibt sich der betrügerische Disponent derweil die Zeit mit Schreiben. Für seine Memoiren fand sich auch schon ein Verleger – das Buch soll erfolgreicher werden als der Millionen-Coup.

Amerikanische Touristen springen wieder auf den Zug nach Europa

Der starke Dollar beschert vor allem England, Frankreich und Italien Besucherrekorde

HELLA STEINWEG, New York

Nicht nur der langsam wahr werdende Frühling, sondern das Erwachen des Dollars aus seinem Dornröschenschlaf läßt die Amerikaner wieder nach „good old Europe" strömen wie in alten Zeiten. Für dieses Jahr erwarten vor allem Frankreich, England und Italien neue Besucherrekorde. Für die Deutschen, soweit sich das heute sagen läßt, werden nur kleinere Brocken vom Reiseboom abfallen – ein bißchen Heidelberg, ein wenig Rüdesheim. Eine Folge des hie und da georteten Antiamerikanismus?

Die Reisewelle rollte schon an und führte in Europa zu teilweise hektischen Aktivitäten. Rom, im Heiligen Jahr sowieso von Pilgern überflutet, reagierte auf die Signale aus den USA mit der Aufstellung von neuen Toilettenhäuschen, in Spanien wurden die Auflagen der Madrid-Broschüren erhöht, und in Paris übersetzte auch die letzte „Brasserie" ihre Speisekarte ins Englische.

Nach ersten Schätzungen werden es in diesem Jahr rund 4,2 Millionen amerikanische Touristen sein, die über den Atlantik kommen – so viele wie nie. Das US-Magazin „Newsweek" nannte es denn auch die „größte Invasion von Amerikanern seit dem D-Day". Abgesehen von der Stärke der US-Währung war es aber auch seit vielen Jahren nicht mehr so billig, über den großen Teich zu reisen. Unter den Reiseanbietern und Fluggesellschaften hat ein erbitterter Krieg um Kunden begonnen. TWA ging für den Rückflug nach London von 775 Dollar auf 549 (rund 1350 Mark) herunter. Icelandair bietet Luxemburg sogar für 489 Dollar. Bei American Express kosten die meisten Reisen weniger als noch 1979.

Die Folgen dieses Preiskriegs sind enorm. Allein bei American Express stiegen die Buchungen in diesem Jahr um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr, TWA spricht von 50 Prozent. Bei Cosmos Travel in New York haben sich die Buchungen nach Angaben eines Sprechers sogar verdoppelt, für Reisen nach Griechenland verdreifacht. TWA läßt neuerdings täglich einen Jumbo nach Madrid fliegen.

Hochbetrieb herrscht auch bei den Informationsbüros europäischer Länder in den großen US-Städten. Die Telefone klingeln sich heiß, das französische Tourismus-Büro macht einen Tag in der Woche dicht, um alle Anfragen erledigen zu können. Im italienischen Büro gibt es zur Zeit keine Prospekte mehr von den größeren Städten, doch alle sind der Meinung eines American-Express-Sprechers: „Über solche Probleme sind wir glücklich."

Obwohl Griechenland und Spanien in der Gunst der amerikanischen Touristen enorm stiegen, ist England *wie immer* schon das beliebteste Ziel. Hier hofft man in diesem Jahr, alleine zwei Millionen Reisende aus der Neuen Welt begrüßen zu können. Und nicht nur das: Die Vettern werden schätzungsweise etwa eine Milliarde Dollar im krisengeschüttelten Königreich lassen. Die Freude beruht aber durchaus auf Gegenseitigkeit. Immerhin ist der Dollar in England in diesem Jahr fast 30 Prozent mehr wert als noch vor zwölf Monaten.

Größer noch ist der Währungsgewinn in Frankreich. So buchten bisher schon mehr als 800 000 Amerikaner ein Hotelzimmer in und um Paris. „Sie bezahlen ihre Rechnungen mit Freuden – und Bargeld", berichtete der Manager eines von US-Touristen bevorzugten Hotels, dem „Figaro". Dahinter steckt Methode.

Außer den materiellen Vorteilen genießen die Amerikaner aber auch ein früher gewohntes, lange Jahre aber entbehrtes Lebensgefühl. Sie fühlen sich nicht mehr als „häßliche Amerikaner" abgelehnt, sondern mit offenen Armen empfangen.

Die Rolle des Buhmannes aber bleibt nicht unbesetzt. Sie ging über auf die Heerscharen alles fotografierender und alles kaufender Touristenscharen aus Deutschland und Japan, die einst die Amerikaner abgelöst hatten. So zitiert „Newsweek" einen Londoner Taxifahrer: „Die Amis streiten niemals über das Fahrgeld wie die pfennigfuchsenden Japaner. Und auch die Deutschen und Franzosen hören nie auf, sich zu beklagen."

Vor allem in Frankreich aber sieht man die friedliche Invasion auch mit *gemischten Gefühlen*. Die Reisebeschränkungen der sozialistischen Regierung werden ohnehin zu einer Überfüllung der heimischen Feriengebiete führen. So fürchtet man nun, daß es an den überlaufenen Stränden am Atlantik und an der Côte zum Streit um den Platz an der Sonne kommen könnte. Auf der anderen Seite wird den ausländischen Sonnenanbetern in Frankreich für den August auch ganz Ungewohntes geboten: Franzosen.

LEUTE HEUTE

Erstsemester Brooke

Brooke Shields (17), amerikanisches Spitzen-Modell und Teenager-Star, der sich von September an in Princeton um akademische Weihen bemühen will, ließ sich jetzt endgültig immatrikulieren und zum ersten Mal durchblicken, wo ihre Hauptinteressen liegen. Sie werde wahrscheinlich Studiengänge für romanische Sprachen und Literatur belegen.

Konzert mit Schlacht

Bei einem Rock-Konzert von **Eric Clapton** lieferten sich Fans und Polizisten in Rom eine Straßenschlacht, bei der etwa zehn Menschen verletzt und rund 30 festgenommen wurden. Die Polizei setzte Tränengas gegen Tausende von randalierenden Jugendlichen ein, die keine Eintrittskarte für die Veranstaltung im römischen Sportpalast hatten. Schon seit Tagen waren die 14 000 Plätze im „Palazzetto dello Sport" am Stadtrand von Rom ausverkauft gewesen.

Polarisierung

Der italienische Abenteurer **Ambrogio Fogar** (41) bestand gestern darauf, bei seinem 800 Kilometer langen Fußmarsch von der Nordspitze Kanadas den Nordpol erreicht zu haben. Der Journalist dementierte damit Berichte, nach denen er 19 Kilometer vor dem Ziel aufgegeben habe. Das Flugzeug habe ihn elf Kilometer vor dem Pol aufgenommen, weil er, soweit es an seinen Geräten, die über Funk mit einem Satelliten verbunden gewesen seien, abzulesen war, den Pol überquert habe. Genau lasse sich dies jedoch nicht ermitteln, da sich die polare Eiskappe im Uhrzeigersinn drehe. „Vielleicht war ich zwei Kilometer links oder einen Kilometer rechts vom Pol."

Tiefgefrorener Embryo implantiert

AP, Melbourne

In Australien soll eine Frau im September ein Kind zur Welt bringen, das ihr als tiefgefrorener Embryo implantiert worden ist. Die Geburt wird, wie gestern die Ärzte in Melbourne erklärten, 13 Monate nach der künstlichen Befruchtung der Eizelle erwartet. Nach der Zeugung war der Embryo tiefgefroren und im Januar wieder aufgetaut worden. Vier Monate lang lag er in flüssigem Stickstoff bei Temperaturen um minus 200 Grad Celsius. Wie die Ärzte berichteten, besteht die Schwangerschaft jetzt seit 14 Wochen. Es habe den Anschein, als ob sich das Kind normal entwickle. Obwohl das Verfahren der Zeugung im Reagenzglas und das Aufbewahren von Embryos in tiefgekühltem Zustand bis zur Implantation bei Tieren schon seit geraumer Zeit üblich war, wurde es nach Auskunft der australischen Ärzte zum ersten Mal bei einem Menschen vorgenommen.

Urteil zur Preiswahrheit

dpa, Karlsruhe

Automobil-Importeure müssen in ihrer Werbung für Kraftfahrzeuge aus EG-Ländern auch die anfallenden Überführungs- beziehungsweise Umrüstungskosten für die TÜV-Abnahme in ihrem Endpreis berücksichtigen. Dies diene der „Preisklarheit und Preiswahrheit", entschied gestern in Karlsruhe der Bundesgerichtshof (Az: I ZR 155/80).

Senkrechtstarter abgestürzt

AP, Lippstadt

Ein britischer Senkrechtstarter vom Typ Harrier ist gestern morgen während eines Übungsflugs in der Nähe von Lippstadt abgestürzt. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten.

Brand auf der Autofähre

dpa, Stavanger

Um Haaresbreite ist die mit 365 Passagieren besetzte norwegische Autofähre „Bolero" (11 000 BRT) gestern im Skagerrak einer Katastrophe entgangen. Nach einem Brand auf dem Autodeck des mit 59 Last- und Personenwagen beladenen Schiffes mußten sämtliche Passagiere in die Rettungsboote. Ein Passagier kam ums Leben.

Zug im Büro

dpa, Paris

Ein Vorortzug der staatlichen französischen Eisenbahn ist gestern aus noch unbekannter Ursache bis zur obersten Bahnhofsinstanz vorgeprescht. An der Endstation, dem Pariser Sackbahnhof Montparnasse, überrollte der Zug die Halte-Puffer, durchquerte die rund 50 Meter breite Bahnhofshalle und hielt im Büro des Bahnhofsvorstehers. Menschen wurden nicht verletzt. Der Schaden aber ist beträchtlich.

Prophylaxe

Pol. Wien

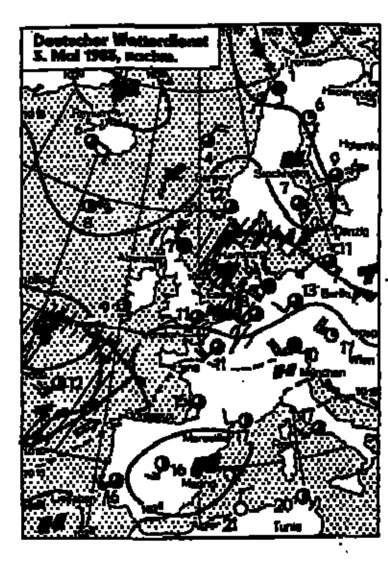
Einer 72jährigen Urlauberin aus Hamburg, die mit einem Oberschenkelbruch ins Krankenhaus der Kurstadt Baden bei Wien eingeliefert wurde, nagelten die Ärzte aus Versehen das gesunde Bein. Als der Fehler bemerkt wurde, räumte der behandelnde Arzt den Irrtum ein, gab aber zu bedenken, daß man manchmal einen solchen Eingriff prophylaktisch vornehme.

ZU GUTER LETZT

„17.50 Ein Colt für alle Fälle, Träume von Hawaii, Teil 1 ... 18.20 Ein Gott für alle Fälle, Träume von Hawaii, Teil 2" Aus „Bonner Rundschau"

WETTER: Überwiegend bewölkt

Wetterlage: Am Mittwoch greift in abgeschwächter Form ein atlantischer Tiefausläufer auf das Bundesgebiet über und führt wolkenreiche und etwas wärmere Luft heran.



Vorhersage für Mittwoch ganz Deutschland: Im Norden und Westen überwiegend stark bewölkt und weitgehend niederschlagsfrei. In den übrigen Gebieten zunächst heiter, in der zweiten Tageshälfte bewölkungszunahme und gelegentlich leichter Regen. Tageshöchsttemperaturen im Norden bei 15 Grad, im Süden bei 18 Grad. Tiefstwerte der Nacht 10 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Freundlich und wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	34°
Bonn	9°	Kopenh.	6°
Dresden	12°	Las Palmas	18°
Essen	8°	London	11°
Frankfurt	10°	Madrid	16°
Hamburg	9°	Mailand	19°
List/Sylt	8°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	12°
Stuttgart	11°	Nizza	19°
Algier	21°	Oslo	11°
Amsterdam	8°	Paris	11°
Athen	23°	Prag	12°
Barcelona	18°	Rom	17°
Brüssel	10°	Stockholm	7°
Budapest	17°	Tel Aviv	32°
Bukarest	20°	Tunis	20°
Helsinki	9°	Wien	17°
Istanbul	25°	*Zürich*	11°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5,48 Uhr, Untergang: 20,50 Uhr, Mondaufgang: 3,31 Uhr, Untergang: 12,09 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Deutschen stehen hinter ihrem Wald

„Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" bemühte die Meinungsforscher

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Jetzt sind auch Meinungsforscher zur Erhaltung des deutschen Waldes tätig geworden: 92 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind der Ansicht, daß ohne Abwarten internationaler Vereinbarungen sofort mit der Verringerung der Luftbelastung begonnen werden muß – und 72 Prozent sind damit einverstanden, daß dadurch die Strompreise für Haushalte steigen.

Dies sind zwei Ergebnisse von Meinungsbefragungen, die, eingebettet in eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" in Auftrag gegeben hatte. Ihr Präsident, der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, konnte bei *Vorstellung dieser Zahlen* in Bonn auch auf ein anderes Signal der Opferbereitschaft hinweisen. Denn 78 Prozent der Bevölkerung, so sagen die Ergebnisse der Meinungsforscher, wären bereit, für ein Auto rund 1500 Mark mehr zu bezahlen, wenn sich durch entsprechende technische Auslegung niedrigere Abgas-Werte erreichen ließen.

Neu an einem Gutachten, daß der Freiburger Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Forstpolitik und Raumordnung, Erwin Niesslein, vorstellte und auf das Vogel besonders hinwies, ist eine erstaunliche Einigkeit der Wissenschaft. Während bisher von Gegnern sofortigen Handelns immer darauf gepocht wurde, daß ein schlüssiger Beweis für den Zusammenhang zwischen Luftzusammensetzung und Waldsterben noch nicht erbracht sei, bewerten hier 136 qualifizierte Experten die *Wahrscheinlichkeit, daß Schwefel* und Stickstoff das Schadensbild im Wald maßgeblich (zu 78 Prozent) prägen. Bei der Befragung der Bevölkerung zu diesem Komplex, bei der vom Institut für Forstpolitik auch das „Infas"-Institut Bonn-Bad Godesberg zugezogen wurde, ergab sich, daß nur vier *Prozent der Ansicht sind, daß* durchgreifende Maßnahmen zur Entschwefelung so lange nicht gerechtfertigt seien, als der Zusammenhang zwischen Luft und Waldschäden nicht „eindeutig" nachgewiesen sei.

Angesichts der täglichen Alarmmeldungen aus deutschen Wäldern sagte Ministerpräsident Vogel als Präsident der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald": „Es ist keineswegs so, daß wir vor dem Bankrott stünden – es geht nur darum, daß wir unsere Kenntnisse jetzt in die Tat umsetzen."

Abgesehen von den Wissenschaftlern, die jetzt gefordert sind, denkt Vogel „an eine Art Aktion Sorgenkind für den Wald". Dabei nahm er auch den bisher mit gebremster Begeisterung diskutierten Gedanken einer Sondersteuer mit dem Namen „Waldpfennig" wieder auf. Vor allem aber denkt er an die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung, die „Patenschaften" über bestimmte Wald-Abschnitte vergibt, an die Herausgabe von Wohlfahrtsmarken der Deutschen Bundespost, deren Mehrerlös der Walderhaltung zugute kommen soll, an Lotto/Toto- und Spielbankgelder und schließlich auch *an die Ableitung von gerichtlichen* Bußgeldern in Richtung Wald. Zu den kostenträchtigsten Aufgaben dort gehört die Wiederaufforstung bereits völlig geschädigter Flächen, die pro Hektar zwischen 5000 und 20 000 Mark kosten.

Mit der Erkenntnis: „Im Durchschnitt wird bei der Bevölkerung eine *monatliche* Stromkosten-Mehrbelastung je Haushalt von 13 Mark als vertretbar angesehen" will die „Schutzgemeinschaft" bis dahin Hoffnung grünen lassen.

Hilfe für „rasendes Herz"

Kongreß eröffnet neue Möglichkeiten mit Schrittmachern

JOCHEN AUMILLER, Wien

Herzschrittmacher sind heute Kleincomputer, die zuverlässig dafür sorgen, daß das Herz nicht aus dem Takt gerät. Sie können viel – eines allerdings schaffen sie nicht, nämlich „den Herzschlag" abwenden, wie eine Presseagentur vom Welt-Schrittmacherkongreß in Wien leichtfertig meldet.

Zweifellos sind Rhythmusstörungen des Herzens besondere Risikosituationen. Ursprünglich hat man die Schrittmacher für Herzen konstruiert, die zu langsam werden und dadurch zu wenig Blut durch den Körper pumpen. Die auffälligste Konsequenz: Die Patienten werden ohnmächtig, weil ihr Gehirn nicht genügend „Energie" zugeliefert bekommt.

Heute setzt man auch Schrittmacher für „rasende" Herzen ein, bei sogenannten Tachykardien, wenn alle medikamentösen Möglichkeiten erschöpft sind. Wie auf dem Weltschrittmacherkongreß in Wien, an dem rund 2800 Fachärzte aus aller Welt teilnehmen, berichtet wurde, haben bereits etwa 100 Herzkranke solche antitachykarde Schrittmacher eingepflanzt bekommen. Wie wirkungsvoll sie damit vor dem Herzversagen geschützt werden können, läßt sich vermutlich erst in einigen Jahren beurteilen.

In Entwicklung sind inzwischen auch Geräte, die sogar ein Herzflimmern elektrisch beherrschen könnten. Beginnt ein Herz immer schneller zu schlagen, wobei immer weniger Blut in den großen Körperkreislauf befördert wird, so geht der abnorme Takt allmählich in eine Flimmerbewegung über – und endet letztlich mit dem Herzstillstand. Bisher konnte man dem nur mit Elektroschocks begegnen. Die Mediziner sprechen von Defibrillation. Mit implantierbaren Herzschrittmachern sollen nun künftig auch flimmergefährdete Patienten geschützt werden – das ist zumindest das Ziel der Medizintechniker.

Die Schrittmacher sind in den letzten Jahren laufend technologisch „aufgefrischt" worden: Hielten ihre Antriebsenergien noch vor 10 Jahren nur höchstens zwei Jahre, so garantieren die modernen Lithiumbatterien eine Lebenszeit von rund sieben Jahren. Erst dann muß der unter die Haut eingepflanzte Energiespeicher ausgewechselt werden. Die im Herzinnenraum verankerten Schrittmacher-Sonden werden von dieser Austauschoperation nicht berührt, sie können bei richtiger Lage lebenslang bleiben.